

Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2017

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2017

Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-3-3



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2017

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2017

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 13
Jahrbuch 2017

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2018 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Die Clausewitz-Gesellschaft bedankt sich beim Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr für die freundliche und kompetente Unterstützung beim Druck dieser Ausgabe.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9816962-3-3

Inhalt

Seite

Editorial

6

Kapitel I

Clausewitz und sein Werk:

Entstehung, Bedeutung und aktuelle Relevanz

Die Entwicklung von Clausewitz' Vom Kriege
Paul Donker

14

Gedanken von Carl von Clausewitz zum komplexen und dynamischen Phänomen „Krieg“
Matthias Kuster

40

Carl von Clausewitz und seine Beziehungen zur Schweiz
Walter Steiner

60

Rede anlässlich der Gedenkfeier zum 186. Todestag
von Carl von Clausewitz
Michael Labsch

72

Kapitel II

Politik und Streitkräfte im Spannungsfeld von Macht, Recht, Gewalt und Frieden

Grenzen
Hartwig von Schubert

78

Immanuel Kants Ewiger Frieden im 21. Jahrhundert
Roland Lochte

97

Kapitel III

Kultur, Tradition, soldatisches Selbstverständnis und Führung im Wandel der Zeiten

Die strategische Bedeutung des „Langen Schattens der
Vergangenheit“ in der Konfliktanalyse.
Ulrich C. Kleyser

120

Tradition und soldatisches Selbstverständnis –
Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion
Hans-Werner Fritz 141

Der militärische Beitrag zum strategischen Denken und Handeln
Christian E. O. Millotat
Manuela R. Krueger 160

Kapitel IV

Internationale sicherheitspolitische Entwicklungen und Herausforderungen

Sicherheit und Verteidigung Japans im Wandel
Oliver Corff 182

Der Aufstieg Chinas als ordnungspolitische Herausforderung
Dr. Michael Staack 203

Strategische Verantwortung Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts
Armin Staigis 217

Aktueller Stand und Perspektiven der transatlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen
Kurt Herrmann 230

Kapitel V

Mit der Ehrenmedaille

General Carl von Clausewitz ausgezeichnete Lehrgangsarbeit

Global Zero – Zu den Aussichten einer kernwaffenfreien Welt im 21. Jahrhundert
Philipp Lange 250

Kapitel VI

Berichte von den zentralen Veranstaltungen 2017

Wie globale Trends die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen
Werner Baach
Wolfgang Fett 286

Kontinuität und Stabilität in unruhigen Zeiten nur mit den USA
Werner Baach 293

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2018 300

Bildnachweis 303

EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2017, das dreizehnte in Folge, enthält erneut eine vielfältige Zusammenstellung von Beiträgen zu sicherheitspolitischen und militärstrategischen Themen.

Das Jahr 2017 war stärker als erwartet von tiefgreifenden Umbrüchen und Erosion bislang vertrauter Sicherheitsgaranten geprägt. Global zeigte sich eine massive Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Mit dem Amtsantritt des 45. US-Präsidenten Donald Trump setzte ein beunruhigender Prozess der Verunsicherung ein, dessen explizite Auswirkungen sich sowohl in der Asien-Pazifik-Region als auch im Nahen-Mittleren Osten und nicht zuletzt im US-amerikanisch-europäischen Verhältnis zeigten und weiterhin Zweifel auslösen. Die damit verbundene Beschädigung oder Schwächung des nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsenen und vielfach geschätzten westlichen Wertekonsenses und die schwerwiegenden Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse haben nicht zuletzt die Forderungen und Erwartungen an die Europäer und vor allem auch an Deutschland zur Übernahme erweiterter Verantwortung für Sicherheit und Stabilität vergrößert. Die Preisgabe amerikanischen Führungsanspruchs und Führungswillens ging dabei einher mit einer zunehmend selbstbewusst auftretenden Volksrepublik China, die ihren Anspruch auf den Status einer globalen Macht mittlerweile auch durch demonstrative Zurschaustellung ihrer militärischen Fähigkeiten unterstreicht. Das Verhältnis der USA zur Russischen Föderation hat sich entgegen anfänglicher Bekundungen im Jahr 2017 nicht erkennbar entspannt oder verbessert. Die infolge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim gegen Russland verhängten Sanktionen sind weiterhin in Kraft. Der im Grunde eingefrorene und dennoch schwelende Russland-Ukraine-Konflikt hat sich trotz fortgesetzter Bemühungen der Staaten im Rahmen des „Normandie-Formats“ um eine Implementierung des Minsker Abkommens bisher einer nachhaltigen Friedenslösung entzogen.

Am Ende des Jahres 2017 mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die aktuelle Sicherheitslage weiter verschärft hat und durch ein bisher kaum gekanntes Maß an Gleichzeitigkeit krisenhafter oder konfliktträchtiger Entwicklungen gekennzeichnet ist. Die wuchernde Hydra des internationalen Terrorismus, häufig auch in Verbindung mit grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität, hat ihre hässliche Fratze erneut durch zahlreiche feige Anschläge an etlichen Orten weltweit gezeigt. Komplex miteinander verwobene, global wirkende Krisen und Konflikte mit dem Potential zu gewaltigen geostrate-

gischen Veränderungen sind präsent; beispielhaft genannt sei hier an erster Stelle der Nahe-Mittlere-Osten mit wachsenden Spannungen zwischen den rivalisierenden Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran, den andauernden Bürgerkriegen in Syrien und im Jemen, der weiterhin angespannten Lage im Nordirak und dem unvermindert schwelenden Palästinakonflikt. Aber auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen in etlichen afrikanischen Staaten, die nach wie vor brisante Lage in Zentralasien und die wachsenden Spannungen im fernen Osten, dort insbesondere auf der koreanischen Halbinsel und im Südchinesischen Meer, geben weiterhin Anlass zur Sorge. Gerade in dieser prekären Situation, die eigentlich ein Zusammenrücken und entschlossenes gemeinsames Auftreten des Westens erforderte, zeigen sich kontraproduktive Entwicklungen. Zum einen sind

das die eingangs bereits erwähnte destabilisierende Verunsicherung und abnehmende Kohäsion im Nordatlantischen Bündnis, verursacht nicht nur durch die Haltung des 45. US-Präsidenten, sondern beispielsweise

auch durch die zunehmend nationalistische, autoritäre und unberechenbare Politik der türkischen Regierung. Zum anderen ist eine beunruhigende Zunahme der Zentrifugalkräfte in Europa zu beobachten, z.B. durch den anstehenden BREXIT, durch regionale Autonomiebestrebungen, insbesondere in Katalonien, und durch anwachsenden Populismus sowie Nationalismus in diversen Staaten unseres Kontinents. Außerdem bereitet die anhaltend fortschreitende globale Klimaveränderung wachsende Sorge. Sie führt u.a. zu Wasser- und Ressourcenverknappung und verursacht – nicht zuletzt auch in Verbindung mit ethnischen und sozialen Spannungen – einen weiter zunehmenden Migrationsdruck. Vornehmlich die Lagen in Afghanistan, in Mali, im Sudan und im Golf von Aden, im Nordirak und in Syrien berühren mehr oder weniger unmittelbar auch die Bundeswehr sowie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Das trifft in gleicher Weise auf den Balkan zu, wo sich die Verhältnisse noch keineswegs als nachhaltig stabil bezeichnen lassen. Nicht zuletzt stellen das zwischen gewaltbereiten Kräften zerrissene Libyen und weitere nordafrikanische Staaten, gerade auch im Lichte der Migrationsproblematik und des fortgesetzten Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, die Weltgemeinschaft vor andauernde Herausforderungen.

Am Ende des Jahres 2017 mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die aktuelle Sicherheitslage weiter verschärft hat und durch ein bisher kaum gekanntes Maß an Gleichzeitigkeit krisenhafter oder konfliktträchtiger Entwicklungen gekennzeichnet ist. Die wuchernde Hydra des internationalen Terrorismus, häufig auch in Verbindung mit grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität, hat ihre hässliche Fratze erneut durch zahlreiche feige Anschläge an etlichen Orten weltweit gezeigt.

In weiter zunehmendem Maße wird die oben skizzierte Lage ebenfalls durch die ungebremst rasante Entwicklung im Cyber- und Informationsraum verschärft. Dieser heute alle Lebensbereiche durchdringende Raum hat sich zu einem wahrhaft eigenständigen Operationsraum entwickelt, der neben den traditionellen Domänen Land, Luft, See und Weltraum einen besonderen Platz einnimmt. Die in ihm bereits heute bestehenden Risiken und potentiellen Bedrohungen können im Grunde ohne Vorwarnung, in kürzester Zeit, grenzüberschreitend und massiv in Erscheinung treten und dabei Wirkung von strategischem Ausmaß entfalten.

Die NATO hat 2017 nicht nur ihre Rückbesinnung auf die kollektive Verteidigung als gleichrangige Aufgabe neben Krisenmanagement und Konfliktbewältigung durch entsprechende Streitkräfteplanung unterstrichen, sondern ihre Reaktionsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft auch durch konkrete Stationierungs-Maßnahmen in den Baltischen Staaten sowie in weiteren Mitgliedsstaaten Mittel-Osteuropas und durch verstärkte Übungsaktivitäten bekräftigt. Komplementär ergänzend wurde jedoch zugleich auch die Dialogbereitschaft – insbesondere gegenüber Russland – verdeutlicht. Nach der im Jahr 2016 verabschiedeten „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik“ beschloss die Europäische Union 2017 u.a. weitere Schritte zur Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO¹), ausgerichtet auf das Ziel einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Mit einigen der o.a. Themen- und Problembereichen haben wir uns in der Clausewitz-Gesellschaft im Jahr 2017 auseinandergesetzt, sowohl bei zentralen

Die zeitgemäße Interpretation und zukunftsweisende Transformation war und ist uns dabei ein Hauptanliegen. Dazu finden sich entsprechende Berichte/Beiträge in dem vorliegenden Jahrbuch.

Veranstaltungen, als auch in den Regionalkreisen und in der Sektion Schweiz. Dabei haben wir in der Regel vor allem auch einen Blick auf die Methoden, Erkenntnisse und Prinzipien geworfen, die unser Namensgeber Carl von Clausewitz vor zweihundert

Jahren gesammelt, analysiert und postuliert hat. Die zeitgemäße Interpretation und zukunftsweisende Transformation war und ist uns dabei ein Hauptanliegen. Dazu finden sich entsprechende Berichte/Beiträge in dem vorliegenden Jahrbuch.

Das Kapitel 1 ist diesmal überwiegend der Entstehung und auch heute noch vorhandenen Relevanz des Werkes unseres Namensgebers gewidmet. Paul

Donker rekonstruiert in anschaulicher Weise den Entwicklungsgang des letztlich unvollendeten Clausewitz'schen Werkes „Vom Kriege“. Dabei betrachtet er vor allem auch die früheren Schriften und verdichtet diese zu einer eindrucksvollen Gesamtkomposition. Dabei wird u.a. erneut deutlich, dass die persönliche Kriegserfahrung eine sehr wichtige Inspirationsquelle für Clausewitz gewesen ist. Matthias Kuster analysiert dann speziell die Gedanken von Carl von Clausewitz zum komplexen und dynamischen Phänomen „Krieg“. Im Lichte der Erkenntnis, dass Krieg auch heute in Europa keine bloße Illusion ist, zeigt Kuster in seinem Beitrag insbesondere etliche konkrete Beispiele für die zeitlose Gültigkeit grundlegender Erkenntnisse zum Wesen des Krieges auf. Der Präsident der Sektion Schweiz unserer Gesellschaft, Walter Steiner, geht in seinem Beitrag auf Beziehungen von Clausewitz zur Schweiz ein und beleuchtet dabei sehr anschaulich einen für Clausewitz ebenfalls prägenden Lebensabschnitt, die Internierung in Frankreich und seinen Aufenthalt auf Schloss Coppet am Genfer See. Abgerundet wird das Kapitel von der beeindruckenden Rede des Kommandeurs Logistikbataillon 171 „Sachsen-Anhalt“, Oberstleutnant Michael Labsch, die er bei der Kranzniederlegung am Grabe von Clausewitz anlässlich des 186ten Todestages gehalten hat.

Im Kapitel 2 richtet sich der Blick auf die elementaren Grundlagen von Friedens- und Sicherheitspolitik. Zunächst stellt der evangelische Militärdekan Dr. Hartwig von Schubert, ganz im Geiste des Jubiläumsjahres „500 Jahre Reformation“, seine theologisch-ethischen Gedanken zur Kritik der Gewalt vor. Ausgehend von einer tiefgründigen Betrachtung zu Grenzen in der politischen Praxis, über einen rechtsphilosophisch-theologischen Diskurs zu Macht und Gewalt im Rahmen der Sicherung des Friedens zeigt er abschließend vier strategische Handlungsmöglichkeiten für die internationale Staatengemeinschaft auf, die vermutlich reichlich Stoff für weiterführende Diskussionen liefern dürften. Es schließt sich eine grundsätzliche Betrachtung von Roland Lochte zur Bedeutung von Kants Schrift „Ewiger Frieden“ im 21. Jahrhundert an. Darin wird deutlich herausgestellt, welche hohe Aktualität der 1795 von Kant verfasste „philosophische Entwurf“ mit seinen „Präliminar- und Definitiv-Artikeln“ auch heute noch als Orientierungsleitlinie für demokratisch legitimes friedensstiftendes Handeln besitzt.

Ein breites Spektrum an Aspekten und Perspektiven zu Kultur, Tradition, soldatischem Selbstverständnis und Führung im Wandel der Zeit findet sich im Kapitel 3. Eröffnet wird der Reigen durch eine kulturhistorisch-politische Betrachtung von Ulrich Kleyser zur strategischen Bedeutung des „Langen Schat-

tens der Vergangenheit“ in der Konfliktanalyse. Dabei wird ein weiterer thematischer Bogen geschlagen, von grundlegenden philosophischen Betrachtungen zu Konflikten, über einschlägige Clausewitz' Erkenntnisse bis zum aktuellen Verständnis von Kultur, Geschichte und Wertestrukturen. Mitten hinein in die seit Frühjahr 2017 wieder höchst aktuelle Traditionsdebatte steigt unser Vizepräsident, Generalleutnant a.D. Hans-Werner Fritz, mit seinen Anmerkungen zu Tradition und soldatischem Selbstverständnis. Seine Gedanken liefern wertvolle Anstöße aus der Praxis eines erfahrenen Truppenführers für das Verständnis und die künftige Umsetzung des neuen Traditionserlasses für die Bundeswehr. Generalmajor a.D. Christian E.O. Millotat und Manuela R. Krüger beschließen den Themenkreis mit ihren Betrachtungen über den militärischen Beitrag zum strategischen Denken und Handeln. Sie gehen dabei vor allem auch der Frage nach, ob und wie weit Grundprinzipien und Erfahrungen aus militärischer Führungsphilosophie, Führungslehre und Führungsverfahren in der Politik, der öffentlichen Sicherheitsvorsorge und in der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung genutzt werden können.

Aktuelle internationale sicherheitspolitische Entwicklungen und Herausforderungen sind dann Gegenstand des Kapitels 4. Im Mittelpunkt steht dabei die Krisenregion, die im Jahr 2017 vor allem durch die provokanten nordkoreanischen Nuklearwaffen- und Raketentests aber auch durch anhaltende Spannungen im Südchinesischen Meer immer wieder Aufmerksamkeit erregte, die Ost-Asien-Pazifik-Region. Dr. Oliver Corff zeigt vor dem Hintergrund des komplexen Sicherheitsumfeldes die grundlegenden Veränderungen in der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf. Ausgehend u.a. von einer kenntnisreichen Analyse der historischen Lasten, der bisher pazifistisch geprägten öffentlichen Meinung Japans und der starken Rolle der Sicherheitsallianz mit den USA untersucht er den derzeitigen Wandlungsprozess. Dabei stellt er die Streitkräftereform und die Entwicklung der kollektiven Sicherheitspolitik Japans in den Mittelpunkt seiner komprimierten und höchst anschaulichen Betrachtungen. Der Sprecher unseres Beirats, Professor Dr. Michael Staack, widmet seine strategische Vorausschau dem Aufstieg Chinas als ordnungspolitische Herausforderung und fokussiert dabei seine Betrachtungen schwerpunktmäßig auf die maritime Dimension und die neue chinesische „Seidenstraßen-Initiative“. Die Analyse und Bewertung zeigen China als globale Gestaltungsmacht, als Handelsmacht und Großmacht in Asien, deren Politik und Handeln in starkem Maße von langfristigen strategischen Zielen geprägt ist. Der ehemalige Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, betrachtet die strategische Verantwortung Deutschlands in

der Außen- und Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei stellt er drei Prinzipien in den Mittelpunkt: den Imperativ des Multilateralismus, die Forderung nach einer fairen Ausgleichspolitik und die Verfolgung wertebezogener Politik. Kurt Herrmann richtet seinen Blick auf den aktuellen Stand und die Perspektiven der transatlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen. Dabei geht er vor allem auch auf folgende wesentliche globale Akteure ein: die USA, China, Russland und die Europäische Union. Abschließend zeigt er einige Konsequenzen und Forderungen für die künftige Entwicklung auf.

Im Kapitel 5 kommt traditionsgemäß der Preisträger der „Ehrenmedaille General Carl von Clausewitz“ aus dem Verwendungslehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst der Führungsakademie der Bundeswehr zu Wort. Major Philipp Lange befasst sich unter dem Titel „Global Zero“ mit Nuklearstrategie und Fragen der nuklearen Abrüstung unter Bezugnahme auf die vom ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama entworfene Vision einer Welt, in der Kernwaffen vollständig abgerüstet sind. Lange analysiert und bewertet das als wünschenswerte Utopie. Er kommt zu dem Fazit, dass es unverändert keine nuklearen Werkzeuge gibt, mit denen sich die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen lassen. Das Angebot weltweiter Denuklearisierung als Sicherheitsgewinnstrategie wird als Gegenentwurf zum aktuellen nuklearen Frieden der Großmächte bezeichnet, der aber keine Garantie für den Nichteinsatz von Kernwaffen bietet. Lange schließt mit der Erkenntnis, dass es für den Umgang mit der „ultimativen Waffe“ noch keine „ultimative Strategie“ gibt.

Die Berichte zu den beiden zentralen Veranstaltungen unserer Gesellschaft finden sich im Kapitel 6. Beim Berliner Colloquium 2017, das im März erneut gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin durchgeführt wurde, befassten wir uns mit dem Thema „Einflüsse globaler Entwicklungen und Trends auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik: Sind unser politisches System und unsere Gesellschaft hinreichend resilient gegenüber den damit verbundenen Herausforderungen?“. Im Juli fand die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg durchgeführte 51. Sicherheitspolitische Informationstagung statt zum Thema „Die Rolle der USA in einer Welt im Wandel – Hat die bisherige Sicherheitsordnung noch Zukunft?“. Dieses Thema hätte nach dem für die meisten wahrscheinlich überraschenden Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA kaum aktueller sein können.

Auch in diesem Jahr haben Wolfgang Fett und Werner Baach wiederum mit feinem Gespür, großem Einsatz und bewundernswerter Akribie dem vorliegenden Jahrbuch Form und Inhalt verliehen. Mein Dank und der Dank aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. geht an beide und an alle Autoren für ihre wertvollen und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben, und an den Layout- und Satz-Gestalter, Marcel Baganz. Das Kommando Strategische Aufklärung (KSA) hatte erneut maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2017 im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke dem Kommandeur des KSA und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Kommandos sehr herzlich für ihre engagierte und stets sehr professionelle Unterstützung.

Allen Lesern wünsche ich, dass sie die in unserem dreizehnten Jahrbuch vorgenommene Zusammenstellung ansprechend finden und bei der Durchsicht des Kompendiums auf zahlreiche Beiträge stoßen, die ihr Interesse wecken und dadurch ggf. auch den erwünschten sicherheitspolitischen Diskurs fördern. Dialogbereitschaft und konstruktiv kritische Begleitung, z.B. durch Rückäußerungen mit Anregungen oder auch weitergehende Nachfragen, sind stets willkommen.

Viel Freude, Genuss und Anregung beim Lesen!

Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann,
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

1 Permanent Structured Co-operation

Kapitel I

Clausewitz und sein Werk: Entstehung, Bedeutung und aktuelle Relevanz

Die Entwicklung von Clausewitz' Vom Kriege

Eine Rekonstruktion auf der Grundlage
der früheren Fassungen seines Meisterwerks

Paul Donker

Obwohl *Vom Kriege* eines der bedeutendsten Werke auf dem Gebiet der Kriegswissenschaften ist, ist kaum bekannt, wie Clausewitz es geschrieben hat. Seit dem dieses Werk 1832 zum ersten Mal veröffentlicht wurde, ist es aus allen möglichen Blickwinkeln untersucht worden, aber wie es entstanden ist, war bisher merkwürdigerweise eine unterbelichtete Frage. Einige vor kurzem gemachte Entdeckungen ermöglichen es jetzt jedoch, die Genese von *Vom Kriege* ziemlich genau zu rekonstruieren, und dadurch können zahlreiche Interpretationsprobleme dieses Werkes gelöst werden.¹



Marie von Clausewitz

In diesem Artikel werden der Schreib- sowie der Veröffentlichungsprozess sowohl anhand von früheren Fassungen wie auch von Äußerungen Clausewitz' und seiner Frau in Briefen, Vorworten und losen Notizen rekonstruiert. Zunächst wird die eigentümliche Geschichte seines geistigen Nachlasses ab 1832 dargestellt. Hieraus ergibt sich, dass die

Forschung nach der Genese durch verschiedene Ursachen immer ernsthaft behindert wurde. Danach wird der Aufbau von *Vom Kriege*, so wie das Werk 1832 tatsächlich veröffentlicht wurde, kurz erörtert. Anschließend werden Clausewitz' Schreibprozess und die Veröffentlichung durch Marie von Clausewitz rekonstruiert und erläutert. Abschließend werden hieraus mehrere wichtige Folgerungen gezogen.

Clausewitz' Nachlass, eine besondere Geschichte

Normalerweise durchläuft ein Autor einen langwierigen Prozess der Konzeption, des Schreibens, des Umschreibens und schließlich auch der Veröffent-

lichung eines Werkes. Wenn das der Fall gewesen ist, können wir als Leser davon ausgehen, dass die gedruckte Fassung eines Werkes die Anschauungen des Autors auf angemessene Weise wiedergibt. Wirklich widersprüchliche Auslegungen wird es dann auch nicht schnell geben. Autor und Buch stimmen miteinander überein.

Bei Clausewitz und seinem *Vom Kriege* ist dies jedoch nicht der Fall. Jeder Leser liest dieses Buch anscheinend anders, interpretiert es anders. Dies hat zwei unterschiedliche Gründe, die einander verstärken. Erstens war der Text unvollendet, als Clausewitz aufhörte zu schreiben, und zweitens hat seine Frau bei der Veröffentlichung verschiedene Modifikationen vorgenommen. Der endgültige Text ist dadurch nicht völlig konsistent, und das lässt natürlich viel Raum für große Interpretationsunterschiede.²

Jeder Leser liest dieses Buch anscheinend anders, interpretiert es anders. Dies hat zwei unterschiedliche Gründe, die einander verstärken. Erstens war der Text unvollendet, als Clausewitz aufhörte zu schreiben, und zweitens hat seine Frau bei der Veröffentlichung verschiedene Modifikationen vorgenommen.

Gerade in derartigen Fällen würden wir gern die ursprüngliche Handschrift heranziehen, um festzustellen, welches die Anschauungen waren, die Clausewitz zuletzt hatte. Jedoch ist der größte Teil seines Nachlasses am Ende des Zweiten Weltkriegs leider verloren gegangen. Trotzdem wurde seit 1832 nach *Vom Kriege* geforscht, und einige bedeutende Handschriften sind nach dem Krieg glücklicherweise wieder aufgetaucht. Eine gründliche Untersuchung dieser Texte ist nicht nur aus einem historischen Blickwinkel interessant, sondern wird voraussichtlich auch für die heutige Interpretation von *Vom Kriege* große Folgen haben.³

Clausewitz selbst hat zeitlebens nur sehr wenig veröffentlicht. Es sind lediglich fünf derartige Texte bekannt, und die wurden damals alle anonym in Zeitschriften und Zeitungen abgedruckt.⁴ Nach seinem Tode im November 1831 beginnt seine Witwe sofort die Herausgabe seiner Werke. Die bekanntesten von diesen sind natürlich die zehnteiligen *Hinterlassenen Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung*. Hiervon sind die ersten drei Teile unter dem Titel *Vom Kriege* berühmt geworden.

Darüber hinaus veranlasst Marie von Clausewitz den berühmten Historiker Leopold von Ranke, 1832 einen Artikel ihres Mannes über Scharnhorst in seine Zeitschrift aufzunehmen. Der Titel lautet: *Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst*.⁵ Bis vor kurzem wurde immer angenommen, von Ranke

habe diese Veröffentlichung ausschließlich selbst bewirkt, aber kürzlich hat sich herausgestellt, dass Clausewitz' Witwe die Initiative dazu ergriffen hat.⁶

Da Marie von Clausewitz demnach den Anstoß zu diesen beiden Veröffentlichungen gegeben hat, ist es auch anzunehmen, dass sie auch für einen dritten Text, der unmittelbar nach Clausewitz' Tode unter dem Titel *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* (Aus den hinterlassenen Schriften des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung) erschien, verantwortlich ist. Dieser Text, der starke inhaltliche Ähnlichkeiten mit *Vom Kriege* aufweist, wurde zwischen 1833 und 1835 in Teilen in einer damaligen militärischen Zeitschrift veröffentlicht, die von Freunden von Clausewitz herausgegeben wurde.⁷ Das und auch die große Übereinstimmung zwischen den Titeln des Hauptwerks und dieser Schrift bieten klare Hinweise dafür, dass seine Frau auch diesen dritten Text herausgegeben hat. Der Text gerät jedoch sofort in Vergessenheit, was meines Erachtens völlig ungerechtfertigt ist. Wie nachstehend noch eingehend dargelegt wird, sind die *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* so gut wie sicher die erste Fassung von *Vom Kriege*.⁸

Leider erkrankt Marie von Clausewitz während der Herausgabe von Clausewitz' Werken schwer und stirbt im Januar 1835. Ab diesem Zeitpunkt verbleibt der weitaus größte Teil seines schriftlichen Nachlasses im Besitz der Familie. Es

Das Clausewitz-Archiv ist – mit einigen Ausnahmen – immer Familienbesitz geblieben. Daher wurde sein Nachlass niemals in eine offizielle Bibliothek oder ein Staatsarchiv aufgenommen und dadurch ist er auch niemals richtig erschlossen worden.

ist wichtig, sich dieses Sachverhalts bewusst zu sein. Das Clausewitz-Archiv ist – mit einigen Ausnahmen – immer Familienbesitz geblieben. Daher wurde sein Nachlass niemals in eine offizielle Bibliothek oder ein Staatsarchiv aufgenommen, und dadurch ist er auch niemals richtig er-

schlossen worden. Dies hatte bedeutende Folgen, denn dadurch fehlt uns eine gute Übersicht über den Inhalt seines Archivs.

Glücklicherweise ermöglichte die Familie verschiedenen deutschen Forschern, den Nachlass zu untersuchen, und durch ihre Bücher und Artikel sind Textteile für uns erhalten geblieben. Zwischen 1870 und 1945 erschienen mehrere Biographien und theoretische Studien voller Zitate, die direkt aus den Texten des Nachlasses stammen. Auf diese mittelbare Art und Weise sind wichtige Briefe und Texte glücklicherweise immer noch verfügbar. Die Originalhandschriften sind größtenteils jedoch verloren gegangen, und manchmal würden wir eben diese gern zurate ziehen, um beispielsweise die verschiedenen Interpretationen

mit den ursprünglichen Texten zu vergleichen oder die Datierung des Textes zu kontrollieren.

Einer der Forscher, die Zugang zum Nachlass hatten, ist Hans Rothfels (1891-1976). Er verfasste zwei wissenschaftliche Werke über Clausewitz, die von Bedeutung sind, weil Rothfels darin als Erster kurz auf die *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* verweist. In seinem 1920 veröffentlichten Buch *Politik und Krieg* erstellt er ein chronologisches Verzeichnis von Werken Clausewitz', dem zufolge dieser Text eher verfasst wurde als *Vom Kriege*.⁹ Gerade weil Rothfels Zugang zum ganzen Nachlass hatte und demnach wahrscheinlich die Urfassung gesehen hat, ist dies eine wichtige Mitteilung. Rothfels ist jedoch in erster Linie an Clausewitz' geistiger Entwicklung interessiert, bevor dieser *Vom Kriege* tatsächlich begann, und daher untersucht er dessen Entstehen weiter nicht.

Um 1935 befassen sich zwei andere Forscher jedoch ausdrücklich mit der Frage nach dem Entstehen von *Vom Kriege*. Es sind Herbert Rosinski (1903-1962) und Eberhart Kessel (1907-1986). Sie haben beide jedoch keinen Zugang zum Originalmaterial und müssen sich daher ganz auf die Druckfassung stützen. Trotzdem erkennen sie schon wichtige Entwicklungen im Text, und zweifelsohne hätten sie die Entstehungsgeschichte entsprechend rekonstruieren können, wenn sie einen Einblick in das Archiv gehabt hätten.¹⁰

Der letzte Forscher, der das Archiv leihweise im Besitz hatte, war Walther Malmsten Schering (1883-1954). Schering schreibt drei theoretische Werke und einige Artikel über Clausewitz, und auch er zitiert darin aus Material, das sich in dem Archiv befand. Leider hat er das jedoch nicht mit genügender Sorgfalt getan, und dadurch gerät die Forschung auf Abwege. Schering behauptet, er habe die erste Fassung von *Vom Kriege* gefunden und dass diese bereits zwischen 1809 und 1812 geschrieben worden sei.¹¹ Aber das widerspricht den Angaben von Clausewitz und seiner Frau. Sie schreiben, dass die erste Fassung erst im Jahre 1816 in Koblenz zustande gekommen sei. Zum Glück ist die Handschrift, auf die Schering sich beruft, erhalten geblieben, und daher können wir diese einer näheren Untersuchung unterziehen.¹² Natürlich komme ich darauf noch zurück, denn ich bin der Ansicht, dass diese Schrift nicht die erste, sondern eben die zweite Fassung von *Vom Kriege* ist.



Koblenz Festung Ehrenbreitstein

Schering ist der Letzte, der das Archiv untersucht hat. Im Mai 1943 war das Archiv noch komplett. Es liegt ein grafologisches Gutachten vom 11. Mai 1943 eines gewissen Herrn oder einer gewissen Frau C. Braun-Runge vor, in dem bestätigt wird, dass die originalen Manuskripte von *Vom Kriege* alle von Clausewitz selbst stammen.¹³ Darüber hinaus gibt es ein kurzes auf den 2. März 1945 datiertes Schreiben von Schering an den Dekan der Universität Berlin, in dem er diesem mitteilt, dass er mehrere unersetzliche Manuskripte an einen sicheren Ort gebracht habe.¹⁴

Ab dem Zeitpunkt, März 1945, ist der Nachlass von Clausewitz unauffindbar. Nachfahren der Familie von Marie von Clausewitz haben gesagt, das Archiv sei zu Kriegsende wieder in den Besitz der Familie gelangt. Als die vorrückenden Russen das Familienhaus im Osten Deutschlands erreichten, hätten sie das



Archiv, zusammen mit anderen Kostbarkeiten, an einen anderen Ort gebracht, und dabei soll es geplündert worden sein. Es ist ihnen also abhandengekommen.¹⁵

Jetzt ergibt sich eine sonderbare Wendung. Denn nach 1945 sind im damaligen Westdeutschland an verschiedenen Orten wichtige Originalhandschriften von Clausewitz aufgetaucht. Darunter befanden sich auch die Frühfassungen von *Vom Kriege*. Der bekannte Forscher Werner Hahlweg hat übrigens viel von diesem Material herausgegeben.

1954 wird in Regensburg ein kleiner Teil des Archivs zurückgefunden. Es handelt sich hierbei um einige histori-

sche Studien, Dienstkorrespondenz, mehrere Briefe und sogar einige Gedichte von Clausewitz. Dieses Material wird jetzt in der Universitätsbibliothek Münster aufbewahrt.¹⁶

In demselben Jahr, 1954, überreicht Scherings Witwe der Staatsbibliothek in Berlin mehrere Originalhandschriften. Dabei handelt es sich um äußerst wertvolles Material, denn dies sind frühere Fassungen von *Vom Kriege*.¹⁷ Wie der genaue Verlauf der Dinge zwischen 1945 und 1954 war, ist unklar, aber vermutlich hat Schering der Familie nicht alles zurückgegeben. Das kann sogar im gegenseitigen Einvernehmen geschehen sein, wir wissen es nicht.

Die rätselhaftesten Vorgänge sind mit wieder anderen Handschriften verbunden, darunter die Originalhandschriften der Kapitel 1, 2 und 3 von Buch I von

Vom Kriege. Der zuvor bereits kurz erwähnte Werner Hahlweg erwirbt diese 1963 bei dem renommierten Antiquariat/Auktionshaus Stargardt in Marburg. Er bezahlt dafür 9850 DM.¹⁸ Aus unbekanntem Gründen hat Hahlweg über diese einzigartige Wiederentdeckung nie etwas verlautbart. Nach seinem Tode im Jahre 1989 geht sein umfangreicher Nachlass an die *Wehrtechnische Studiensammlung der Bundeswehr* in Koblenz. Dort wird er tadellos und akribisch archiviert und aufbewahrt. Vor drei Jahren nannte mir der Clausewitz-Forscher Andreas Herberg-Rothe den Ort, wo der Nachlass von Hahlweg aufbewahrt wird, und dort entdeckte ich dann dieses wichtige Material wieder.¹⁹ Manchmal hat ein Forscher eben Glück.

Außer den bereits erwähnten Originalhandschriften der Kapitel 1, 2 und 3 von Buch I befinden sich in Koblenz auch die von einem unbekanntem Abschreiber in Reinschrift geschriebenen vollständigen Bücher I und II, die 1832 benutzt wurden, um *Vom Kriege* herauszugeben. Darüber hinaus erwirbt Hahlweg auch noch das nahezu unbekanntes Werk *Taktische Rhapsodien* von Clausewitz.

Aus diesem kurzen Aufriss der Geschichte des Nachlasses geht hervor, dass das Entstehen von *Vom Kriege* nie eingehend untersucht worden ist. Die Forscher, die sich mit dieser Frage beschäftigten, hatten keinen Zugang zum Originalmaterial, während die Forscher, die Zugang zu ihm hatten, sich diese Frage nie gestellt haben.

Genau genommen ist es mit Clausewitz' Nachlass daher eine seltsame Angelegenheit. Anno 2017 verfügen wir nur noch über einen kleinen Teil des ursprünglichen Archivs. Wir wissen nicht, was das Archiv ursprünglich alles enthielt, weil es leider niemals gründlich erschlossen worden ist. Es gibt auch keine offizielle oder weitgehend akzeptierte Bibliographie von Clausewitz' Werk. Nur von manchen Texten wissen wir genau, wann Clausewitz sie geschrieben hat, aber es gibt keine chronologische Übersicht seiner Werke. Von mehreren wichtigen Texten von Clausewitz wurden Abschriften angefertigt, die auch in Zeitschriften und Büchern veröffentlicht wurden. Aber die Genauigkeit dieser Abschriften ist sehr unterschiedlich, und häufig ergeben sich Fragen in Bezug auf den Inhalt oder die Datierung.

Aus diesem kurzen Aufriss der Geschichte des Nachlasses geht hervor, dass das Entstehen von Vom Kriege nie eingehend untersucht worden ist. Die Forscher, die sich mit dieser Frage beschäftigten, hatten keinen Zugang zum Originalmaterial, während die Forscher, die Zugang zu ihm hatten, sich diese Frage nie gestellt haben.

Positiv hervorzuheben ist, dass glücklicherweise doch noch viel Material wiedergefunden wurde. Es ist auch möglich, dass irgendwann noch neues entdeckt wird. Nicht alles befand sich in seinem verschwundenen persönlichen Archiv, und sogar nach dem Zweiten Weltkrieg sind noch Handschriften aus diesem Archiv gefunden worden.

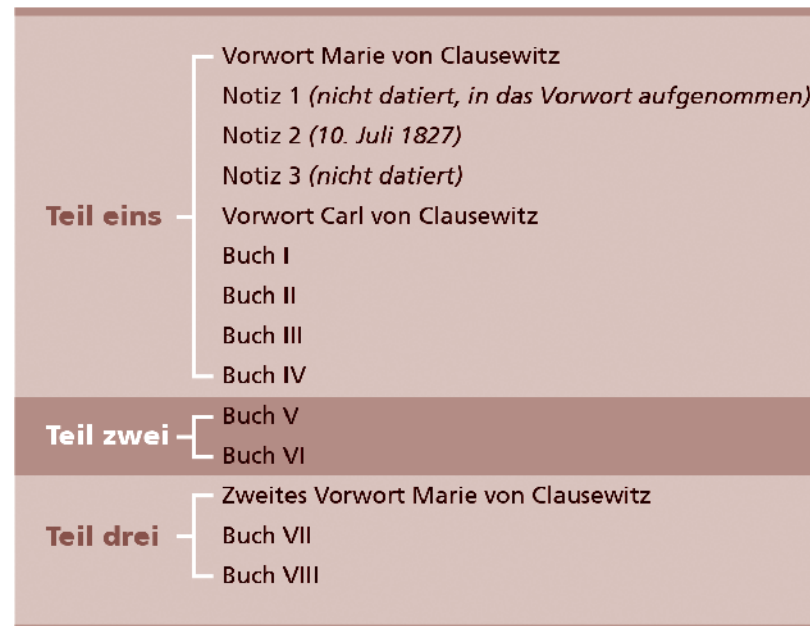
Insgesamt gibt es anno 2017 acht verschiedene Texte oder Manuskripte, die mit der Entstehung von *Vom Kriege* in Zusammenhang gebracht werden können. Manchmal ist dieser (chronologische) Zusammenhang evident, manchmal muss er durch Textanalyse gefunden werden.

Der Aufbau von *Vom Kriege*

Bevor wir den Schreib- und Veröffentlichungsprozess von *Vom Kriege* mehr im Einzelnen rekonstruieren können, ist es wichtig, sich den Aufbau dieses Werkes eingehend vor Augen zu führen. Denn die Rekonstruktion wird zeigen, dass die verschiedenen Bestandteile zu verschiedenen Zeitpunkten entstanden sind. Des Weiteren wird bei der Rekonstruktion jedes Mal wieder auf diese Bücher und Kapitel verwiesen werden, sowie auch auf die Notizen und Vorworte, die in *Vom Kriege* abgedruckt sind.

Wie bereits erwähnt, veröffentlicht Marie von Clausewitz zwischen 1832 und 1837 das zehnteilige Werk *Hinterlassene Werke des Generals Carl von Clausewitz über Krieg und Kriegführung*. Hiervon sind die ersten drei Teile besser bekannt unter dem Titel *Vom Kriege*. Teil 1 erscheint im Herbst 1832, etwa ein Jahr nach Clausewitz' Tod. Teil 2 erscheint 1833, und nach einigen Schwierigkeiten wird Teil 3 im Jahre 1834 veröffentlicht. Die drei Teile bestehen aus acht Büchern. Die ersten vier bilden Teil 1, die anderen zwei Teile bestehen aus je zwei Büchern. Siehe auch nebenstehendes Schema 1 *Der Aufbau von Vom Kriege*.

DER AUFBAU VON 'VOM KRIEGE'



Sowohl für den ersten als für den dritten Teil hat Marie von Clausewitz ein Vorwort geschrieben. Im zweiten Vorwort entschuldigt sie sich beim Leser, dass Teil 3 so lange auf sich hat warten lassen. Marie schreibt, dass der Text der Bücher VII und VIII nur aus Skizzen und Vorarbeiten bestanden habe und dass Major O'Etzel ihr geholfen habe, diese zu überarbeiten.²⁰ Bereits diese Bemerkung allein macht deutlich, dass es einen Unterschied zwischen der Niederschrift Clausewitz' und der endgültigen gedruckten Fassung gegeben haben kann und dass Clausewitz selbst mit dem Text noch nicht zufrieden war. Das sieht man beispielsweise deutlich in Buch VIII: Die Kapitel sind nicht miteinander kohärent, und Clausewitz deutet auch auf Kapitel hin, die nicht in *Vom Kriege* enthalten sind.

Auch in ihrem ersten Vorwort macht Marie vergleichbare Bemerkungen über Redaktionsprobleme, namentlich bei Buch I. Auch dort seien Textteile umgestellt, aber leider teilt sie nicht mit, was genau verändert wurde.²¹ Gerade weil dieses erste Buch das für das gesamte Werk *Vom Kriege* äußerst wichtige erste Kapitel enthält, wird bereits seit 1832 eine Diskussion über diese Mitteilung

geführt. Bemerkenswert ist, dass jüngere Entdeckungen ihre Angaben bestätigen. Wie nachstehend noch erörtert wird, sind verschiedene Kapitel tatsächlich umgestellt worden, aber das entsprach Clausewitz' Absicht.

In dem Vorwort schreibt Marie des Weiteren, dass Clausewitz im Jahre 1816 in Koblenz *Vom Kriege* begonnen habe, dass es drei Fassungen gegeben habe und

Wenn Clausewitz selbst schreibt, dass nur das allererste Kapitel abgeschlossen sei, dann muss das maßgeblich sein für all unsere Interpretationen. Alle anderen Textteile müssen dann erst mit diesem Kapitel verglichen werden, bevor wir deren Inhalt deuten dürfen.

dass Clausewitz 1827 eine umfangreiche Überarbeitung begonnen hat. Um das alles zu untermauern, hat sie drei Notizen ihres Mannes hinzugefügt, in denen er erklärt, wie weit er mit seinem Werk vorangekommen sei. Diese drei Notizen sind daher von entscheidender Bedeutung für unser Ver-

ständnis des Entstehens seines Hauptwerkes. Leider sind zwei der drei Notizen nicht mit einem Datumsvermerk versehen.

In der undatierten ersten Notiz – die Marie mitten in ihr eigenes erstes Vorwort aufnimmt – beschreibt Clausewitz tatsächlich drei aufeinanderfolgende Fassungen von *Vom Kriege*. Dabei erklärt er hauptsächlich, wie die erste Fassung seines Meisterwerkes ausgesehen haben muss und teilt er mit, wie er danach fortgefahren ist.²²

In seiner zweiten Notiz, die auf den 10. Juli 1827 datiert ist, schreibt Clausewitz, dass er mit *Vom Kriege* nicht zufrieden sei und dass er beabsichtige, das Werk noch einmal ganz umzuschreiben. Hierbei will er von zwei wichtigen Konzepten ausgehen: *der doppelten Art des Krieges* und der Vorstellung, dass *der Krieg nichts ist als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln*.²³ Weil er diese Notiz wohl mit einem Datumsvermerk versehen hat, wissen wir genau, wann er mit der umfangreichen Überarbeitung begonnen hat.

In der dritten Notiz, die leider nicht datiert ist, steht ein Satz, der möglicherweise den letzten Stand der Dinge wiedergibt. Clausewitz schreibt: „*Das erste Kapitel des ersten Buches ist das einzige, was ich als vollendet betrachte; es wird wenigstens dem Ganzen den Dienst erweisen, die Richtung anzugeben, die ich überall halten wollte.*“²⁴ Das ist natürlich eine äußerst wichtige Mitteilung über den Zustand des Werkes. Wenn Clausewitz selbst schreibt, dass nur das allererste Kapitel abgeschlossen sei, dann muss das maßgeblich sein für all unsere Interpretationen. Alle anderen Textteile müssen dann erst mit diesem Kapitel verglichen werden, bevor wir deren Inhalt deuten dürfen. Weil diese dritte No-

tiz jedoch nicht datiert ist, steht nicht unumstößlich fest, dass dies Clausewitz' letzte Auffassung von *Vom Kriege* ist, und seit 1989 wird hierüber unter den Experten denn auch eine heftige Debatte geführt.²⁵

Eben weil so vieles unklar ist, Clausewitz mehrere Male angibt, dass er mit seinem Werk noch nicht zufrieden sei, und darüber hinaus Teile des Textes während der Veröffentlichung angepasst worden sind, würden wir gern die Originalmanuskripte benutzen können. Es erhebt sich daher die Frage, ob es möglich ist, den Schreib- und Veröffentlichungsprozess von *Vom Kriege* zu rekonstruieren, sodass deutlich wird, welche Textteile davon die letzten Fassungen von Clausewitz am besten wiedergeben.

Die Rekonstruktion der Entstehung von *Vom Kriege*

Im Nachhinein betrachtet hätte die Frage, wie Clausewitz sein Meisterwerk geschrieben hat, natürlich besser untersucht werden können, als sein Archiv noch vollständig war. Ausgehend von den acht Büchern, aus denen die gedruckte Fassung von *Vom Kriege* besteht, hätte man untersuchen können, welche Handschriften von Clausewitz selbst sind und ob es davon auch ältere Versionen gibt. Auf diese Weise hätte man sich von der Entstehungsgeschichte seines Werkes leicht ein Bild machen können. Gerade weil Clausewitz und seine Frau vieles aufbewahrt haben, hätte dieses Problem damals möglicherweise noch gelöst werden können.

So kompliziert ist das Puzzle meines Erachtens nicht. Indem man die verfügbaren Handschriften mit den Briefen und Notizen von Clausewitz vergleicht, entsteht ein überraschend kohärentes Bild.

Wie bereits gesagt, haben sich schon mehrere Forscher mit dieser Frage befasst. Aber diese hatten leider keinen Zugang zu dem vollständigen Archiv. Schering hatte ihn, er befasste sich jedoch nicht mit dieser Frage.

Weil Clausewitz' Archiv anno 2017 unvollständig ist, sollten wir in einer Hinsicht bei der Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte von *Vom Kriege* vorsichtig sein. Wir können nicht ausschließen, dass irgendwann einmal ganz neues Material gefunden wird, das dann wieder ein neues Licht auf diese Sache wirft. Mit diesem einzigen Vorbehalt ist es möglich, ziemlich eingehend die Entstehungsgeschichte zu rekonstruieren. So kompliziert ist das Puzzle meines Erachtens nicht. Indem man die verfügbaren Handschriften mit den Briefen und Notizen von Clausewitz vergleicht, entsteht ein überraschend kohärentes Bild.

Zwei Fragen sind von entscheidender Bedeutung: Wann nimmt Clausewitz die Arbeit an *Vom Kriege* auf und wie viele unterschiedliche Fassungen hat es eigentlich gegeben?

Nahezu alle Forscher sind der Ansicht, dass er das 1816 in Koblenz getan habe. Schering nimmt allerdings an – wie schon zuvor erwähnt –, dass Clausewitz zwischen 1809 und 1813 begonnen habe. Leider untermauert er seine abweichende Ansicht nicht. Gerade weil Marie und Carl selbst beide auf die Koblenzer Zeit hinweisen, müssen wir von 1816 ausgehen.

Über die zweite Frage sind sich die Experten zum Glück einig. Sie gehen alle davon aus, dass es drei aufeinanderfolgende Fassungen von *Vom Kriege* gegeben habe, dass Clausewitz anschließend im Jahre 1827 eine gründliche Überarbeitung des Textes begonnen habe und dass seine Frau das Werk schließlich mit einigen Abänderungen veröffentlicht habe.²⁶ Das bedeutet, dass es insgesamt fünf Schritte gegeben hat. Bemerkenswert ist, dass wir aus jedem dieser fünf Stadien auch Originalmaterial haben. Wir haben leider nicht alles, aber es reicht, um jedes Stadium nachzuweisen.

Die erste Fassung von *Vom Kriege*

Wie bekannt, leben die Eheleute nach dem endgültigen Sieg über Napoleon Bonaparte im Jahre 1815 gut zwei Jahre in Koblenz, bevor sie nach Berlin ziehen. Für kurze Zeit ist Graf von Gneisenau der Kommandeur der preußischen Truppen am Rhein, und Clausewitz wird sein Chef des Stabes. Nach Ansicht von Marie von Clausewitz waren das zwei sehr glückliche Jahre für das Ehepaar.

Neben seiner anspruchsvollen Arbeit und den vielen sozialen Verpflichtungen findet Clausewitz Zeit, um ein Buch zu schreiben. Dieser Sachverhalt ergibt sich aus mehreren Briefen aus diesen Jahren und wird in dem Vorwort seiner Frau zu *Vom Kriege* bestätigt. Selbst erwähnt Clausewitz in einem kurzen Brief an seinen guten Freund, Graf Carl von der Gröben, zum ersten Mal, dass er an einem Buch arbeitet; dieser Brief wurde vermutlich am 17. Mai 1816 aus Koblenz versandt. Nach ein paar einführenden Bemerkungen schreibt er Folgendes:

„Was die Arbeit betrifft, von welcher Graf Gneisenau gesprochen, so kennen Sie die erste Probe davon schon. Ich habe im verflossenen Winter in dieser Manier den größten Theil der Strategie bearbeitet, allein das Manuskript eignet sich gar nicht zu einer Mitteilung, da es lauter rohe Werkstücke sind,

die noch vielfältig bearbeitet, auch zum Theil vielleicht ganz verworfen werden müssen. Dazu ist es ganz unleserlich geschrieben, auch bei weiten nicht vollendet. Ob ich es je an das Tageslicht treten lassen werde, bin ich noch gar nicht mit mir einig, denn ich muß mir zum Ruhme nachsagen, daß etwas gewöhnliches mich nicht befriedigt und daß ich einen wahren Widerwillen habe, die Zahl mittelmäßiger und deswegen unnützer Bücher zu vermehren. Ich verspreche Ihnen aber, wenn ich weiter vorgeschritten seyn und einen guten Abschreiber gefunden haben werde, Ihnen das ganze zur Beurteilung mitzuteilen. Übrigens bitte ich nicht davon zu sprechen, weil ich meine Sachen gern still für mich und ohne Aufsehen treibe.“²⁷

In diesem kurzen Brief erkennen wir Clausewitz sofort. Er ist mit seinem eigenen Werk nicht schnell zufrieden und will in aller Ruhe daran weiterarbeiten. Ob sein Buch jemals veröffentlicht wird, lässt er bewusst dahingestellt sein. Diese Haltung wird sich in den vierzehn Jahren, während derer er an seinem Meisterwerk arbeitet, nicht ändern. Des Weiteren können wir aus diesem Brief schließen, dass die erste Fassung von der Strategie handeln sollte und dass sie bei weitem nicht den Umfang der Endfassung von *Vom Kriege* hatte.

Außer diesem Brief gibt es noch zwei Briefe aus dieser Zeit, in denen Clausewitz seine Studie erwähnt.²⁸ Und das beweist, dass er in dieser Stadt mit seiner ersten Fassung beginnt, wie Marie auch in ihrem Vorwort behauptet. In diesem Punkt kann es daher keine Missverständnisse mehr geben, und Schering hätte sehr starke Argumente hervorbringen müssen, um Clausewitz schon viel früher beginnen zu lassen.

Die Briefe und auch die Notizen von Clausewitz in *Vom Kriege* enthalten noch mehr wichtige Informationen in Bezug auf die erste Fassung. Es zeigt sich, dass diese eine auffällige literarische Form aufweist. Ich führe – untereinander – zwei Zitate an. Das erste stammt aus einem Brief, den Clausewitz am 4. März 1817 aus Koblenz an Gneisenau geschickt hat, zusammen mit einer kurzen theoretischen Verhandlung. Übrigens hat Clausewitz auf Bitten Gneisenaus danach noch öfter Manuskripte an ihn gesandt, und auf diese Weise sind sie zum Glück erhalten geblieben. Das zweite Zitat stammt aus der ersten Notiz von Clausewitz in *Vom Kriege*.

„Ich nehme, wenn mir, wie hier, eine Auseinandersetzung zu weitschweifig geworden ist nur das Resultat in gedrängter Kürze in mein kleines Werk auf und werfe die Vorarbeit wie abgefallene Hobelspäne ins Feuer.“²⁹

„Meine Absicht war anfangs, ohne Rücksicht auf System und strengen Zusammenhang über die wichtigsten Punkte dieses Gegenstandes dasjenige in ganz kurzen, präzisen, gedrungenen Sätzen niederzuschreiben, was ich darüber mit mir selbst ausgemacht hatte. Die Art, wie Montesquieu seinen Gegenstand behandelt hat, schwebte mir dabei dunkel vor.“³⁰

Die zwei Zitate zeigen, dass die erste Fassung eine spezielle literarische Form hatte („in ganz kurzen, präzisen, gedrungenen Sätzen“) und dass Clausewitz

Der Verweis auf den französischen Philosophen Montesquieu liegt natürlich auch auf dieser Linie. Es ist bekannt, dass Clausewitz als Jugendlicher dessen Werk gelesen hat, es befremdet daher nicht, dass er durch die literarische Form inspiriert wurde.

manchmal erst einen längeren Text abfasste, von dem er das Wesentliche dann in sein Buch aufnahm. Der Verweis auf den französischen Philosophen Montesquieu liegt natürlich auch auf dieser Linie. Es ist bekannt, dass Clausewitz als Jugendlicher dessen Werk gelesen hat, es befremdet da-

her nicht, dass er durch die literarische Form inspiriert wurde. Charles de Montesquieu hat in seinem klassischen Werk *l'Esprit des Lois* die Kapitel aus nummerierten Abschnitten kompakten Textes aufgebaut.

Natürlich erinnert diese auffällige literarische Form an die bereits kurz genannten *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung*. Dieser Text besteht aus 177 einzelnen, nummerierten Aphorismen, die zwischen 1833 und 1835 mit mehreren zugleich in den aufeinanderfolgenden Nummern der militärischen *Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges* veröffentlicht wurden.³¹ Das fällt – es sei nochmals darauf hingewiesen – mit der ersten Herausgabe von *Vom Kriege* durch Marie von Clausewitz zusammen. Die Originalhandschrift haben wir leider nicht, wir haben nur die gedruckte Fassung. Nach der Veröffentlichung ist dieser Text bereits sehr schnell in Vergessenheit geraten.

Der vollständige Text von *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* zählt insgesamt etwa 8.750 Wörter, das entspricht dem Umfang eines langen Artikels. Sehr wichtig ist, dass der Text große Ähnlichkeiten mit dem Text der ersten vier Bücher von *Vom Kriege* aufweist. Es gibt aber keine Übereinstimmung mit den Büchern V bis VIII, und auch zu mehreren Kapiteln und wichtigen Abschnitten der ersten vier Bücher gibt es keinen entsprechenden Aphorismus. Sechs von den 177 Aphorismen sind buchstäblich in *Vom Kriege* enthalten, und 56 Aphorismen sind in einer abgeänderten Form in *Vom Kriege* enthalten. In nicht weniger als 76 Fällen weist der Text große Unterschiede auf, ist jedoch immer noch erkennbar. 13 Aphorismen sind nicht in *Vom Kriege* wie-

derzufinden. In acht Fällen wird ein anderer Ausdruck verwendet, und in drei Fällen ein ganz anderes Beispiel. In mindestens 11 Fällen ist der Text von *Vom Kriege* eine deutliche Weiterentwicklung des entsprechenden Aphorismus.³²

Als Beispiel der sechs Aphorismen, die buchstäblich in *Vom Kriege* übernommen worden sind, ist Nummer 149 zu nennen: „Das Gefecht ist die eigentliche kriegerische Tätigkeit, alles übrige sind nur die Träger derselben.“³³

Noch interessanter ist natürlich die Reihe von mindestens elf Beispielen, von denen der Text von *Vom Kriege* eine deutliche Weiterentwicklung des entsprechenden Aphorismus darstellt. Aphorismus Nr. 22 handelt von der „wunderlichen Dreifaltigkeit“, einer der bekanntesten Konzeptionen von Clausewitz. Wenn wir jedoch den vollständigen Text dieses Aphorismus dem vollständigen Text von *Vom Kriege* gegenüberstellen, sehen wir, dass der Text in *Vom Kriege* drei Erweiterungen aufweist: ein wahres Chamäleon, eine wunderliche Dreifaltigkeit sowie die Trias Volk, Feldherrn und Regierung.

Aphorismus Nr. 22

Aus dem Vorstehenden erhält man folgendes Resultat für die Theorie. Der Krieg verändert in der Wirklichkeit oft seine Natur, und wird hinsichtlich seiner Gesamterscheinungen aus folgenden drei Tendenzen zusammengesetzt: 1) aus der ursprünglichen Gewaltigkeit seines Elements, dem Hasse und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind; 2) aus dem Spiele der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen; 3) aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, wodurch er dem bloßen Verstande anheimfällt. – Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen daher schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Muthes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab; die politischen Zwecke aber gehören der Regierung allein an.

§28. Resultat für die Theorie

Der Krieg ist also **nicht nur ein wahres Chamäleon**, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen **eine wunderliche Dreifaltigkeit**, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltigkeit seines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein *blinder Naturtrieb* anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer *freien Seelentätigkeit* machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er *dem bloßen Verstande* anheimfällt.

Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet. Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab, die politischen Zwecke aber gehören der Regierung allein an.

(*Vom Kriege*, Buch I, Kapitel 1)

Es ist undenkbar, dass Clausewitz – oder zur Not auch jemand anderes – diese drei auffälligen Vorstellungen ausgelassen hätte, wenn er Aphorismus Nr. 22 zu einem späteren Zeitpunkt aus *Vom Kriege* entnommen hätte. Es ist hingegen sehr gut denkbar, dass Clausewitz um 1817 Aphorismus Nr. 22 niederschreibt, um zehn Jahre später diese entscheidenden Elemente hinzuzufügen.

Es gibt also sehr starke Hinweise dafür, dass *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* die erste Fassung gewesen ist. Und wie wir im weiteren Verlauf der Rekonstruktion noch sehen werden, erklärt diese Annahme vieles und löst viele Fragen.

Die zweite Fassung

Höchstwahrscheinlich hat Clausewitz das Manuskript von *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* Ende 1818 sorgfältig in eine Mappe gelegt und ist nach Berlin gezogen, um dort *Direktor der Allgemeinen Kriegsschule* zu werden. Er muss zu Anfang viel Gefallen an diesem Posten gehabt haben. Am 21. März 1819 schickte er seinen Chefs einen ausführlichen Bericht über den Unterricht an der Kriegsschule mit dem Titel: *Denkschrift über die Reform der Allgemeinen Kriegsschule zu Berlin*.³⁴ Aus dem Bericht geht hervor, dass Clausewitz in den ersten Monaten eine große Anzahl von Vorträgen an der *Kriegsschule* gehört hat. Er steht sowohl dem Lehrplan als auch verschiedenen Dozenten sehr kritisch gegenüber. Natürlich hat er auch verschiedene Verbesserungsvorschläge. Aber, wie bekannt, ein *Direktor* durfte sich damals nicht mit dem Inhalt des Unterrichts befassen, und der Bericht verschwand in der Schublade.

Trotzdem vermute ich, dass diese Untersuchung des Lehrplans Clausewitz selbst beim Schreiben von *Vom Kriege* Antrieb gegeben hat, namentlich bei der zweiten Fassung. In seiner ersten Notiz äußert er sich wie folgt dazu:

„Allein meine Natur, die mich immer zum Entwickeln und Systematisieren treibt, hat sich am Ende auch hier wieder hervorgearbeitet. Eine Zeitlang vermochte ich es über mich, aus den Abhandlungen, welche ich für einzelne Gegenstände schrieb, weil sie mir dadurch selbst erst recht klar und sicher werden sollten, nur die wichtigsten Resultate herauszuheben und also den Geist in ein kleineres Volumen zu konzentrieren; [...]“³⁵

Auch hier sagt Clausewitz, er habe „die wichtigsten Resultate“ aus anderen „Abhandlungen“ in sein eigenes Werk, ein Buch von geringem Umfang, übernom-

men. Des Weiteren ist auffällig, dass er diese zweite Fassung durchaus systematisch aufgebaut hat. Es kann sich hier also nicht mehr um Aphorismen handeln.

Nun gibt es einen von ihm verfassten Text, der der Überrest dieser zweiten Fassung sein könnte. Ich meine den Text, von dem Schering behauptet, er sei die erste Fassung, wofür er jedoch keine Argumente vorgebracht hat. Schering hat die Handschrift damals im Archiv gefunden, und Hahlweg hat eine Abschrift davon veröffentlicht. Weil Clausewitz der originalen Handschrift keinen Titel gegeben hatte, nennt Hahlweg den Text: *Entwürfe und Vorarbeiten zum Werk "Vom Kriege"*.³⁶

Das ursprüngliche Werk wird in Berlin aufbewahrt. Weil es aus zwei Einführungen und mehreren unverbundenen Kapiteln besteht, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um zwei Versuche von Clausewitz handelt, ein Buch zu schreiben. Es stellt also die Überreste dieser Versuche dar. Das Interessante ist nun, dass alle diese Kapitel von der Kriegskunst handeln, nicht von der Strategie. *Kriegskunst* ist das zentrale Thema, ein Thema, das in *Vom Kriege* erst im zweiten Buch behandelt wird, und das natürlich auch mit dem Lehrplan der Kriegsschule in Beziehung steht.

Dieser Text kann daher auch aus inhaltlichen Gründen niemals die erste Fassung sein, denn er besteht aus in sich geschlossenen Kapiteln über *Kriegskunst*, während Clausewitz selbst gesagt hat, die erste Fassung solle wie bei *Montesquieu* aus einzelnen kleinen Textstücken bestehen, die von Strategie handeln.

Meine These ist nun, dass *Entwürfe und Vorarbeiten zum Werk "Vom Kriege"* nicht die erste, sondern die zweite Fassung gewesen ist. Clausewitz schrieb diese Fassung als *Direktor der Allgemeinen Kriegsschule*, nachdem er seinen Bericht über den Lehrplan abgefasst hatte. *Kriegskunst* ist das zentrale Thema. Er setzt sich inhaltlich mit dieser Materie auseinander und schreibt und überarbeitet mehrere Kapitel. Einige davon nimmt er in die dritte Fassung auf, die übrigen bewahrt er in seinem Archiv auf.

Die dritte Fassung

Es ist wenig bekannt über die Gründe und auch über den Zeitpunkt, zu dem Clausewitz beschließt, mit der endgültigen, dritten Fassung von *Vom Kriege* zu beginnen. In Anbetracht des Umfangs dieses Werkes, das acht Bücher umfasst, muss dies zu Beginn der zwanziger Jahre stattgefunden haben.

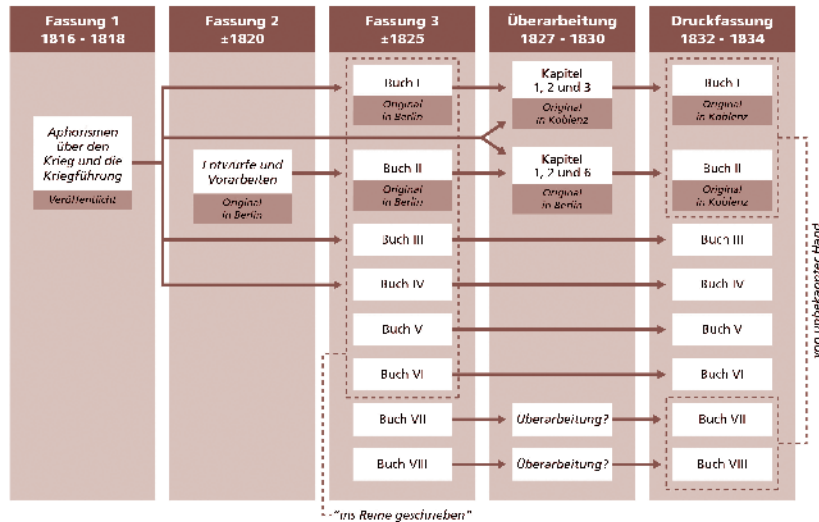
Zum Glück wurden verschiedene Handschriften wiedergefunden, die zu der dritten Fassung gehören. Zwei davon bestätigen meine These, dass die erste und die zweite Fassung den Ausgangspunkt beim Schreiben der ersten vier Bücher von *Vom Kriege* gebildet haben müssen. Diese zwei Handschriften werden jetzt in Berlin aufbewahrt. Auch davon hat Hahlweg Abschriften veröffentlicht.³⁷

Aus inhaltlicher Sicht sind das die früheren Fassungen von Buch I und Buch II, denn die Kapitel entsprechen zum Teil der endgültigen, 1833 herausgegebenen Fassung, zum Teil aber auch nicht. Im Folgenden wird dargestellt, wie Clausewitz diese Kapitel abgeändert hat. Wichtig ist jetzt die Feststellung, dass in dieser Fassung von Buch I viele Aphorismen wiederzufinden sind und dass das Buch II ausschließlich von *Kriegskunst* handelt, ohne jeglichen Zusammenhang mit den Aphorismen.

Eine zweite auffällige Besonderheit der Handschriften ist, dass sie von Clausewitz selbst auf Papier besserer Qualität ins Reine geschrieben worden sind. Es ist klar, dass dies keine Konzeptfassungen voller Streichungen und Verbesserungen im Text sind. Im Gegenteil, sie sind Wort für Wort sauber geschrieben, als hätte Clausewitz beabsichtigt, sie zu veröffentlichen.³⁸ Und das gibt uns die Möglichkeit einer eindeutigen Datierung. Denn in seiner zweiten Notiz, die auf den Juli 1827 datiert ist, steht direkt am Anfang ein kurzer Zwischensatz, den viele Forscher übersehen haben: „*Ich betrachte die ersten sechs Bücher, welche sich schon ins Reine geschrieben finden, nur als eine noch ziemlich unförmliche Masse, die durchaus noch einmal umgearbeitet werden soll.*“³⁹

Das ist natürlich nicht irgendeine Bemerkung von Clausewitz. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, wie viel Arbeit es gekostet haben muss, all diese sechs Bücher, Buchstabe für Buchstabe, ins Reine zu schreiben. Das kann er nur getan haben, wenn er mit dem Inhalt des Textes wirklich zufrieden war. Wir können daher annehmen, dass am 10. Juli 1827 sechs von den acht Büchern fertig zur Veröffentlichung waren. Gleichzeitig wissen wir, dass es mit Clausewitz' Gesundheit Ende 1826 und Juni 1827 schlecht beschaffen war und dass die Besserung nur langsam Fortschritte machte.⁴⁰ Von diesem Zeitpunkt aus zurückrechnend, können wir schließen, dass die sechs Bücher um 1825 ins Reine geschrieben worden sind.

DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE VON 'VOM KRIEGE'



In Schema 2 *Die Entstehungsgeschichte von Vom Kriege* sind die drei Fassungen angegeben. 1825 waren acht Bücher vollendet, von denen sechs bereits ins Reine geschrieben worden waren. Jetzt können wir auch den inhaltlichen Zusammenhang zwischen Fassung eins, Fassung zwei und der früheren Fassung von *Vom Kriege* deutlich machen. Die Bücher I, III und IV basieren auf *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung*. Ferner übernimmt Clausewitz verschiedene Kapitel seiner zweiten Fassung, in abgeänderter Form oder nicht, in Buch II.

Die Überarbeitung

Nachdem Clausewitz also geraume Zeit krank gewesen ist, nimmt er im Sommer 1827 die Arbeit an seiner Studie wieder auf. Inzwischen hat er von dem bestehenden Text natürlich Distanz gewinnen können, und nachdem er ihn von neuem gelesen hat, ist er sehr unzufrieden. In der Notiz vom 10. Juli gibt er deutlich zu verstehen, dass er alle acht Bücher umschreiben will und dass dabei zwei wichtige Konzepte maßgeblich sein werden:

„Ich betrachte die ersten sechs Bücher, welche sich schon ins Reine geschrieben finden, nur als eine noch ziemlich unförmliche Masse, die durchaus noch einmal umgearbeitet werden soll. Bei dieser Umarbeitung wird die doppelte Art des Krieges überall schärfer im Auge behalten werden, und

*dadurch werden alle Ideen einen schärferen Sinn, eine bestimmte Richtung, eine nähere Anwendung bekommen. [...] Außer diesem faktisch bestehenden Unterschied in den Kriegen muß noch der ebenfalls praktisch notwendige Gesichtspunkt ausdrücklich und genau festgestellt werden, daß der Krieg nichts ist als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln.*⁴¹

Jahrelang haben Forscher über die Frage diskutiert, woher diese beiden berühmten Konzepte (*die doppelte Art des Krieges* und *daß der Krieg nichts sei als die fortgesetzte Staatspolitik mit anderen Mitteln*) doch stammen. Die Antwort ist meines Erachtens sehr einfach. Diese beiden Konzepte finden sich fast buchstäblich in *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* vor. In den Aphorismen 1 und 2 steht nahezu buchstäblich das gleiche wie in Clausewitz' zweiter Notiz. Daraus können wir folgern, dass er im Juli 1827 auf diese frühere Studie zurückgreift.⁴²

Dass Clausewitz bei der Überarbeitung tatsächlich auf *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* zurückgreift, wird in zwei anderen Handschriften bestätigt, von denen sich eine in Koblenz und die andere in Berlin befindet. Das sind die Konzeptfassungen der neuen Kapitel von Buch I bzw. Buch II.⁴³ Diese Handschriften bilden den Nachweis, dass Clausewitz zwischen 1827 und 1830 mehrere Kapitel für diese zwei Bücher umschreibt und dass er dabei die übrigen Aphorismen als Ausgangspunkt benutzt.⁴⁴ Dadurch weist die endgültige Druckfassung der Bücher I und II größere Ähnlichkeiten mit *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* auf als die Zwischenfassung von 1825. Das mag Erstaunen hervorrufen, aber wir können ohne weiteres feststellen, dass Clausewitz bei der Überarbeitung auf seine erste Fassung zurückgreift.⁴⁵

Die Konzeptfassungen von neuen Kapiteln für Buch I und II sind nicht mehr von Clausewitz selbst ins Reine geschrieben worden. Das geschah nach seinem Tode unter der Anleitung seiner Frau.

Die Druckfassung von 1832 - 1834

Wie bereits gezeigt wurde, begegnete Marie von Clausewitz verschiedenen Redaktionsproblemen, als sie das Werk ihres Mannes nach dessen Tode herausgeben wollte. Selbst weist sie auf Buch I und die Bücher VII und VIII hin. Und gerade sahen wir, dass Clausewitz auch Buch II überarbeitet hat.

Dieser Hergang bei den Büchern I und II wird durch zwei Manuskripte bestätigt, die auch in Koblenz aufbewahrt werden. Das sind zwei ins Reine geschriebene Fassungen, die mit der Druckfassung identisch sind. Diese sind beide von einem unbekanntem Schreiber abgeschrieben worden, wobei natürlich von dem ursprünglichen Material von Clausewitz selbst Gebrauch gemacht wurde.

In unserem Schema sind diese zwei Bücher oben rechts angegeben. Und jetzt können wir genau sehen, wie die Überarbeitung vor sich gegangen ist. Clausewitz schreibt mehrere Kapitel für die Bücher I und II um. Seine Frau veranlasst anschließend, dass diese Bücher ins Reine geschrieben werden. Von den meisten der neuen Kapitel haben wir die Konzeptfassungen. In allen neuen Kapiteln sind Textfragmente der Aphorismen wiederzufinden, woraus wiederum hervorgeht, dass die *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* eine wichtige Inspirationsquelle bei der Überarbeitung gewesen sind.

Die Überarbeitung der Bücher I und II kann jetzt im Detail rekonstruiert werden. Buch I erhält drei neue Kapitel (1, 2 und 3), und das Kapitel *Friktion im Kriege* wird vom 2. Platz in der alten Fassung an den 7. Platz in der neuen verschoben. In Buch II streicht Clausewitz nicht weniger als elf Kapitel, nur das Kapitel *Kriegskunst oder Kriegswissenschaft* übernimmt er in seine endgültige Fassung.⁴⁶

Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass auch das Entstehen von Clausewitz' berühmtem ersten Kapitel jetzt sehr genau rekonstruiert werden kann. Zum Schreiben dieses Kapitels benutzt er einige Textteile und lose Bemerkungen aus der alten Fassung dieses Kapitels, überarbeitet er 17 Aphorismen und übernimmt dazu noch einen nahezu buchstäblich und verfasst mehrere neue Abschnitte.⁴⁷ Selbstverständlich werden diese Rekonstruktionen für unsere Interpretation von *Vom Kriege* große Folgen haben.

Weil es keine Handschriften gibt, die auf eine Überarbeitung der Bücher III bis VI hindeuten und Marie sich dazu auch nicht geäußert hat, dürfen wir annehmen, dass der Herausgeber Dümmler die von Clausewitz selbst geschriebene Fassung von 1825 benutzt hat. Diese vier Bücher sind daher verhältnismäßig alt, die Bücher I und II sind zum Teil umgearbeitet und daher jünger. Über die Bücher VII und VIII lässt sich aus Mangel an Material nichts mit Gewissheit sagen. 1825 waren das Konzeptfassungen, und 1830 waren es immer noch Konzeptfassungen. Vermutlich hat Clausewitz durchaus an Buch VIII gearbeitet, aber das muss noch eingehender untersucht werden.

Da wir jetzt ziemlich genau erkennen können, was Clausewitz nach 1827 tatsächlich überarbeitet hat, können wir auch über den Ort der Dritten Notiz Aufschluss geben – eine Frage, die die Experten seit Jahren beschäftigt. Höchstwahrscheinlich hat Clausewitz als Erstes Buch II überarbeitet und die alten und neuen Kapitel sorgfältig zusammengefügt. Deshalb teilt Marie darüber auch nichts mit; der Text musste nur noch ins Reine geschrieben werden. Vielleicht hat er noch an Buch VIII gearbeitet, aber auf jeden Fall hat er als Letztes die drei neuen Kapitel für Buch I geschrieben. Und dann verwundert es nicht, dass Clausewitz eigentlich nur mit dem allerletzten Kapitel *Was ist der Krieg?* zufrieden ist.⁴⁸

Schlussfolgerungen

Erstens zeigt es sich, dass es möglich ist, die Entstehung von *Vom Kriege* aus den erhaltenen Handschriften, Briefen und Notizen ziemlich genau zu rekonstruieren. Es entsteht ein kohärentes Bild, in dem nur ein paar Elemente fehlen. Es hat sich herausgestellt, dass wir über Material sämtlicher fünf Schritte verfügen, aus dem der Schreib- und Veröffentlichungsprozess bestand. Durch die Rekonstruktion wird es möglich, die wichtigsten theoretischen Schritte, die Clausewitz gemacht hat, nachzuvollziehen. Die Entstehung von *Vom Kriege* im konzeptionellen Sinne kann jetzt viel besser untersucht werden, weil wir jetzt wissen, welches die letzten Textteile sind, die Clausewitz verfasst hat, und die Entwicklung vieler seiner Konzepte genau verfolgen können.

Zweitens können wir feststellen, dass *Vom Kriege* nicht nach einem vorgefassten Plan entstanden ist. Clausewitz hat niemals mit einem Verleger Vereinbarungen über die Herausgabe dieses Werkes getroffen, und seine Chefs haben auch niemals auf dessen Vollendung gedrängt. Nur wenige Leute wussten, womit er sich beschäftigte. Er beginnt in seiner Freizeit in Koblenz ein Buch mit Aphorismen zur Strategie. Als er mit seiner Untersuchung des Lehrplans der Kriegsschule kein Gehör findet, beginnt er ein zweites Buch, das die Kriegskunst zum Thema hat. Beide Werke benutzt er bei der Konzeption der endgültigen dritten Fassung. Nach einer langen Zeit des Krankseins beschließt er 1827 *Vom Kriege* umzuschreiben, aber 1830 ist er noch immer nicht damit zufrieden. Es sind also die Verhältnisse gewesen, die es ihm ermöglichten, schrittweise an seiner wissenschaftlichen Studie zu arbeiten, und das führte zu seinen zehnteiligen Hinterlassenen Werken. Selbst wäre ihm eine Führungsposition bei einem Einsatzverband lieber gewesen. Aber das war ihm nicht gegeben, und dadurch hat er sich schließlich fast 14 Jahre lang dem Denken und Schreiben widmen können. Dahinter steckte kein Plan.

Drittens fällt auch auf, dass die persönlichen Kriegserfahrungen eine sehr wichtige Inspirationsquelle für Clausewitz gewesen sind. Er begann unmittelbar nach dem Kriege mit dem Schreiben. Noch wichtiger ist die Feststellung, dass die *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* nicht nur die erste Fassung von *Vom Kriege* sind; dieser Text findet sich auch in der dritten Fassung wieder und spielt auch eine entscheidende Rolle bei der Überarbeitung. Also auch um seine theoretischen Erkenntnisse zu prüfen, greift Clausewitz immer wieder auf seine eigenen Kriegserfahrungen zurück. Er erweist sich damit als ein wahrer militärischer Denker – wobei „militärisch“ zu betonen ist. Die militärische Praxis ist in seiner Theorie entscheidend.

Zum Abschluss: Was bedeutet dies nun für unsere Interpretationen von *Vom Kriege*? Die Rekonstruktion ermöglicht es erstmals seit 1832, Clausewitz' Gedankengang zwischen 1816 und 1830 besser verfolgen zu können. Eben weil viele seiner wichtigen Konzeptionen und Ideen bereits in einem oder mehreren der 177 Aphorismen enthalten sind, lässt sich ziemlich genau rekonstruieren, wie sich diese während dieser 14 Jahre weiterentwickelt haben, zumal da es oft noch Zwischenfassungen gibt. Auf jeden Fall wird klar, dass Clausewitz von der militärischen Praxis aus arbeitet, aus der er Schritt für Schritt seine Konzepte ableitet und anschließend weiter systematisiert. Sein berühmtes erstes Kapitel ist davon der Schlussstein: Hierin hat er laut eigener Aussage seine Ideen am besten dargestellt. Die Rekonstruktion zeigt dabei auch, dass Clausewitz 1827 nicht zu gravierend neuen Erkenntnissen gelangt, wie verschiedene Experten denken. Er kehrt im buchstäblichen und übertragenen Sinne zu seinen *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* zurück und beschließt, die Konzepte, mit denen er sich darin bereits auseinandersetzt, in verstärktem Maße in *Vom Kriege* aufzunehmen. Und gerade weil er dabei seine interessante Vorstellung von der Rolle des Krieges innerhalb der Politik in das einzige Kapitel aufnimmt, mit dem er 1830 zufrieden ist, dürfen wir folgern, dass die Idee, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, in der Tat das Endergebnis eines vierzehnjährigen Denkprozesses ist.

Zum Autor: Paul Donker studierte Philosophie an der Universität Amsterdam. Er diente als Infanterie-Offizier im Königlich-Niederländischen Heer und ist momentan Dozent für Militärstrategie an der Niederländischen Verteidigungsakademie. Er arbeitet an einer Dissertation über die Entstehungsgeschichte von Clausewitz' *Vom Kriege*.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel ist eine Überarbeitung des Vortrags, den der Verfasser am 22. Februar 2017 in Mannheim vor der Clausewitz-Gesellschaft Regionalkreis Südwest gehalten hat.
- 2 Eine hervorragende Darstellung der gegenwärtigen Diskussion über den Schreibprozess siehe: Hew Strachan, *Clausewitz's On War, A Biography* (New York: Atlantic Monthly Press, 2007), Chapter 2: The Writing of On War.
- 3 Siehe auch: Christopher Bassford, *Clausewitz's Categories of War and the Supersession of 'Absolute War'*. Version 13 Jan 2017, <http://www.clausewitz.com/mobile/Bassford-Supersession5.pdf>
- 4 Ulrich Marwedel, Carl von Clausewitz, Persönlichkeit und Wirkungsgeschichte seines Werkes bis 1918 (Boppard am Rhein: Haard Bold Verlag, 1978), S. 259.
- 5 Carl von Clausewitz, *Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst*. Werner Hahlweg (Hrsg.) Carl von Clausewitz, *Verstreute kleine Schriften* (Osna-brück, Biblio Verlag, 1979), S. 199 – 249.
- 6 Vanya Eftimova Bellinger, Marie von Clausewitz, *The Woman behind the Making of On War* (New York: Oxford University Press, 2016), S. 231.
- 7 Carl von Clausewitz, *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung*, Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges, achtundzwanzigster Band, viertes Heft, 1833 bis einschließlich fünfunddreißigster Band, siebentes Heft, 1835.
- 8 Siehe auch mein: *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* as the first version of Clausewitz's masterpiece, A textual comparison with *Vom Kriege*, (Breda: Research Paper 108, Faculty Military Science, Netherlands Defence Academy, May 2016).
- 9 Hans Rothfels, Carl von Clausewitz, Politik und Krieg, Eine ideengeschichtliche Studie. (Berlin, Dümmler, 1920), S. 230 – 232.
- 10 Herbert Rosinski, Die Entwicklung von Clausewitz' Werk 'Vom Kriege' im Licht seiner 'Vorreden' und 'Nachrichten'. In: *Historische Zeitschrift*, Bd. 151, 1935, S. 278 – 293, und Eberhard Kessel, Zur Entstehungsgeschichte von Clausewitz' Werk „Vom Kriege“. In: *Historische Zeitschrift* Bd. 152, 1935, S. 97 – 100.
- 11 Walther Malmsten Schering, Carl von Clausewitz, Geist und Tat, Das Vermächtnis des Soldaten und Denkers (Stuttgart, Alfred Kröner Verlag, 1941), S. 51 – 60.
- 12 Werner Hahlweg, Carl von Clausewitz, *Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe*, Band 2. (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1990), S. 23 – 31.
- 13 Schriftexpertise 11. Mai 1943. Wehrtechnische Studiensammlung BWB, Nachlass Hahlweg, NLH – A0031.
- 14 Christian von Gyldendfeld, Von Alfred Vierkandt zu Carl v. Clausewitz, Walther Malmsten Schering und die Quellen gemeinschaftlichen Handelns in Frieden

- und Krieg. (Münster, Lit Verlag, 2002), S. 17, Fn. 34.
- 15 Mitteilung von Vanya Eftimova Bellinger an den Verfasser.
- 16 Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2., S. 1178 – 1195.
- 17 A. a. O., S. 22 – 102, 630 – 717 und 1195 – 1196.
- 18 Auktionsrechnung 29. Mai 1963. Wehrtechnische Studiensammlung BWB, Nachlass Hahlweg, NLH – A0029.
- 19 Andreas Herberg-Rothe ist der Verfasser von *Das Rätsel Clausewitz, Politische Theorie des Krieges im Widerstreit* (München, Wilhelm Fink Verlag, 2001), und Mitherausgeber von *Clausewitz in the Twenty-First Century* (Oxford: Oxford University Press, 2007) und *Clausewitz, The State and War* (Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2011).
- 20 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*. Werner Hahlweg (Hrsg.) 19. Auflage (Bonn, Ferd. Dummlers Verlag, 1980 und 1990), S. 865 – 866.
- 21 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 173 – 178.
- 22 A. a. O., S. 175 – 176.
- 23 A. a. O., S. 179 – 181.
- 24 A. a. O., S. 181 – 183.
- 25 Siehe auch mein: *The Genesis of Clausewitz's On War Reconsidered*, *British Journal for Military History*, Volume 2, Issue 3, July 2016.
- 26 Manche Forscher sind mitunter geneigt, die dritte Fassung und die Überarbeitung als eins zu betrachten.
- 27 Brief enthalten in: Eberhard Kessel, *Zur Genesis der Modernen Kriegslehre: Die Entstehungsgeschichte von Clausewitz' Buch "Vom Kriege"*. Wehrwissenschaftliche Rundschau, Zeitschrift für die Europäische Sicherheit. 3. Jahrgang, 1953, Heft 9, S. 420 – 421.
- 28 Clausewitz an Gneisenau, 14. November 1816 und 4. März 1817. Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2., S. 234 – 237 und S. 243 – 248.
- 29 Brief samt Anlage enthalten in: Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2. S. 243 – 255.
- 30 Clausewitz, *Vom Kriege*. S. 175 – 176.
- 31 Siehe Anmerkung 7.
- 32 Siehe mein *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* as the first version of Clausewitz's masterpiece.
- 33 Ebenda.
- 34 Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2. S. 1151 – 1163.
- 35 Clausewitz, *Vom Kriege*. S. 175 – 176.
- 36 Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2. S. 22 – 102.
- 37 A. a. O., S. 630 – 717.
- 38 Zu einem späteren Zeitpunkt hat Clausewitz diese Manuskripte doch mit Notizen versehen. Siehe auch mein: *The Genesis of Clausewitz's On War Reconsidered*. S. 112 – 113.
- 39 Clausewitz, *Vom Kriege*. S. 179 – 181.
- 40 Zwischen 5. Dez. 1826 und 19. Juni 1827 schrieb Clausewitz keine Briefe an Gneisenau. In dem Brief vom 19. Juni spricht er von Lähmung („ich bin noch lahm“). Hahlweg, Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe, Band 2., S. 516 – 521.
- 41 Clausewitz, *Vom Kriege*. S. 179 – 181.
- 42 Donker, *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* as the first version of Clausewitz's masterpiece. S. 39 – 41.
- 43 In Koblenz befinden sich, leider nicht ganz komplett, die Konzeptfassungen der Kapitel 1, 2 und 3 für Buch I. In Berlin befinden sich die Konzeptfassungen der Kapitel 1, 2 und 6 für Buch II. Letztere wurden bereits von Hahlweg in seinem *Clausewitz, Schriften - Aufsätze - Studien - Briefe*, Band 2., S. 680 – 717 veröffentlicht.
- 44 Für Buch I die Kapitel 1, 2 und 3, und für Buch II die Kapitel 1, 2, 4, 5 und 6.
- 45 Donker, *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* as the first version of Clausewitz's masterpiece. S. 37 – 39.
- 46 Eine umfangreiche Erläuterung enthält mein: *Aphorismen über den Krieg und die Kriegführung* as the first version of Clausewitz's masterpiece. S. 17 – 18.
- 47 A. a. O., S. 41 – 44.
- 48 Siehe auch mein: *The Genesis of Clausewitz's On War Reconsidered*. S. 115.

Gedanken von Carl von Clausewitz zum komplexen und dynamischen Phänomen „Krieg“

Matthias Kuster

Krieg ist trotz allen internationalen Bemühungen, Völkerrechtsverträgen, Friedensbewegungen, Antikriegsfilmen und Friedensnobelpreisen nicht von der Erde verschwunden. Was aber ist Krieg und welche Anforderungen stellt der Krieg an Politiker und Militärs? Die nachstehenden Ausführungen basieren auf den Erkenntnissen des bedeutenden Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz (1780 - 1831) und versuchen, zu diesem komplexen Phänomen auch heute noch relevante Erkenntnisse aufzuzeigen.

„Der erste, der grossartigste, der entschiedenste Akt des Urteils nun, welchen der Staatsmann und Feldherr ausübt, ist der, dass er den Krieg, welchen er unternimmt, in dieser Beziehung richtig erkenne, ihn nicht für etwas nehme oder zu etwas machen wolle, was er der Natur der Verhältnisse nach nicht sein kann.“¹

Definitionsversuche des Phänomens „Krieg“ und ihre Mängel

Bis auf den heutigen Tag liegen unzählige Definitionsversuche und Beschreibungen zum Phänomen „Krieg“ vor, die aber nur teilweise oder überhaupt nicht zu genügen vermögen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass das Phänomen „Krieg“ gerade vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts eine Veränderung in ihrer moralischen Wertigkeit erfahren hat, die sich doch erheblich von derjenigen unterscheiden dürfte, von welcher Carl von Clausewitz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgegangen ist.

Die nachstehenden Annäherungen an Definitionen oder Beschreibungen des Phänomens sollen stellvertretend aufzeigen, wie schwer man sich mit dem Begriff „Krieg“ tut.

Fehlende völkerrechtliche Definition des Krieges

Briand-Kellogg-Pakt von 1928

Am 27. August 1928 unterzeichneten elf Nationen den Briand-Kellogg-Pakt, benannt nach den damaligen Außenministern von Frankreich und den USA.

Unterzeichnet wurde der Pakt auch vom Deutschen Reich. Die unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich, auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik zu verzichten und in Zukunft Konflikte niemals anders als durch friedliche Mittel zu lösen. Eine Umschreibung des Krieges enthält der Pakt nicht. Aus dem Gesamtzusammenhang ergibt sich aber, dass damit nur der zwischenstaatliche, konventionelle Krieg gemeint sein kann.

Charta der Vereinten Nationen von 1945

Am 26. Juni 1945, kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges,² unterzeichneten diverse Staaten die Charta der Vereinten Nationen³ mit dem Hauptziel, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Inzwischen sind praktisch sämtliche Staaten der Erde Mitglied der Charta.

Artikel 2 Ziff. 4 der Charta verpflichtet die Mitglieder der Vereinten Nationen, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Erlaubt ist die Androhung oder Anwendung von Gewalt nur noch als Sanktionsmassnahme, die vom Sicherheitsrat beschlossen wird (Artikel 42) oder als Akt der Selbstverteidigung (Artikel 51). Die Charta geht mit ihrem allgemeinen Gewaltverbot somit über den Briand-Kellogg-Pakt hinaus, der lediglich den (zwischenstaatlichen) Krieg verbot. Eine Definition des Krieges enthält aber auch die Charta nicht.

Schwierigkeiten einer Definition des Krieges und des Konfliktes

Der Duden definiert Krieg als „Mit Waffengewalt ausgetragener Konflikt zwischen Staaten, Völkern.“⁴ Im engeren Sinne ist Krieg der Einsatz von Gewalt mittels Streitkräften zwischen zwei oder mehreren Staaten. Eine allseits anerkannte Definition des Krieges fehlt aber bis heute und bereitet nach wie vor große Schwierigkeiten, da der Krieg ein komplexes, das heißt, vielschichtiges Phänomen ist, das nicht in eine abschließende Definition gegossen werden kann. Bereits Clausewitz erkannte diese Schwierigkeit und verzichtete auf eine Definition.

Eine allseits anerkannte Definition des Krieges fehlt aber bis heute und bereitet nach wie vor große Schwierigkeiten, da der Krieg ein komplexes, das heißt, vielschichtiges Phänomen ist, das nicht in eine abschließende Definition gegossen werden kann.

In Anlehnung an den ungarischen Friedensforscher István Kende (1917-1988) definiert die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg den Krieg als einen gewaltsamen Massenkrieg, der alle folgenden Merkmale aufweist:⁵

- (a) An den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt;
- (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.);
- (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet einer oder mehrerer Parteien stattfinden und wie lange sie dauern.



Carl von Clausewitz (1780 - 1831) gilt als der bedeutendste Kriegstheoretiker der Neuzeit. Seine Lehren werden an sämtlichen Militärakademien der Welt unterrichtet.

Als bewaffnete Konflikte werden gewaltsame Auseinandersetzungen bezeichnet, bei denen die Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang erfüllt sind. In der Regel handelt es sich dabei um Fälle, in denen eine hinreichende Kontinuität der Kampfhandlungen nicht mehr oder auch noch nicht umfassend gegeben ist. Für ein tieferes Verständnis des Phänomens Krieg helfen diese Definitionen indessen nicht weiter, weil sie auf die Frage, warum, wie, wozu und womit Krieg geführt wird, keine Antworten liefern. Die Unterscheidung zwischen Konflikt und Krieg ergibt mit Blick auf die hybride Form des Krieges ohnehin keinen großen Sinn mehr, weshalb nachfolgend darauf verzichtet und einheitlich der Begriff Krieg verwendet wird.

Carl von Clausewitz setzte sich in seinem epochalen Werk „Vom Kriege“ eingehend mit diesen Fragen auseinander. Viele seiner Ausführungen über den Krieg sind trotz des fortgeschrittenen Alters des Werkes, das zwischen 1816

und 1830 entstand, nahezu zeitlos gültig. Sie sind in ihrer Breite und Tiefe bis heute weitgehend unerreicht, weshalb sich die nachfolgenden Ausführungen schwergewichtig auf seine Gedanken stützen.

Umschreibung des Krieges durch Carl von Clausewitz

Wegen den Schwierigkeiten, eine präzise und umfassende Definition des Krieges zu formulieren, verzichtete Carl von Clausewitz wie bereits erwähnt darauf. Er schreibt dazu: „Wir wollen hier nicht erst in eine schwerfällige publizistische Definition des Krieges hineinsteigen, sondern uns an das Element desselben halten, an den Zweikampf. Der Krieg ist nichts als ein erweiterter Zweikampf.“⁶ Clausewitz beschränkt sich somit darauf, das Phänomen des Krieges zu umschreiben.

Abgeleitet aus der Erkenntnis, dass der Krieg ein erweiterter Zweikampf ist, kommt Clausewitz zum Schluss, „dass der Krieg ein Akt der Gewalt ist, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“.⁷ Damit steht Clausewitz im Einklang mit dem Verständnis über die Anwendung von Gewalt, wie sie in der UN-Charta niedergelegt ist. Diese verbietet es ihren Mitgliedstaaten, Gewalt anzuwenden oder anzuwenden, um politische Ziele zu erreichen, sofern sie nicht zur Durchsetzung von Sanktionen oder der Selbstverteidigung dient.

Clausewitz bringt mit seiner Umschreibung des Krieges zum Ausdruck, dass dieser nie Selbstzweck sein kann, sondern ein Ziel verfolgen muss und somit blosses Werkzeug ist. Folgerichtig kommt er zum berühmt gewordenen Diktum, dass der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.⁸ Mao Zedong, der offenbar das Werk „Vom Kriege“ gelesen hat, soll dazu bemerkt haben, dass man den Krieg nicht eine Minute lang von der Politik trennen dürfe. Clausewitz präziserte seine Definition allerdings um einen wichtigen Aspekt, der den wenigsten bekannt ist. Er schreibt: „Wir behaupten dagegen, der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.“⁹

Clausewitz bringt mit seiner Umschreibung des Krieges zum Ausdruck, dass dieser nie Selbstzweck sein kann, sondern ein Ziel verfolgen muss und somit blosses Werkzeug ist.

Richtigerweise erkannte Clausewitz, dass der politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, sondern fortbesteht, wobei sich die Mittel dazu verändern. Auch in Kriegszeiten endet also der politische, zwischenstaatliche Verkehr nicht, sondern ändert seine Natur durch die Einmischung (oder besser Beimischung) des Krieges als Instrument der Politik.¹⁰ Die Diplomatie, ver-

standen als Verhandlungskunst im zwischenstaatlichen Verkehr, sollte auch während eines Krieges zwischen zwei Staaten keineswegs gänzlich zum Erliegen zu kommen. Oft ist gerade für das Erreichen politischer Ziele die geschickte Kombination von Worten (Diplomatie) und Waffen (Krieg), etwa durch das Stellen von Forderungen unter Androhung von Waffengewalt bei Nichterfüllung, sehr wirksam.

Bei den politischen Zielen oder Interessen, welche angestrebt werden, handelt es sich in aller Regel um drei Bereiche: Macht, Ehre und Besitz,¹¹ wobei sich



Russische Soldaten 2014 auf der Krim, die keine Hoheitsabzeichen trugen. Von den Ukrainern wurden sie wegen ihrer Uniform als grüne Männchen bezeichnet.

diese drei Bereiche durchaus vermischen können. Die nachfolgenden Beispiele vermögen dies in ausgeprägter Weise zu verdeutlichen:

Im sogenannten Fußballkrieg, der 1969 zwischen Honduras und El Salvador ausgetragen wurde, lag der casus belli in der Vertreibung salvadorianischer Migranten aus Honduras, welche dort von einer Agrarreform (Verteilung von Land an Kleinbauern) profitieren wollten. Auslöser des Krieges, welcher mehr als 2.000 Tote forderte, war ein Qualifikationsspiel für die Fussball-WM 1970 in Mexiko,

welches El Salvador gewann und damit das Ausscheiden von Honduras bewirkte. Die damit ausgelöste Welle des Hasses sowie des Gefühls der Demütigung und Benachteiligung führte zu Gewalt gegen die salvadorianischen Migranten. Es vermischten sich hier also die drei Bereiche Macht, Ehre und Besitz.

Bei der Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 vermischten sich diese drei Bereiche ebenfalls.

Primat der Politik

Aus der Erkenntnis, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit Beimischung anderer Mittel ist, ergibt sich, dass der Krieg ein bloßes Instrument der Politik ist. Clausewitz hält denn auch unmissverständlich fest, dass die Politik aus dem alles überwältigenden Element des Krieges ein bloßes Instrument mache; aus dem furchtbaren Schlachtschwert formt die Politik einen handlichen Degen, mit dem sie Finten, Stöße und Paraden ausführen kann.¹²

Daraus leitet sich – was Clausewitz nicht explizit erwähnt – das Primat (Vorrang) der Politik ab. Es ist die Politik, die bestimmt, ob, wie lange, und zu

welchem Zweck Krieg geführt wird, während dem Militär das Wie der Kriegsführung weitgehend überlassen wird. Während zu Zeiten von Clausewitz die politische Spitze oft auch selber ihre Armeen kommandierte (als herausragendes Beispiel der damaligen Zeit sei Napoleon Bonaparte [1769 – 1821] erwähnt, der nicht nur oberster Feldherr, sondern als Kaiser der Franzosen auch Staatsoberhaupt war), ist dies heute weitgehend nicht mehr der Fall.

Vor einer zu starken Einmischung der Politik in die Kriegsführung muss aber gewarnt werden. Kriegsführung ist eine äußerst anspruchsvolle Angelegenheit und verlangt nebst einer umfassenden Ausbildung auch viel Erfahrung, die nur durch eigene Kriegserfahrung oder durch extensives Studium der Kriegsgeschichte erlangt werden kann.

Vor einer zu starken Einmischung der Politik in die Kriegsführung muss aber gewarnt werden. Kriegsführung ist eine äußerst anspruchsvolle Angelegenheit und verlangt nebst einer umfassenden Ausbildung auch viel Erfahrung, die nur durch eigene Kriegserfahrung oder durch extensives Studium der Kriegsgeschichte erlangt werden kann. Der politischen Stufe fehlen zudem oft die relevanten Nachrichten und Informationen, um sinnvolle militärische Entscheide treffen zu können. Bereits Sun Tzu warnte daher in seinem Werk „Die Kunst des Krieges“, das vor 2500 Jahren niedergeschrieben wurde, vor der Einmischung der Politik in die Kriegsführung.¹³

Um den erforderlichen Einfluss der Politik auf die Streitkräfte aber sicherzustellen, erteilt Clausewitz einen Rat, den bis heute viele Staaten befolgen: Aufnahme des obersten Feldherrn in die Regierung.¹⁴ In Friedenszeiten wird dieser Rat zumindest in der westlichen Welt weitgehend nicht befolgt. In Kriegszeiten dürfte sich dies aber zumindest in temporärer Form ändern. So nahm General Guisan (1874 – 1960) im Zweiten Weltkrieg an insgesamt sechs Bundesratssitzungen teil, wenn Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Landesverteidigung zur Sprache kamen.¹⁵

Politischer Zweck des Krieges

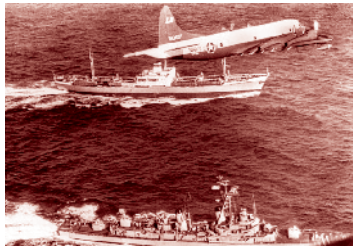
Die enge Verbindung des Krieges mit der Politik wird bei Clausewitz mehrfach thematisiert. Wie bereits erwähnt, dient der Krieg laut Clausewitz dazu, den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. Welcher Art dieser Wille ist, bestimmt die Politik. Sie definiert somit den Zweck bzw. die politischen Ziele, welche mit dem Instrument des Krieges erreicht werden sollen. Die große Herausforderung der Politik liegt nun darin, die (politischen) Ziele derart zu formulieren, dass diese mit dem Instrument des Krieges auch erreicht werden

können. Die politische Stufe ist mithin für die Strategie (verstanden als Plan über den Mitteleinsatz zur Zielerreichung) zuständig. Sie muss die drei strategischen Faktoren Ziele, Mittel und Wege derart geschickt synchronisieren, dass die gesteckten Ziele erreicht werden können. Clausewitz bringt dies wie folgt auf den Punkt: „Ein Fürst oder Feldherr, welcher seinen Krieg genau nach seinen Zwecken und Mitteln einzurichten weiss, nicht zu viel und zu wenig tut, gibt dadurch den grössten Beweis seines Genies.“¹⁶

Synchronisation der strategischen Faktoren Ziele – Mittel – Wege

Die Synchronisation der Faktoren Ziele – Mittel – Wege ist für eine erfolgreiche Strategie entscheidend. Dabei bestimmt die Politik die Ziele, die Streitkräfte dagegen in enger Absprache mit der Politik über die Mittel und deren Einsatz. Bei der Ausarbeitung der Optionen ist die enge Kooperation zwischen Politik und Streitkräften daher unerlässlich. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies: Die Politik sagt, was sie will, die Streitkräfte sagen, ob sie es können.¹⁷ Den Einsatz der Mittel sollte die Politik dagegen den Streitkräften überlassen und sich möglichst wenig in deren Führung einmischen.

Eine Strategie kann nur erfolgreich sein, wenn das Zusammenspiel der drei strategischen Faktoren vollständig verstanden wird, was in der Politik eher selten zutreffen dürfte. In der Kuba-Krise von 1962 gelang der strategische Plan



Zerstörer (unten) und Aufklärungsflugzeug der USA, welche 1962 die Blockade gegen die Sowjetunion vor Kuba durchsetzten.

der USA allerdings in exemplarischer Weise. Ziele der USA waren die Verhinderung des Einsatzes der sowjetischen Atomraketen gegen die USA oder ein anderes Land und die Sicherstellung des Abzuges dieser Atomraketen aus der westlichen Hemisphäre (vornehmlich aus Kuba). Unter den diversen beurteilten Mitteln und Wegen (die auch als Optionen bezeichnet werden), entschied sich Präsident John F. Kennedy (1917 – 1963) für die Option Blockade als erste Intervention, verbunden mit der Aufforderung an die Sowjetunion, die Raketen abzuziehen, ohne aber die

weiteren Schritte, die von den USA unternommen werden würden, näher zu umreißen. Verworfen wurden dagegen die Optionen einer Invasion Kubas, von Luftschlägen gegen die Stellungen auf Kuba, von Geheimgesprächen mit Fidel Castro (1926 – 2016), von diplomatischem Druck sowie die Option der Tatenlosigkeit.¹⁸

Zweck, Ziel und Mittel des Krieges

Für eine erfolgreiche Synchronisation der drei strategischen Faktoren Ziele – Mittel – Wege ist das Verständnis des Mittels, also des Krieges als Instrument der Politik, von entscheidender Bedeutung. Clausewitz liefert dazu grundlegende Erkenntnisse. Wie bereits erwähnt, ist der Krieg ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. Damit dies gelingt, muss der Gegner niedergeworfen, das heißt, wehrlos gemacht werden. Dies geschieht durch den Einsatz von Gewalt. Clausewitz fasst diese Erkenntnis unter der Zweck-Ziel-Mittel-Relation des Krieges wie folgt zusammen: „Gewalt, d. h. die physische Gewalt (denn eine moralische gibt es ausser dem Begriffe des Staates und Gesetzes nicht), ist also das Mittel, dem Feinde unseren Willen aufzudringen, der Zweck. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und dies ist dem Begriffe nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung.“¹⁹

Etwas übersichtlicher dargestellt, lässt sich diese Erkenntnis von Clausewitz über den Krieg als Instrument der Politik wie folgt zusammenfassen:

- Zweck des Krieges: Dem Gegner unseren (von der Politik bestimmten) Willen aufzwingen;
- Mittel des Krieges: Einsatz von Gewalt;
- Ziel des Krieges: Niederwerfen, Wehrlosmachen des Gegners

Damit dem Gegner unser Wille aufgezwungen werden kann, muss nach Clausewitz dessen Streitkraft vernichtet werden, da nur auf diesem Wege der Gegner niedergeworfen und damit wehrlos gemacht werden kann. Für die Führung der Streitkräfte als operative Stufe bedeutet dies, dass operative Ziele stets dem Vernichtungsgedanken bzw. Wehrlosmachen des Gegners Rechnung tragen müssen. Tun sie dies nicht, verhindern sie damit, dass die Politik ihre Ziele erreichen kann.

Streitkräfte sind also stets so auszurüsten, dass sie dem Vernichtungsgedanken, wie Clausewitz ihn formuliert, Rechnung tragen können. Keine Streitkraft kann daher auf schwere Waffen (Panzer, Artillerie, Kampfflugzeuge) verzichten, denn nur diese sind in der Lage, eine gegnerische Streitkraft wehrlos zu machen. Die gegenteilige Auffassung stünde im groben Widerspruch zum

Phänomen des Krieges. Die Mittel der elektronischen Kriegsführung, des Cyberkrieges und der irregulären Streitkräfte können zwar unterstützend wirken, sind aber für sich allein nur in den seltensten Fällen in der Lage, einen Gegner wehrlos zu machen; mit Cyberattacken allein wurde bis heute kein Krieg gewonnen.

Die Vernichtung der gegnerischen Streitkraft ist zwar ein wesentliches, keineswegs aber einziges Mittel, um einen Gegner wehrlos zu machen. Unter Vernichtung der feindlichen Streitkraft versteht Clausewitz nämlich nicht nur die physische Auslöschung des Gegners, wie dies bisweilen fälschlicherweise

Die Vernichtung der gegnerischen Streitkraft ist zwar ein wesentliches, keineswegs aber einziges Mittel, um einen Gegner wehrlos zu machen.

angenommen wird. Clausewitz präzisiert seinen Vernichtungsgedanken, indem er darauf hinweist, dass die gegnerische Streitkraft in einen derartigen Zustand versetzt werden muss, dass sie den Kampf

nicht mehr fortsetzen kann. Keineswegs postulierte er aber die vollständige oder weitgehende physische Vernichtung des Gegners.²⁰ Es kann im Gegenteil bereits genügen, wenn Gewalt bloß angedroht oder ein bestimmter Raum besetzt wird.²¹

Geradezu modern mutet die Erkenntnis von Clausewitz an, wenn er festhält, dass die Vernichtung der feindlichen Streitmacht nicht bloß deren physische, sondern auch deren moralische Seite umschließt, da sich beide Seiten in allen Teilen gegenseitig durchdringen. Zur Schonung der eigenen Streitkraft kann es angezeigt sein, andere Mittel einzusetzen, um das Ziel des Krieges, das Wehrlosmachen des Gegners, zu erreichen.²²

Kann also das Ziel des Krieges, nämlich die Vernichtung der feindlichen Streitkraft, verstanden als Wehrlosmachen, anderweitig, beispielsweise durch Propaganda, Wirtschaftssanktionen, Terror oder Einschüchterung der Zivilbevölkerung erreicht werden, so ist laut Clausewitz nach Möglichkeit zuerst dieser Weg zu beschreiten. Obwohl Clausewitz vor 200 Jahren gelebt hat, erweisen sich seine Ausführungen über den Krieg also in dieser Hinsicht als durchaus zeitgemäß. Die Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 mit dem Mittel des Hybriden Krieges und ohne einen Schuss abfeuern zu müssen, ist ein herausragendes Beispiel für den Beleg der Richtigkeit von Clausewitz' These der minimalen Gewaltanwendung zur Zielerreichung. Muss allerdings das Wehrlosmachen des Gegners mit Gewalt erzwungen werden, so sind dessen Streitkräfte laut Clausewitz durch Gefechte zu vernichten.²³

Clausewitz warnt folgerichtig davor, zu glauben, Krieg sei gänzlich ohne Gewaltanwendung möglich,²⁴ was gerade in Perioden langer Friedenszeiten nicht genügend betont werden kann. Als Beispiel sei der Islamische Staat (IS) erwähnt, dessen Brutalität, wie der expliziten Darstellung von Tötungen durch Köpfen, gezielt als Propagandamittel einsetzte, weil er richtigerweise annahm, dass der (aus seiner Sicht dekadente, verweichlichte und nicht mehr kriegsgewohnte) Westen darauf äußerst empfindlich reagieren werde.

Die Besetzung der Krim durch Russland im Jahr 2014 mit dem Mittel des Hybriden Krieges und ohne einen Schuss abfeuern zu müssen, ist ein herausragendes Beispiel für den Beleg der Richtigkeit von Clausewitz' These der minimalen Gewaltanwendung zur Zielerreichung.

Die Mittel, welche heute den Streitkräften zur Verfügung stehen, sind weit umfangreicher als sie es zur Zeit von Clausewitz

waren. Während um 1800 einem Feldherrn im Landkrieg Infanterie, Artillerie und Reiterei als Hauptkampfmittel zur Verfügung standen, verfügt der heutige Oberkommandierende nebst Infanterie und Artillerie auch über Panzerverbände, Kampfflugzeuge, Kampfmittel Über- und Unterwasser, Mittel der elektronischen Kriegsführung, Sonderoperationskräfte, irreguläre Streitkräfte, Mittel für den Cyber-Krieg, Desinformation und in einigen Fällen sogar über Atomwaffen.²⁵ Es versteht sich von selbst, dass die heutigen Anforderungen an die Koordination der zur Verfügung stehenden Mittel zur Erzielung eines Maximums an Wirkung weit größer sind als zur Zeit von Clausewitz.

Absoluter und wirklicher Krieg

Krieg befasst sich also mit der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele. Als einer der ersten Autoren seiner Zeit, die über die Natur des Krieges schrieben, erkannte nun Clausewitz, dass die Gewaltanwendung in hohem Maße von den menschlichen Eigenschaften wie Hass und Leidenschaft abhängt.

In der Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts vor der französischen Revolution (1789) berücksichtigte die Kriegskunst unter dem Einfluss der rationalistischen Geisteshaltung der Aufklärung und der Finanzknappheit der Königs- und Fürstenhäuser in Europa den Faktor Mensch immer weniger. Einerseits wurde das teure Instrument der Armee nicht leichtfertig eingesetzt – manövrieren war wichtiger als schlagen. Andererseits verlangte der vorherrschende Geist bei der Kriegsführung Systematik, Berechenbarkeit und Methode sowie die Ausschaltung des Zufalls, der Wahrscheinlichkeit und des Faktors Mensch ganz

allgemein. Die Armee wurde als bloße Maschine verstanden. Dies kulminierte in der Auffassung, der Erfolg einer Aktion sei gesichert, wenn nur ein ganz bestimmter Winkel zwischen der Operationsbasis und der Operationslinie eingehalten würde.²⁶ Clausewitz wehrte sich gegen diese Auffassung, die er harsch kritisierte, weil sie den Faktor Mensch mit seiner Irrationalität und Unberechenbarkeit als Folge von Hass und Leidenschaft ausblendete. Er schreibt dazu:

„Und so sind denn auch die meisten Gegenstände, welche wir in diesem Buche durchlaufen, halb aus physischen, halb aus moralischen Ursachen und Wirkungen zusammengesetzt, und man möchte sagen: die physischen erscheinen fast nur wie das hölzerne Heft, während die moralischen das edle Metall, die eigentliche, blank geschliffene Waffe sind.“²⁷

Unter Napoleon Bonaparte erfuhr nun der Charakter des Krieges eine grundlegende Veränderung: Da Napoleon dank der „levée en masse“²⁸ über eine fast unbegrenzte Masse von Soldaten verfügen konnte, die dank dem Gedankengut der französischen Revolution zudem noch hoch motiviert war, konnte er den Vernichtungsgedanken, der jedem Kriege innewohnt, wieder in viel stärkerem Ausmaß umsetzen. Dank diesem Umstand und seinem militärischen Genie war er jedem Gegner zumindest zu Beginn weit überlegen und damit in den meisten Fällen stets siegreich. Clausewitz erkannte dies und hielt fest, dass die Sache des Krieges unter Napoleon urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden sei, und zwar eines Volkes von 30 Millionen Menschen. Mit der Teilnahme des Volkes am Krieg trat an die Stelle eines Kabinetts eines Herrschers und eines stehenden Heeres ein ganzes Volk. Damit erreichten die Mittel und die Energie, welche im Krieg eingesetzt werden konnte, fast keine Grenzen mehr, womit die Gefahr für dessen Gegner fast ins Unermessliche anstieg.²⁹

Der Krieg hatte sich damit seiner absoluten Form, das heißt, einer (nahezu) schrankenlosen Gewaltanwendung gegen den Gegner, stark angenähert. Clausewitz kam daher zum Schluss, dass der Krieg ein Akt der Gewalt sei, der in der Anwendung derselben keine Grenzen kenne.³⁰ Der absolute Krieg in reiner Form ist für Clausewitz allerdings ein blosses Denkmodell, dem er den wirklichen, das heißt, in der Realität weniger entfesselten, von der Politik kontrollierten Krieg, gegenüberstellt.³¹ Entsprechend kommt er zum Schluss, dass sich der wirkliche, in der Realität vorkommende Krieg nie zum absoluten Krieg steigern.³² Im Maß der Gewaltanwendung verändert der Krieg seine Gestalt; mal nähert er sich der absoluten Form etwas mehr, mal etwas weniger an.

Während zu Zeiten von Clausewitz der absolute Krieg ein bloßes Denkmodell war, das in der Wirklichkeit keinen Niederschlag fand, schuf die technische Entwicklung mit der Atomwaffe jedoch ein Mittel, welches den absoluten Krieg Realität werden lassen kann. Sie widerlegt aber die Richtigkeit des Gedankens von Clausewitz keineswegs. Bis heute wurde die Atomwaffe lediglich zweimal eingesetzt (Hiroshima und Nagasaki 1945). Die verheerenden Folgen dieser Einsätze haben maßgeblich dazu beigetragen, dass glücklicherweise bis heute weitere Einsätze unterblieben. Die Politik konnte also verhindern, dass der Krieg seine absolute Form annahm.

In der Realität nähert sich der Krieg mal mehr, mal weniger seiner absoluten, seiner von jeder Fessel befreiten Gestalt an. In aller Regel legen Politik und Völkerrecht dem Krieg Fesseln an, auch wenn diese bisweilen sehr schwach sind, wie der Konflikt in Syrien und die Eroberung von Aleppo im Dezember 2016 zeigen. Wie weit der Krieg sich seiner absoluten Form annähert, hängt nach Clausewitz von den drei Faktoren der wunderlichen Dreifaltigkeit ab, wie er sie nennt.

Krieg als wunderliche Dreifaltigkeit

Das Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit³³ muss als eigentliche Schlüsselstelle des Werkes *Vom Kriege* bezeichnet werden. Clausewitz liefert darin eine einzigartige Beschreibung des Phänomens Krieg und dessen Wirkungsweise. Das Konzept hat trotz Kritik und Missverständnissen seine Gültigkeit bis heute unverändert bewahrt. Clausewitz schreibt dazu:

„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem blossen Verstande anheimfällt.“

Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet. Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlich-

keiten des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherrn und des Heeres ab, die politischen Zwecke aber gehören der Regierung allein an.

Diese drei Tendenzen, die als ebenso viele verschiedene Gesetzgebungen erscheinen, sind tief in der Natur des Gegenstandes gegründet und zugleich von veränderlicher Grösse. Eine Theorie, welche eine derselben unberücksichtigt lassen oder zwischen



Das Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit als Modell zur Erklärung des Phänomens Krieg ist auch heute noch aktuell. (M. Kuster)

ihnen ein willkürliches Verhältnis feststellen wollte, würde augenblicklich mit der Wirklichkeit in solchen Widerspruch geraten, dass sie dadurch allein schon wie vernichtet betrachtet werden müsste.³⁴

Nach Clausewitz setzt sich also der Krieg aus drei Tendenzen oder Elementen – ähnlich einem Molekül – zusammen, die untrennbar miteinander verbunden sind: Hass und Leidenschaft, Wahrscheinlichkeiten und Zufall, sowie Verstand, die den Faktoren Volk, Heer und Regierung zugeordnet sind. Alle drei

Merkmale sind von veränderlicher Grösse: Der Hass und die Leidenschaft, die Wahrscheinlichkeiten und Zufälle sowie der Verstand können mal größer, mal kleiner sein. Die Wirkung der Tendenzen der wunderlichen Dreifaltigkeit können heute durch die Medien rasch und massiv beeinflusst werden. Dies gilt im besonderen Maße für den Hass und die Leidenschaft.³⁵

Unberechenbarkeit und Ungewissheit

Wegen der veränderlichen Natur der drei Tendenzen leitet Clausewitz aus dem Konzept der wunderlichen Dreifaltigkeit zwei wesentliche Merkmale ab, die für das Verständnis des Phänomens Krieg von entscheidender Bedeutung sind: Erstens ist der Krieg komplex, das heißt, vielschichtig, und zweitens ist er dynamisch, das heißt, die innewohnenden Tendenzen (Hass und Leidenschaft, Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, blosser Verstand) sind veränderliche Grössen.³⁶ Krieg lässt sich aus diesem Grund nicht berechnen, und Clausewitz vergleicht ihn deswegen mit einem Kartenspiel.³⁷

Komplexe und dynamische Phänomene haben die unangenehme Eigenschaft, dass sie unberechenbar sind und sich jeder verlässlichen Prognose entziehen. Die Aktienbörse ist ebenfalls ein derartiges Phänomen: Trotz Heerscharen von Analysten und dem Einsatz ausgeklügelter und leistungsfähiger EDV-Systeme ist es bis heute nicht gelungen, die Entwicklung der Börsenmärkte verlässlich

zu prognostizieren,³⁸ weil das Verhalten der Investoren, welche sich an den Aktienmärkten beteiligen, nicht abschätzbar ist. In der Schweiz vertraten noch vor wenigen Jahre namhafte Sicherheitspolitiker und Militärs die Auffassung, ein Krieg in Europa sei äußerst unwahrscheinlich und es bestünde eine Vorwarnzeit von mindestens 10 Jahren. Die Besetzung der Krim durch Russland 2014 widerlegte diese Auffassung eindrücklich.

Clausewitz bezeichnet den Krieg als wahres Chamäleon, weil dieser seine Erscheinungsform stets ändert. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Bereits Sun Tzu schrieb dazu, Krieg sei wie Wasser, und wie das Wasser habe er keine feste Form.³⁹ Militärs neigen dazu, den Krieg in eine feste Form zu giessen und dann zu glauben, er würde diese bis in die ferne Zukunft beibehalten. Entsprechend richten sie Doktrin, Bewaffnung und Ausbildung darauf aus, bis dann die Realität eines aktuellen Krieges sie eines Besseren belehrt. So tauchten in den vergangenen Jahren diverse Formen des Krieges am Horizont auf wie asymmetrischer Krieg, indirekter Krieg, neuer Krieg, Terrorismus und Hybrider Krieg.

Wie in der Mode wird die nächste Form des Krieges wohl nicht lange auf sich warten lassen, und wie in der Mode werden bisweilen auch längst vergangene geglaubte Trends wieder aktuell. So erweisen sich die immer wieder als obsolet

bezeichneten klassischen Mittel des Krieges, nämlich Infanterie, Panzer, Artillerie und Luftwaffe, als äußerst langlebig, wie der aktuelle Krieg in Syrien mit aller Deutlichkeit belegt. Dies bedeutet, dass sich ein Staat von den klassischen Mitteln der Streitkräfte nicht verabschieden darf. Für die militärische Führung bedeutet die veränderliche Natur des Krieges, dass sie sich nie auf eine bestimmte Form des Krieges festlegen darf, sondern sich stets der Chamäleon-Natur des Krieges bewusst bleiben, sich auf mehrere Erscheinungsformen einstellen und hohe geistige Flexibilität wahren muss.

Für die militärische Führung bedeutet die veränderliche Natur des Krieges, dass sie sich nie auf eine bestimmte Form des Krieges festlegen darf, sondern sich stets der Chamäleon-Natur des Krieges bewusst bleiben, sich auf mehrere Erscheinungsformen einstellen und hohe geistige Flexibilität wahren muss.

Friktionen im Kriege

Zur Komplexität und Dynamik tritt ein weiteres Wesensmerkmal hinzu, welches den Krieg noch unberechenbarer macht: Es sind Friktionen, auch Reibungen genannt. Im Krieg ist alles sehr einfach, wie Clausewitz schreibt, aber das Einfachste ist bereits schwierig genug. Diese Schwierigkeiten häufen sich und bringen Friktionen hervor, die sich niemand richtig vorstellen kann, der den Krieg nicht kennengelernt hat.⁴⁰ Die Friktionen im Krieg gründen in der Gefahr, den körperlichen Anstrengungen und den Nachrichten und der damit verbundenen Ungewissheit. Ihre Auswirkungen können nur durch Kriegserfahrungen gemildert werden.⁴¹

Nach Clausewitz ist der Krieg das Gebiet der Ungewissheit. Er schreibt: „Drei Viertel derjenigen Dinge, worauf das Handeln im Krieg gebaut ist, liegen im Nebel einer mehr oder weniger grossen Ungewissheit.“⁴²

Dass diese Erkenntnis trotz gewaltigen technischen Fortschritts ihre Gültigkeit bis heute behalten hat, belegen zahllose Fälle aus der jüngeren Kriegsgeschichte. So ist bis heute unklar geblieben, ob die Schiffe der US-Navy, welche im August 1964 im Golf von Tonkin vor der nordvietnamesischen Küste operierten, tatsächlich von nordvietnamesischen Torpedoboote angegriffen worden sind oder nicht.⁴³ Trotz enormen technischen Fortschritten hat sich der Nebel des Krieges nie ganz verzogen. Die Friktionen, das heißt, Ungewissheit und Gefahr, sind und bleiben die treuesten Begleiter des Krieges. Das Phänomen Krieg zeichnet sich also durch drei Wesensmerkmale aus: Komplexität, Dynamik und Friktionen. Trotz technischer Hilfsmittel der Nachrichtenbeschaffung und der EDV lässt sich der Krieg (Zeitdauer, Verluste, Endresultat) nicht oder zumindest nicht exakt berechnen.

Anforderung an die militärischen Führer

Aus der besonderen Natur des Krieges, die durch Komplexität, Dynamik und Friktionen gekennzeichnet ist, leitet Clausewitz seine Anforderungen an den militärischen Führer ab. Eine gute Vorstellung von diesen drei Wesensmerkmalen ist für einen erfolgreichen militärischen Führer unerlässlich. Clausewitz verlangt daher von ihm richtigerweise, dass er sie kennt, um sie überwinden zu können, wobei die Kriegserfahrung, und falls diese fehlt, die Kenntnis der Kriegsgeschichte eine entscheidende Voraussetzung dafür ist.⁴⁴

Geisteskraft und Entschlossenheit

Der erfolgreiche militärische Führer zeichnet sich also dadurch aus, dass er die Komplexität, Dynamik und Friktionen im Krieg zu meistern in der Lage ist. Clausewitz beschreibt detailliert, welche Eigenschaft der militärische Führer aufweisen muss, damit ihm dies gelingt: „Soll er [der militärische Führer; Anm. des Verfassers] nun diesen beständigen Streit mit dem Unerwarteten glücklich bestehen, so sind ihm zwei Eigenschaften unentbehrlich: einmal ein Verstand, der auch in dieser gesteigerten Dunkelheit nicht ohne einige Spuren des inneren Lichts ist, die ihn zur Wahrheit führen, und dann Mut, diesem schwachen Lichte zu folgen. Der erstere ist bildlich mit dem französischen Ausdruck *coup d'oeil* bezeichnet worden, der andere ist die Entschlossenheit.“⁴⁵

Die Bewältigung der großen Komplexität und Dynamik des Krieges und der damit verbundenen Ungewissheit setzt beim militärischen Führer überdurchschnittliche Intelligenz voraus, die bis heute durch die Mittel der EDV und ausgebaute Stäbe nicht ersetzt werden kann. Laut Clausewitz muss der militärische Führer daher ein wahres Genie sein.⁴⁶ Unter Genie versteht Clausewitz eine sehr gesteigerte Geisteskraft, welche sich durch die Regeln der Kriegführung nicht einengen lässt und sich im richtigen Zeitpunkt sogar entgegen der Regeln entscheidet.⁴⁷

Kühnheit

Intelligenz und Entschlossenheit allein genügen für eine erfolgreiche Führung aber nicht. Nach Clausewitz ist die wichtigste Charaktereigenschaft die Kühnheit, zusammengesetzt aus Mut und Verstand. Diese Eigenschaft hält er für derart wichtig, dass er ihr ein ganzes Kapitel in seinem Werk Vom Kriege widmet. Seine Kernaussagen dazu lauten wie folgt:

„Eine durch vorherrschenden Geist geleitete Kühnheit ist der Stempel des Helden, diese Kühnheit besteht nicht im Wagen gegen die Natur der Dinge, in einer plumpen Verletzung des Wahrscheinlichkeitsgesetzes, sondern in der kräftigen Unterstützung jenes höheren Kalküls, den das Genie, der Takt des Urteils in Blitzesschnelle und nur halb bewusst durchlaufen hat, wenn er seine Wahl trifft. Je mehr die Kühnheit den Geist und die Einsicht beflügelt, umso weiter reichen diese mit ihrem Flug, um so umfassender wird der Blick, um so richtiger das Resultat; (...) So glauben wir

Intelligenz und Entschlossenheit allein genügen für eine erfolgreiche Führung nicht. Nach Clausewitz ist die wichtigste Charaktereigenschaft die Kühnheit, zusammengesetzt aus Mut und Verstand.

denn, dass ohne Kühnheit kein ausgezeichnete Feldherr zu denken ist, d. h. dass ein solcher nie aus einem Menschen werden kann, dem diese Kraft des Gemütes nicht angeboren ist, die wir also als die erste Bedingung einer solchen Laufbahn ansehen.⁴⁸

Diese Kühnheit nimmt mit zunehmendem militärischem Grad indessen ab, wie Clausewitz richtigerweise erkannt hat, weil Verstand und Mut oft im Widerstreit stehen, und der Mut mit steigendem militärischen Grad und steigender Verantwortung abnimmt.⁴⁹ Dies gilt in der heutigen Zeit umso mehr, als der Druck der Medien die Last der Verantwortung noch massiv erhöht. Zudem lässt sich erkennen, dass lange Friedenszeiten kühne militärische Chefs zum Verschwinden bringen.

Kreativität



Napoleon Bonaparte (1769 – 1821) verkörperte in einzigartiger Weise die von Clausewitz gestellten Anforderungen an einen erfolgreichen Feldherrn: hohe Intelligenz (Genie), Entschlossenheit, Kühnheit, Kreativität und profunde Kenntnis der Kriegsgeschichte.

Schließlich ist für den militärischen Führer ein gerütteltes Maß an Kreativität oder schöpferischer Gestaltungskraft unerlässlich, um der Komplexität und Dynamik sowie der damit verbundenen Friktionen des Krieges Herr zu werden. Clausewitz bezeichnet dies als *schöpferische Selbsttätigkeit*.⁵⁰

Zusammengefasst setzt die Bewältigung der Komplexität, der Dynamik sowie der Friktionen und der damit verbundenen Ungewissheit im Krieg folgende Eigenschaften des militärischen Führers voraus: hohe Intelligenz, Entschlossenheit, Kühnheit und Kreativität, ergänzt durch umfassende Kenntnisse der Kriegsgeschichte. Clausewitz hatte dazu mit Napoleon Bonaparte (1769 - 1821) ein Vorbild, das diese Eigenschaften in geradezu idealer Weise verkörperte. Dem genialen Kriegstheoretiker Clausewitz stand ein genialer Feldherr als Studienobjekt zur Verfügung, eine Konstellation, welche in der Geschichte einzigartig war und es wohl für sehr lange Zeit auch bleiben wird.

Ausblick

In Europa prallen derzeit drei ideologische Konzepte aufeinander, die untereinander nicht vereinbar sind und damit hohes Konfliktpotential aufweisen: Islamismus, Nationalismus und Liberalismus. Während der Liberalismus als Folge der Aufklärung das Individuum ins Zentrum stellt und Freiheitsrechte,

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit propagiert, zielt der Islamismus auf eine homogene Gemeinschaft der (islamischen) Gläubigen unter den Regeln der Scharia ab, während der Nationalismus die Einheit der Ethnie unter einem autokratischen Regime zu realisieren sucht.⁵¹ Da Nationalismus und Islamismus ihre Ideologie auf Hass gegen andere basieren und bereit sind, sie mit Gewalt durchzusetzen, droht der Liberalismus als Folge seines Respekts gegenüber dem Individuum und seiner Achtung der Freiheitsrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltlosigkeit ins Hintertreffen zu geraten. Gelingt es dem Liberalismus längerfristig nicht, sich gegenüber Nationalismus und Islamismus zu behaupten, sind Krieg und Konflikt verbunden mit dem möglichen Untergang liberaler Werteordnungen auch in Europa möglich.

Gelingt es dem Liberalismus längerfristig nicht, sich gegenüber Nationalismus und Islamismus zu behaupten, sind Krieg und Konflikt verbunden mit dem möglichen Untergang liberaler Werteordnungen auch in Europa möglich.

Krieg in Europa ist aus diesen Gründen leider auch heute keine bloße Illusion. Wer glaubt, dass wirtschaftliche Verflechtung der beste Schutz gegen Krieg ist, irrt gewaltig. Bereits Norman Angell (1874 – 1967), der 1933 den Friedensnobelpreis erhielt, erlag diesem Irrtum. 1910 legte er in seinem legendär gewordenen Buch mit dem Titel „The Great Illusion“ detailliert dar, warum wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und England sowie den internationalen Verbindungen der Telekommunikation und der Finanzwelt ein Krieg sinnlos und damit sehr unwahrscheinlich geworden sei. 1914 brach der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“⁵² aus. 2013 warnte Jean-Claude Juncker im Zusammenhang mit der Debatte um die Zukunft der Währungsunion davor, dass sich die Konflikte in Europa gefährlich zuspitzen könnten: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.“⁵³

Hinweis der Redaktion: Erstveröffentlichung des Beitrag in: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 2/2017. Wir danken der Redaktion für die Genehmigung zum Nachdruck.

Zum Autor: Matthias Kuster ist Oberst i GSt, Astt 110 (operative Schulung), selbständiger Rechtsanwalt in Zürich, Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London, Vorstandsmitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz.

Anmerkungen

- 1 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 27.
- 2 Der Zweite Weltkrieg endete am 2. September 1945 mit der Kapitulation Japans.
- 3 Abrufbar unter <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20012770/index.html>.
- 4 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Krieg>.
- 5 <http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialwissenschaften/forschung/akuf/akuf/kriegsdefinition-und-kriegstypologie/>
- 6 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 2.
- 7 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 2.
- 8 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 23.
- 9 Vom Kriege, 8. Buch, VI. Kapitel, Buchstabe A.
- 10 Politik ist menschliches Handeln, das zum Ziel hat, verbindliche Regelungen in und zwischen Gruppen von Menschen herzustellen (<http://www.politik-lexikon.at/politik/>). Kurz gesagt ist Politik die Regelung des Gemeinwesens.
- 11 Hans Rudolf Fuhrer, in: St. Galler Tagblatt vom 25. Oktober 2012.
- 12 Vom Kriege, 8. Buch, 6. Kapitel, Buchstabe B.
- 13 Sun Tzu, Die Kunst des Krieges, 3. Kapitel.
- 14 Vom Kriege, 8. Buch, VI. Kapitel, Buchstabe B.
- 15 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939 – 1945, S. 25 f. General Guisan beklagte sich allerdings darüber, dass er in einer schwerwiegenden Situation, nämlich nach der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944, vom Bundesrat nicht angehört worden sei (Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939 – 1945 von General Henri Guisan, S. 61 und S. 266).
- 16 Vom Kriege, 3. Buch, I. Kapitel.
- 17 Matthias Kuster, Militärstrategie im Lichte der Kuba-Krise 1962, in: Military Power Revue 2-2008, S. 37.
- 18 Dazu Matthias Kuster, Militärstrategie im Lichte der Kuba-Krise 1962, in: Military Power Revue 2-2008, S. 34 ff.
- 19 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 2; siehe auch 7. Buch, III. Kapitel.
- 20 Vom Kriege, 1. Buch, II. Kapitel.
- 21 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel.
- 22 Vom Kriege, 1. Buch, II. Kapitel.
- 23 Vom Kriege, 7. Buch, IV. Kapitel.
- 24 Vom Kriege, 4. Buch, XI. Kapitel.
- 25 Derzeit verfügen folgende Staaten über Atomwaffen: USA, Russland, Pakistan, Indien, Israel, China, Frankreich, Grossbritannien, wahrscheinlich Nordkorea.
- 26 Siehe Matthias Kuster, in: Carl von Clausewitz, Strategie, Zürich 2011, S. 12 f.
- 27 Vom Kriege, 3. Buch, III. Kapitel.
- 28 Bei der levée en masse (frz. für Massenaushebung) handelte es sich um eine Form der Wehrpflicht, die 1793 während des Ersten Koalitionskriegs in Frankreich eingeführt wurde (Quelle: Wikipedia).
- 29 Vom Kriege, 8. Buch, III. Kapitel.
- 30 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 3.
- 31 Vom Kriege, 8. Buch, II. Kapitel.
- 32 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 9.
- 33 Angelehnt an die Dreifaltigkeitslehre der christliche Theologie, welche die Wesenseinheit Gottes in drei Personen (Gott-Vater, Gott-Sohn und Geist Gottes) postuliert. Damit werden zugleich ihre Unterscheidung und ihre unauflösbare Einheit ausgedrückt.
- 34 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 28.
- 35 Ausführlich zur wunderlichen Dreifaltigkeit siehe Lennart Souchon, Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg, Berlin, Bonn, 2012, S. 73 ff.
- 36 Vom Kriege, 2. Buch, II. Kapitel.
- 37 Vom Kriege, 1. Buch, I. Kapitel, Ziff. 21.
- 38 So ausdrücklich Michael Rasch, Die geheime Kunst der Börsenanalyse, Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2014, S. 200.
- 39 Sun Tzu, Die Kunst des Krieges, 6. Kapitel.
- 40 Vom Kriege, 1. Buch, VII. Kapitel.
- 41 Vom Kriege, 1. Buch, VIII. Kapitel.
- 42 Vom Kriege, 1. Buch, III. Kapitel.
- 43 Jürg Kürsener, Im Golf von Tonkin, in: Schweizer Soldat 1/2017, S. 50 f.
- 44 Vom Kriege, 1. Buch, VII. Kapitel.
- 45 Vom Kriege, 1. Buch, III. Kapitel.
- 46 Vom Kriege, 8. Buch, III. Kapitel, Buchstabe B.
- 47 Vom Kriege, 1. Buch, III. Kapitel, 2. Buch, II. Kapitel.
- 48 Vom Kriege, 3. Buch, VI. Kapitel.
- 49 Vom Kriege, 3. Buch, VI. Kapitel.
- 50 Vom Kriege, 2. Buch, V. Kapitel.
- 51 Dazu Samuel Salzborn, Weltpolitische Hegemonialansprüche, in: NZZ vom 19.02.2016, S. 10.
- 52 1979 so bezeichnet vom US-amerikanischen Historiker und Diplomaten George F. Kennan (1904 – 2005).
- 53 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/juncker-spricht-von-kriegsgefahr-in-europa-a-887923.html>.

Carl von Clausewitz und seine Beziehungen zur Schweiz

Walter Steiner

1. Clausewitz und Prinz August von Preußen

Zu Beginn einige Eckwerte und Referenzpunkte im Leben von Carl von Clausewitz und im Umfeld Europas Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, auf die ich mich im Artikel beziehen werde.

Carl von Clausewitz

Carl Philipp Gottlieb Clausewitz wurde am 1. Juli 1780 in Burg geboren. Mit 12 Jahren trat er in das Infanterieregiment Nr. 34 „Prinz Ferdinand“ ein. Im Oktober 1801 kam er an die Kriegsschule nach Berlin. Mitkommilitone war Prinz August von Preußen. Der Lehrer der beiden war der damalige Oberstleutnant der Artillerie und Direktor der Lehranstalt für junge Infanterie- und Kavallerieoffiziere, Gerhard Johann David Scharnhorst. Nach zwei Jahren wurde Clausewitz auf Antrag von Scharnhorst Adjutant von Prinz August. Prinz August war eher ein Lebemann, Clausewitz seriös und strebsam. Sie ergänzten sich. Clausewitz bekam dadurch Zutritt zum Schloss, wo er die Hofdame Marie Sophie Gräfin von Brühl kennen lernte.

Am 14. Oktober 1806 nahm Clausewitz zusammen mit Prinz August und seinem Grenadierbataillon an der Schlacht bei Auerstedt teil. Nach der Gefangenschaft bei Pasewalk folgte die französische Kriegsgefangenschaft in Nancy, Soissons und Coppet. Im November 1807 kehrten Clausewitz und Prinz August in das noch von Franzosen besetzte Berlin und im März 1808 nach Königsberg zurück. 1810 wurde Clausewitz zum Major befördert, und er konnte endlich seine Marie von Brühl heiraten. Dann wurde er Lehrer im Generalstabsdienst im persönlichen Stab von Scharnhorst und Hauslehrer der preußischen Prinzen.

Im April 1812 trat Clausewitz in russische Dienste über. Er nahm in der Folge an den Schlachten von Borodino, Beresina und Bautzen teil. Zwei Jahre später kam er zurück in die Preußische Armee im Range eines Obersten, und 1816 wurde er zusammen mit Gneisenau nach Koblenz kommandiert. Am 5. Mai 1818 wurde Clausewitz zum Direktor der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin ernannt, ohne Lehrlaubnis, und am 19. September 1818 erfolgte die Beförderung zum Generalmajor. Clausewitz war als Direktor der Kriegsschule nicht

wirklich zufrieden. Er stellte 1821 an den König den Antrag, Preußen als Gesandter in Bayern und der Schweiz vertreten zu dürfen. Der König nahm den Antrag wohlwollend entgegen. Nach einer Besprechung mit den Gesandten in Preußen lehnte er aber ab. Grund: Der Österreichische Gesandte Graf Zichy fand, Clausewitz hätte „zu viel revolutionären Geist“. 1827 erfolgte die lange erwartete Adelsbestätigung durch den preußischen König.

Prinz August von Preussen

Prinz Friedrich Wilhelm Heinrich August von Preussen wurde als jüngster Sohn des Prinzen Ferdinand von Preussen und Neffe von König Friedrich II. am 19. September 1779 in Friedrichsfelde geboren. 1797 erfolgte die Anstellung als Kapitän im Infanterieregiment „von Larisch“. Bereits drei Jahre später war er Major und Kommandeur des Grenadierbataillons im Infanterieregiment „von Arnim“. 1801 kam er an die Kriegsschule Berlin, zusammen mit Clausewitz. Dieser wurde 1803 sein Adjutant und nahm mit ihm an der Schlacht bei Auerstedt teil und begleitete ihn in der Zeit der Internierung in Frankreich und der Schweiz. Nach der Rückkehr machte der Prinz Karriere in der Armee, wurde 1808 als Brigadegeneral Generalinspekteur der Artillerie, 1813 Generalleutnant und 1814 General der Infanterie. Ab 1816 war er 27 Jahre lang Inspizient von Brigaden. Er starb 1843 in Bromberg.



August von Preußen, 1835
Gemälde von Franz Krüger

Prinz August war einer der reichsten Grundbesitzer des preußischen Staates. Er hinterließ elf uneheliche Kinder von zwei Frauen. Die erste Beziehung dauerte von 1805 bis 1817 mit Karoline Friedericke Wichmann, mit der er vier Kinder zeugte. In einer zweiten Beziehung lebte er von 1818 bis 1843 mit Auguste Arend, mit der er sieben Kinder hatte. Seine wirkliche Liebe galt aber einer anderen Frau: Julie Récamier. Er lernte sie während seiner Internierung in Paris kennen.

2. Strategische Lage

Preussen

1806 ging es im vierten Koalitionskrieg darum, das Kräftegleichgewicht in Europa wieder herzustellen. Er begann am 9. Oktober mit den Gefechten bei Schleiz und Saalfeld und mündete am 14. Oktober in die Entscheidungsschlacht bei Jena und Auerstedt (Thüringen). Die Preußische Armee wurde bei Jena unter General Hohenlohe und bei Auerstedt unter dem Herzog von

Braunschweig vernichtend geschlagen. Am 24. Oktober kapitulierte Spandau. Der Hof floh nach Königsberg, Ostpreußen. Bereits am 27. Oktober rückte Napoleon in Berlin ein und bezog im königlichen Schloss sein Hauptquartier. Am 7./8. Februar 1807 kam es zur Schlacht bei Eylau. Napoleon siegte bei Friedland. In der Folge kam es am 07. Juli zum Vertrag zu Tilsit. Frankreich und Russland diktierten den Frieden. Napoleon wollte Preußen zuerst auflösen. Auch die Preußische Königin konnte ihn nicht umstimmen. Erst Zar Alexander I. konnte ihn von diesem Schritt abbringen. Preußen blieb aber von den Franzosen besetzt und musste hohe Kriegsschädigungen bezahlen.

Schweiz

Bis 1798 war die alte Eidgenossenschaft ein loser Staatenbund. Städte wie Bern und Zürich, die vier Waldstätte (Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern), verschiedene Talschaften und Bistümer waren durch lose Verträge miteinander verbunden. Die Macht lag grundsätzlich bei den Adelsgeschlechtern und in den Städten zusätzlich bei reichen Kaufleuten.

Am 28. Januar 1798 fielen die Franzosen in die Schweiz ein. Es gab auf Schweizer Seite keine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Jede Stadt und jede Talschaft verteidigten sich selbständig, keiner half dem Anderen. Zudem wurden die Schweizer Heere, wie in ganz Europa üblich, durch adlige Berufsoffiziere geführt, und die Mannschaftsgrade entstammten den ländlichen Unterschichten, denen Napoleon die Freiheit versprach. Trotzdem dauerte es über ein Jahr, bis am 28. Mai 1799 die ganze Schweiz besetzt war.

Napoleon errichtete in der Folge einen zentralistischen Einheitsstaat nach französischem Vorbild. Er gab der Schweiz den Namen Helvetische Republik. Das Fürstentum Neuenburg wurde nicht besetzt und blieb Preussisch, eine Preussische Enklave, jetzt inmitten Frankreichs. Im Juli 1802 zog Napoleon einen großen Teil seiner Truppen aus der Schweiz ab. Er brauchte seine Soldaten in Paris. Die Föderalisten organisierten sofort einen Aufstand. Es kam zu einem kleinen Bürgerkrieg. Die helvetische Regierung musste von Aarau nach Lausanne am Genfersee fliehen. Als am 30. September 1802 der Sieg der Föderalisten feststand, rief die Helvetische Regierung Napoleon um Hilfe. Am 10. Dezember 1802 marschierten die Franzosen erneut in die Schweiz ein. Es gab keinen Widerstand, und es fiel kein einziger Schuss. Napoleon sah ein, dass die Schweiz so nicht regiert werden konnte. Er zitierte Anfangs 1803 die politische Elite der Schweiz nach Paris. In einer Mediationsakte diktierte Napoleon eine föderalistische Verfassung. Er hatte eine unverhandelbare Bedingung: Die

Rechtsgleichheit musste bestehen bleiben. Es durfte keine Untertanengebiete mehr geben. Die Kantone mussten gleichberechtigt sein. Die Situation entsprach damals in etwa derjenigen in den heutigen deutschen Bundesländern. In dieser Mediationsakte tauchte erstmals der neue Staatsname auf: „Schweizerische Eidgenossenschaft“.

Das Fürstentum Neuenburg kam nach der Niederlage Preußens 1806/1807 zu Frankreich. Nach dem Russlandfeldzug von 1813 löste sich die Schweiz allmählich von Frankreich. Die Schweizerische Tagsatzung hob die Mediationsverfassung von Napoleon eigenmächtig auf. Im Rückblick waren die 10 Jahre Mediationszeit geprägt von Fortschritt und Reformen. So wurde zum Beispiel das Schulwesen stark ausgebaut, und die Schweizer Pädagogik erhielt Weltruf durch Persönlichkeiten wie Johann Heinrich Pestalozzi. 1815 wurde die Schweiz am Wiener Kongress wieder als eigener Staat anerkannt. Es war ein Staatenbund mit den nun zusätzlichen Kantonen Genf, Wallis und Neuenburg. Erst 1848 wurde die Schweiz zum heutigen Bundesstaat.

3. Internierung und Ereignisgeschichte

Internierung in Frankreich

Prinz August stand nach der Kapitulation bei Pasewalk in Berlin im zivilen Arrest. Clausewitz hatte sich während dieser Zeit in der Garnison Neuruppin einzufinden. Ende Dezember 1806 zog Napoleon weiter nach Osten und setzte General Clark als Verwalter von Berlin ein. Dieser befahl daraufhin, dass Prinz August Berlin unverzüglich zu verlassen hätte. Er sollte in Frankreich zwangsinterniert werden. Am 30. Dezember 1806 reiste Prinz August zusammen mit Clausewitz aus Berlin ab und traf am 18. Januar 1807 in Nancy ein. Clausewitz verstand es sehr schnell, der Internierung das Gute abzugewinnen und betrachtete sie als Bildungsreise. Er lernte die französische Sprache und vertiefte sich in die Mathematik. Aus den Briefen an Marie geht hervor, dass er hier Schillers „Wilhelm Tell“ sehr genau gelesen hat. Gleichzeitig verwünschte er die Geselligkeit, an der er mit Prinz August teilnehmen musste. In einem Brief an Marie schrieb er: Er führe ein „Kurvisitenleben“.

Am 28. Februar erhielt Prinz August den Befehl vom Bürgermeister, er müsse Nancy innert drei Tagen verlassen. Gerüchte gingen um. In Nancy befand sich ein Internierungslager von Preussischen Soldaten. Die Gesellschaft von Prinz August mit den entmachteten französischen Adligen und gleichzeitig mit diesen preussischen Internierten wurde vom Bürgermeister als eine Bedrohung

empfunden. Clausewitz schrieb: „Der Intrigengeist macht einen notwendigen Bestandteil des französischen Nationalcharakters aus“.

Mitte März trafen Prinz August und Clausewitz in Soissons ein. Soissons war die Alters- und Sommerresidenz von vermögenden Pariser Familien. Und da viele Männer bei der Revolution den Kopf verloren, hielten sich hier viele Witwen auf. Da kam Prinz August wie gerufen. Clausewitz fand es aber mühsam, fast jeden Abend bei irgendeiner alten Madame Gast sein zu müssen. Bereits Anfang April wollte Prinz August nach Paris. In einer zweiwöchigen Reise besuchten sie Theater, Kunstmuseen, Gemäldegalerien und Vergnügungsorte. Bei einem Besuch in einem Salon, einem politischen Diskussionsforum, lernte Prinz August Juliette Récamier kennen.

Clausewitz war dieses ewige Streben nach Vergnügen und das ausschweifende Leben in Paris „fast unerträglich“. Kurz nach der Rückkehr nach Soisson zog es Prinz August erneut nach Paris. Er reiste diesmal aber ohne Clausewitz. Clausewitz las während dieser Zeit auf Veranlassung des Prinzen den soeben veröffentlichten französischen Roman „Corinne ou l'Italie“ von Madame de Staël.



Schloss Coppet in einer zeitgenössischen Darstellung

Madame de Staël hatten sie zuvor in Paris kennen gelernt. In dem Roman wird das schwierige (Liebes-) Leben von Corinne beschrieben. Sie hatte mehrere Liebhaber, liebte aber nur einen Mann, den sie nicht bekam.

Nach dem Frieden von Tilsit vom 09. Juli 1807 durften sich Prinz August und Clausewitz innerhalb des Machtbereichs Frankreichs frei bewegen. Am 31. Juli

schrub Clausewitz an Marie: „Jetzt sehne ich mich unaussprechlich zurück. O Marie, mich verlangt, Dich wiederzusehen“. Die Reise ging aber am 1. August zuerst Richtung Schweiz nach Coppet, zu Madame de Staël.

Internierung in der Schweiz

Am 11. August 1807 trafen Prinz August und Clausewitz auf Schloss Coppet ein. Das Schloss war im Sommer 1807 der wichtigste Treffpunkt für intellektuelle und Literaten.

Coppet wurde gewissermaßen zum „Gewissen Europas“. Ein richtiger Hofstaat gesellte sich zur Schlossherrin Madame de Staël. Bis zu 30 Personen logierten gleichzeitig im Schloss. Ein paar ausgewählte Gäste waren: die Gebrüder Schle-

gel, der damals 19-jährige Lord Georg Gordon Byron, Françoise-René Chateaubriand, Benjamin Constant, Jean-Charles de Sismondi, Johann Heinrich Pestalozzi, Baron Piotr Balk-Polev, Karl Viktor von Bonstetten, Johannes von Müller, Frau von Krüdener, Delphine von Custine, Baron Caspar von Voght, Handelskaufmann aus Hamburg.

Drei ausgewählte Persönlichkeiten, die sich im Sommer 1807 auf Schloss Coppet aufhielten

1) Madame de Staël (Schlossherrin) 1766 – 1817

Anne Louise Germaine Necker (Madame de Staël) wurde am 22. April 1766 in Paris geboren. Sie war eine berühmte und einflussreiche französische Schriftstellerin. Ihr Großvater kam aus der Mark Brandenburg (Preußen). Der Vater Jacques Necker (1732 – 1804) war ein reicher Privatbankier aus Genf. Er zog nach Paris und war dort von 1776 bis 1781 Finanzminister Ludwigs XVI. Die Mutter Suzanne Curchod (1739 – 1794) stammte aus einem verarmten Landadel aus Crassier, Schweiz. Als Germaine zwölf Jahre alt war, suchte Vater Necker für sie einen Mann vom Hofstaat Ludwig XVI. Ein Schwede, Erik Magnus Baron von Staël-Holstein, setzte sich gegen einen Engländer und einen Deutschen (Prinz Georg August von Mecklenburg) durch. Es war ein Vertrag: Adelstitel gegen Geld. Alle drei möglichen Kandidaten hatten Schulden. Am 14. Januar 1786 heiratete Germaine mit 20 Jahren den 17 Jahre älteren schwedischen Botschafter in Paris.



Madame de Staël

Im März 1798 empfing Napoleon Mme. de Staël zu einer einstündigen Unterredung. Sie versuchte dabei, ihn von einer Eroberung der Schweiz abzuhalten. Ohne Erfolg. Im Jahre 1800 kam es nach 14 Jahren Ehe zur Trennung von Baron von Staël-Holstein. Die Ehe war eine Verbindung auf dem Papier gewesen. Baron von Staël-Holstein hatte vor der Hochzeit gleichzeitig ein Verhältnis zu drei Gräfinnen und ließ sich gleich nach der Ehe wieder mit einer Palastdame ein. Dann gab es auch für Germaine de Staël kein Halten mehr: Der erste Liebhaber war 1786 Charles Maurice de Talleyrand, Bischof und Herzog von Périgord. Er oder ihr Ehemann dürften der Vater ihres ersten Kindes sein. Ab 1788 hatte sie ein Verhältnis mit dem Grafen de Narbonne. Sie verhalf ihm zum Posten eines Kriegsministers 1790/91. Er war der Vater ihres zweiten Kindes. Weitere Liebhaber folgten. Germaine de Staël gebar in ihrem Leben fünf Kinder, alle von einem anderen Mann.

Je mächtiger Napoleon wurde, desto lästiger wurde ihm Germaine de Staël. Sie musste im Oktober 1803 auf persönliche Anordnung Napoleons Paris verlassen und ging auf Reisen, quer durch Europa, nach Deutschland. Am 13. Dezember 1803 kam sie in Weimar an, wo sie literarische Größen wie Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller traf. Mit beiden trug sie heftige Wortgefechte aus, obwohl sie nach eigenen Angaben nur mäßig Deutsch gesprochen hätte.

Die Reise ging weiter nach Berlin, wo Mme. de Staël am 6. März 1804 eintraf; bereits am 10. März war sie Ehrengast im Schloss bei Königin Luise zu deren 28. Geburtstag. In Berlin traf sie auch Johann Gottlieb Fichte, Johann Gottfried Herder und August Wilhelm Schlegel. Den Literaturkritiker und -historiker Schlegel konnte sie als Hauslehrer für ihre Kinder gewinnen.

Am 09. April starb ihr Vater, zu dem sie ein sehr inniges Verhältnis hatte, in Coppet. Darauf reiste Mme. de Staël zusammen mit Schlegel nach Coppet ab. Schlegel wurde ihr lebenslanger Liebhaber. Nachdem sie in Coppet die administrativen Erb-Angelegenheiten erledigt und das Schloss übernommen hatte, reiste sie im Dezember 1804 mit Schlegel und ihren drei Kindern nach Italien. Dort entstand ihr Roman „Corinne ou l'Italie“, der dann 1807 Clausewitz in Soisson zur Pflichtlektüre wurde.

Mme. de Staël erhielt 1804 über die Erbschaft der Baronie Coppet die Schweizerische Staatsbürgerschaft. Als geborene Necker von Genf wurde sie 1815 durch die Einverleibung von Genf auch von Geburt formell Schweizerin. Ihr meistgelesenes Werk war „Über Deutschland“. Es hatte großen Einfluss auf das Deutschlandbild vieler Franzosen im 19. Jahrhundert.

2) Juliette Récamier (Salonière) 1777 – 1849



Julie Récamier

Jeanne Françoise Julie Adélaïde Bernard wurde am 04. Dezember 1777 in Lyon geboren. Sie war die Tochter des begüterten Bankiers Bernard. Mit 15 Jahren wurde sie mit dem 41 Jahre alten Jacques-Rose Récamier, ebenfalls ein reicher Privatbankier, verheiratet. Sie führte mit ihm eine „Mariage blanc“ (eine nicht vollzogene Ehe). 1798 kaufte ihr Ehemann das Palais von Jacques Necker in Paris. So lernte sie die Tochter Neckers, Mme. de Staël, kennen.

Zu ihrer Zeit galt Juliette Récamier als eine der schönsten Frauen der Welt. Überall, wo sie hinkam, erregte sie Aufmerksamkeit.

1817 starb ihre Freundin Germaine de Staël. Sie verlor damit ihre wichtigste Bezugsperson. Das traf Juliette tief. Zwei Jahre später, 1819, bezog Juliette eine Zweizimmerwohnung in einem ehemaligen Kloster in Paris. Sie hielt aber in dieser Wohnung wie früher Hof und empfing ihren Kreis von Bewunderern. 1826 ließ sie in dieser Wohnung ein Bild von sich malen, das sie Prinz August nach Berlin schickte.

3) Johann Heinrich Pestalozzi (Pädagoge) 1746 – 1827

Johann Heinrich Pestalozzi wurde am 12. Januar 1746 in Zürich geboren. Er war ein Schweizer Schul- und Sozialreformer, Philosoph, Schriftsteller und Politiker. 1769 heiratete er Anna Schulthess, die Tochter eines begüterten Handelskaufmannes, die ihn ein Leben lang moralisch und finanziell unterstützte. Sie kauften den Neuhof in Birr (Aargau) und richteten dort 1773 eine Bildungsstätte für Bettelkinder ein. Nach sieben Jahren musste Pestalozzi das Projekt aus finanziellen Gründen abbrechen. Er begann zu schreiben und widmete sich 20 Jahre lang der pädagogischen Schriftstellerei. Sein Roman „Lienhard und Gertrud“ (4 Bände, 1781–1787) wurde weltweit berühmt.

Im Jahr 1800 gründete Pestalozzi in Burgdorf ein neues Institut, das er 1804 in das Schloss in Yverdon am Neuenburgersee verlegte. Es war ein größeres Unternehmen. Die Schulgemeinde zählte 165 Zöglinge, 31 Lehrer, 32 Seminaristen und 10 Familienmitglieder. Pestalozzi hatte seine Ausbildungsmethode kontinuierlich weiterentwickelt. Im Wesentlichen forderte seine Idee der Elementarbildung eine naturgemäße Erziehung und Bildung, die die Kräfte und Anlagen des Kopfs (intellektuelle Kräfte), des Herzens (sittlich-religiöse Kräfte) und der Hand (handwerkliche Kräfte) in Harmonie entfaltet. Pestalozzi besuchte ab 1804 Madame de Staël öfters in Coppet (aus literarischen Gründen) und lernte dort im August 1807 Clausewitz kennen.

4. Clausewitz und Prinz August auf Schloss Coppet

Beziehung Clausewitz' zu Madame de Staël

In einem seiner ersten Briefe schreibt Clausewitz an Marie: „Frau von Staël spricht viel und sehr interessant, so dass man nicht müde wird, sie zu hören. Mit erlernten Floskeln über Kunst und Literatur kommt man da nicht weit. Davon sehe ich ein lebendiges Beispiel, und deswegen gefalle ich mir in meinem Stillschweigen umso mehr, denn ich fühle, dass ich damit noch nicht die schlechteste Rolle spiele.“

In einem anderen Brief an Marie schreibt er: *„Es ist unmöglich, eine größere Verehrerin der deutschen Literatur und der deutschen Frauen zu sehen als Frau von Staël.“*

Clausewitz hat sich also intensiv mit der Schlossherrin von Coppet auseinandergesetzt und kam im Brief vom 5. Oktober zu folgendem Urteil: *„Frau von Staël ist eine Frau von vieler Phantasie und einer entsetzlichen Reizbarkeit des Gefühls, die in Deutschland begierig den deutschen Geist eingesogen hat und ganz davon beseelt ist; im Übrigen ist sie ganz Französin. Das heißt also: Alles was sie mit Nachdenken spricht und aus dem Innersten ihrer Seele schöpft, atmet deutschen Geist; dagegen fehlt ihr in den leichten, oberflächlichen Berührungen des Geistes und in den äusseren Sitten durchaus die stille, sanfte Würde deutscher Weiblichkeit, die mir an den Frauen Bedürfnis ist, wenn sie mir als Frauen interessant sein sollen...“*. Mit dem negativ behafteten französischen Wesen von Mme. de Staël deutete Clausewitz ohne Zweifel ihren in seinen Augen ungebührlichen Umgang mit anderen Männern an.

Beziehung Clausewitz zu August Wilhelm Schlegel

Clausewitz freundete sich schnell mit Wilhelm August Schlegel an. Über ihn schrieb er am 15. September 1807 an Marie: *„Frau von Staël hat viel Güte für mich. Vor allem aber habe ich mich gefreut, Schlegel zu finden. Er ist ein wackerer, gutmütiger, patriotischer Deutscher, der einen wohlkonditionierten Hass gegen die Franzosen hat, dass es einem Menschen wie mir unmöglich ist, ihn nicht zu lieben“*. Und an anderer Stelle: *„Schlegel liest mir hin und wieder von seinen Sachen etwas vor und macht mir dadurch großes Vergnügen. Frau von Staël nennt uns – par excellence les deux Allemands –, worauf wir beide sehr stolz sind“*.

Beziehung Clausewitz' zu Johann Heinrich Pestalozzi

Clausewitz lernte gleich in der ersten Woche seiner Ankunft Pestalozzi kennen und schätzen.

Er besuchte nur sechs Tagen später am 17. August 1807 dessen Bildungsstätte im Schloss Yverdon. Clausewitz war über die Erziehungs- und Ausbildungsmethode sehr beeindruckt und schrieb darüber einen längeren Aufsatz. Er bewunderte vor allem den ganzheitlichen Ansatz von Kopf, Herz und Hand. Er sah in dieser Erziehung eine umfassende positive Prägung des Menschen. Was ihn auch beeindruckte war, dass trotz der vielen Kinder versucht wurde, individuell auf die Stärken der einzelnen Schüler einzugehen und diese zu fördern. Gleichzeitig meinte er jedoch auch, Pestalozzi fordere die Kinder zu

sehr, weil er ihnen den Tagesablauf über 12 Stunden vorschrieb. Clausewitz hatte aber Verständnis dafür. Wenn so viele Kinder, die in ihrem Charakter noch nicht gefestigt seien, viel Freizeit bekämen, würde das zu Problemen führen.

Beziehung Prinz August zu den Bewohnern im Schloss Coppet

Es sind keine nennenswerten Gespräche von Clausewitz mit Prinz August auf Schloss Coppet oder Ausflüge in die Umgebung bekannt. Es war offenbar auch nicht zu Diskussionen von Prinz August mit der Schlossherrin, Mme. de Staël, gekommen. Auch ist nicht bekannt, dass er sich mit anderen Gästen, wie den Gebrüdern Schlegel, Pestalozzi, Lord Byron oder Baron von Voght, unterhalten hätte. Die Lösung: Prinz August von Preussen war unsterblich in Juliette Récamier verliebt. Mit ihr verlebte er jede freie Minute. Die Zuneigung war gegenseitig. Juliette kokettierte mit vielen Männern, aber Prinz August soll der einzige Mann gewesen sein, in den sie wirklich verliebt gewesen sei.

Am Vorabend der Abreise des Prinzen, am 28. Oktober, spielten Juliette und Prinz August die Liebeskomödie „Phädra“. Dabei schworen sich Hyppolitos (Prinz August) und Aricia (Juliette) die Liebe. Es gab großen Beifall: *„Es tobte der Applaus“*. Dann gingen Prinz August und Juliette in das Zimmer von Juliette und versprachen sich noch einmal schriftlich ihre Liebe. Prinz August gelang es aber nicht, sie dazu zu bewegen mit ihm nach Deutschland zu kommen. Er blieb ihr jedoch ein Leben lang in Liebe verbunden.

Clausewitz und die Schweiz

Die Schweiz und insbesondere die Gegend von Coppet beeindruckten Clausewitz tief. Er schrieb am 5. Oktober an seine Frau Marie (Auszug aus einem langem Brief): *„...Jetzt ein paar Worte über den Aufenthalt hier. Die Gegend des Genfer Sees gehört zu den schönsten der Welt und ist auch in der Schweiz einzig in ihrer Art...Von Coppet aus übersieht man den See von seiner ganzen Länge nach, auf der einen Seite bis Genf, auf der anderen fast bis da, wo aus dem allergeheimsten Winkel der Erde, von den Pforten, aus den Wohnungen ewiger Nacht der Fluss Rhodan (Rhone) seine Fluten hervor wälzt...“Und wie ein Garten ist das Land zu schauen“, sagt Wilhelm Tell seinem Sohne vom Elsass, und ich gehe nie spazieren, ohne mir dies von der hiesigen Gegend zu wiederholen“*.

Clausewitz war auch der Schweizerischen Bevölkerung sehr wohlgesinnt. Er schrieb weiter: *„Das ganze Volk hat einen seltenen Grad von gutmütiger Höflichkeit...Die Menschen sind wirklich hier, wie Du sagst, noch Halbfranzosen und*

ähnlich jenen, die Du in deinen Briefen nennst...und bin also froh, es nur mit halben anstatt ganzen Franzosen zu tun zu haben.“

Am 9. Oktober schrieb Clausewitz seinen letzten Brief aus Coppet an seine Marie: *„Vorgestern, teuere Marie, sind unsere Pässe eingetroffen... In drei Wochen von hier, und nach Ankunft meines Briefes in acht Tagen, siehst Du mich vor Dir stehen...und ich! O ich Glücklicher, werde Dich in meine Arme schliessen und mit der heissesten Liebe an mein Herz drücken“.*

Clausewitz beschrieb noch einmal seine Liebe zur Schweiz: *„Bei der Rückkehr hoffe ich die deutsche Schweiz zu sehen die in so vieler Hinsicht klassisch ist. Vor allem würde ich mich glücklich geschätzt haben, den Vierwaldstättersee zu sehen. Wenn ich auch nicht so glücklich gewesen wäre, ihn zu befahren, um die Stelle zu sehen, wo Tell im Schiffe lag, mit Stricken festgebunden, wehrlos, ein aufgegebener Mann, zu sehen, was er uns erzählt...Wenn ich nur sagen könnte: Ich habe den Waldstätter See gesehen“.*

Am 29. Oktober 1807 reisten Prinz August und Clausewitz aus Coppet ab, direkt nach Berlin. Es war Clausewitz leider nicht gelungen, Prinz August zu überreden, den Vierwaldstättersee sehen zu dürfen.

Fazit

Warum besuchten Prinz August und Clausewitz das Schloss Coppet?

Ein guter Grund war mit Sicherheit Mme. de Staël. Sie war in ganz Europa bekannt als renommierte Schriftstellerin und Dichterin und in Paris berühmt-berüchtigt. Nicht nur ihre literarische Ausstrahlung und Anziehungskraft war legendär. Clausewitz schreibt denn auch am 16. August 1807 an Marie: *„Wir sind über Genf hierher gegangen, um die berühmte Frau von Staël zu sehen“.* Den Lebenswandel von Mme. de Staël bekommt Clausewitz mit Sicherheit mit. Er äußerte sich aber nur sehr vorsichtig im Brief vom 5. Oktober an Marie mit der Bemerkung: *„Im Übrigen ist sie ganz Französin“.*

Ein weiterer Grund lag für Prinz August im Trend der Zeit. Europareisen sollten jungen Aristokraten in der Bildung den letzten Schliff geben. Eine Reise in die Schweiz mit ihren malerischen Landschaften und den hohen Bergen wurde für die höhere Gesellschaftsschicht immer mehr zum Usus. Und tatsächlich: Vor der Ankunft in Coppet waren Prinz August und Clausewitz von Genf aus auch noch in die Savoyschen Berge gereist. Der wahre Grund: *„Ganz zufällig“*

war zur selben Zeit Juliette Récamier auf Schloss Coppet zu Besuch. Prinz August hatte nur Augen für sie. Clausewitz würde aber nie etwas Negatives über seinen Prinzen schreiben. Stattdessen bezeichnete er Juliette Récamier als „gewöhnliche Kokette“.

Die positiv erlebte Beziehung und die Liebe zur Schweiz hatten das weitere Leben von Carl von Clausewitz nachhaltig geprägt. Wilhelm von Schramm schreibt, für Clausewitz sei der Aufenthalt in Coppet „die Krönung der Bildungsreise“ gewesen.

Zum Autor: Oberst im Generalstab Walter Steiner ist Berufsoffizier der Schweizer Armee. Er nahm 1998 – 1999 am LAGI-Lw und EURO-LG an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg teil. Von 2000 bis 2005 arbeitete er als Stabschef und Hörsalleiter in der Generalstabsschule an der Höheren Kaderausbildung der (Schweizer) Armee und war bis 2015 im Führungsstab der Armee im HQ in Bern tätig, zuerst als Chef Internationale Ausbildung und dann als Chef Bereitschaftsführung. Steiner ist seit 2009 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz.

Hinweis der Redaktion: Bei dem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines beim Regionalkreis Nord am 24. Mai 2016 in Hamburg gehaltenen Vortrags.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Wilhelm von Schramm: Clausewitz – Leben und Werk, 1976, Bechtle Verlag, Esslingen am Neckar

Klaus T. Stark: Carl von Clausewitz – Militärische Kurzbiografie., 2010, Projekte Verlag Cornelius, Halle

Werner Hahlweg: Clausewitz, Soldat – Politiker – Denker., 1957, Musterschmidt Verlag, Göttingen, Berlin, Frankfurt

Karl Linnebach: Karl und Marie von Clausewitz., 1916, Ein Lebensbild in Briefen und Tagebuchblättern. Verlag von Martin Warneck, Berlin

Béatrix d'Andlau: Madame de Staël., 1989 2. Auflage, O. d'Haussonville, Coppet

Rede anlässlich der Gedenkfeier zum 186. Todestag von Carl von Clausewitz

Michael Labsch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rehbaum,

sehr geehrter Herr General a.D. Hermann als Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, sehr geehrter Herr Dr. Türpe als diesjähriger Träger des Clausewitz-Preises der Stadt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameraden!

Als Kommandeur des Logistikbataillon 171 „Sachsen-Anhalt“ und Standortältester heiße ich Sie alle zur heutigen Gedenkfeier anlässlich des Todestages des preußisch-königlichen Generalmajors und Inspektors der Artillerie Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz sehr herzlich willkommen.

Viele von Ihnen wissen, dass Clausewitz im Alter von 51 Jahren nach seinem Tode ein, nein, das unvollendete Werk „Vom Kriege“ hinterließ. Er hatte all seine geistigen Energien darauf verwandt und es trotzdem nicht zum Ende führen können. Er hinterließ ein Werk mit rund 500 Seiten voll ausschweifender Wiederholungen, komplizierter, teils schwer verständlicher Satzgebilde. „Vom Kriege“ von Carl von Clausewitz ist ein unsystematisches „Sammelsurium an Gedanken und Erfahrungen“ urteilt der Autor Ingmar Brunken in seinem Buch „Die 6 Meister der Strategie“.

Dennoch ist dieses posthum veröffentlichte Werk ein Klassiker, nach wie vor, und damit eines der am weitesten verbreiteten Bücher in allen Ländern der Erde. An den meisten Militärakademien wie auch vielen Managementschulen, etwa Harvard, wird Clausewitz als grundlegende Theorie gelehrt.

Aus einer Bekenntnisschrift von 1812 wird ersichtlich, dass Clausewitz bis zu diesem Zeitpunkt einer eher existenziellen Interpretation von Krieg anhing. Das heißt, dass er Krieg als höchste Form der Selbstbehauptung eines Volkes ansah. Dies entsprach in jeder Hinsicht dem Geist der Zeit, in der die „Französische Revolution“ und die Konflikte, die aus ihr erwachsen, zur Ausbildung von Wehrpflichtarmeen und Guerilla geführt hatten. Solche Volksbewaffnungen und Volkskriege unterstützten die Interpretation des Krieges als existenzieller Kampf.

In den folgenden Jahren hingegen schränkte Clausewitz diese Auffassung stark ein und erklärte, dass der Krieg eher als Instrument diene. „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“

Was ist also dran an „Vom Kriege“?

Schon wegen des Buchtitels wurde Clausewitz oft als gefühlloser Prophet des totalen, bedingungslosen Krieges missverstanden. Dafür sorgten viele seiner berühmten Aussagen und Zitate.

Ich sehe ihn weder als gefühllos noch als Prophet. Clausewitz wandte sich gegen die Systemgestalter. Seiner Ansicht nach konnte man Kriegstheorie nicht als konkrete Handlungsanweisung für Generäle betreiben. Er wollte stattdessen generelle Prinzipien aufzeigen, die sich aus dem Studium der Geschichte und aus dem logischen Denken ergaben.

Logisches Denken und Unvergänglichkeit.

Ich zitiere aus seinem dritten Buch: „Die beste Strategie ist, immer recht stark zu sein, erstens überhaupt und zweitens auf dem entscheidenden Punkt. Daher gibt es

kein höheres und einfacheres Gesetz für die Strategie, als seine Kräfte zusammenzuhalten.“ Diese Art der Kriegsführung findet gerade seine Anwendung in den Sondierungsverhandlungen für eine neue Regierung. Große und kleine mögliche Partner positionieren sich, geben alles, um eigene Interessen durchzusetzen. Vermeintlich kleinere und schwächere Parteien gehen in die Abwehr. Clausewitz schrieb: „Der Begriff der Verteidigung ist das Abwehren. In diesem Abwehren liegt das Abwarten, und dieses Abwarten ist das Hauptmerkmal der Verteidigung und zugleich ihr Hauptvorteil.“ Ist die gerade stattfindende Regierungsbildung im übertragenen Sinne nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine geschickte Form der Kriegsführung? Ich sage ja. Was wieder einmal mehr die Unvergänglichkeit seines Werkes belegt und nachweist, dass seine Worte und Gedanken auf alle Formen von Auseinandersetzungen, egal ob diplomatisch oder kriegerisch, zu übertragen sind.

„Die beste Strategie ist, immer recht stark zu sein, erstens überhaupt und zweitens auf dem entscheidenden Punkt. Daher gibt es kein höheres und einfacheres Gesetz für die Strategie, als seine Kräfte zusammenzuhalten.“

Der Krieg war für Clausewitz eine „grausame und blutige Angelegenheit“ und deshalb das letzte Mittel der Politik, um „den Gegner niederzuwerfen und da-

durch zu jedem weiteren Widerstand unfähig zu machen“. Die Kernaussage des Buches wurde und wird oft zitiert, aber selten verstanden.

Dass ein Krieg als opportunes Mittel der Politik zwischen zwei Staaten wieder möglich erscheint, wird in unserem Land in der heutigen Zeit mit Unglauben und Unbehagen aufgefasst. So sehr war nach den totalen Kriegen des 20. Jahrhunderts der Krieg als Mittel der Politik verdrängt, geradezu verdammt worden.

Müssen wir uns in der heutigen Zeit dennoch wieder daran gewöhnen, dass nach dem Ende des „kalten“ Krieges zur Durchsetzung nationaler Interessen wieder „heiße“ Kriege zwischen Staaten als Möglichkeit des eigenen politischen Handelns in Betracht gezogen werden? Vieles deutet darauf hin. Mit Erschrecken nehmen wir zur Kenntnis, das nach der Wahl von Trump zum US-Amerikanischen Präsidenten die Drohung, militärische Gewalt zur Durchsetzung eigener Machtinteressen einzusetzen, wieder verstärkt Eingang in die Sprache von Politikern gehalten hat.

Dass ein Krieg als opportunes Mittel der Politik zwischen zwei Staaten wieder möglich erscheint, wird in unserem Land in der heutigen Zeit mit Unglauben und Unbehagen aufgefasst. So sehr war nach den totalen Kriegen des 20. Jahrhunderts der Krieg als Mittel der Politik verdrängt, geradezu verdammt worden.

Im Sinne der Lehren des Carl von Clausewitz kann hier beispielsweise eine erweiterte Betrachtungsweise des Konfliktes zwischen den USA und Nordkorea vorgenommen werden.

Eine der provokantesten Thesen des Buches „Vom Kriege“ war die Feststellung, dass ein Krieg erst mit der Verteidigung des Angegriffenen beginne. Ohne Verteidigung würde es nicht zu bewaffneten Kämpfen kommen, die Clausewitz für die Grundlagen jeden Krieges hielt. Er empfahl, durch den Aufbau einer möglichst großen Armee einen potentiellen Gegner abzuschrecken. Der hier formulierte Abschreckungsgedanke des Verteidigungskrieges war weder neu noch einzigartig, wurde aber eine vielproklamierte Grundlage für das Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg und im Kalten Krieg. Steht hier vielleicht strategisches Denken hinter den harten und auch eindeutigen Formulierungen des amerikanischen Präsidenten und des nordkoreanischen Machtinhabers?“

Was verband Clausewitz mit dem Begriff „Strategie“? - Erst einmal die Theorie des praktischen Handelns. Im militärischen Bereich dienen Strategien z.B. dem Sieg über einen Gegner. Nach Clausewitz muss sich eine Strategie mit Aussicht auf Erfolg immer über Ziel und Zweck, die drei klassischen Faktoren

Raum, Zeit und Kräfte, die Vielfalt historischer, politischer und sozialer Bedingungen sowie über die Ziele und Zwecke eines Gegners im Klaren sein. Die Kunst strategischen Denkens und Handelns besteht darin, in der gegebenen Vielfalt von Bedingungen und Kontexten den richtigen Weg und eine erfolgreiche Methode zu finden.

Die Durchsetzung des amerikanischen Ziels, die Verhinderung Nordkoreas als Atommacht, dient offenkundig dem Zweck, den eigenen Staat, das eigene Volk und auch Verbündete zu schützen. Die Bereitschaft, für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über den pazifischen Raum einen Konflikt nicht zu scheuen, kann zudem als deutliche Botschaft der Vereinigten Staaten gegenüber der nordkoreanischen Schutzmacht China verstanden werden. Betrachten wir die Mittel. Der Einsatz diplomatischer Mittel wie Wirtschaftssanktionen und politische Isolierung führte in der Vergangenheit im Umgang mit Nordkorea nicht zum Erfolg, dies beweisen die weiterhin durchgeführten Atom- und Raketentests.

Die Kunst strategischen Denkens und Handelns besteht darin, in der gegebenen Vielfalt von Bedingungen und Kontexten den richtigen Weg und eine erfolgreiche Methode zu finden.

Diese diplomatischen Mittel sind in den letzten Jahren zum selbstverständlichen Repertoire westlicher Staaten, insbesondere auch der europäischen, geworden, um zwischenstaatliche Konflikte zu lösen. Aber mit dem letzten politischen Mittel, dem Krieg, wurde bisher nicht gedroht. US-Präsident Donald Trump setzt zum Entsetzen vieler europäischer und amerikanischer Politiker keine klare unüberschreitbare Linie im Konflikt mit Nordkorea, ja er drohte sogar mit „völliger Vernichtung“. Diese Drohung kann Donald Trump im Bewusstsein der eigenen militärischen Mittel und der Überlegenheit dieser zu seinem Vorteil und zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzen, frei nach Clausewitz. Und einen weiteren Vorteil spielt er aus: die Ungewissheit des Gegners, ob und welche Mittel er einzusetzen bereit ist. Hier lehrt uns aber Clausewitz, dass die eigene Entschlossenheit dem Gegner besser unbekannt bleiben muss.

„Vom Kriege“ ist für heutige Militärs und Politiker deshalb eine Quelle der Erkenntnis, weil alle Theorie in diesem Buch der Praxis dient und umsetzbar ist. Carl von Clausewitz war bei seinen Überlegungen geprägt durch seine Laufbahn als Offizier und die Umstände seiner Zeit, nach außen fast ausschließlich auf den Krieg als Mittel zur Durchsetzung staatlicher Interessen zurückzugreifen. Das Repertoire an Mitteln, mit denen Staaten interagierend Macht und Einfluss aufbauen und ausüben können, hat sich seither stark erweitert,

wobei Krieg darin glücklicherweise bei den Meisten nicht mehr die zentrale Rolle spielt. Wir sehen an den genannten Beispielen aber, dass die strategischen Überlegungen nach Clausewitz auch heute noch helfen können, gewünschte Ziele zu erreichen.

Egal welches aktuelle Politikum wir aufgreifen, es bleibt immer die Möglichkeit der Betrachtung durch die „Clausewitzsche Brille“. Wir finden Clausewitz im übertragenen Sinne überall wieder. Carl von Clausewitz hat ein Werk hinterlassen, das in vielen Teilen eben diese zeitlose Gültigkeit und unverzichtbares logisches Denken für sich beanspruchen kann .

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir gedenken heute eines Mannes, dessen Person ebenso Beachtung wie sein Werk verdient. Die Wertvorstellungen und Überzeugungen des Carl von Clausewitz verleihen seinen Büchern jene innere Geschlossenheit und Überzeugungskraft, die bis heute in die Gegenwart wirken. Seine Charaktereigenschaften spiegeln sich in seinen Schriften und dürften allen, die im Beruf nach Leistungen streben, als Inspiration dienen. Vor allem seine Weigerung, sich in seinem Denken einschränken zu lassen, sollte allen, die im Berufsleben stehen, als Vorbild dienen.



Ruhestätte von Carl und Marie von Clausewitz in Burg

Clausewitz war nicht nur Medium der preußischen Heeresreformer, auf die unsere Bundeswehr maßgeblich ihre Tradition gründet. Für Politiker und Soldaten ist, wie vorhin nachgewiesen, der General aktuell geblieben, ob bewusst oder unbewusst, sei dahingestellt. Seine Lehren werden genutzt, wenn es gilt, politische und militärische Phänomene zu durchdringen, sie zu interpretieren oder neu zu strukturieren. In unseren Zeiten, die von einer Änderung der weltpolitischen Stabilität geprägt sind, ist er aktueller denn je.

Mit diesen abschließenden Worten gedenke ich heute und hier am Grab des preußisch-königlichen Generalmajors Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz seiner Leistungen für das Militär, für die Bundeswehr und darüber hinaus auch für das gesamte Staatswesen!

Zum Autor: Oberstleutnant Michael Labsch ist Kommandeur Logistikbataillon 171 „Sachsen-Anhalt“.

Kapitel II

Politik und Streitkräfte im Spannungsfeld von Macht, Recht, Gewalt und Frieden

Grenzen

Theologisch-ethische Gedanken zur Kritik der Gewalt

Hartwig von Schubert

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

So lautet gemäß § 9 Soldatengesetz die Eidesformel für Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. Gegen wen und was sind das Recht und die Freiheit des Volkes zu verteidigen? Wer ist unser Feind? Welche Grenze trennt uns von ihm? Kant sah den Unterschied zwischen der Regierungsform der Republik und der Despotie in den Prinzipien der Gewaltenteilung und der Repräsentation: „Der Republikanismus ist das Staatsprinzip der Absonderung der ausführenden Gewalt (der Regierung) von der gesetzgebenden; der Despotismus ist das der eigenmächtigen Vollziehung des Staats von Gesetzen, die er selbst gegeben hat.“¹ Wenn politische Freiheit also formal davon abhängt, dass überhaupt zwischen gesetzgebender und ausführender oder rechtsetzender und rechtserhaltender Gewalt eine klare Trennung vorgenommen wird, dann muss sich eine politisch-ethische Kritik politischer und daraus folgend auch militärischer Gewalt auf die Ausgestaltung der Organisation politischer Repräsentation und Stellvertretung richten. Die allerdings ist nie ohne den Preis spezifischer Grenzziehungen zu haben. Denn es muss ja in bearbeitbarer Form beantwortet werden, wer in komplexen und ausgedehnten Sphären der Macht wen repräsentiert, wer für wen spricht, welche Angelegenheiten alle angehen und wie diese geregelt werden sollen: „Drei Arten von Grenzen können dabei unterschieden werden: Grenzen der politischen Ordnung selbst, also die Frage danach, wer zur politischen Partizipation berechtigt ist; Grenzen in der politischen Praxis, also die Frage nach der Organisation politischer Repräsentation; und schließlich Grenzen der Reichweite politischer Maßnahmen, also die Frage danach, in welche Angelegenheiten kollektive Beschlussfassung eingreifen darf und in welchen nicht.“² Nach diesen drei Fragen sind die folgenden Gedanken gegliedert. Der letzten Frage der ethischen Begründung staatlicher Gewalt in einem revoluti-

onären Rechtsbegriff gilt mein besonderes Interesse. Ich schließe daran einige Gedanken zu einem nicht unproblematischen missionarischen Element eines solchen revolutionären Rechtsbegriffs an. Die Rede ist vom Recht als gegen den Krieg gerichtete Gewalt.

1. Staatsgrenzen

Die erste Grenze ist die äußere des klassischen *Nationalstaats*, sie wird seit über 100 Jahren überwiegend durch die Nationalisierung der politischen Ordnung gezogen. Eine Nation ist eine symbolische Ordnung, die nach innen regelt, welcher „Nationalität“ jemand ist, so dass er die entsprechenden Bürgerrechte genießt. Um es hier nur anzudeuten: „Mit diesen Regeln der Bürgerrechte im Inneren kann man auf vielerlei Weise strategisch spielen.“³ Eindrücklicher noch wird die politische Problematik im Außenverhältnis: Nach außen regelt die nationale Symbolik die Grenzen, an denen das eigene Territorium an das der Nachbarnationen grenzt, beispielsweise die Landesfarben, an denen man auf einen Blick den Hoheitsträger der einen Nation von dem einer anderen unterscheiden kann. Nationale Identität als „konzeptionelles Fundament für politische Gemeinschaften“ wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts „strikt auf die Regierung von Individuen und Bevölkerungen angewandt“.⁴ Und dieser Prozess ist auch im 21. Jahrhundert längst nicht an sein Ende gekommen, seine Dramatik steigt im Gegenteil derzeit rasant an: „In

„Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2016 waren 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht.“

der Praxis gestattet das Recht auf kollektive Selbstbestimmung einigen kulturell-linguistischen Kollektiven die Staatlichkeit, während viele andere zu offiziell anerkannten »Minderheiten« in »Nationalstaaten« gemacht werden, die von anderen Kollektiven dominiert werden. Die menschlichen Kosten dieser »Lösung« waren äußerst hoch, da sie starke staatliche Bemühungen der Eliminierung von Mehrdeutigkeit innerhalb der eigenen Grenzen nach sich zog – Bemühungen, die von Grenzkorrekturen bis zu Vernichtungslagern reichten. Schon das bloße Ideal, die Erde vollständig mit ethnisch homogenen nationalen Gemeinschaften zu bedecken, bedeutet die Schaffung einer neuen Art von Menschen, den Staatenlosen, die über sehr viel weniger Schutz verfügten als all die, die einen Nationalstaat in Fällen der Not hinter sich wussten. Die Juden wurden zum Inbegriff dieser neuen Art des Fremden“.⁵ Hier muss nur das Imperfekt durch das Präsens ersetzt werden: „Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2016 waren 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht.“⁶

2. Hierarchiegrenzen

Die zweite Grenze ist die der inneren *Repräsentation politischer Macht*: Im Gefälle komplexer Machtstrukturen gibt es immer solche, die weiter „oben“ nahe an den Zentren der Macht und solche, die weiter „unten“ an ihrer Peripherie sitzen. Da die „oben“ nie ganz unabhängig sind von denen „unten“, limitiert eine Grenze innerhalb einer Gesellschaft die „obere“ Zone der „Politiker“, die gemeinsame Anliegen entscheiden, von der „unteren“ Zone der „Bürger“, über die entschieden wird.⁷ Geleitet vom demokratischen Ideal kollektiver Selbstregierung ist die Repräsentation so zu organisieren, dass die Interessen der Repräsentierten von den Eigeninteressen der Repräsentanten durch Auflagen, Vorbehalte und Befristung hinreichend separiert werden, damit dann kontrolliert und korrigiert werden kann, dass und wie die Interessen der Repräsentierten durch die Entscheidungen der Repräsentanten erfüllt werden.⁸ Das klassische Modell einer segmentären Vertretung sozialer Interessen lieferten seit den 1880er Jahren die politischen Parteien der Arbeiterbewegung. Neben den Typ der Klassenpartei traten alsbald weitere, die sich als Propagandisten von Weltanschauungen und solche, die sich als Organisatoren von Ethnien und Klientelen anboten. Jeder Bürger steht vor der Frage: Welche Partei vertritt meine Interessen und Anliegen? Die Argumente für ebenso wie die Argumente gegen eine vermeintlich objektive Repräsentationsweise in der sozialen Welt sind Legion.⁹ Ist Repräsentation also eine Illusion, kollektive Selbstregierung ein Griff nach den Sternen? Eine bloße Beschwörung der Ideale der Aufklärung widerlegt diesen Verdacht nicht. Vielmehr ist anzuerkennen: „In allen diesen grundlegenden Angelegenheiten hat der Diskurs der Postmoderne dazu beigetragen, Fragen wieder zu öffnen, die die modernistische Sozialwissenschaft verschlossen und versiegelt hatte. Das Problem mit diesem Diskurs besteht oft darin, ... dass er die Fragen erneut verschließt, bevor ihre Beantwortung richtig angegangen wurde.“¹⁰ Seien wir also realistisch: Repräsentation ist nur zu retten bei realistischer Anerkennung der Kontingenz der Machtverhältnisse in der sozialen Welt. Hierzu gehörte bereits der noble Versuch Kants, seinem Monarchen als Repräsentanten der Einheit von Gotteswillen und Volkswillen die Republikanisierung seiner kontingenten und theologisch spekulativ begründeten Machtkonstellation wenigstens nahezu legen: Der aufgeklärte Monarch solle und könne doch wenigstens so regieren als diene er dem Willen des Volkes und als wäre er der erste Diener seines Staates.

Ein weiterer Schlüssel zur Kritik der Machtverhältnisse liegt in den Begriffen der „Krisen der Moderne“ und der „Bestimmung von Prozessen der Entwurze-

lung und Wiederverwurzelung, die sich historisch darin unterscheiden, wer und welche sozialen Identitäten von ihnen betroffen sind.“¹¹ Stets sind es die Erfahrungen großer Erschütterung, die neue kollektive Identitätskonstruktionen und Repräsentationsverhältnisse auslösen. So war und ist beispielsweise die Erinnerung an die beiden Weltkriege der Motor der europäischen Einigungs-idee: „*Le nationalisme, c'est la guerre!*“¹² Diese Überzeugung eint noch am ehesten ein „europäisches Volk“, das es jenseits dieser Erfahrung kaum gibt. Solche Erinnerungen aber können verblassen, die Konstruktionen werden selbstverständlich, so dass Kritiker der Massengesellschaft mit Recht argumentieren, „dass zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen formal freie Mitglieder der

Moderne waren, sie nicht in vollem Umfang von der Möglichkeit Gebrauch machten, ihre eigenen Identitäten zu erschaffen.“¹³

Im Laufe der Zeit verkommen Politiken zu Waren, die man deshalb auswählt, weil sie geschickt am Markt platziert werden: Es wird insbesondere jegliches Konzept kollektiver Handlungsfähigkeit aufgegeben, das über die bloße numerische Aggregation von Wählerstimmen analog der Struktur-

Im Laufe der Zeit verkommen Politiken zu Waren, die man deshalb auswählt, weil sie geschickt am Markt platziert werden: Es wird insbesondere jegliches Konzept kollektiver Handlungsfähigkeit aufgegeben, das über die bloße numerische Aggregation von Wählerstimmen analog der Strukturierung eines Marktes durch kumulierte individuelle Verbraucherpräferenzen hinausgeht.

rierung eines Marktes durch kumulierte individuelle Verbraucherpräferenzen hinausgeht. Die vereinten Wirkungen dieser beiden großen historischen Umbrüche in den Herrschaftspraktiken – die Errichtung der organisierten Repräsentation und deren Zerstörung – bilden einen wesentlichen Teil dessen, was ich die historische Tendenz des modernen Projekts zur Selbstauslöschung nennen will. Die Schaffung hochgradig organisierter Herrschaftsinstitutionen war im Angesicht der entwurzelnden sozialen Praktiken, die nach kollektivistischen Antworten verlangten, ein Versuch, kollektive Handlungsfähigkeit zu begründen. Die Errichtung dieser Institutionen bedeutete aber auch eine Reduzierung der Formen kommunikativer Interaktion im Bereich der Herrschaftspraktiken. Diese Reduzierung wiederum unterminierte die Möglichkeit von Politik in einer Weise, dass keine Mittel mehr verblieben, ein volleres Verständnis und eine angemessenere Repräsentationsweise kollektiven Handelns wiederherzustellen, nachdem die organisierten Regeln sich als unzureichend erwiesen. Der zweite Umbruch brachte eine Befreiung von den Beschränkungen sozialer Konventionen mit sich, dies aber um den Preis einer weiteren Reduzierung politischer Kommunikation. Beide Umbrüche signalisierten einen Zuwachs an individueller Autonomie; in der Form kollektiver Kreativität, nachdem Menschen sozialer Entwurzelung ausgesetzt waren, im ersten Fall; in der

Form individueller Befreiung von den Beschränkungen durch Konventionen im zweiten Fall. Nach der doppelten Befreiung aber waren die Aussichten darauf, kollektive Selbstbestimmung zu erreichen, auf eines der wichtigsten Ziele des modernen Projekts also, trüber als je zuvor.“¹⁴

Nach diesem langen, dichten und ernüchternden Zitat, das die Möglichkeit nicht nur von Repräsentation, sondern von Politik überhaupt massiv infrage stellt, gleich ein weiteres, das gegen die enormen Widerstände doch die Möglichkeit von Politik im emphatischen Sinne aufzeichnet: „So etwas wie eine starke Überzeugung von einer schwach gebundenen Gemeinschaft wäre erforderlich. Keine starken Vorstellungen vom Gemeinwohl können durchgesetzt werden, wenn Gesellschaften, wie es heute regelmäßig der Fall ist, nicht in einem solchen Ausmaß eine gemeinsame Geschichte und Kultur aufweisen, dass in ihnen Übereinstimmungen über das Gute herrscht, und wenn unser Verständnis von Freiheit es verbietet, die Bewegung zwischen sozialen Räumen zu beschränken und starke Grenzen zu errichten. Eine starke Überzeugung von einer schwach gebundenen Gemeinschaft verzichtet auf den Gedanken eines gemeinsamen Guten außer der permanenten Verpflichtung, sich darüber zu verständigen, was die Menschen konkret gemeinsam haben.“¹⁵

Der christlichen Ethik des Politischen überbringt Wagner insofern eine gute Nachricht, als er zu Bescheidenheit mahnt, aber nicht resigniert. Denn die heute normalen Minderheitenkirchen und ihre Theologen lernen : Stets neu regeneriert aus der Reflexion kirchlicher Praxis, inspiriert durch das Vorbild des gekreuzigten und auferstandenen Christus und durch die im Gottesdienst gefeierten *notae ecclesiae*, mit dieser starken Überzeugung ausgestattet also

Gemeinsame Basis der Verknüpfung jeder Person mit potentiell allen anderen Personen ist die Anerkennung der Menschenwürde als transzendental begründetes formales Prinzip der material ausdifferenzierten Menschenrechte.

und in durchaus schwachen irdischen Gefäßen sozialisiert, verzichten beispielsweise protestantische Christen in der Tradition einer wohlverstandenen Zwei-Reiche-Lehre darauf, ihre starken Überzeugungen für alle Bürger zum verbindlichen gemeinsamen Guten zu erklären, bestehen jedoch

darauf und zögern nicht, ihre kirchlich gewonnenen Einsichten, gewiss auch als Kirchen, aber viel mehr organisiert in sozialen Gruppen und politischen Parteien in die permanente Verständigung des politischen Prozesses einzubringen.¹⁶ Ihre moralische Integrität schulden sie weniger ihrem kirchlichen Hintergrund, als – und deshalb ist der Hinweis auf Repräsentation so wichtig – den Mitbürgern, in deren Namen sie Öffentlichkeit suchen und Funktion, Amt

und Macht anstreben. Hier in den Rollen des informierten Wählers, des im Gewissen gebundenen Abgeordneten, des unerschrockenen Fraktionsvorsitzenden, des vereidigten Amtsträgers, des akkreditierten Botschafters, des unbestechlichen Richters, des approbierten Professionellen, des ehrbaren Kaufmanns, des tapferen Soldaten und Polizisten, des unbequemen Aktivisten, des geduldigen Meisters, des kritischen Studenten, des fairen Mitschülers, der liebevollen Eltern, der fürsorglichen Geschwister entscheidet sich, in welchen sozialen und politischen Kulturen alle gemeinsam leben. Und auch wenn die Reihenfolge der Aufzählung das suggerieren könnte, so waltet hier doch keine Hierarchie, denn das gesamte Netz verschränkter Repräsentationen ist nur so stark wie jede ihrer Verknüpfungen. Was spricht dagegen, etwa bei den *Obrigkeiten* im 13. Kapitel des Römerbriefes an dieses Netz zu denken, welches jeden Einzelnen als Macht der Anderen umgibt? Gemeinsame Basis der Verknüpfung jeder Person mit potentiell allen anderen Personen ist die Anerkennung der Menschenwürde als transzendental begründetes formales Prinzip der material ausdifferenzierten Menschenrechte.

3. Grenzen der Gewalt

Nun zur dritten Grenze, die durch die *Reichweite politischer Maßnahmen* gezogen wird. In welche Angelegenheiten darf die kollektive Beschlussfassung eingreifen und in welche nicht? Und was heißt „eingreifen“? Ich beschränke mich bei dieser Frage auf die Frage der Gewaltkontrolle und versuche zu zeigen, dass und wie sich eine durch den monotheistischen Mythos gesteigerte Sensibilität für Gewalt auch in deren politischer Wahrnehmung auswirkt. Zunächst lauten theologische Stellungnahmen zu staatlicher Gewalt in der Regel wie folgt: „Die Monopolisierung der Gewalt beim Staat ist allein im Schutz des Lebens vor physischer Gewalt begründet.“¹⁷ Ist dabei aber wirklich vor Augen, wovon bei Gewalt die Rede ist? Ist nicht die Monopolisierung der Gewalt beim Staat eine, wenn nicht gar die Bedrohung des Lebens? Wer kann uns Bürger mehr in Angst und Schrecken versetzen als unsere eigenen Staaten?

Drei Jahre nach den beiden großen europäischen Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts – der russischen Oktoberrevolution von 1917 und der Ausrufung der Weimarer Republik 1918 – schrieb Walter Benjamin einen Traktat über Gewalt jenseits ihrer Legitimierbarkeit aus überkommenem Staatsrecht und damit in Abkehr von den tradierten rechtsphilosophischen Konzepten. An deren Stelle setzt er geschichts- und religionsphilosophische Betrachtungen.¹⁸ Einerseits verknüpft Benjamin Recht und Gewalt wie selbstverständlich, ande-

rerseits folgt er gedanklich der messianisch-revolutionären Vision, die gewaltsame Institution des Rechts insgesamt abzuschaffen. Aber der Reihe nach, er beginnt mit einer Definition: „Denn zur Gewalt im prägnanten Sinne des Wortes wird eine wie immer wirksame Ursache erst dann, wenn sie in sittliche Verhältnisse eingreift.“¹⁹ Was ist eine wirksame Ursache und was sind sittliche Verhältnisse? Die klassische Physik kennt „Kraft“ als mechanisch ursächliche Einwirkung auf Körper in der Natur, die Quantenphysik als Synonym für



Walter Benjamin

fundamentale Wechselwirkung. Sittliche Verhältnisse sind schlicht solche von Menschen. In diese können Kräfte als Ursachen mal sanft einwirken, mal hart eingreifen. Von „Gewalt“ ist demnach die Rede, wenn ein Wille zur Ursache wird, die kraftvoll in sittliche Verhältnisse eingreift, wenn also nicht Naturgewalten, sondern Menschen durch ihren Willen eine Kette von Veränderungen in Gang setzen, indem sie Kräfte an Menschen und menschlichen Verhältnissen zur Wirkung bringen, um sie zu bewegen, zu hemmen, zu ändern, zu deformieren oder zu zerstören. Von Gewalt handelt die von Menschen erfahrene und erzählte Geschichte sittlicher Verhältnisse. Deshalb

wird Gewalt nur von einem geschichtsphilosophischen Standpunkt aus sichtbar, der auch Alternativen zu Gewalt kennt, mit einer komprimierten Sentenz Benjamins: „Die Kritik der Gewalt ist die Philosophie ihrer Geschichte.“²⁰ Kritik dürfte hier nicht im instrumentellen Sinne der kantischen Kritik der reinen Vernunft, sondern im erweiterten und komplexeren Sinn als Kritik der Urteilskraft zu verstehen sein. Sie richtet sich auch nicht nur auf die sittlichen Verhältnisse, in welche die Gewalt eingreift, sondern auch auf die Gewalt selbst und den Gewaltakteur und inwiefern dieser einen Anspruch auf sittliche Geltung seiner Gewalthandlung erhebt und erheben kann. „Da die Anerkennung von Rechtsgewalten sich am greifbarsten in der grundsätzlich widerstandslosen Beugung unter ihre Zwecke bekundet, so ist als hypothetischer Einteilungsgrund der Gewalten das Bestehen oder der Mangel einer allgemeinen historischen Anerkennung ihrer Zwecke zugrunde zu legen.“²¹ Die erfolgreiche Etablierung von Herrschaft ist zugleich ihre Legitimation? Diese positivistische Bewertung gilt nur hypothetisch. Für eine kategorische Bewertung ist ein neuer Standpunkt außerhalb der bisherigen Geschichte positivrechtlicher Anerkennungen einzunehmen. Der kann folglich nur ein geschichts- oder religionsphilosophischer sein „jenseits des Verblendungszusammenhangs der Gegenwart.“²² Im gegenwärtigen „Zeitalter“ stammen alle Kriterien aus dem Recht, das die Herrschenden als Legitimationsmittel zum Zweck ihres Machterhalts und zur Abwehr moralisch begründeter Proteste aufgerichtet haben²³,

und dies tritt in zweierlei Gestalt auf: „Ein nur aufs Nächste gerichteter Blick vermag höchstens ein dialektisches Auf und Ab in den Gestaltungen der Gewalt als rechtsetzender und rechtserhaltender zu gewahren.“²⁴ Bevor diese und die alternativen Gestalten der „reinen“ Gewalt und der „revolutionären“ Gewalt bei Benjamin erläutert werden können, ist zu klären, was für ihn das Recht ist. Der Autor erwägt drei Varianten. Das Recht „dieses Zeitalters“ ist dem Nutzen der Mächtigen unterworfen, es ist das Recht des Stärkeren und bündigt mit autoritärem Zwang den lebensbedrohenden Egoismus der Massen. Oder es dient nach naturrechtlicher Auffassung der Herstellung einer gewaltfreien Zone. Oder es verdankt sich in der rechtspositivistischen Variante dem bereits genannten Erfolg im Zuge geschichtlich gewachsener Akzeptanz. In allen drei Fällen dient es einem Nutzen. Dem so verstandenen Recht gegenüber stehen

freiwilliger Anstand, Altruismus und Sittlichkeit, die nicht um ihrer Nützlichkeit, sondern um ihrer selbst willen in Geltung stehen. Immerhin lobt Benjamin, dass der Rechtspositivismus mit der historischen Sanktionierung ein Kriterium zur Bewertung von Gewalt kennt, das auch in der Debatte um die Legitimität von außerstaatlicher revolutionärer Gewalt angewendet werden kann. An vier Beispielen jedoch meint Benjamin das Scheitern auch der positivrechtlichen Bestimmung *rechtsetzender Gewalt* nachweisen zu können. Weder angesichts elterlich-erzieherischer Gewalt noch angesichts staatlicher Strafgewalt noch angesichts der Gewalt von unten im Streik noch angesichts kriegerischer Gewalt von außen könne es sich der Staat leisten, auf den Prozess der allmählichen historischen Bestätigung zu warten, er müsse sein Gewaltmonopol an willkürlichen, ergo nicht rechtskonform gezogenen, Grenzen mit kruder Gewalt durchsetzen. Eine moderne Rechtsordnung müsse „ihre Hoheit an fremde Rechtsmächte abtreten oder aber gegen diese eine Gewalt mobilisieren, die keine rechtsstaatliche Legitimität besitzt.“²⁵ Das Scheitern der positivistischen Rechtsbegründung in Form etablierter Staatlichkeit zeigt sich für Benjamin in der Willkür von Justiz und Polizei der Weimarer Republik. Obwohl rechtsstaatlich verfasst, seien die Staatsorgane unfähig, rechtserhaltende Gewalt auszuüben, ohne zugleich doch willkürlich und usurpatorisch Recht zu setzen.

Das Scheitern der positivistischen Rechtsbegründung in Form etablierter Staatlichkeit zeigt sich für Benjamin in der Willkür von Justiz und Polizei der Weimarer Republik. Obwohl rechtsstaatlich verfasst, seien die Staatsorgane unfähig, rechtserhaltende Gewalt auszuüben, ohne zugleich doch willkürlich und usurpatorisch Recht zu setzen.

Was sollen wir heute dazu sagen? Benjamins erster Nachweis, rechtsetzende Gewalt sei rechtspositivistisch nicht legitimierbar, mag noch durchgehen, der

zweite Hinweis auf die Willkür der Polizei als Staat im Staate überzeugt erstens nicht, weil seine empirische Basis dürftig ist und zweitens, weil er den ersten voraussetzt und keine Alternative formuliert. Wir kennen heute Polizei und Militär, die der Rechtstreue gewaltenteilig unterworfen sind. An diesem Punkt bietet uns Benjamin nun eine Reihe von bereits angedeuteten Überlegungen an, jenseits von Recht und Gewalt, in der Privatsphäre und in diesem Sinne „rein“, also durch Konsens zum Konsens zu kommen. Im öffentlichen Verkehr leiste dies die Diplomatie und – erstaunlich – der proletarische Generalstreik, der die Vernichtung herrschender Staatsgewalt nicht veranlasse, sondern nur noch vollziehe.²⁶ Wie fragil und angreifbar auch immer auch diese Argumentation Benjamins ausfällt, sie verhilft laut Honneth zu einer höchst bedeutsamen Einsicht: „Eine solche Gewalt, für die unter den gegebenen Verhältnissen der proletarische Generalstreik exemplarisch einsteht, darf nicht länger als Mittel sittlichen Zwecken dienen, sondern muss selber Ausdruck und Vollzugsform von Sittlichkeit sein. Im letzten Teil seines Aufsatzes, der kaum mehr als sechs Seiten umfasst, wird Benjamin darangehen, die Möglichkeit einer derartigen, »reinen« Form von Gewalt zu erkunden.“²⁷

Was steht auf den sechs Seiten? Der Weg zur „reinen“ Gewalt geht bei Benjamin über zwei Unterscheidungen. Unterschieden werden erstens funktionalisierte und expressive Gewalt. Die funktionalisierte Gewalt ist die des korrupten Rechtes, das nichts sichert als die Privilegien der Mächtigen. Die expressive Gewalt ist reiner Vollzug um seiner selbst willen, etwa der auf das Kindeswohl gerichtete nicht juristische Ausdruck erzieherischen Zorns oder der aus der sozialen Lage der Arbeiter legitimierte Streik. Innerhalb der expressiven Gewalt unterscheidet Benjamin noch einmal die mythische und die göttliche Gewalt. In der mythischen Gewalt demonstrieren die Götter ihre schiere Übermacht: „Weit entfernt, eine reinere Sphäre zu eröffnen, zeigt die mythische Manifestation der unmittelbaren Gewalt sich im tiefsten mit aller Rechtsgewalt identisch und macht die Ahnung von deren Problematik zur Gewissheit von der Verderblichkeit ihrer geschichtlichen Funktion, deren Vernichtung damit zur Aufgabe wird. Gerade diese Aufgabe legt in letzter Instanz noch einmal die Frage nach einer reinen unmittelbaren Gewalt vor, welche der mythischen Einhalt zu gebieten vermöchte.“²⁸ Hier kommt Benjamin endlich zum Kern seines Anliegens. Nur der gute und gerechte Gott überwindet die mythischen Mächte: „Gerechtigkeit ist das Prinzip aller göttlichen Zwecksetzung, Macht das Prinzip aller mythischen Zwecksetzung.“²⁹ Für mich rekapituliert Benjamin hier eine Einsicht, wie sie im 82. Psalm der hebräischen Bibel formuliert ist: Diejenigen Götter gehen unter, die ihre richterliche Amtspflicht verletzen.

Nur ein Gott, der dem Entrechteten zu seinem Recht verhilft, verdient, Gott genannt zu werden.

Gibt es denn geschichtliche Manifestationen gerechter göttlicher Gewalt? „Ist aber der Gewalt auch jenseits des Rechtes ihr Bestand als reine unmittelbare gesichert, so ist damit erwiesen, dass und wie auch die revolutionäre Gewalt möglich ist, mit welchem Namen die höchste Manifestation reiner Gewalt durch den Menschen zu belegen ist.“³⁰ Revolution dürfte hier kaum einen schlichten Machtwechsel meinen, vielmehr spricht alles dafür, dass Benjamin an eine kulturelle Revolution denkt, in der das Recht der Stärkeren vom Thron gestürzt wird. Nichts Geringeres als das Recht im Ganzen muss eine Revolution durchlaufen, die das Recht aus der Degradierung zum Herrschaftsmittel befreit. Für Benjamin legt sich damit jedoch nicht, wie man nun meinen könnte, ein revolutionär gewandelter Begriff des Rechts nahe – die Stärke des Rechts

anstelle des Rechts der Stärkeren –, sondern die Vision einer „reinen Gewalt“. Die legitimatorische Kette verläuft bei ihm nicht mehr positivistisch von der etablierten Herrschaft über das Recht als Rahmen für Gewalt bis zur konkreten Gewaltmaßnahme. Sie verläuft umgekehrt. Am Anfang steht die „göttliche“ Gewalt als *in primären lebensweltlichen Beziehungen manifester Ausdruck von Gerechtigkeit*. Die Gerechtigkeit, so ließe sich einer Kombination aus Kant und Cassirer formulieren, findet ihren Ausdruck in den Stimmen der freien Willkür aller Betroffenen, sie findet ihre Darstellung in einem Recht, das seiner Bedeutung als eines gemeinsamen Gesetzes der Freiheit immer wieder neu gerecht werden muss, wenn es seinen Namen verdienen soll.

Recht nicht als Verhängnis und Verblendung zu denken, sondern als unendliche Aufgabe im Dienst der Gerechtigkeit zu deuten, dieser Weg der kantischen Rechtsphilosophie lag Benjamin angesichts der zeitgenössischen Erfahrungen offensichtlich fern. Was Kant als Zeitzeuge der Französischen Revolution und Untertan der preußischen Krone noch behutsam als „Republikanisierung“ erfasste, deutete Benjamin, selbst Zeuge und baldiges Opfer des totalen Zivilisationsbruchs, bereits offen und ungeschminkt als „Revolution“. An diesem Punkt ist der jüdische Benjamin „ehrlicher“ als der protestantische Kant. Die das Recht nach dem Ideal der Gerechtigkeit setzende Gewalt und die dieses

Recht wiederum erhaltende, bewahrende, bestätigende, durchsetzende, erwirkende Gewalt erhalten unter diesem Stern eine revolutionär gewandelte Bedeutung. Ich spitze es einmal zu: Die Streitkräfte eines freiheitlichen Rechtsstaates sind die Garden der permanenten Revolution. Denn der demokratische Prozess

Die Streitkräfte eines freiheitlichen Rechtsstaates sind die Garden der permanenten Revolution. Denn der demokratische Prozess aus Gesetzgebung und -novellierung, Rechtsprechung und Rechtsvollzug verwirklicht keinen anderen Charakter als den der permanenten revolutionären Volksherrschaft, er bleibt gleichwohl ebenso unendlich fern davon, so etwas wie eine messianische Vollendung zu erreichen.

aus Gesetzgebung und -novellierung, Rechtsprechung und Rechtsvollzug verwirklicht keinen anderen Charakter als den der permanenten revolutionären Volksherrschaft, er bleibt gleichwohl ebenso unendlich fern davon, so etwas wie eine messianische Vollendung zu erreichen. Diese Einsicht sollte dazu anhalten, die Reichweite politischer Maßnahmen gewiss nicht zaghaft, durchaus aber maßvoll, zurückhaltend und unter dem Vorbehalt permanenter Gewaltenteilung anzulegen. Die revolutionäre Unruhe, die Benjamin in die Kritik der Gewalt einträgt, verdankt sich einem religionsphilosophischen Überschuss, der sich übrigens durchaus in die Debatte um die Zweireichelehre aufnehmen lässt. Aber das nur nebenbei, viel wichtiger ist der Hinweis auf das missionarische Element des revolutionären Rechtsbegriffs, dessen Problematik mir sehr wohl bewusst ist.

permanenter Gewaltenteilung anzulegen. Die revolutionäre Unruhe, die Benjamin in die Kritik der Gewalt einträgt, verdankt sich einem religionsphilosophischen Überschuss, der sich übrigens durchaus in die Debatte um die Zweireichelehre aufnehmen lässt. Aber das nur nebenbei, viel wichtiger ist der Hinweis auf das missionarische Element des revolutionären Rechtsbegriffs, dessen Problematik mir sehr wohl bewusst ist.

4. *Ius Contra Bellum*: Rechtsgewalt gegen den Krieg

Gibt es „Angelegenheiten“, in die eine zwischen- und überstaatliche Beschlussfassung gegebenenfalls sogar „militärisch“ eingreifen darf? Auch hier wieder eine einschlägige theologisch-ethische Stellungnahme: „Zu den unverzichtbaren und notwendigen Mitteln der Sicherung des Friedens gehören auch die Instrumente der militärischen Sicherung des Friedens vor feindlicher Bedrohung.“³¹ Mit einer solchen allgemeinen Zweckbestimmung ist die Diskussion aber erst eröffnet und bedarf weiterer Klärungen: Wer stellt die Bedrohung des Friedens fest, welche anderen Mittel kommen für die Friedenssicherung in Frage, in welchem Raum, in welcher Intensität und Dauer sollen militärische Mittel eingesetzt werden?³² In Anlehnung an den kantischen Entwurf einer internationalen Friedensordnung als Rechtsordnung verwirft die protestantische Ethik bis auf wenige Ausnahmen die Projektion nach außen gerichteter militärischer Staatsgewalt *nicht*, sondern bindet sie an die Idee des Rechts.³³ Kern des Entwurfs ist der Friedensbund (*foedus pacificum*) als freie Rechtsgemeinschaft freier Rechtsgemeinschaften von freien Bürgern, die sich

wechselseitig in ihrer Souveränität anerkennen. Gemäß der Idee eines solchen Friedensbundes ist Krieg, verstanden als gewaltsamer Eingriff in die Souveränität eines Staates, als legitimes Mittel zwischenstaatlicher Konfliktregulierung ausgeschlossen.³⁴ Staatliche Gewalt zur Abwehr eines solchen Eingriffs, in Anwendung also eines *ius contra bellum*, ist folglich legitim, dies jedoch nur provisorisch bis zu der eigentlich legitimen Rechtsdurchsetzung durch die Institutionen des Friedensbundes.³⁵ Jeder eigenstaatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eine gemeinsame Friedenssicherungspolitik in einem vorrangig auf die Friedenssicherung nach innen gerichteten System kollektiver Sicherheit vorzuziehen. Dazu ist aber eine Politik erforderlich, die alle relevanten Konfliktpartner in einem hinreichend kohärenten System zusammenführt.³⁶ In dreierlei Hinsicht wird die Politik staatlicher Friedenssicherung militärisch herausgefordert, durch die Bedrohung vonseiten anderer Staaten mit konventionellen Waffen, durch die Bedrohung vonseiten anderer Staaten durch Massenvernichtungswaffen und durch die Ausbreitung asymmetrischer Konflikte. Ich beschränke mich im Folgenden auf die dritte Herausforderung, die derzeit die Einsatzwirklichkeit deutscher Streitkräfte dominiert.

Zu den unverzichtbaren und notwendigen Mitteln der Sicherung des Friedens gehören auch die Instrumente der militärischen Sicherung des Friedens vor feindlicher Bedrohung.

Der Zeitredakteur Bernd Ulrich veröffentlichte 2011 seine Streitschrift: „Wofür Deutschland Krieg führen darf – und muss“.³⁷ In Rechtskulturen reifer Industrienationen ohne imperialen Ordnungsanspruch, also beispielsweise in den Staaten der Europäischen Union – so meine These – lassen sich plausible Gründe nennen, *wofür* militärische Gewalt zum Einsatz gebracht werden soll. Aber angesichts des *clash of cultures* mit anderen Rechtskulturen, also in den asymmetrischen Konflikten in Zonen schwacher Staatlichkeit gibt es einen nahezu unüberwindlichen normativen Grund, warum Streitkräfte nicht eingesetzt werden *können* mit der fatalen Folge, dass auch alle anderen Akteure, also auch die zivilen Interventionskräfte das Feld räumen *müssen*.

Diese gewagte Behauptung will ich begründen. Während Konflikte in entwickelten Rechtskulturen durch Menschenrecht, Gesetz und Ausgleich gelöst werden, dominiert in archaischen Rechtskulturen das *ius talionis* „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. In Zonen schwacher Staatlichkeit und fehlender Rechtskultur herrscht sogar die freie Willkür. Meine Argumentation lautet wie folgt: Unter den friedensrechtlichen Bedingungen entwickelter Rechtskulturen sind staatliche Organe allen anderen Akteuren haushoch überlegen, es reichen

Polizeirecht und die operative Geduld der Polizeigewalt. Sie setzen sich sogar gegen schwerste und organisierte Kriminalität durch und sind selbst nicht im Bestand gefährdet. Das Haager und Genfer Recht bewaffneter Konflikte / Humanitäre Völkerrecht (HVR) jedoch geht von staatlichen oder nichtstaatlichen, auf jeden Fall symmetrischen Akteuren aus, die zu Gewaltprojektionen im Maßstab staatlicher Herrschaft bereit und fähig sind. Diese können nicht nur dieses oder jenes Recht brechen, sondern eine Rechtsordnung als Ganze aushebeln oder gewaltsam vernichten. Eben dies ist die Begründung für die Kategorie der militärischen Notwendigkeit, die nach geltendem Völkerrecht sogar so weit ausgelegt werden kann, dass sie nicht-exzessive, militärisch notwendige Kollateralopfer zwar nicht legitimieren, aber straffrei stellen kann.³⁸ Dies wiederum ist völkerrechtsethisch – also unter den Ausnahmebestimmungen der VN-Charta (Art. 51 und Kap. VII) – nur insofern akzeptabel und politisch durchsetzbar, als der Waffengang von Seiten der Garantiemächte des HVR räumlich und zeitlich entschlossen aufs engste begrenzt wird und ihre Streitkräfte von ihnen wirksam an das HVR gebunden werden.

Nicht so ist die Lage in asymmetrischen Szenarien, in denen sich nichtstaatliche, aber staatsanalog handlungsfähige Akteure nicht einmal an archaische Normen binden. Der Versuch, solchen Szenarien durch das Konzept des *non-*

Solange nämlich kein annähernd wirksames Äquivalent in Gestalt den Menschenrechtsregimen vergleichbarer Formen weicher Institutionalisierung – naming and shaming – und eines unabhängigen internationalen Gremiums in Sicht ist, sind rechtstreue Akteure Rechtsbrechern systematisch unterlegen.

international armed conflict beizukommen, kann durchaus greifen, das setzt jedoch einen politischen Konsens voraus, der nur sehr schwer zu erzielen ist. Denn in der derzeitigen syrischen Tragödie zeigt der Rückfall der Konfliktparteien in bewusst exzessive archaische Reziprozitätslogiken, dass diese *horribile dictu* „funktionieren“,

so kann man sich tatsächlich durch Drohungen und „Lösungen“ zu Lasten Dritter hinreichend in Schach halten: Erschlägst du meine Kinder, erschlag ich deine Kinder.

Und hier liegt der Kern der Aporie: Das HVR hat die reziproke Repressalie geächtet, damit allerdings auch die damit verbundene archaische und barbarische Selbstdurchsetzungswirkung verloren. Und das hat einen enormen Preis. Solange nämlich kein annähernd wirksames Äquivalent in Gestalt den Menschenrechtsregimen vergleichbarer Formen weicher Institutionalisierung – *naming and shaming* – und eines unabhängigen internationalen Gremiums in Sicht ist, sind rechtstreue Akteure Rechtsbrechern systematisch unterlegen.

Wollten sie nicht heroisch untergehen oder das Feld räumen, bliebe ihnen nur der Weg in die Rechtsbeugung. Also betreten sie die Kampfzone gar nicht erst, der Mandatsgeber darf sie dorthin gar nicht entsenden, es sei denn, er wählte die Lösung, sie für die *Secure*-Operationen mit überwältigend abschreckender konventioneller Feuerkraft auszustatten, was wiederum nur dann nachhaltig wirken kann, wenn solche Operationen und das mit ihnen angebotene Zivilianschutzversprechen auch durch umgehend einsetzende entschlossene Entwicklungsoperationen gehalten wird.

Solange jedoch die Garantiemächte des Friedenssicherungsrechts und des HVR ihre operativen Konzepte nicht umsetzen, bewirkt die ethisch gebotene Angleichung der genannten Rechtsmassen an Kategorien individuellen Menschenrechtsschutzes für die notorischen Opfer von bewaffneten Massenkriegen, die Zivilbevölkerung nämlich, exakt das Gegenteil. Denn muss die Devise verantwortlicher Staaten für einen Fall Syrien und die gesamte MENA-Region nun nicht lauten: *Give War a Chance?* Sollen also die kriegführenden Parteien selbst die Gelegenheit auskosten, ganz von unten, aus dem tiefsten Punkt des Naturzustandes, also aus dem barbarischen Spiel und der inversen Selektion wechselseitiger mörderischer Repressionen heraus den Segen und Nutzen von Rechtsgrundsätzen einzusehen? Wem der Preis zu hoch erscheint, für den ist eine hinreichende Berücksichtigung der Belange rechtsstaatlich geordneter und mandatierter Streitkräfte durch das geltende HVR, weit, weit mehr aber noch durch die forcierte Politisierung internationaler Krisenprävention und Friedensförderung unerlässlich.

Solange dies wiederum auf sich warten lässt, weil beides nur in einer erst langsam entstehenden außenpolitischen Gesamtschau realisierbar ist, wird die beispielsweise in der „Inneren Führung“ tiefverwurzelte berufsethische Tugend des Rechtsgehorsams des militärischen Führungspersonals in asymmetrischen Konflikten bis zu Überforderung und Selbstaufgabe strapaziert werden.

Solange dies wiederum auf sich warten lässt, weil beides nur in einer erst langsam entstehenden außenpolitischen Gesamtschau³⁹ realisierbar ist, wird die beispielsweise in der „Inneren Führung“ tiefverwurzelte berufsethische Tugend des Rechtsgehorsams des militärischen Führungspersonals in asymmetrischen Konflikten bis zu Überforderung und Selbstaufgabe strapaziert werden. Denn in der gewaltsamen Auseinandersetzung ergibt sich ein signifikanter operativer Nachteil für Gewaltakteure, die sich an das Niveau entwickelter Menschenrechtsstandards binden und dann aber vergeblich darauf setzen, dass alle anderen Gewaltakteure sich ebenfalls der entsprechenden Einhegung der Ge-

walt unterziehen. Wollen erstere nicht sehenden Auges die vorprogrammierte Niederlage hinnehmen, bleiben der internationalen Staatengemeinschaft strategisch nur die folgenden Möglichkeiten:

1. *Give War a Chance*: konsequentes Verlassen und Meiden der Kampfzonen,
2. *Hit and Run*: punktueller Einsatz von Fernwaffen und Spezialkräften,
3. *Partnering*: selektive Aufrüstung und Ertüchtigung regionaler Akteure mit Verlagerung des ethischen Dilemmas „Rechtsbeugung oder Niederlage“ (Bsp.: Peshmerga im Irak)),
4. *Comprehensive Approach*: gemeinsame und konsequente Zivilisierung relevanter Konfliktregionen auf unabsehbare Zeit.

Die Option 2 ist nicht mehr als eine Variante von Option 1. Sie entbehrt jeglicher Nachhaltigkeit, gebiert ständig neue Gewalt und bedient nur die Öffentlichkeiten der Entsendeländer. Die Option 3 ist ethisch nur dann vertretbar, wenn die Partner nicht nur bewaffnet und an den Waffen ausgebildet werden, sondern auch wirksam auf Geist und Buchstaben des HVR und eine eigene „Innere Führung“ verpflichtet werden. Aktuelle Berichte zufolge war das beispielsweise bei irakischen Kräften in der jüngeren Vergangenheit nicht der Fall, sie operieren

Friedenspolitisch ist derzeit eine nur sehr bescheidene, um nicht zu sagen illusorische Perspektive erkennbar: die Einrichtung eines Staatenberichtsverfahrens über die Umsetzung der Genfer Konvention und eine institutionalisierte unabhängige Berichtsprüfung. Aber selbst mit einem solchen zaghaften Fortschritt des Friedenssicherungsrechts ist derzeit kaum zu rechnen.

nicht sehr viel anders als die Truppen des IS.⁴⁰ Also auch die Partner würden sich nur dann an das HVR halten müssen und können, wenn ihre Operationen in eine Lösung gemäß Option 4 eingebettet wären.

Option 4 ist als einzige politisch-ethisch verantwortbar. Da sie jedoch derzeit politisch kaum durchsetzbar erscheint, ist in ethischer Verantwortung gegenüber den eigenen Kräften und den Partnern strategisch – mit fatalen Konsequenzen für die Konfliktopfer – nur die Option 1 dauerhaft zu vertreten. Und dann ist die offizielle Bindung staatlicher Streitkräfte an das HVR auch unkritisch, um nicht zu sagen wohlfeil, da sie ja in absehbarer Zeit im *non-international armed conflict* ohnehin nie mehr eingesetzt werden. Die politische Devise im Blick auf Gewaltprojektionen in Zonen schwacher Staatlichkeit lautet also: ganz oder gar nicht!

Friedenspolitisch ist derzeit eine nur sehr bescheidene, um nicht zu sagen illusorische Perspektive erkennbar: die Einrichtung eines Staatenberichtsverfahrens über die Umsetzung der Genfer Konvention und eine institutionalisierte unabhängige Berichtsprüfung. Aber selbst mit einem solchen zaghaften Fortschritt des Friedenssicherungsrechts ist derzeit kaum zu rechnen.⁴¹ Ist das akzeptabel? Muss die revolutionäre Rechtsidee vor der Realität asymmetrischer Konflikte kapitulieren? Oft wird an diesem Punkt die Debatte um Interventionen im Rahmen einer Internationalen Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) eröffnet, die aber regelmäßig am Souveränitätsprinzip scheitert. Verheißungsvoller erscheint mir stattdessen der Ausbau von Systemen kollektiver Sicherheit. Solche Systeme – Europäische Union (EU), Nordatlantikpakt (NATO), Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – haben sich in Europa nach 1945 als Garanten regional nach innen gerichteter Friedenssicherung bewährt. Es wird leicht vergessen, dass auch sie auf einer „Revolution der Denkungsart“, also auf einer kühnen revolutionären Rechtsidee gründeten. Wenn also etwa für die schier endlosen bewaffneten Konflikte in der MENA-Region ein „großer Wurf“ sicher nicht zu erwarten ist, was spricht gegen eine schrittweise Erweiterung oder Übertragung der Systemidee auf die instabilen Räume in den Räumen an den östlichen und südlichen Grenzen der EU? Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes gibt es auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit des europäischen Volkes und dies auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit unserer außereuropäischen Nachbarn. Es geht nicht darum, alle Schranken aufzuheben und alle Grenzen zu verwischen, vielmehr sind sie zu gestalten. Das beginnt bei den Schranken im Kopf.

Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes gibt es auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit des europäischen Volkes und dies auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit unserer außereuropäischen Nachbarn. Es geht nicht darum, alle Schranken aufzuheben und alle Grenzen zu verwischen, vielmehr sind sie zu gestalten. Das beginnt bei den Schranken im Kopf.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – haben sich in Europa nach 1945 als Garanten regional nach innen gerichteter Friedenssicherung bewährt. Es wird leicht vergessen, dass auch sie auf einer „Revolution der Denkungsart“, also auf einer kühnen revolutionären Rechtsidee gründeten. Wenn also etwa für die schier endlosen bewaffneten Konflikte in der MENA-Region ein „großer Wurf“ sicher nicht zu erwarten ist, was spricht gegen eine schrittweise Erweiterung oder Übertragung der Systemidee auf die instabilen Räume in den Räumen an den östlichen und südlichen Grenzen der EU? Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes gibt es auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit des europäischen Volkes und dies auf Dauer nicht ohne das Recht und die Freiheit unserer außereuropäischen Nachbarn. Es geht nicht darum, alle Schranken aufzuheben und alle Grenzen zu verwischen, vielmehr sind sie zu gestalten. Das beginnt bei den Schranken im Kopf.

Zum Autor: Dr. Hartwig von Schubert (*1954), Evangelischer Theologe und seit 2004 Militärdekan an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 Kant, Zum ewigen Frieden, AA VIII, 352. Kant, Immanuel wird zitiert nach der Akademie-Ausgabe: Kant's gesammelte Schriften, hrsg. von der Preußischen Akademie der Wissenschaften; Band XXIII hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin; seit Band XXIV hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Berlin 1900ff.
- 2 Wagner, Peter (1995): Soziologie der Moderne, Frankfurt M. / New York NY, 141.
- 3 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 142.
- 4 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 142f.
- 5 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 143.
- 6 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html> [20.10.2017].
- 7 Vgl. Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 144-151.
- 8 Zur Gewaltenteilung Rendtorff, Trutz (1990/912): Ethik. Grundelemente, Methodologie und Konkretionen einer ethischen Theologie, 2 Bde., Stuttgart / Berlin / Köln, Bd. II, 105f.
- 9 Vgl. Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 211-226. Zur Verachtung der Parteien in der Weimarer Republik u.a. auch durch die protestantischen Kirchen und zu ihrer Würdigung nach 1945 vgl. Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 163-166.
- 10 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 224.
- 11 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 231.
- 12 François Mitterrand am 17. Januar 1995 vor dem Europäischen Parlament in Strassburg; <https://www.youtube.com/watch?v=ILtIBVMerW8> [23.10.2017].
- 13 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 235.
- 14 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 240. Wagner unterscheidet hier zwei historische Umbrüche. Der erste Umbruch ist die Errichtung von Massenorganisationen – Massenparteien, Volkskirchen, Industriegewerkschaften, Großkonzerne, Sportverbände etc. – als Reflex auf die Erschütterungen durch die beginnende Industrialisierung. Der zweite Umbruch ist die Individualisierung und Differenzierung im Zuge der mit „1968“ annoncierten Emanzipationen.
- 15 Wagner (1995): Soziologie der Moderne, 276f.
- 16 Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 194f. warnt davor, dass Theologie und Kirche ihren Auftrag einer umfassenden politischen Ethik durch eine partikulare Friedensethik verdrängen, durch die „Frieden als eine Sonderleistung von den Konkretionen der politischen Aufgabe isoliert und ihnen tendenziell der Friedensgehalt streitig gemacht würde“ (195). Friedensethik kann also keine Unterabteilung politischer Ethik sein, sondern nur ihr Synonym. Frieden ist ethisch auch kein Gegenbegriff zu Krieg, denn Frieden ist als moralisches Gut eine Zweckbestimmung, Krieg dagegen ist ein Sammelbegriff für den massiven Einsatz von Gewaltmitteln. Wenn es analog zur Wirtschaftsethik, Medizinethik, Medienethik etc. einen Namen für eine Bereichsethik geben soll, die sich speziell dem Gewaltproblem widmet, dann eignet sich der Begriff der Ethik rechtserhaltender Gewalt, dessen Verwendung ich hier erneut nachgehen möchte. Er findet sich prominent in: Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (2007): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh, 12: Ziffer 6; vgl. Schubert, Hartwig von (2013): Die Ethik rechtserhaltender Gewalt, Opladen, Berlin / Toronto; Schubert, Hartwig von (2015): Frieden durch Recht. Die Ethik rechtserhaltender Gewalt und das Völkerrecht, in: Franke, Jürgen / Leonhard, Nina (2015, Hrsg.): Militär und Gewalt: Sozialwissenschaftliche und ethische Perspektiven, Berlin, 265-313.
- 17 Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 103.
- 18 Bei der Auslegung des nicht leicht zu lesenden Traktates folge ich dem Kommentar von Honneth, Axel (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, in: Lindner, Burkhardt (2006, Hrsg.): Benjamin-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart / Weimar, 193-210.
- 19 Benjamin, Walter (1921): Zur Kritik der Gewalt, in: Gesammelte Schriften II.1., hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt M. 1991, 179-203, 179.
- 20 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 202.
- 21 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 182.
- 22 Honneth (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, 195.
- 23 Hier dürfte Benjamin den Arbeiten von Georges Sorel folgen; vgl. Honneth (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, 197.
- 24 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 202. Honneth hat keinen Zweifel, dass Benjamin diese Unterscheidung von Rudolf von Ihering übernommen hat; vgl. Honneth (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, 198; Ihering, Rudolf von (1877, 1884): Der Zweck im Recht, Leipzig, 257ff.
- 25 Honneth (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, 202.
- 26 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 194.
- 27 Honneth (2006): »Zur Kritik der Gewalt«, 205.
- 28 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 199.
- 29 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 198.
- 30 Benjamin (1921): Zur Kritik der Gewalt, 202.
- 31 Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 199.
- 32 Zur Heuristik normativer Urteile über die Legitimität militärischer und anderer Gewalthandlungen vgl. Schubert, Hartwig von (2015): Integrative Militäretik. Ethische Urteilsbildung in der militärischen Führung, Berlin.

- 33 Wenn Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 196 schreibt: „Politik, die ihr Gelingen von militärischer Gewalt, vom Kriegsglück abhängig macht, ist immer schlechte Politik“, plädiert er damit für die Streichung des § 87a GG? Dort steht: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, was nur Sinn macht, wenn der Bund das „Gelingen von militärischer Gewalt“ anstrebt. Wenn Rendtorff der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käsmann schon Anfang der 1990er Jahre mit dem Appell zuvorkommen wollte, die Bundeswehr abzuschaffen, hätte er das gewiss offen und klar so formuliert; vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/kaessmann-fuer-abschaffung-der-bundeswehr-a-985264.html> [26.10.2017]. Aber vielleicht wollte Rendtorff nur sagen, dass eine Epoche, in der Staaten Kriege führen, „politisch schlecht“ ist im Vergleich zu einer, in der Staaten Kriege vermeiden? Dann aber hätte er differenzieren müssen zwischen „Gelingen von militärischer Gewalt“ und „Kriegsglück“, die er hier umstandslos gleichsetzt.
- 34 Zur Souveränität vgl. Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 197f.
- 35 Diese Position eines formalen Rechtspazifismus (legal pacifism) unterscheidet sich kategorial von allen materialen Bestimmungen politischen Friedens, die ohne eine formale Integration in einer „friedlichen Koexistenz“ gar nicht anders als bellizistisch konzipiert sein können; vgl. Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 198f.
- 36 Rendtorff (1990/912): Ethik Bd. II, 201f. diskutiert diese Binnenwirkung im System nicht, sondern reflektiert nur die Gleichgewichtsstrategien zwischen Systemen.
- 37 Ulrich, Bernd (2011): Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss. Eine Streitschrift. Reinbek bei Hamburg.
- 38 Vgl. Gillner, Matthias / Stümke, Volker (2014, Hrsg.): Kollateralopfer, Baden-Baden.
- 39 Vgl. Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung, Berlin.
- 40 <https://www.amnesty.de/2016/10/18/irak-kriegsverbrechen-durch-milizen-und-regierungsgruppen> [12.12.2017].
- 41 Vgl. Oeter, Stefan (2015): Fortschrittsnarrative im Humanitären Völkerrecht – Vom Kriegsvölkerrecht zu Menschenrechten in bewaffneten Konflikten, in: Callies, Christian (2015, Hrsg.), Herausforderungen an Staat und Verfassung. Völkerrecht – Europarecht – Menschenrecht, Baden-Baden, 1025-1049.

Immanuel Kants Ewiger Frieden im 21. Jahrhundert

Roland Lochte

Als Immanuel Kant im Jahr 1795 seine wohl bekannteste Schrift „Zum ewigen Frieden“ mit dem Untertitel „Ein philosophischer Entwurf“ verfasste, herrschte bereits in den zeitgenössischen Rezensionen tiefe Uneinigkeit darüber, ob sein Friedensideal den Anspruch auf Realisierung zu erheben vermag oder nicht viel mehr als eine Chimäre sei.¹ So lobte beispielsweise Friedrich Schlegel Kants Werk in den höchsten Tönen: *„Der Geist, den die Kantische Schrift zum ewigen Frieden atmet, muß jedem Freunde der Gerechtigkeit wohlthun, und noch die späteste Nachwelt wird auch in diesem Denkmale die erhabene Gesinnung des ehrwürdigen Weisen bewundern.“*² Und Johann Gottlieb Fichte warnte eindringlich davor, die Friedensschrift *„für nicht vielmehr anzusehen, als für einen frommen Wunsch, einen unmaßgeblichen Vorschlag, einen schönen Traum, der allenfalls dazu dienen möge, menschenfreundliche Gemüther einige Augenblicke angenehm zu unterhalten.“* Vielmehr sei für Fichte ein öffentlich-rechtlich gesicherter Friede, wie Kant ihn forderte, eine notwendige Aufgabe der Vernunft. Kritische Stimmen hingegen waren Wilhelm von Humboldt und Friedrich Gentz, die die Schrift als idealistische Utopie betrachteten und ihr Inkonsistenzen oder zumindest Ambivalenzen vorwarfen. Kant ignoriere die politischen Realitäten seiner Zeit sowie insbesondere deren konkrete Machtverhältnisse. Friedrich Wilhelm von Schütz wirft Kant vor, sein *„Lehrgebäude“* beruhe auf Grundätzen, *„die voraussetzen, dass Vernunft für die einzige Leiterin der Menschen anerkannt würde.“* Da man aber auf solchen Fundamenten lediglich Luftschlösser bauen könne, sei die Idee des ewigen Friedens nicht befugt, *„auf Realität Anspruch zu machen“*.

Seit dem Erscheinen von Kants Friedensschrift und den ersten Repliken sind nun mehr als 200 Jahre vergangen. Die Literatur, die sich damit auseinandersetzt, ist mittlerweile fast unüberschaubar, insbesondere wenn man die Literatur zum sogenannten „demokratischen Frieden“, die auf Kants Traktat referiert, dazuzählt. Daher geht es im Folgenden vor allem darum, die Neugier an einer Vertiefung zu wecken, denn in jedem Fall ist Kants Ewiger Frieden auch im 21. Jahrhundert eine Pflichtlektüre für jeden, der sich für internationale Beziehungen interessiert.

Im ersten Schritt werden zunächst Grundzüge des Werkes skizziert, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu haben, um im zweiten Schritt ein paar Gedanken zur Relevanz des Werkes im 21. Jahrhundert anzustoßen.

Aufbau und Grundzüge des Werkes

Als am 5. April 1795 zwischen Preußen und der revolutionären Französischen Republik, der sogenannte „Baseler Frieden“ geschlossen wurde, nahm Kant dies zum Anlass seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ zu verfassen. Gleichwohl erwähnt er den „Baseler Frieden“ nicht, da es sein Bestreben war ein universelles Werk zu schaffen, das an keine bestimmte historische Situation gebunden ist, sondern zeitlos und global Anwendung findet.

Als besonderes Gestaltungsmittel ist der Text nach dem Modell damaliger Friedensverträge entworfen,³ inklusive einer salvatorischen Klausel, die dafür Sorge tragen soll, dass Detailfragen nicht den gesamten Vertrag nichtig machen können. In dem Vertragscharakter spiegelt sich der entscheidende Gedanke der Schrift wieder, dass Frieden nur durch Recht möglich ist und die Völker bzw. Staaten seine entscheidenden Subjekte sind. Die Friedensschrift enthält sechs Präliminar- (vorläufige) Artikel und drei Definitiv- (endgültige) Artikel, denen zwei Zusätze (darunter eine Geheimklausel) und ein Anhang folgen. Um den Rahmen nicht zu sprengen, wird im Folgenden nur näher auf die Präliminar- und Definitivartikel eingegangen.

Die Präliminarartikel bilden durch Verbote grundsätzliche Voraussetzungen im Hinblick auf einen dauerhaften, stabilen Frieden. Während die Präliminarartikel eins, fünf und sechs von allgemeiner Gültigkeit und zu jedem Zeitpunkt strikt einzuhalten sind, haben die Präliminarartikel zwei, drei und vier einen zeitbezogenen, regulativen Charakter, der den Politikern Handlungsspielraum gewährt, wann diese anzuwenden sind.⁴

1. „Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.“

Bereits im ersten Präliminarartikel wird deutlich, dass Kant weit über das Verständnis von Thomas Hobbes hinausging, der Frieden lediglich als „Abwesenheit des Krieges“, also etwas Temporäres, verstand. Während Friedensschlüsse oftmals aus reinen taktischen und strategischen Erwägungen geschlossen werden, fordert Kant, dass die beteiligten Parteien den Status quo akzeptieren und von etwaigen Revanchegelüsten absehen. Um die Spirale der Kriegslogik zu durchbrechen, muss der Frieden wirklich von allen Vertragspartnern ohne Hintergedanken gewollt werden, da es sich sonst um einen „*bloßen Waffenstillstand*“ und damit nur einen „*Aufschub der Feindseligkeiten*“⁵ handelt.⁶

2. „Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem anderen Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können.“

Kant begründet das mit der Tatsache, dass ein Staat, im Gegensatz zu dem Territorium auf dem er seinen Sitz hat, keine verfügbare Sache ist, sondern „*eine Gesellschaft von Menschen über die niemand anders, als er selbst zu gebieten und zu disponieren hat*“⁷. Auch ist nach Kant „*die Verdingung der Truppen eines Staates an einen anderen, gegen einen nicht gemeinschaftlichen Feind dahin zu zählen; denn die Untertanen werden dabei als nach Belieben zu handhabende Sachen gebraucht und verbraucht*“⁸. Der Staat, seine Bürger und seine Truppen sind unveräußerlich.

3. „Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören.“

Kant sieht die Gefahr einer Spirale des Wettrüstens zwischen Staaten, die versuchen, sich gegenseitig so lange zu überbieten, bis die Kosten so hoch werden, dass „*der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg*“⁹. Weiterhin spricht gegen eine Berufarmee (was wohl im modernen Sprachgebrauch als Äquivalent für Stehende Heere gelten kann), dass „*zum Töten oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein, einem Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines anderen (des Staats) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen lässt. Ganz anders ist es mit der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern*“¹⁰.

Kant sieht die Gefahr einer Spirale des Wettrüstens zwischen Staaten, die versuchen, sich gegenseitig so lange zu überbieten, bis die Kosten so hoch werden, dass „der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg“

4. „Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshandel gemacht werden.“

Im engeren Sinne meint Kant hier, dass Kredite für militärische Zwecke verboten sein sollten, weil sie das Kriegsrisiko erhöhen. Im 21. Jahrhundert hingegen hat man sich an das Schuldenmachen der Staaten, für innen- und außenpolitische Zwecke, so gewöhnt, dass man sich von einer solchen Einschränkung wohl nicht mehr viel versprechen darf.¹¹

5. „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staats gewalttätig einmischen.“

Der fünfte Präliminarartikel ähnelt dem zweiten Artikel der Charta der Vereinten Nationen, dem die grundsätzliche Bedeutung einzelstaatlichen Souveränität zugrunde liegt und eine Einmischung in innere Angelegenheiten verbietet. Das Interventionsverbot gilt nach Kant in letzter Konsequenz auch, wenn es das Ziel ist, ein Volk von einer barbarischen Diktatur zu befreien oder eine republikanische Verfassung zu implementieren.¹²

6. „Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind, Anstellung der Meuchelmörder (percussors), Giftmischer (venefici), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (perduellio) in dem bekriegten Staat etc.“

Durch den sechsten Präliminarartikel soll verhindert werden, dass „jene höllischen Künste, da sie an sich selbst niederträchtig sind, wenn sie in Gebrauch gekommen, sich nicht lange innerhalb der Grenze des Krieges halten, [...] sondern auch in den Friedenszustand übergeben und so die Absicht desselben gänzlich vernichten würden“¹³. Letztlich würde eine Missachtung des sechsten Präliminarartikels in einem *Ausrottungskrieg*¹⁴ enden, der die gesamte Menschheit auslöschen könnte.¹⁵ Ähnlich wie Clausewitz erwartet Kant, dass durch den Primat der Politik der Krieg begrenzt werden kann.¹⁶

Im Anschluss an die Präliminarartikel folgt mit den drei Definitivartikeln das Herzstück der Friedensschrift.

1. „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“

Mit einer republikanischen Verfassung meint Kant eine solche, in der es eine Gewaltenteilung gibt und die exekutive Gewalt von der legislativen Gewalt getrennt wird. Heutige Interpreten weisen darauf hin, dass der kantische Republikbegriff dem modernen liberal-demokratischen Demokratieverständnis entspricht.¹⁷ Kant erwartet, dass, wenn die Allgemeinheit der Bürger über Krieg und Frieden mitentscheidet kann, dies zu einer friedlichen Außenpolitik führt.

Er schreibt in einer zentralen Textstelle: „Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, »ob Krieg sein solle, oder nicht«, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten (als da sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich läßt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. d. gl. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann.“¹⁸

Wenn die Besitzbürger die Hauptlasten des Krieges tragen, diesen selbst finanzieren müssen und Leib und Leben selbst auf das Spiel setzen würden, werden sie von Kriegsabenteuern Abstand nehmen.

Kant führt hier plausible Gründe an, warum das Staatsvolk Kriege in der Regel ablehnt. Er argumentiert dabei nicht moralphilosophisch oder normativ, sondern analytisch und verweist auf Egoismus und Eigennutz, der den Bürgern zu eigen ist.¹⁹ Wenn die Besitzbürger die Hauptlasten des Krieges tragen, diesen selbst finanzieren müssen und Leib und Leben selbst auf das Spiel setzen würden (was sich bei strikter Anwendung des dritten Präliminarartikels ergeben würde), werden sie von Kriegsabenteuern Abstand nehmen.

Weiterhin beschreibt Kant hier den Zusammenhang zwischen der inneren Verfassung eines Staates und seinem Verhalten in den internationalen Beziehungen. In einer Demokratie, in der die Bürger echte (!) Mitbestimmungsrechte an außenpolitischen Entscheidungen haben, wirkt sich die Friedensneigung auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus.

2. „Das Völkerrecht soll auf einem Föderalismus freier Staaten gegründet sein.“

So wie im Sinne Thomas Hobbes sich die Menschen in einem Staate zusammenschließen und diesem das Gewaltmonopol überlassen, um dem Naturzustand des „bellum omnium contra omnes“ zu entkommen, wäre es naheliegend diesen Schritt auch auf der Ebene des internationalen Systems zu vollziehen.

Kant lehnt den Welteinheitsstaat im Sinne eines globalen Leviathans aber entschieden ab. Er sieht die Gefahr, dass eine Zusammenfassung der einzelnen Staaten in einer *Universalmonarchie*²⁰ enden könnte, der einen *seelenlosen Despotism*²¹ forciert, der zwar Kriege verhindern würde, aber auch die Freiheitsräume der Individuen endgültig vernichten könnte.²² Hingegen plädiert er für einen zwangsfreien Föderalismus souveräner Staaten, dessen Mitglieder sich verpflichten, auf das Instrument des Krieges zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu verzichten und Konflikte gewaltfrei zu lösen.²³ Kant entschied sich bei allen denkbaren zwischenstaatlichen politisch-rechtlichen Organisationsformen für die Minimallösung, in der sich der Zweck des Staatenzusammenschlusses ausschließlich auf die Friedenssicherung bezieht. Er hoffte darauf, dass es Republiken geben werde, die mit gutem Beispiel vorangehen und dazu animieren, sich der föderativen Vereinigung anzuschließen: „Denn wenn das Glück es so fügt:

Hiernach steht jedem Menschen das Recht zu andere Länder zu besuchen, ohne um seinen Schutz und seine Sicherheit fürchten zu müssen. Ein Anspruch auf Asyl bestehe jedoch nicht, zumindest wenn die Abweisung den Hilfesuchenden nicht in existenzielle Gefahr bringen würde.

daß ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik (die ihrer Natur nach zum ewigen Frieden geneigt sein muß) bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschließen, und so den Freiheitszustand der Staaten, gemäß der Idee des Völkerrechts, zu sichern, und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.“²⁴

3. „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.“

Zu dem von Kant bereits behandelten Rechtsebenen Staatsbürgerrecht (Verhältnis Bürger/Staat) und Völkerrecht (Verhältnis der Staaten untereinander), kommt im dritten Definitivartikel die Rechtsebene des *Weltbürgerrechtes*²⁵ hinzu, welches das Verhältnis zwischen Individuen und fremden Staaten regelt. Hiernach steht jedem Menschen das Recht zu andere Länder zu besuchen, ohne um seinen Schutz und seine Sicherheit fürchten zu müssen. Ein Anspruch auf Asyl bestehe jedoch nicht, zumindest wenn die Abweisung den Hilfesuchenden nicht in existenzielle Gefahr bringen würde. Das *Weltbürgerrecht* bildet die Basis für ein universales Recht aller Menschen und Völker, um den internationalen Handel und Personenverkehr zu ermöglichen.

Darüber hinaus übt Kant scharfe Kritik an dem europäischen Kolonialismus. Zwar habe „ursprünglich niemand minder Recht, an einem Ort der Erde zu sein als der andere“, aber die Europäer, gehen nach Kant, mit dem Kolonialismus erschreckend zu weit damit „Besuch“ mit „Erobern“ gleichzusetzen. „Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, daß die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.“²⁶

Zum Kriegsbegriff bei Kant

Bei der Frage nach Relevanz von Kants Friedenstraktat im 21. Jahrhundert muss auch der Kriegsbegriff von Kant beleuchtet werden. War er Pazifist, der dem Krieg unrealistischer Weise keinen Platz einräumte? Dies ist mitnichten der Fall: Das Plädoyer für eine Verwirklichung des Weltfriedens durch Recht, ist keineswegs mit einem radikalen Bekenntnis zum Pazifismus zu verwechseln, denn er leugnet in keiner Weise die latente Konflikthaftigkeit der internationalen Politik. Wie oben bereits erwähnt hielt er den Krieg für rechtmäßig, wenn er, von Staatsbürgern in Uniform, zum Zwecke der Selbstverteidigung geführt wird.

Bei der Frage nach Relevanz von Kants Friedenstraktat im 21. Jahrhundert muss auch der Kriegsbegriff von Kant beleuchtet werden. War er Pazifist, der dem Krieg unrealistischer Weise keinen Platz einräumte? Dies ist mitnichten der Fall.

Darüber hinaus sieht Kant auch positive Aspekte in der historischen Bilanz der Kriegsgeschichte. Bei genauer Lektüre der Friedensschrift wird deutlich, dass der Krieg nach Kant die Voraussetzung für die Entfaltung der Kultur und die Entstehung der Staaten bildete. Der Krieg ist in seinem Denken ein fortschrittsnotwendiges Übel.²⁷

Ein weniger bekanntes Zitat von Kant zum Krieg findet sich an anderer Stelle, im §28 der Kritik der Urteilskraft: „Selbst der Krieg, wenn er mit Ordnung und Heiligachtung der bürgerlichen Rechte geführt wird [...], hat etwas Erhabenes an sich und macht zugleich die Denkungsart eines Volkes, welches ihn auf diese Art führt, nur um desto erhabener je mehreren Gefahren es gesetzt war und sich

mutig darunter hat behaupten können; dahingegen ein langer Friede den bloßen Handelsgeist, mit ihm aber den niedrigen Eigennutz, Feigheit und Weichlichkeit herrschend zu machen und die Denkungsart des Volkes zu erniedrigen pflegt.“

Der Krieg bleibt bei Kant immer eng an das Recht gebunden. Da es im Naturzustand zwischen den Staaten keine übergeordnete Instanz gibt, die für Recht sorgen könnte, bleibt der *„Krieg doch nur das traurige Notmittel im Naturzustande, [...] durch Gewalt das Recht zu behaupten“* und *„der Ausschlag desselben (gleich als vor einem sogenannten Gottesgericht) entscheidet, auf Wessen Seite das Recht ist“*²⁸. Er hoffte jedoch, dass die Menschen ab einem bestimmten Zivilisationsgrad vernünftig genug sein würden, um zu erkennen, dass ein Krieg zur Durchsetzung politischer oder ökonomischer Interessen irrational hohe Kosten verursacht, wenn zwei hochgerüstete Kontrahenten aufeinandertreffen und sich dies nicht mit dem Streben nach Wohlstand und körperlicher Unversehrtheit verträgt.²⁹

Kant baut seinen „Ewigen Frieden“ keineswegs auf dem Fundament des Gutmenschentums oder des Pazifismus auf, hingegen spricht er vielmehr von der *Kant baut seinen „Ewigen Frieden“ keineswegs auf dem Fundament des Gutmenschentums oder des Pazifismus auf, hingegen spricht er vielmehr von der „Bösartigkeit der menschlichen Natur“.*

Die Natur habe es so eingerichtet, dass gerade die *„ungesellige Geselligkeit“*, also Konflikte zwischen Menschen, wie eben auch der Krieg, schon aus Eigeninteresse zur Einrichtung von Institutionen zwingt, die einen höheren Zivilisationsgrad bewirken müssen.³¹ *„Auf diese Art garantiert die Natur, durch den Mechanismus in den menschlichen Neigungen selbst, den ewigen Frieden; freilich mit einer Sicherheit, die nicht hinreichend ist, die Zukunft desselben (theoretisch) zu weissagen, aber doch in praktischer Absicht zulangt, und es zur Pflicht macht, zu diesem (nicht bloß schimärischen) Zwecke hinzuarbeiten.“*³²

Relevanz der Theorie vom „Ewigen Frieden“ im 21. Jahrhundert

Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ bzw. des ideologischen Systemkonfliktes keimte die Hoffnung auf, dass es zum Modell der liberalen Demokratie keine Alternative mehr geben könnte, und es war sogar schon vom „Ende der Geschichte“³³ die Rede. Der allgemeine Weltfriede auf der Grundlage von Demokratie schien greifbar. Wie wir jedoch wissen, kam es anders. Das 21. Jahrhundert ist von zahlreichen sicherheitspolitischen Risiken geprägt, wovon hier nur ein paar aufgezählt werden:

- Kriege im Irak/Syrien/Ukraine/Afghanistan...
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Schwache und gescheiterte Staaten, „failed States“
- Zunehmende Ressourcenkonflikte
- Terrorismus
- Sogenannte „Neue Kriege“, Asymmetrische Kriege

Kant hat sein Theorem offenbar mit dem Fokus auf symmetrische Konstellationen in den internationalen Beziehungen geschrieben, in denen souveräne Staaten das Geschehen bestimmen. In einer Welt, in der die Staaten an Wirkungsmacht verlieren und nichtstaatliche private Akteure an Macht hinzugewinnen, wie Terroristen, Warlords, Drogenkartelle, das Phänomen der „failed states“ zunimmt und von einer Renaissance der „Ökonomie“ des Krieges die Rede ist,³⁴ ist es fraglich inwiefern, Kants Traktat noch Erklärungskraft zugebilligt werden kann.³⁵

Zunächst muss man festhalten, dass Kant zwar ein geniales Werk geschrieben hat, aber dieses dennoch keinen Anspruch darauf erhebt, alle Probleme zu lösen, die es jemals in der Menschheitsgeschichte geben könnte. Dementsprechend hat er keine speziellen Lösungsvorschläge für die Befriedung von „Neuen Kriegen“ entwickelt, auch wenn sie dem dreißigjährigen Krieg von 1618-1648, in dem schonmal vor seiner Zeit, private Akteure anstelle von Staaten dominierend

Zunächst muss man festhalten, dass Kant zwar ein geniales Werk geschrieben hat, aber dieses dennoch keinen Anspruch darauf erhebt, alle Probleme zu lösen die es jemals in der Menschheitsgeschichte geben könnte.

waren,³⁶ ähneln sollten. Statt Kants Theorem für obsolet zu erklären sollte man bedenken, dass schon alleine das friedliche Koexistieren von Staaten untereinander eine enorme Leistung der Menschheit wäre und hierfür kann das Friedenstraktat auch im 21. Jahrhundert durchaus eine Richtschnur sein. Dies wäre auch schon mal eine sehr gute Ausgangsbasis für ein konzertiertes Vorgehen der Staaten gegen die Phänomene der „Neuen Kriege“.³⁷

Weiterhin gilt es zu bedenken, dass es nicht das erste Mal wäre, dass aufgrund von zeitgenössischen Entwicklungen die Friedensschrift verworfen wird. Helmuth Graf von Moltke (1800-1891) erklärte, offensichtlich auf Kant rekurrierend, in einer von Kriegen geprägten Zeit: *„Der ewige Friede ist ein Traum und zwar nicht einmal ein schöner Traum.“* Auch während der zwei Weltkriege hätte man schwerlich Anhänger des ewigen Friedens gefunden, die diesen ernst nehmen würden. Wer aber sagt uns, dass die Menschheit nicht in ferner Zu-

kunft, wenn sie dem ewigen Frieden wieder ein Stück weit näher gerückt ist, auf unsere Epoche zurückblickt und sich fragt, wie es so etwas wie die blutigen Konflikte unsere Zeit überhaupt geben konnte, so wie wir heute auf vergangene bellizistische Epochen zurückblicken und den Kopf schütteln? Es ist davon auszugehen, dass auch über 200 Jahre nach Kants Schrift die Menschheit noch einen weiten Weg zum ewigen Frieden zu gehen hat und wir vielleicht noch nicht mal auf halber Strecke angekommen sind. Wenn man nicht den ewigen Frieden anstrebt, stellt sich die Frage, was denn die Alternative sein sollte, auf die aktiv hingearbeitet werden kann.

Immanuel Kant machte es zur Pflicht, den „Ewigen Frieden“ nicht einfach abzuwarten, auf dass er schon von alleine eintreten würde, sondern fordert dazu auf diesen durch praktisches Handeln zu „stiften“. Es geht also nicht darum die Empirie im internationalen System zu beobachten und dann danach zu urteilen, ob Kant Recht gehabt haben könnte oder nicht. Vielmehr geht es darum die Theorie anzuwenden und die Welt im Sinne des ewigen Friedens proaktiv zu gestalten. Ein Zitat von George Bernard Shaw, freilich in einem anderen Kontext, ist hier treffend: *“People are always blaming their circumstances for what they are. I don't believe in circumstances. The people who get on in this world are the people who get up and look for the circumstances they want, and, if they can't find them, make them.”*³⁸

Kant schließt sein Werk mit dem Satz: *„Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher fälschlich so genannte Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen) hoffentlich immer kürzer werden, beständig näher kommt.“*³⁹

Bereits heute lassen sich empirische Evidenzen aufzeigen, die die Idee vom ewigen Frieden stützen:

- Es gibt so viele Demokratien wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Dies beweist Kants visionäre Kraft, der bereits 1795, als es so gut wie keine Demokratien gab, eine Ausbreitung selbiger beschrieben hat. Ernst-Otto Czempel schreibt: „Die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa und der GUS folgten genau dem Kantischen Script: Die Demokratie breitet sich von selbst aus, weil sie das Herrschaftssystem ist, das

die gesellschaftlichen Anforderungen nach wirtschaftlicher Wohlfahrt und herrschaftlicher Partizipation, natürlich auch nach Frieden, optimal, wenn auch nicht maximal, erfüllt.“⁴⁰

- Während sich in den zwei Weltkriegen die Völker in Europa gegenseitig vernichten wollten, so gibt es heute die **Europäische Union**: Ein Zusam-

„Die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa und der GUS folgten genau dem Kantischen Script: Die Demokratie breitet sich von selbst aus, weil sie das Herrschaftssystem ist, das die gesellschaftlichen Anforderungen nach wirtschaftlicher Wohlfahrt und herrschaftlicher Partizipation, natürlich auch nach Frieden, optimal, wenn auch nicht maximal, erfüllt.“

menschluss von Demokratien, in denen die Völker friedlich nebeneinander leben. Der erste und zweite Definitivartikel von Kant kommen in der europäischen Union zum Tragen und es ist nur schwer vorstellbar, dass zum Beispiel die beiden demokratisch verfassten Staaten Deutschland und Frankreich wieder gegeneinander Krieg führen. Eine Errungenschaft, die allzu schnell vergessen wird, aber in der Geschichte, und vor allem im Jahr 1795, alles andere als selbstverständlich war.

- Die **Charta der Vereinten Nationen** wurde von Kants Schrift maßgeblich beeinflusst und atmet ihren Geist. Nun lässt sich freilich einwenden, dass das dort formulierte Völkerrecht ständig gebrochen wird und daher keinen Wert hat. Hierzu eine Analogie von einem Göttinger Völkerrechtsprofessor: Im Frankfurter Bahnhofsviertel werden jeden Tag unzählige Gesetze gebrochen, und der Staat hat teilweise das Gewaltmonopol verloren: Es kommt zu Menschhandel, Freiheitsberaubungen, Drogenhandel/Konsum, Körperverletzungen (Schießereien/Messerstechereien) Raub etc. Aufgrund der Tatsache, dass hier mitten in Deutschland ein mehr oder weniger rechtsfreier Raum herrscht, würde man dennoch nicht auf die Idee kommen, die Gesetze zu verwerfen und für nichtig zu erklären. Warum sollte das beim internationalen Recht anders sein?

- Auf der Grundlage modernster statistischer Forschungen gilt es als einziges „empirisches Gesetz“⁴¹ der internationalen Beziehungen, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, was im Rahmen einer äußerst umfangreichen Forschung zum sogenannten **demokratischen Frieden**, die größtenteils auf Kants Traktat aufbaut, immer wieder bestätigt wurde. Allerdings führen Demokratien sehr wohl Kriege gegen Nicht-Demokratien, was die Forscher vor ein ungelöstes Rätsel stellt. Denn eigentlich wäre zu

erwarten, dass nach den kantschen Thesen Demokratien im internationalen System kontextunabhängig auch gegenüber Nicht-Demokratien friedlicher sind (monadische Variante des demokratischen Friedens) und nicht

Aufgrund der Tatsache, dass hier mitten in Deutschland ein mehr oder weniger rechtsfreier Raum herrscht, würde man dennoch nicht auf die Idee kommen, die Gesetze zu verwerfen und für nichtig zu erklären. Warum sollte das beim internationalen Recht anders sein?

nur gegenüber ihresgleichen (dyadische Variante des demokratischen Friedens). Eine der zahlreichen Erklärungsvarianten stammt von dem „Neokantianer“ Ernst-Otto Czempiel (Kants Theorem, Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich)⁴² und soll im Folgenden näher vorgestellt werden.

Werden Demokratien im 21. Jahrhundert Kants Forderungen gerecht?

Czempiel löst das Problem so: Wenn Demokratien nicht generell friedfertiger sind, dann ist entweder das gesamte Theorem von Kant falsch, oder es sind eben noch keine Demokratien. Czempiel sieht einen linearen Zusammenhang zwischen der demokratischen Partizipation der Gesellschaft und ihrer außenpolitischen Friedfertigkeit: „Aus Kants Theorem lässt sich ableiten, daß je partizipatorischer ein demokratisches Herrschaftssystem, also je höher der Grad an gesellschaftlicher Mitbestimmung, desto geringer seine Neigung zur Gewaltanwendung in die internationale Umwelt ist.“⁴³ Aber gerade die für die gesamte Friedensschrift zentralen Elemente, die im ersten Definitivartikel gefordert werden, seien immer noch nicht erfüllt: „Es ist nur wenig übertrieben, sie [die westlichen Industriestaaten] als kollektivierte Monarchien zu bezeichnen. Sie haben die Zentralisierung der Macht und die abgestufte Einflußnahme auf die Entscheidungen des politischen Systems beibehalten, die für das feudal-monarchistische System kennzeichnend gewesen waren. Beide sind jedenfalls durch das System der repräsentativen Demokratie, durch Parteienstaat und/oder Präsidialdemokratie nicht beseitigt worden. Es kann nicht davon gesprochen werden, daß Kants Forderung in den westlichen Demokratien eingelöst worden sei. Die, welche die Last des Krieges zu tragen haben, werden an der Entscheidung kaum beteiligt und die, die sie treffen, haben unter deren Folgen meist nicht zu leiden.“⁴⁴ An anderer Stelle schreibt er: „Damit Kants Theorem wirken kann, muß noch eine weitere Voraussetzung gegeben sein: die gleiche Lastenverteilung unter allen Bürgern. Nur wer direkt betroffen ist, wendet sich gegen Gewalt und Krieg. Wer gezwungen ist, »selbst zu fechten«, die Kosten des Krieges aus seiner »eigenen Habe herauszugeben«, die Verwüstungen wieder zu beseitigen und schließlich auch noch die Kriegsschulden »selbst zu übernehmen«, der ist gegen den Krieg. Für die »Staatsseigentümer« hingegen, die Köni-

ge und die Adligen, die durch den Krieg nicht »das mindeste« einbüßen, war er nur »eine Art von Lustpartie«. Hier, in dem von Kant handfest empirisch- soziologisch beschriebenen Sachverhalt, steckt der eigentliche Antrieb des Gewaltverzichts. Damit er wirken kann, dürfen Entscheidungskompetenz und Belastung durch den Krieg nicht entkoppelt werden. Genau dies ist aber auch in den westlichen Demokratien nur zu häufig der Fall. Über die Dimensionierung des Krieges, das Rekrutierungssystem der Streitkräfte und über das Steuersystem haben die Regierungen die Möglichkeit, Lasten ganz ungleich zu verteilen. Sie zerschneiden damit diese Verbindung zwischen Interesse und Belastung, die Kants Theorem zugrunde liegt.“⁴⁵ Da diese Bedingungen nicht erfüllt seien, erkläre sich so der Einsatz von Gewalt gegenüber Nicht-Demokratien, gerade gegenüber Kleinstaaten. Czempiel exemplifiziert seine Thesen ausführlich anhand der Vereinigten Staaten von Amerika.

Nur wer direkt betroffen ist, wendet sich gegen Gewalt und Krieg. Wer gezwungen ist, »selbst zu fechten«, die Kosten des Krieges aus seiner »eigenen Habe herauszugeben«, die Verwüstungen wieder zu beseitigen und schließlich auch noch die Kriegsschulden »selbst zu übernehmen«, der ist gegen den Krieg.

Auch in Deutschland ist es fraglich, ob der erste Definitivartikel, insbesondere was Mitbestimmungsrechte der Bürger in der Außenpolitik anbelangt, bereits erfüllt ist. Manfred Knapp schlägt folgende Definition für den Begriff der „demokratischen Außenpolitik“ vor: „Eine Außenpolitik kann eigentlich nur dann als demokratisch bezeichnet werden, wenn sie sowohl durch einen innenpolitischen Konsensus legitimiert und ausreichend kontrolliert ist (und dadurch mit den gesellschaftlichen Interessen der eigenen Bevölkerung korrespondiert) als auch gleichzeitig bei ihrer Ausführung in hinreichendem Maße der Beachtung und Einhaltung demokratischer Grundsätze verpflichtet bleibt.“⁴⁶

Karl Kaiser konstatiert, dass gerade in Deutschland, in Hinblick auf die hierzulande besondere politische Kultur, nicht von einer demokratischen Außenpolitik gesprochen werden kann: „Schließlich ist in dem Lande, in dem die Konzeption vom 'Primat der Außenpolitik' mit allen ihren normativen Implikationen geprägt worden ist, die Neigung besonders stark gewesen, die Außenpolitik als einen Bereich anzusehen, der kaum demokratisierbar ist oder nicht demokratisiert werden sollte.“⁴⁷

Im Jahr 2001 entschieden sich die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, über fast alle Parteigrenzen hinweg mit eindeutiger Mehrheit für eine militärische Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Die deutsche Bevölkerung hinge-

gen lehnte dies, allen Umfragen zufolge, jedoch mehrheitlich ab. Je länger der Einsatz ging, umso größer wurde die Ablehnung,⁴⁸ was die Parlamentarier aber nicht davon abhielt stets für eine Verlängerung des Mandates zu votieren.

Generell ist in Deutschland zwischen der Gesellschaft und der Regierung ein starkes Spannungsverhältnis im Kontext der Sicherheitspolitik zu konstatieren. Auf der einen Seite rufen Spitzenpolitiker wie der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier und

Generell ist in Deutschland zwischen der Gesellschaft und der Regierung ein starkes Spannungsverhältnis im Kontext der Sicherheitspolitik zu konstatieren.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu mehr internationalen Engagement auf, was auch militärische Mittel mit einschließt.⁴⁹ Auf der anderen Seite steht eine Bevölkerung, die das weitestgehend

ablehnt. So geht aus einer repräsentativen Umfrage des Auswärtigen Amtes und der Körber Stiftung hervor, dass 60 Prozent der Bevölkerung angaben, Deutschland möge sich in internationalen Krisen „weiterhin eher zurückhalten“, während nur 37 Prozent für ein stärkeres Engagement plädierten. Außenminister Steinmeier sprach von einem „tiefen Graben“ zwischen der breiten Öffentlichkeit und der außenpolitischen Elite, der überwunden werden müsse.⁵⁰ Bei dieser Spaltung kann kaum von einer Erfüllung des ersten Definitivartikels gesprochen werden, da es in einer echten Demokratie⁵¹ eine mehrheitliche Einheit zwischen dem Volk, der Regierung und den Streitkräften geben müsste. Der von Czempliel verwendete Begriff von einer „kollektivierten Monarchie“ scheint eher zuzutreffen, da die Bürger, trotz des Parlamentsvorbehaltes bei Einsätzen der Bundeswehr, offenbar relativ wenig Einfluss auf die Außenpolitik nehmen können. Letztlich liegt es in der Hand der Politiker zu entscheiden, wieviel Bedeutung sie dem Volkswillen beimessen.

Auch sei an dieser Stelle erwähnt, dass es durchaus Politiker gibt, die das tun: Als es 2011 um ein militärisches Eingreifen in Libyen ging, enthielt sich die Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Stimme, gegen das Votum der engsten Verbündeten Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Deutschland handelte sich international massive Kritik dafür ein. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel war jedoch die öffentliche Meinung des deutschen Volkes, die von einer großen Skepsis gegenüber einer Intervention geprägt war, der entscheidende Faktor, den Militärschlag abzulehnen.⁵² Auch innenpolitisch wurde sie dafür stark kritisiert. Nicht zuletzt Bundespräsidenten Gauck, der wie bereits erwähnt für mehr Übernahme von internationaler Verantwortung plädiert, missfiel die Entscheidung.⁵³

Als Gegenbeispiel lässt sich der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder anführen. Als es um die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan Einsatz ging, traf er, ungeachtet der ablehnenden öffentlichen Meinung, eine Entscheidung für einen militärischen Einsatz, denn, so Schröder, „es gibt eine Differenz zwischen dem, was die Menschen fühlen und gern hätten, und dem, was sein muss. Es ist viel leichter zu argumentieren, da halten wir uns raus, als zu sagen, wir beteiligen uns.“⁵⁴ Offensichtlich war es Schröder wichtiger, den aus seiner Sicht zwingenden internationalen Erfordernissen Folge zu leisten, als dem Volkswillen Bedeutung beizumessen.⁵⁵ Nach eigener Aussage, so muss man hinzufügen, hielt er die Entscheidung für eine der schwierigsten seiner Kanzlerschaft.

In seiner Rede als deutscher Bundespräsident wies Horst Köhler 2005 auf das „freundliche Desinteresse“ der deutschen Gesellschaft hin: „Der Deutsche Bundestag stimmt mehr als vierzig Mal dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zu; aber die Deutschen wirken von all dem kaum berührt oder gar beeindruckt.“⁵⁶

Köhler führt weiter aus: „Natürlich lassen sich für dieses freundliche Desinteresse Gründe angeben: Die Deutschen sind nach 1945 ein wirklich friedliebendes Volk geworden und halten gern vorsichtige Distanz zu allem Militärischen. Die Wehrpflicht hat in der Praxis fast den Charakter der Freiwilligkeit angenommen, das verringert für viele Bürger die lebenspraktische Bedeutung der Bundeswehr. Zugleich fördert es die Fehleinschätzung, Soldaten seien eine Berufsgruppe wie andere, und wenn sie freiwillig im Ausland unterwegs seien, dann auf eigene Gefahr und außerdem ja auch zu höheren Tagessätzen. Auch das Bedrohungsgefühl hat sich auseinander entwickelt: Früher drohte den Bürgern in Zivil und den Bürgern in Uniform dieselbe Kriegsgefahr, heute scheinen die Heimat friedlich und die Einsatzorte der Bundeswehr weit.“⁵⁷

Der Deutsche Bundestag stimmt mehr als vierzig Mal dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zu; aber die Deutschen wirken von all dem kaum berührt oder gar beeindruckt.

Seit Köhlers Rede von 2005 wurde die Wehrpflicht in Deutschland bekanntermaßen abgeschafft und es ist davon auszugehen, dass die von ihm beschriebenen Entwicklungen eher zu als abgenommen haben. Ähnlich wie Czempliel, beschreibt Köhler in Deutschland eine Spaltung zwischen der Gesellschaft und den Streitkräften, sowie eine ungleiche Kriegslastenverteilung, und bemängelt darüber hinaus die Unaufgeklärtheit der Gesellschaft im Kontext von Krieg und Frieden. Es erhärtet sich die These, dass die Gestaltung der Sicherheitspolitik Deutschlands im 21. Jahrhundert eher wie einer Monarchie praktiziert

wird, als wirklich demokratisch zu sein. Jedenfalls lässt sich nicht erkennen, dass in der Bundesrepublik Deutschland Volk, Regierung und Streitkräfte eine Einheit bilden, „wie es in dieser Verfassung [eigentlich] nicht anders sein kann“, wie Kant schrieb. Das wäre sicherlich nicht im Sinne Kants und des ersten Definitivartikel gewesen.

Exkurs Clausewitz und die Trias von Volk, Regierung und Streitkräften

Nebenbei sei bemerkt, dass es sicherlich auch nicht im Sinne Clausewitz' gewesen wäre, die Trias von Volk, Regierung, und Streitkräften, die er in seiner sekundären Dreifaltigkeit beschreibt,⁵⁸ auseinander treiben zu lassen. Noch im 18. Jahrhundert waren die Kriege eine Angelegenheit der Kabinette und ihres Heeres, in denen die Bevölkerung so gut wie nicht involviert war. Clausewitz schreibt: *„Die Heere wurden aus dem Schatz unterhalten, den der Fürst halb und halb wie seine Privatkasse ansah oder wenigstens wie einen der Regierung und nicht dem Volke angehörigen Gegenstand. Die Verhältnisse mit den anderen Staaten berührten, ein paar Handelsgegenstände ausgenommen meistens nur das Interesse des Schatzes oder der Regierung und nicht des Volkes. [...] Das Kabinett sah sich also an wie den Besitzer und Verwalter großer Güter, die es stets zu vermehren trachtete, ohne daß die Gutsuntertanen bei dieser Vermehrung ein sonderliches Interesse haben konnten.“*⁵⁹ Dies änderte sich schlagartig als Napoleon Kriege führte, die von der breiten französischen Bevölkerung unterstützt wurden. Clausewitz schreibt: *„Der Krieg war urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten. [...] Mit dieser Teilnahme des Volkes an dem Kriege trat statt eines Kabinetts und eines Heeres das ganze Volk mit seinem natürlichen Gewicht in die Waagschale. Nun hatten die Mittel, welche angewandt, die Anstrengungen, welche aufgeboden werden konnten, keine bestimmte Grenze mehr; die Energie, mit welcher der Krieg selbst geführt werden konnte, hatte kein Gegengewicht mehr, und folglich war die Gefahr für die Gegner die äußerste.“*⁶⁰ Dieser geballten Macht hatten die Gegner Napoleons, die nach altem Muster, ohne die Unterstützung des Volkes Krieg führten, nichts entgegenzusetzen⁶¹ und Preußen erlitt 1806 bei Jena und Auerstedt eine schwere Niederlage. Vor diesem Hintergrund maß Clausewitz dem Volkswillen eine hohe Bedeutung bei der Entwicklung seiner ganzheitlichen Theorie des Krieges bei.⁶²

In der Clausewitz-Interpretation von Ulrike Kleemeier ist das Mitwirken des Volkes der entscheidende Schlüssel zur Begrenzung von Kriegen: *„Die Verstärkung des Vernichtungsprinzips wird hier also gerade im Sinne einer Strategie der*

*Begrenzung der Gewalt eingefordert, einer Begrenzung des Krieges im Hinblick auf seine räumliche und zeitliche Ausdehnung und in Hinsicht auf einen möglichst stabilen Frieden. [...] Insofern fällt eine Steigerung des Krieges eben nach Clausewitz' Ansicht nicht mit einer Steigerung des Kriegsübels zusammen, sondern mit einer Mäßigung desselben. Die politische Voraussetzung dafür, daß es zu einer Steigerung des Krieges kommen kann, die diesem seinem reinen Begriff nahebringt, ist ein umfassender politischer Wille, der dem Krieg solche Zwecke setzt, die mit den Interessen der ganzen Gesellschaft harmonieren und nicht nur mit denjenigen eines kleinen Teils. Gerade ein in gewissem Sinn gesteigertes Machtstreben, um die Webersche Terminologie zu gebrauchen, kann also zu einer Beschränkung des Kriegsübels führen.“*⁶³

Genau wie Kant hätte Clausewitz, freilich auf Grundlage anderer Motive, gefordert, dass das Volk, die Regierung und die Streitkräfte an einem Strang ziehen sollten und alles andere im Kontext von Krieg und Frieden fatal wäre. Wenn man Czempiels Auffassung folgt, dass die heutigen Demokratien eigentlich Monarchien sind, muss sich das auch auf die Art und Weise, wie Krieg geführt wird auswirken, mit gravierenden Folgen für die Sicherheitspolitik.

Der Neo-Clausewitzianer Harry Summers stellt die These auf, dass die USA den Vietnamkrieg ohne die Unterstützung der Bevölkerung wie einen Kabinettskrieg aus dem 18. Jahrhundert führten. Je länger der Vietnamkrieg ging und je größer die Opfer wurden, umso größer wurde die Kriegsablehnung der amerikanischen Bevölkerung. Es kam zu einer tiefen Spaltung zwischen Volk, Regierung und Streitkräften.⁶⁴ Der Ausgang des Vietnamkrieges ist bekannt.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es sowohl in Kants als auch in Clausewitz Sinne gelten kann, wenn, wie es in einer demokratischen Verfassung grundsätzlich immer der Fall sein sollte, eine Einheit besteht zwischen denjenigen die den Krieg beschließen und denjenigen die ihn führen. Alles andere hat sowohl aus der kantianischen als auch aus der clausewitzianischen Sicht fatale Folgen für die Außenpolitik.

Kursorische Anregungen zur Umsetzung des 1. Definitivartikels im 21. Jahrhundert

Es ist offen, ob Kant als Lösung, um demokratische Defizite abzubauen, Plebiszite im Sinn hatte. Dies wird in der Literatur überwiegend verneint.⁶⁵ Statt Plebisziten würde es aber vielleicht schon reichen, wenn Politiker bei Entschei-

dungen, „ob Krieg sein solle, oder nicht“, mehr Rücksicht auf den Volkswillen nehmen würden und viel mehr daran arbeiten würden den Graben, der bei Sicherheitspolitischen Themen zwischen Volk, Regierung und Streitkräften herrscht, zu überwinden. Bundespräsident Köhler forderte zu recht: „Darum wünsche ich mir eine breite gesellschaftliche Debatte - nicht über die Bundeswehr,

*Darum wünsche ich mir eine breite gesellschaftliche Debatte - nicht über die Bundeswehr, sondern über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes.*⁶⁶

Auch ließe sich ventilieren, falls eine Wehrpflicht nicht in Frage kommen sollte, ob die Einführung einer Kriegssteuer ein probates Mittel wäre, um ein engeres Band zu knüpfen, zwischen denjenigen, die über Kriegseinsätze entscheiden (idealerweise die Regierung im Einklang mit den Bürgern) und denjenigen, die „selber fechten“. Wenn die Kriegssteuer jeden Monat auf dem Lohnzettel erscheint, wird die elementar wichtige Verbindung von Volk und Streitkräften klarer herausgestellt. Es würde zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte beitragen und das „freundliche Desinteresse“ abbauen.

Weiterhin ließe sich darüber nachdenken die Parlamentsgröße zu verkleinern. Kant forderte eine kleine Anzahl von Herrschern, da dies die Repräsentativfunktion eher gewährleiste als eine große Anzahl. Im ersten Definitivartikel schreibt Kant: „Man kann daher sagen: je kleiner das Personale der Staatsgewalt (die Zahl der Herrscher), je größer dagegen die Repräsentation derselben, desto mehr die Staatsverfassung zur Möglichkeit des Republikanismus, und sie kann hoffen, durch allmähliche Reformen sich dazu endlich zu erheben.“⁶⁷ Der Deutsche Bundestag hat mittlerweile 709 Abgeordnete und ist damit weltweit auf Platz 2 der größten Parlamente. Nach China und gerade noch vor Nordkorea mit 687 Abgeordneten.

Der Deutsche Bundestag hat mittlerweile 709 Abgeordnete und ist damit weltweit auf Platz 2 der größten Parlamente. Nach China und gerade noch vor Nordkorea mit 687 Abgeordneten. Es ist fraglich ob das förderlich für die Demokratie und damit auch für die Außenpolitik ist. In Kants Sinne ist es sicherlich nicht.

Es ist fraglich ob das förderlich für die Außenpolitik ist. In Kants Sinne ist es sicherlich nicht.

Auch die politische Wissenschaft könnte ihren Teil beitragen und weitere Ideen ausarbeiten. Diese geht jedoch immer mehr hin zur empirisch-analytischen

lich große zeitlose Perspektive kann diese Art von Wissenschaft nicht geben. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kants Ewiger Frieden im Jahr 2217 noch gelesen wird, ist wohl höher, als dies für die allermeisten empirisch-analytischen Werke unserer Zeit gelten kann. Freilich nur, wenn der Ewige Frieden bis dahin nicht auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung⁶⁸ stattfindet, worauf Kant in der Einleitung satirisch anspielt.

Carl Friedrich von Weizsäcker sagte einst, in einem schönen Bild über Goethe, dass dieser auch in schwierigen Zeiten Orientierung geben kann: nicht als ein Leuchtturm, der den Hafen anzeigt, sondern als ein Stern, dessen Licht uns auf jeder Reise begleitet.⁶⁹ Dies gilt gleichermaßen für Kants Ewigen Frieden.

Zum Autor: Roland Luchte, geboren 1981 in Hildesheim, leistete Wehrdienst im Panzergrenadierbataillon in Wesendorf, studierte Politikwissenschaft, internationales Recht und VWL in Göttingen und Madrid (Abschluss: Diplom-Sozialwirt). Er ist Geschäftsführer der Personalberatung „Kimberlite Consulting“ in Frankfurt am Main. Er arbeitet an einer Promotion, die die Ideen von Clausewitz und Kant zusammenführt, um zu einer neuen analytischen Perspektive für Fragestellungen der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert zu gelangen und ist Mitglied des Clausewitz-Netzwerkes für Strategische Studien (CNSS).

Anmerkungen

- 1 Vgl. Oliver Hidalgo: Kants Friedensschrift und der Theorienstreit in den internationalen Beziehungen, Wiesbaden 2012, S. 9 f. Hier sind mehrheitlich die folgenden Zitate entnommen.
- 2 Friedrich Schlegel: zitiert in: Rudolf Malter: Nachwort Zum ewigen Frieden, 2008, S. 84
- 3 So die gängige Lehrmeinung. Vgl. z. B.: Patzig Günther: Kant Schrift „Zum ewigen Frieden“, in: „Zum ewigen Frieden“, Grundlagen, Aktualität und Aussichten einer Idee von Immanuel Kant, Herausgegeben von Reinhard Merkel und Roland Wittmann, 1996
Anderer Ansicht ist Knut Ipsen, der sowohl formale als auch inhaltliche Zweifel hinsichtlich der Parallelen zu einem Friedensvertrag anmeldet: Seines Erachtens handele es sich um den „Ersatz des Gesellschaftsvertrages auf zwischenstaatlicher Ebene“. Vgl. im gleichen Band: Knut Ipsen: Ius gentium – ius pacis? Zur Antizipation grundlegender Völkerrechtsstrukturen der Friedenssicherung in Kants Traktat „Zum ewigen Frieden“, 1996
- 4 Vgl. Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden, 2008, S. 8

- 5 Kant 2008, S. 3
- 6 Vgl. Hidalgo 2012, S.60
- 7 Kant 2008, S. 4
- 8 Kant 2008, S. 5
- 9 Kant 2008, S. 5
- 10 Kant 2008, S. 5
- 11 Vgl. Patzig 1996, S. 18
- 12 Vgl. Hidalgo S. 64 f.
- 13 Kant 2008, S. 8
- 14 Kant 2008, S. 7
- 15 Vgl. Kant 2008, S. 7 f.
- 16 Vgl. Volker, Gerhard: Immanuel Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“: Eine Theorie der Politik. 1995, S. 69
- 17 Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: Kants Theorem. Oder Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Juni 1996, S. 80
- 18 Kant 2008, S. 12 f.
- 19 Vgl. Herfried Münkler: der Wandel des Kriegs. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist 2006, S. 132, Vgl. auch Czempiel 1996, S. 80
- 20 Kant 2008, S. 32
- 21 Kant 2008, S. 32
- 22 Patzig 1996 S. 20 f.
- 23 Vgl. Hidalgo 2012 S. 51
- 24 Kant 2008, S. 19
- 25 Kant 2008, S. 21
- 26 Kant 2008, S. 24
- 27 Vgl. Hidalgo 2012, S. 11
- 28 Kant 2008, S. 7
- 29 Vgl. Hidalgo 2012, S. 11
- 30 Kant 2008, S. 17
- 31 Vgl. Patzig 1996, S. 22f.
- 32 Kant 2008, S. 33
- 33 Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man, 1992
- 34 Vgl. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, 2004
- 35 Siehe dazu ausführlich Hidalgo 2012 S. 182 ff.
- 36 Zu Parallelen der Neuen Kriege und des dreißigjährigen Krieges vgl. Münkler 2004
- 37 Oliver Hidalgo zeigt in diesem Kontext weiterführende Ideen auf, wie Kants Traktat für das Problem der „neuen Kriege“ zu nutzen ist. Siehe Hidalgo 2012, S. 184 ff.
- 38 George Bernard Shaw: Mrs. Warren's Profession, 1893
- 39 Kant 2008, S. 56
- 40 Vgl. Ernst-Otto Czempiel: Europas Wegweiser zum Frieden. Über Immanuel Kant und die Aktualität seiner strategischen Konzepte, in: Frankfurter Rundschau, 1995, zitiert nach Wikipedia
- 41 Jack Levy: Domestic Politics and War, in: Journal of Interdisciplinary History 18, S. 662
- 42 Czempiel 1996
- 43 Czempiel 1996, S. 79
- 44 Czempiel 1996, S. 86
- 45 Czempiel 1996, S. 92
- 46 Manfred Knapp: Die Stimme Amerikas. Auslandspropaganda der USA unter der Regierung John F. Kennedys, 1972, S.127, zitiert nach Ulrich Albrecht: Internationale Politik 1999, S.239
- 47 Karl Kaiser: Das internationale System der Gegenwart als Faktor der Beeinträchtigung demokratischer Außenpolitik“, in: PVS-Sonderheft Februar 1970, S. 298, zitiert nach: Ulbrich 1999, S. 234
- 48 „Die Welt“ vom 14.01.2013 schreibt zum Beispiel: „Die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist in Deutschland auf einen Tiefpunkt gesunken: Mindestens jeder zweite Bundesbürger lehnt den Einsatz ab, nur noch 38 Prozent stehen hinter der Mission. Zu dem Ergebnis kommt die jüngste Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr.“ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article112735130/Afghanistan-Einsatz-ist-fuer-Deutsche-ein-Fehlschlag.html>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2017
- 49 Rinke, Andreas: Raus ins Rampenlicht, Die Genese der „neuen deutschen Außenpolitik, in: Internationale Politik, zuletzt aufgerufen am 10.11.2017: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2014/juli-august/raus-ins-rampenlicht>.
- 50 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.05.2014
- 51 Zur Begrifflichkeit Demokratie schreibt Ulbrich Albrecht: „Unter 'Demokratie' ist bereits von der antiken griechischen Wortbedeutung her nicht in diffuser Art und Weise irgendeine Art der Volksherrschaft, sondern Obmacht oder überwiegender Einfluß des Volkes auf die politischen Angelegenheiten einschließlich der Regierung des Gemeinwesens zu verstehen.“ Albrecht 1999, S. 237
- 52 Ende Juni 2014 bekräftigte Christoph Heusgen, der sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin, das deutsche Tabu gegenüber Militäreinsätzen: „Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung ist nicht so, dass wir uns in absehbarer Zeit erneut an einer Mission im Umfang des Afghanistan-Einsatzes beteiligen werden.“

„Die Zeit“, vom 01.10.2014 „So deutlich hatte noch kein anderer zum Ausdruck gebracht, dass Merkels Nichtwollen am prinzipiellen Vorbehalt der Deutschen liegt.“

- 53 Die Zeit: <http://www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2017
- 54 „Der Spiegel“, vom 30.03.2013, S.29 f.
- 55 Herfried Münkler schreibt zu Merkel und Schröder: „Der Abbau von Demokratie wäre kein Vorteil. Dass es Deutschland so gut geht und dass es so angesehen ist in der Welt, hat sicher auch mit dem zögernden, zuhörenden, auf das Gegenüber eingehenden Politikstil von Angela Merkel zu tun. Die europäischen Krisen der letzten Jahre hätte der Basta-Kanzler Schröder sicherlich nicht so gut bewältigt. Er hätte in der EU viel mehr Widerspruch und Widerstand hervorgerufen. Das war und ist Angela Merkels Stärke.“ <http://www.berliner-zeitung.de/25759948>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2017
- 56 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html
- 57 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html, zuletzt aufgerufen am 10.11.2017
- 58 Sekundär deshalb, weil, wie Lennart Souchon betont, sich die primäre Dreifaltigkeit bei Clausewitz auf folgende Variablen bezieht: „bloßer Verstand“, „blinder Naturtrieb“, „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“, Lennart Souchon: Carl von Clausewitz, Strategie im 21 Jahrhundert, 2012, S. 71 ff.
- 59 Carl von Clausewitz: Vom Kriege, München 2000, S. 664
- 60 Clausewitz 2000, S. 667
- 61 Clausewitz 200, S. 668: „Wie in Bonapartes Hand sich alles vervollkommnet hatte, schritt diese auf die ganze Volkskraft gestützte Kriegsmacht zertrümmernd durch Europa mit einer solchen Sicherheit und Zuverlässigkeit, daß, wo ihr nur die alte Heersmacht entgegengestellt wurde, auch nicht einmal ein zweifelhafter Augenblick entstand.“
- 62 Vgl ausführlich dazu: Ulrike Kleemeier: Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges, Platon -Hobbes – Clausewitz, 2002, S. 214 ff.
- 63 Kleemeier 2002, S. 29
- 64 Harry Summers: On Strategy, A critical analysis of the Vietnam War, 1995
- 65 Vgl. Hidalgo 2012 S. 30, Anders hingegen Ulrich Albrecht, der aus Kants Schrift „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ die Forderung für ein Plebiszit herausliest. Vgl. Albrecht 1999, S. 244
- 66 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html , zuletzt aufgerufen am 10.11.2017

67 Kant 2008, S. 14 f.

68 Kant 2008, S. 8

69 Vgl. Patzig 1995 S. 30

Kapitel III

Kultur, Tradition, soldatisches Selbstverständnis und Führung im Wandel der Zeiten

Die strategische Bedeutung des „Langen Schattens der Vergangenheit“ in der Konfliktanalyse.

Essay, entstanden aus einem Vortrag für das CNSS im Rahmen des Symposiums „Coping with Culture“ am 5. Oktober 2017 beim Zentrum für Innere Führung, Koblenz.

Ulrich C. Kleyser

Vorbemerkung

„*Inter arma silent musae – Im Krieg schweigt die Kultur*“ – oder doch nicht? Zum europäischen kulturellen Kanon gehören nicht nur die Bibel mit neben der Schöpfungsgeschichte bezeichnenderweise auch Kriegen und dem ersten Zweikampf der Geschichte aus Neid zwischen Kain und seinem Bruder, das Kriegsepos der Ilias und die Odyssee, sondern auch Herodots Historie über die Taten großer Männer bis hin zu „*arma virumque cano – die Waffen und den Mann besinge ich*“ – also große Kultur. So beginnt Vergil seine Aeneis, aber er fordert zugleich auch „*parcere subjectis*“ – die Besiegten zu schonen [VI. 853]. Das Neue Testament mit seiner Friedensforderung wird späterer Teil dieses Kanons, das junge Christentum steuert dann die Gedanken göttlicher Gnade sowie die Nächstenliebe und die Toleranz bei.

Die strategische Bedeutung von Fernand Braudels Theorie der „longue durée“ in der Konfliktanalyse¹

Im Wesentlichen geht es in diesem Essay darum, die Einflüsse und die Bedeutung langfristiger historischer Entwicklungslinien auf aktuelle Konflikte, Kri-

Die frühe Analyse eines Konflikts mit seinen historischen und kulturellen Ursachen und Ursprüngen erhält eine entscheidende Bedeutung.

sen und Kriege zu erkennen und deren Auswirkungen zu beurteilen. Daraus lässt sich erschließen, wie man mit diesen umgehen kann. Analog hierzu schrieb Churchill: „*The longer* [aus meiner Sicht besser:

deeper] *you can look back, the farther you can look forward*“ oder anders, wie Fernand Braudel selbst sagt: „*Mein Anspruch ist es, Ihnen die Gegenwart zu*

erklären“² und damit deren Verhältnisse und Turbulenzen. Hierin liegt dann auch die Feststellung Nietzsches, dass „*das Vergangene doch noch als Gespenst wiederkommt*“, aber auch der von ihm geforderte „Nutzen“ der Geschichte auf einer nicht nur rein politischen, sondern strategischen Ebene. Die frühe Analyse eines Konflikts mit seinen historischen und kulturellen Ursachen und Ursprüngen erhält eine entscheidende Bedeutung. Die aus dieser Analyse zu entwickelnde Lösung kann zu einer Beilegung des Konflikts beitragen, damit den Ausbruch einer Krise oder eines Krieges verhindern und erhält so seine strategische Dimension.

Das Theoriegebäude von Fernand Braudel

Einleitend sind einige Worte zu *Fernand Braudel*, dem Ideengeber dieses Essays, erforderlich. Fernand Braudel (1902 bis 1985) war Mitarbeiter und später Herausgeber der berühmten Zeitschrift „*Annales*“ und Mitglied der Akademie Française³. Die Denkschule der „*Annales*“ stellt sich die Gesamtgeschichte als

Wissenschaft und Handwerk vor und sieht die aktuelle „Zeitgeschichte“ mit der „Geschichte der langen Dauer“ in einer spezifischen Verbindung. Vergangenheit und Gegenwart bilden damit ein unauflösbares Geflecht, in dem kollektive Mentalitäten einen besonderen Stellenwert erhalten. Nicht unerheblich hierbei ist, dass diese Denkschule 1929 ausgerechnet in Straßburg in der Auseinandersetzung – nicht im Gegensatz – zu dem deutschen historischen Denken entstand. Eine historische Ironie, aber auch Charme, liegen darin, dass Braudel einen Teil seiner Hauptwerke, wie Essays und Vorlesungen über Geschichte oder sein berühmtestes Buch „*La Méditerranée*“ über den Mittelmeerraum als „Historiker hinter Stacheldraht“ in deutscher Kriegsgefangenschaft (Mainz und Lübeck) von 1940 bis 1945 schrieb – im Übrigen, ohne Ressentiments gegen Deutschland zu entwickeln.



Fernand Braudel

Die Denkschule der „*Annales*“ wird vom Skeptizismus über bisherige historische Urteile geleitet und verschreibt sich einer „Sensibilität in der Geschichte“. Die Beziehung zwischen Raum und Mensch erhält hierbei eine herausstechende Bedeutung. Hierzu wird die historische Betrachtung als eine Synthese aller Kenntnisse und der Gesamtgeschichte gesehen, also als eine Zusammenführung aller Teilgebiete der Geschichtsforschung, der Human-, Sozial-, Wirtschafts-, Politik-, Wissenschafts-, Philosophie- und Kulturgeschichte und so weiter, ohne sich besondere Filetstücke dabei herauszuschneiden. Nicht unumstritten

beansprucht damit diese – neue – Geschichtswissenschaft eine Vorrangrolle und stellt sich damit vor alle anderen dieser Teilwissenschaften. Braudels Ansatz ist, durch Messen [mesure] und Beobachten ein Verfahren zum Verstehen historisch entstandener Bedingungen zu entwickeln. So wird die Synthese eben erst durch eine vorangehende geduldige Analyse in dialektischer Auseinandersetzung möglich, eine Methode, die auch Clausewitz verfolgt hat.

Einige Hinweise zu dem methodischen Ansatz von Fernand Braudel sind zum allgemeinen Verständnis erforderlich:

Kurze, oft dramatische Ereignisse legen den Grundstein für sich durch die Folgegeschichte hinziehende Geschehnisse, Handlungen und Strukturen. Einen zwar nicht beherrschenden, aber dennoch nicht zu vernachlässigenden Einfluss erhält der Zufall – auch hier wären wir bei Clausewitz.

Braudel stellt die besondere Beziehung zwischen dem Menschen, den Bedingungen des Umfeldes, seines Raumes, und der mit beidem verbundenen vielfältigen Kultur auf der Zeitschiene heraus. Kultur ist hierbei weder ein Freizeitprogramm noch ein Puzzle, aus dem man sich das herausuchen kann, was am

Braudel stellt die besondere Beziehung zwischen dem Menschen, den Bedingungen des Umfeldes, seines Raumes, und der mit beidem verbundenen vielfältigen Kultur auf der Zeitschiene heraus.

besten gefällt oder was in ein vorgefasstes Bild passt. Kulturverständnis ist dagegen Teil einer Erziehung zu Humanität und Toleranz und beruht auf dieser Wertbindung. Kulturelle Vielfalt, also Diversität in deren klassischem Verständnis, sieht er

hierbei als Ergebnis unterschiedlicher Einflüsse, zu verschiedenen Zeiten und auf mehreren Ebenen. Sie ist historisches Faktum, wird Teil der eigenen Identität, ist jedoch nicht mit der aktuellen, modernen soziologischen Begründung von Gerechtigkeitsnormen, von Gleichheitsgedanken oder von einem Repräsentationsanspruch zu verwechseln. In diesem Beziehungsgeflecht erhalten vor allem die Macht und die Würde des Alltags mit seinen tiefstehenden Gewohnheiten eine besondere Bedeutung.

Für den Umgang Braudels mit Geschichte ist seine differenzierte Betrachtung von Kultur und Zivilisation hervorzuheben⁴. Zwei Begriffe, die zueinander in Konkurrenz oder mit Braudel „in innerer Rivalität“ stehen, aber mit zumindest ähnlichen, wie sich überschneidenden Inhalten. Sie sind wissenschaftlich international unterschiedlich bestimmt oder gegenseitig verschieden untergeordnet. Insbesondere die deutsche Geschichtsphilosophie hob auf eine die Zivilisation

erst begründende Kultur ab. Beide Begriffe vereint jedoch der Gegensatz zur Barbarei. Auch Braudel findet in der Auseinandersetzung mit Spengler, Toynbee, Alfred Weber und Philip Bugby keine klare Antwort. So bestimmt er die Kultur als eine von Grenzen, Anleihen und Verweigerung geprägte „Gesamtheit“ in Raum und Zeit, auch wenn er mit seinem nationsübergreifenden Ansatz – wertgebunden – auf der Seite der Zivilisation steht. Vielleicht führt die Betrachtung weiter, dass Kultur immer in die Kategorie des „Werdens“ auf Grund einer mittelmeerisch-europäischen odysseeischen Neugier fällt, Zivilisation dagegen eher in die Kategorie des „Gewordenen“. Kultur deckt mehr etwas umfassend Geistiges, Zivilisation etwas Reales, Bodenständiges und auch Alltägliches ab. Dieser Sicht könnte Braudel sicher zugestimmt haben.

Geschichte, auch alte Geschichte, ist in weltweiten Zusammenhängen zu sehen, und diese kann mit dem Begriff Globalität beschrieben werden, anders und weit vor der Globalisierung – dem heutigen Modewort – unter der Feststellung: „Alles ist mit allem verwoben“. Aber „Geschichte lässt sich nie unter völlig gleichwertigen und bereits einmal durchlebten Bedingungen wiederholen“⁵. Hier lässt sich eine Nähe zu dem aus dem Mittelmeerraum stammenden Philosophen Heraklit⁶ finden, wenn dieser hervorhebt, dass man nicht zweimal in dasselbe Wasser eines Flusses steigen kann. Gleichzeitig lehrt uns dieser Philosoph auch, dass aus Spannungen, wie der des Bogens, oder aus Gegensätzen, wie zwischen Kosmos und Logos, auch Harmonie entstehen kann. Im Gegensatz zu Ciceros Feststellung der „*historia* [als] *magistra vitae*“ wird zudem aus historischer Erfahrung selten oder nie gelernt⁷. Die Missachtung dieses historischen Gesetzes führt zu Missverständnissen und endet in politischer Fehlkalkulation. Auch hier ist die grundlegende Analyse gefragt.

Dennoch entwickelt sich Geschichte in langfristigen, aber auch langsamen Rhythmen, anders als in berechenbaren, aber nicht regelmäßigen Zyklen – so von Braudel selbst eingeschränkt –, welche unter anderem durch Klima, technologische Entwicklungen oder die Wirtschaft beeinflusst werden⁸.

Braudel hebt die besondere Wechselbeziehung zwischen der offenen Ebene und dem mobilitätshemmenden, aber auch rückzugserleichternden Bergland hervor. Gerade Letzteres begünstigte mit seiner Nähe von Handel und Schmuggel, mit einem kulturellen, oft vorchristlichen Unterbewusstsein Strömungen, wie die noch heute zu findende bergländische Vendetta (Balkan/Abruzzen etc.). Und nicht von ungefähr hat sich aus den Bergregionen das Brigantentum, aber auch das Söldnerwesen des Mittelalters (Schweiz) entwickelt.

Das Herausfiltern des Überzeitlichen, aber auch des kulturellen Unterbewusstseins in der Zeitgeschichte als wesentlicher Anteil der jeweiligen Identitätsbildung ist eine Aufgabe des Historikers. In den letzten Jahren wurde diese Sicht durch das weitgehend von Pierre Nora⁹ in Frankreich begründete Konzept der „Erinnerungsorte“ ergänzt: ein Konzept, welches sein Ursprungsland mittlerweile weit hinter sich gelassen hat und dessen „Erinnerungsorte“ nach Etienne François und Hagen Schulze als „langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität, die in gesellschaftliche, kulturelle und politische Üblichkeiten eingebunden sind“¹⁰, beschrieben werden. Ein weiterer wichtiger Gedanke des Ansatzes von Braudel ist die Sicht, dass Geschichte mit sich überlagernden Bewegungen zwar prozessual abläuft, aber – als vielleicht wichtigste Erkenntnis – unvollendet bleibt. Deshalb mussten nicht nur Fukuyamas Satz vom Ende der Geschichte, wenn auch mit einem Fragezeichen postuliert, fehlleiten, sondern auch auf lange Dauer angelegte Reichsvorstellungen wie die der Sowjetunion, von Atatürk, dem Schah oder letztlich auch von Hitler, und hier unabhängig von seinen Verbrechen, scheitern.

Insgesamt können das von Braudel geforderte kulturelle Verständnis, wirtschaftlicher Transfer und daraus resultierender Dialog als Konflikt verringernd und damit in einer strategisch relevanten Bedeutung angesehen werden. Nur wenn man weiß, wie etwas entsteht oder entstanden ist, lässt sich eine Lösung finden. Damit erfüllt Braudel auch eine Forderung der Medizin, nach der erst die Suche nach den Ursachen in wissenschaftlicher Methode den Weg zur Heilung der Krankheit ermöglicht. Diese Weisheit der Medizin gilt auch für die Politik, insbesondere für deren Anteil an einer Konfliktlösung, wobei allerdings auch der Wille zur Konfliktlösung hinzukommen muss.

Die grundlegende Bedeutung der Analyse jedes Konfliktes

„*Toujours, il faut commencer avec le commencement*“ – so schrieb Leibniz 1676 an den französischen Bischof, Geschichtsphilosophen und Dichter Bossuet¹¹. Übertragen bedeutet dies, jedes Ereignis von seinem Beginn her zu analysieren. Dies gilt insbesondere im Rahmen oder besser im Vorfeld kriegerischer Auseinandersetzungen, wenn das Erkennen ihrer Ursachen schon für die dem Krieg vorausgegangene Krise und für den dieser Krise wiederum vorlaufenden Konflikt unerlässlich ist. Die Bedeutung langlebiger, latenter und häufig nur unterbewusst wahrgenommener Konflikte als Krisen- oder Kriegsgrund scheint in der Forschung wie in der realen Politik unterschätzt. Erschwert wird diese Analyse durch den langen Schatten der Vergangenheit; einerseits in der Langlebig-

keit historischer Ereignisse oder Abläufe, aber auch durch die Langlebigkeit von mit diesen Ereignissen verbundenen Legenden und Mythen. Aus all diesem entwickelt sich ein wie auch immer geartetes „kollektives Gedächtnis“, welches durch eine gezielte Geschichtspolitik und mit einer historisch verbrämten politischen „hidden agenda“ noch gesteuert werden kann. Ergänzend können sich aus diesem Brei zusätzlich noch Verschwörungstheorien entwickeln, die wiederum zu Ängsten führen – den schlechtesten politischen Ratgebern überhaupt. Zudem weiß man, dass „*das Gedächtnis in einem ständigen Prozess der Verwandlung und der Neuformung begriffen ist, dass neue Erinnerungen entstehen und alte verschwinden*“¹². Zusammengefasst erschweren diese Phänomene eine nüchterne und wissenschaftsbasierte Einschätzung einer Lage oder verhindern diese sogar. Dennoch bleiben die Konfliktlösung oder Konfliktbeherrschung eine vorherrschende Aufgabe und politische Verpflichtung vor einem möglichen Ausbruch einer Krise und eines Krieges und gewinnen allein dadurch eine strategische Bedeutung.

Für eine derartige „historische“ Konfliktanalyse sind einige gedankliche Voraussetzungen erforderlich:

Erstens, ein Denken in der Abfolge und Entwicklung von einem – wie angesprochen meist latent vorhandenen – Konflikt über den Ausbruch einer Krise hin zu einem Krieg. Nicht das Management eines Konfliktes als eher verwaltungstechnischer Umgang mit diesem, sondern eine wissenschaftliche oder innovative Auseinandersetzung mit den Konfliktursachen muss, nicht nur auf der Zeitschiene, an erster Stelle stehen.

Zweitens die Notwendigkeit eines vor allem historisch-kulturellen Wissens, welches über die Ereignisgeschichte hinausreicht und mit den Fähigkeiten zum Erkennen von Zusammenhängen, zur Zuordnung sowie Einordnung dieser Ereignisse mit politischen Prozessen einhergeht. Die jeweilige subjektive Betrachtungsweise oder Perspektive ist hierbei zu berücksichtigen.

Drittens in Anlehnung an die „wunderliche Dreifaltigkeit“ von Clausewitz die Bedeutung des Zusammenwirkens des „bloßen Verstandes“ – der Politik mit ihrem rationalen Einsatz oder einer oft hinzugefügten Instrumentalisierung von Geschichte zugeordnet – mit der „Freien Seelentätigkeit“ – der Fähigkeit

Dennoch bleiben die Konfliktlösung oder Konfliktbeherrschung eine vorherrschende Aufgabe und politische Verpflichtung vor einem möglichen Ausbruch einer Krise und eines Krieges und gewinnen allein dadurch eine strategische Bedeutung.

zur Offenheit und zu nüchterner Betrachtung, wie zur Mäßigung und zu abgewogenem Urteil – und dem „blinden Naturtrieb“ – den Leidenschaften des Volkes mit seinem Hass, seiner Feindschaft und der daraus resultierenden Gewaltsamkeit.

Und **Viertens** die Bedeutung von Erinnerung, Vergebung und Vergessen, aber auch die Unkenntnis von fremden Gepflogenheiten. Der Umgang mit historischer Schuld oder Verantwortung ist Teil dieser inneren wie äußeren Auseinandersetzung mit Erinnerung, wobei Verdrängung einen unsicheren wie kurzzei-

Für Deutschland mit seinem weitgehend enthistorisierten Denken gilt zudem, dass es diesem besonders schwer zu fallen scheint, sich in fremde Identitäten, Mentalitäten und deren historische Bewusstseinslage hineinzudenken.

tigen Faktor darstellt. Vergessen jedoch lässt sich nicht stiften, daher muss der Umgang mit Erinnern erlernt werden. Für Deutschland mit seinem weitgehend enthistorisierten Denken gilt zudem, dass es diesem besonders schwer zu fallen scheint, sich in fremde Identitäten, Menta-

litäten und deren historische Bewusstseinslage hineinzudenken. Hierzu sei das Büchlein „Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns“ von Christian Meier¹³ besonders empfohlen.

Historische Beispiele kollektiver Erinnerung

Einige Beispiele sollen diese Erinnerung erhellen, wobei militärische wie politische Siege oder Niederlagen im Vordergrund stehen und die Auswirkungen dieser Ereignisse kollektive Phänomene werden. Diese werden damit wichtiger als Einzelschicksale und wirken sich stärker in langfristigen Strukturen aus als vermeintliche Zufälle oder die meist nur kurzfristigen Ereignisse selbst¹⁴. Die folgende Aufzählung folgt weder einer chronologischen noch inhaltlichen Struktur, ließe sich beliebig ergänzen und soll nur unterschiedliche „Schatten der Vergangenheit“ mit ihren Folgen beleuchten. Zuerst einige allgemeine Beispiele zur „longue durée“, welche sich vornehmlich in einer weitgehend unpolitischen Gedenkkultur niederschlagen:

Die Zerstörung der überstolzen und reichen protestantischen Reichstadt Magdeburg („Unseres Herrgotts Kanzlei!“) am 10. Mai 1631 – von 33 000 Einwohnern überlebten nur 3 000 – zieht sich im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung als Trauma bis heute durch und wird im jährlichen Gedenken an die Bombennacht vom 16. Januar 1945 thematisiert, als 90 Prozent der Altstadt und 15 Kirchen zerstört wurden.

Für das Militär allgemein, aber wie die Wirklichkeit zeigt, nicht nur für dieses, können weithin die Erinnerungen an – vornehmlich – Siege gelten, wie das deutsche Gedenken an den Sieg von Sedan am 2. September 1870, der im Kaiserreich ein Gedenktag, jedoch kein Feiertag wurde. Für die französische Fremdenlegion beispielsweise gilt das Gefecht von Camerone¹⁵ am 30. April 1863 im Rahmen der französischen Expedition nach Mexiko [Kaiser Maximilian] als das Symbol von Opferbereitschaft und Heldentum. Als herausragendes Ereignis wird dieses Gefechts nicht nur gedacht, sondern es wird jährlich, auch als Element der Kohäsion, gefeiert.

Noch heute gedenken bestimmte Kreise in Frankreich an die Schlacht „dem Sonntag von Bouvines“¹⁶ in Flandern (nahe Tournai) am 27. Juli 1214. Im französischen Mythos galt diese Schlacht – zumindest bis in die ersten Jahre nach 1945 – als der erste Sieg über Deutschland und, in zeitgenössischen Berichten expressis verbis ausgeführt, über den „furor teutonicus“¹⁷, damals zudem verbunden mit Kirchen- und Klostergründungen und als einer der „trente journées qui ont fait la France – als einer der dreißig Tage, die Frankreich geformt haben“. Der König Philipp II. August siegt unter dem Lilienbanner und der „Oriflamme“ (dem Symbol des Beistands des Heiligen Dionysios von Paris) entscheidend über das durch Johann Ohneland von England unterstützte Heer des – wieder einmal vom Papst gebannten – deutschen Kaisers Otto IV. Im späten Mittelalter weitgehend verschwunden, gehört die Erinnerung an Bouvines seit 1643 und dann verstärkt seit 1840 und erst recht nach 1871 wieder zum historischen Kanon Frankreichs. Ähnlich wie bei Alesia (obwohl eine Niederlage von Vercingetorix gegen Caesar 52 v. Chr.), die Katalaunischen Felder (451 bei Troyes über die Hunnen), Tolbiac (Chlodwigs Sieg bei Zülpich 496 über die Alemannen) oder Poitiers (des Franzosen Karl Martell 732 über die spanischen Osmanen) war es die Sache der Zivilisation, die hier triumphierte und die gleichzeitig als ein Bindungsglied der französischen Nation deren Patriotismus beförderte, wenn auch mit wechselnden Schwerpunkten in der historischen Betrachtung. Darüber hinaus wurden diese Siege auch als Zeichen des göttlichen Willens gesehen und in der politischen Mythologie als die Geburtsstunden der französischen Nation. Doch ist mit der Verbannung von Bouvines aus dem Geschichtsunterricht, mit der Befreiung von den Fesseln der Ereignisgeschichte und mit dem Konzept eines vereinigten Europas diese Erinnerung auch aus dem kollektiven unterbewussten Gedächtnis verschwunden? Für Frankreich wird dieser Sieg nur noch durch den „Ersten Sieg der Nation“, der Kanonade von Valmy am 20. September 1792¹⁸, überragt – ein Ereignis, das erst durch die unnötige, undiplomatische und den Krieg erst auslösende Pillnit-

zer Deklaration vom 27. August 1791 des deutschen Kaisers und des preußischen Königs sowie der folgenden, wiederum törichten und überheblichen, Proklamation des Herzogs von Braunschweig am 25. Juli 1792 möglich wurde, und zudem den endgültigen Sturz der französischen Monarchie herbeiführte.



Kanonade von Valmy

Zusätzlich sollte auch die ebenfalls mythenbildende „Sonne von Austerlitz“ am 2. Dezember 1805, noch heute als „deux-s“ gefeiert, nicht vergessen werden. Diese historische Reihe lässt sich dann über Versailles am 18. Januar 1871 bis zur Übergabe des sog. Friedensvertrages am 29. Juni 1919 fortsetzen, der später noch einmal angesprochen wird. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass zum

11. November 2017 [sic] der französische Präsident Macron das Jahr 2018 zum „Erinnerungsjahr an Clemenceau“ ausgerufen hat, eine Entscheidung, die hier nicht weiter kommentiert werden soll.

In diesen Zusammenhang gehören auch die allerdings vergeblichen Versuche, vor allem in der deutschen Geschichtswelt, die Schlachten auf den Katalaunischen Feldern [vermutlich in der Nähe von Troyes] gegen die Hunnen 451, von Tours und Poitiers gegen die muslimischen Araber 732, gegen die Ungarn auf dem Lechfeld 955 oder die deutsch-schlesisch-polnische Niederlage gegen die Mongolen bei Liegnitz am 9. April 1241 religiös-ideologisch zu instrumentalisieren und als Rettung des Abendlandes zu verstehen und damit auch heute noch zu politisieren. Dadurch wird auch dieser Schlacht heute wieder in Polen gedacht. Wenn auch erst im Kontext des 30jährigen Kriegs entstanden, sollten die noch erhaltenen Friedenskirchen von Glogau und Liegnitz im heutigen Polen – im Übrigen herausragende Kunst- und Kulturwerke – ein Besuchsmuss werden, zeigen sie doch Möglichkeiten auf, territoriale wie religiöse Differenzen auf kulturellem Wege beizulegen.

Im Folgenden seien noch einige Beispiele mit Auswirkungen auf aktuelle politische Entwicklungen oder Handlungen oder mit Auswirkungen auf fehlgeleitete politische Entscheidungen genannt:

Zu nennen ist hier die Rede Bin Ladens am 7. Oktober 2001 im Sender Al Jazeera, also direkt nach dem „9/11“, in der er dieses Attentat mit dem Jahrestag der Seeschlacht von Lepanto am 7. Oktober 1571 in Beziehung setzt und als späte historische Reaktion bewertet. Für die –zumindest katholische – Welt

gilt hier auch der religiöse Kontext, denn mit diesem Sieg der „Heiligen Liga“ über das Osmanische Reich war die Begründung des noch heute geltenden Rosenkranzfestes¹⁹ verbunden. Mit dem Sieg des Prinzen Eugen am 5. August 1716 über die Osmanen bei Peterwardein wurde der Feiertag erneuert und auf die gesamte katholische Kirche ausgedehnt.

Für die islamische Welt bleibt weiterhin weniger die Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer vom 14. bis 16. Juli 1099 in Erinnerung als das folgende schreckliche und auch für die damalige Zeit unerhörte Blutbad. Nicht unerheblich ist jedoch, dass die westlichen Berichte, alttestamentarisch an Jesaja oder das Hohe Lied Salomons [7, 1-10] orientiert, überhöht und die, im Übrigen späteren, islamischen Berichte zur Instrumentalisierung und Stärkung des Glaubenskampfes entsprechend ausgeschmückt sind²⁰.

Ganz aktuell kann die Entwicklung in der (noch) spanischen Provinz Katalonien herangezogen werde, wenn der 11. September noch 300 Jahre später so wirksam an die Eroberung von 1714 durch Kastilien und deren auch noch französischen Bourbonen (und eben nicht Habsburgerkönig) erinnert, obgleich erst dadurch das heutige Spanien entstand. Ob hier tatsächlich ein historisches Trauma besteht oder dieses erst kürzlich populistisch erweckt wurde, ist hierbei unerheblich. Diese Entwicklung kann mit einer jahrelangen Verdrängung des Konflikts und einer dann mindestens unsensiblen Politik der Zentralregierung als ein Beispiel für verfehlte oder gar nicht begonnene Konfliktbeilegung angesehen werden. Besonders gravierend ist dieses politische Versagen auf beiden Seiten, wenn in dem gleichen Zeitraum, in dem sich Europa zusammenfinden will oder zumindest soll, sich hier ein spätes populistisch gestütztes Opfernarrativ herausbildet, dessen politische Folgen gar nicht abzuschätzen sind.

Kaum einer der in Bosnien/Herzegowina und im Kosovo seit 1995 eingesetzten Politiker und militärischen Führer kannte oder kennt den „Kanun“²¹, so dass damit auch der Zugang oder das Verstehen der Bedeutung und des Einflusses der zahlreichen Clans, islamischer Orden oder ganz allgemein von Parallelstrukturen und -institutionen fehlt. Der Kanun stellt das albanisch-kosovarische Gewohnheitsrecht zusammen, welches während der gut 500 Jahre andauernden Herrschaft der Osmanen und während der 50 Jahre des kommunistischen Systems die eigene Identität sicherte und als Konkurrenzrecht auch ein Element von subtilem Widerstand war. Schwerpunkt dieses Rechts waren und sind Fragen der Familienehre, mit Blutrache unzureichend beschrieben, der Gastfreundschaft sowie die Bedeutung gegebener Versprechen. Alle diese

Rechts- und Verhaltensregeln werfen einen langen Schatten der Vergangenheit – ein Heutiger tut gut daran, sich an einen Dienst oder eine Gefälligkeit zu erinnern, die einer seiner Vorfahren erhalten hat. Die besondere rechtliche Rolle der Frau, für Westeuropäer heute nicht mehr nachvollziehbar, die Bedeutung eines über 500jährigen Schmuggelhandels oder das Recht, eine Waffe zu führen, wurden weder von den Mitarbeitern der zivilen Pfeiler von VN oder EU, noch von den militärischen Führern von KFOR erkannt und berücksichtigt.

Hierhin fällt auch der für Westeuropäer eher lächerliche, aber durchaus ernst zu nehmende Identitäts-, Namens-, und Fahnenstreit zwischen Mazedonien und Griechenland, der sich auf die Zeit des mazedonischen Königs Philipp II. zurückführen lässt²².

Der entscheidende Sieg der vereinigten Polen und Litauer über den Deutschen Orden am 15. Juli 1410 in der Schlacht von Grunwald in der Nähe von Tannenberg – Hindenburg sah hier 1914 mit seinem Sieg eine Revanche – begründete mit sinnstiftenden Heldenerzählungen einen politischen Nationalmythos, der sich in Denkmälern oder Gemälden²³ und in den Geschichtsbüchern nieder-



Weißrussische Briefmarke anlässlich der 600-Jahr-Feier der Schlacht bei Tannenberg 1410

schlag und weiter niederschlägt. Gerade mit Tannenberg tritt der Aspekt unterschiedlicher nationaler Betrachtungsweisen hervor, wenn in Deutschland im Zuge der Reichsromantik nach 1813 sich das Bild des Deutschen Ordens überhöhte und mit Tannenberg 1914 ein zusätzlicher Mythos geschaffen wurde²⁴.

Für Serbien gilt die unentschieden geendigte Schlacht am Amsfeld am 19./29. Juni 1389 als identitätsstiftend; sie begründete eine sich bis

heute hinziehende Linie als Verteidiger des – christlich-orthodoxen – Glaubens gegen den Islam. Der serbische Feldherr Fürst Lazar wurde als Verteidiger der Christenheit gegen die Osmanen 1391 heiliggesprochen. Die Bedeutung der Gedenkstätte wurde durch ihre geographische Lage im Kosovo, also außerhalb des eigenen klassisch serbischen Territoriums, auch ein Auslöser des Krieges von 1999.

Für die jüngere deutsche Geschichte gehört in diese Aufzählung der Beispiele insbesondere der nach Carl Zuckmayer „destruktivste Sieg der Weltgeschichte“²⁵ von 1918, der mit dem Versailler Vertrag – nach Keynes

historischem Bezug einem „Karthago-Frieden“ [sic!] – und den diesem folgenden Vorortverträgen seine Fortsetzung fand. Wie so häufig in der Geschichte entstehen gerade aus Friedensverträgen neue Kriege. Nicht ohne besonderen Grund wurde der Vertrag am 29. Juni – dem Tag des Attentates auf den habsburgischen Thronfolger – vorgelegt. Die Forderung insbesondere der EKD nach einem „gerechten Frieden“²⁶ erhält ihre Aktualität mit der völkerrechtlich noch offenen „responsibility post bellum“ oder einem „jus post bellum“, welches über die „responsibility to protect“ hinausgeht. Die Geschichte liefert zahlreiche Beispiele für falschen Frieden – zuletzt mit der Errichtung eines „failed state“ im Südsudan.

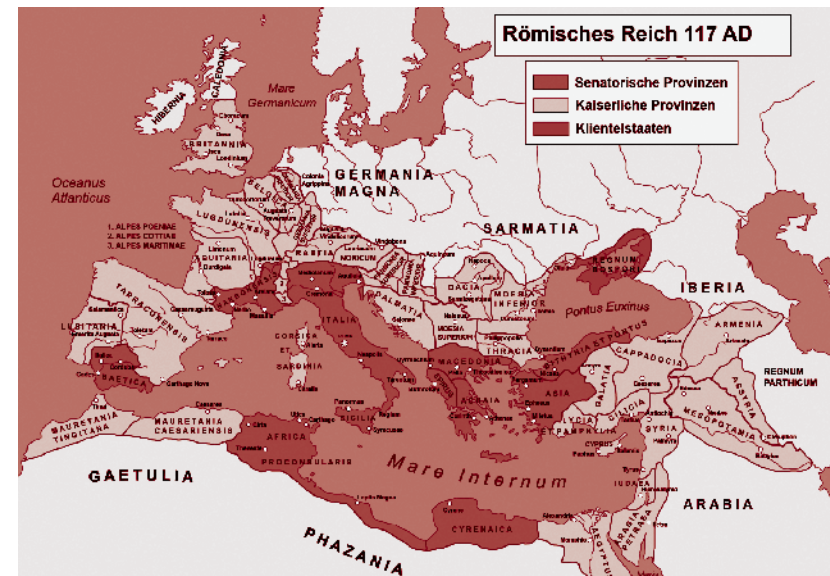
In die Reihe dieser Beispiele gehören ferner die Auswirkungen künstlicher Grenzziehungen, insbesondere während und selbst noch nach dem Kolonialimperialismus, über Ethnien, Kulturen, Religionen und Wirtschaftsräume hinweg, oder auch der Einsatz von „Kolonialtruppen“ auf europäischem Boden. Hierfür seien nur einige Beispiele genannt: das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 über die Auflösung des zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Osmanischen Reiches und die interessengeleitete Aufteilung des Nahen Ostens, die Zerschlagung des Habsburgerreiches in den Pariser Vorortverträgen nach 1919, das koloniale oder nachkoloniale Afrika bis schließlich hin zu der schnellen Aufteilung des indischen Subkontinents 1947. Im Übrigen handelt es sich um Grenzziehungen, welche fast alle noch heute die Welt bewegen und in Unruhe stürzen.

Die Krise, ja der unterschwellige bis offene Krieg um die Ostukraine und die Krim war spätestens seit 1994 latent vorhanden. Eine rechtzeitige, auch internationale Beschäftigung mit den historischen, kulturellen und politischen Hintergründen und ein daraus entwickelter politischer Dialog hätten möglicherweise einen derartigen Ausbruch von Gewalt verbunden mit einem Bruch des Völkerrechts verhindern können.

Zum Abschluss dieses mehr historischen Teils eine eher amüsante Anmerkung: Wer weiß schon noch, dass die spätestens seit 1206 in Deutschland gefeierte Fastnacht nach 1800 als bürgerlicher Karneval z. B. in Mainz eine Parodie auf die Franzosen der Revolutionszeit wurde, oder in Köln eine subtile Kritik der katholischen „Musspreußen“ an das protestantische Preußentum darstellte.

Der Mittelmeerraum als exemplarisches Beispiel der Theorien von Braudel

Ein besonderes Interesse in unserer übergreifenden Thematik muss dem Mittelmeerraum gebühren, nicht nur als Ausgangspunkt der Geschichtsbetrachtung Fernand Braudels, sondern auf Grund seiner europäischen wie allgemein geopolitischen Bedeutung und seiner immer aktueller werdenden politischen Brisanz. Zwar wurde dieser Raum über die Zeit von unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Völkern geprägt, bleibt jedoch ein eigener Kulturraum, vor allem aber ein „gemeinsamer Kommunikationsraum“²⁷. Beginnend mit Kulturexporten von Mesopotamien und Ägypten, dem großräumigen Handelsbeginn durch die seefahrenden Phönizier mit der folgenden Hellenisierung und schließlich mit dem den ganzen Raum als „mare nostrum“ – unser Meer – umfassenden Imperium Romanum auch mit dessen Christianisierung bis hin zum byzantinischen Ostrom lassen sich mit den zahlreichen Umbruchphasen statt Untergang eher Transformation und Umgestaltung feststellen. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn später der Rom stärkende afrikanische Wohlstand allmählich im wahrsten Sinn des Wortes „versandete“ oder sich Nordafrika politisch auf eine „Gegenküste“ reduzierte. Und bis heute bleibt die Region der „Sahelzone“ eine Durchgangs- wie Grenzregion zum eigentlichen schwarzen Afrika. Damit ist dieser Raum mehr ein Meereskomplex mit zahlreichen verbindendem Adern, sperrigen Einschnitten und vielfältigen Einflüssen, welche sich bis in die Verwandtschaft von zahlreichen Mythen und deren Langlebigkeit hinziehen. Er erstreckt sich nicht nur in der Ost-West-Dimension vom byzantinischen Konstantinopel bis zum islamischen Andalusien, sondern auch in der Nord-Süd-Dimension von der antiken Bernsteinstraße über die Südsehnsucht von Wikingern und Normannen bis hin zum modernen Tourismus. Auch die gesamthistorisch so bedeutsame Rheinschiene, die „banane bleu“, von der Themse über Antwerpen nach Mailand ist ohne diesen Mittelmeerraum nicht zu denken.



Imperium Romanum – Mittelmeer im Zentrum – mare nostrum

Mit dem Untergang des Vandalenreiches und den diesem folgenden Wirren zwischen 548 und dem Beginn der arabischen Eroberung ab 646 wurde Nordafrika ein politisches Vakuum, in das der politische wie religiöse Islam erfolgreich hineinstieß. Trotz einer mit der Teilung des römischen Reiches beginnenden und durch das Eindringen des Islam verstärkenden Ost-Westteilung, später zeitweilig auch einer Nord-Südteilung, blieb dieser Raum durch Handel und Kulturaustausch weiterhin in sich eng verbunden. Auch die sich verändernden politischen Konstellationen bestätigten diese Sicht, selbst wenn es keinem Reich mehr gelingen sollte, das Mittelmeer als sein „mare nostrum“ zu sehen. Dennoch, von der Mittelmeerraum-Stadt Sevilla wiederum ging die Expansion auf und über den Atlantik mit der Kolonisation und ihrem späteren Transatlantikhandel als gedanklicher und struktureller Impuls aus, ohne dass damals die weltpolitischen Folgen zu erkennen waren. Damit bleibt das Mittelmeer auch die Wiege der euro-atlantischen Seefahrt. Und nicht zuletzt muss die immerwährende Sehnsucht des Nordens in diesen Raum angesprochen werden, also dessen hohe kulturelle Attraktivität und gleichzeitige Assimilierungsfähigkeit: Die Wikinger, die Normannen, der Stauferkaiser Friedrich der Zweite, Winckelmann, die „Grand Tour“ der Aufklärung oder Lord Byron bis hin zum neuzeitlichen Kultur- und Sonnentouristen sind hierfür beredete Beispiele.

Und noch ein besonderer Aspekt soll erwähnt werden, die unbewusste Langlebigkeit trifunktionaler Schemata oder Denkmodelle, die sich im Mittelmeerraum entwickelt haben und die für die europäische Kulturentwicklung eine prägende Bedeutung erhielten. Diesen konnte sich auch Braudel nicht entziehen, wenn er drei Zeitebenen, die geographische, die allgemein politische sowie soziale mit der individuellen zusammenführt. Gleichzeitig hebt er eine Triade von tunc – hic – und wiederum tunc, also einstmals, jetzt und dereinst am Ende auf, wenn er, wie angesprochen, die Geschichte ohne Ende sieht.

Weiterhin ist hier die sich in Europa seit dem frühen Mittelalter durchziehende „Dreiständelehre“ im Verständnis der dreifachen Gliederung des Hauses Gottes anzuführen. Diese wird aufgeteilt in Betende – oratores –, in das Land Bestellende – agricultores und die Kämpfenden oder Beschützenden – die pugnatores²⁸, als eine Gesellschaft, welche durch die christliche Kraft der „concordia“ versöhnt und zusammengehalten wird. Thomas von Aquin erkennt drei aus dem Alten Testament des Mittelmeerraumes stammende Vorschriften: die moralische, weitgehend als Prinzip des Naturrechts, die zeremonielle aus der Beziehung des Menschen zu Gott und die juristische als Rechtsprinzip des menschlichen Zusammenlebens²⁹. Diese Projektion der göttlichen Ordnung findet sich auch in der rituell begründeten dreigeteilten militärischen Ordnung wieder, zudem, wenn die Schlacht mit einem Sünden reinigenden Gebet und den einen gerechten Krieg besingenden Psalmen des Alten Testaments [Psalm 68, 144] beginnt, fast nach einer Liturgie abläuft und mit einer Reinigung des Schlachtfeldes endet. Das Tercio, drei Körperschaften oder drei Treffen zu „Ehren der göttlichen Dreifaltigkeit“³⁰, bestimmt die militärische Struktur bis heute mit der Dreiergliederung vom Zug bis zum Korps, auch wenn dies mittlerweile durch taktische oder organisatorische Gründe überlagert wurde. Diese Funktion der Trinität lässt sich philosophisch über Clausewitz bis Hegel weiterführen.

Genannt werden sollen jedoch auch in Anlehnungen an die Dreiergliederung die drei europäischen Grundstätten oder kulturellen Zeitzonen aus dem Mittelmeerraum: der Areopag Athens mit der verfassten Volksherrschaft, das Capitol Roms mit Macht und der Majestät des Rechts sowie das Golgatha Jerusalems mit der Nächstenliebe, der Vergebung und der Toleranz, welche sich im christlichen Glauben bis nach Russland mit dem Dritten Rom erstreckt. Zugegeben, diese ein wenig eurozentrische Sicht kann dennoch nicht übersehen, dass der Mittelmeerraum mit seiner Ausstrahlung und mit seinen Übergängen ein „magnetisches Kraftfeld“³¹ der Kultur darstellt. Insgesamt war und ist die

ser Raum mehr als ein nur vorchristliches imperiales Zentrum, sondern auch der Verbindungsraum nach Vorderasien und ein religiöser Kulturraum von der christlichen Westkirche hin zur Ostkirche.

Um dieses Thema abzuschließen noch eine aktuelle politische Anmerkung:

Die Idee des damaligen französischen Präsidenten Sarkozy zu einer „Mittelmeerunion“ war und bleibt notwendig und erhält mit den vielschichtigen Migrationsbewegungen eine neue Brisanz. Sie litt aber unter dem sehr französischen Ansatz und wurde leider von den nordeuropäischen Ländern, vor allem von Deutschland, nicht mitgetragen. Bezogen auf Europa zeigt sich hier eine besondere Identitätsschwäche, wenn für die hispano-lusitanischen Länder Osteuropa kulturell wie politisch ebenso weit entfernt zu sein scheint wie der Mittelmeerraum, der sich heute indirekt bis nach Südamerika erstreckt, für die nordischen Länder.

Umgang mit Kultur

Für den Umgang, die Analyse oder das Verstehen eines fremden Kulturbereiches sind über Wissen hinaus auch Wegweiser für das eigene Verhalten erforderlich. Für Soldaten finden sich diese zuerst in der eigenen soldatischen Kultur. General Hans Speidel nannte die im Grundsatz für jeden Soldaten geltenden Wegweiser im Januar 1967 zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Führungsakademie der Bundeswehr wie folgt: „*Fähigkeit zur Analyse der Umwelt, Kenntnis der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, historisches und politisches Bewusstsein, Planung und Zukunftsvorausschau, Herzensbildung und Kultur*“, und weiter: „*Wir wollen nicht in Geschichtslosigkeit fliehen, sondern das Bewahren als Kategorie des Schöpferischen nehmen*“³². Voraussetzungen hierfür sind neben der Charakterbildung und -stärke, ein erweitertes Wissen und eine vertiefte Bildung, die Talent und eben diesen Charakter vervollkommen und veredeln. Die Eckdaten der „Inneren Führung“ treten hinzu, welche sich über das hohe Maß an geistiger Freiheit, die Verpflichtung zur besonderen Hingabe an den Menschen bis hin zum mitdenkenden, verantworteten Gehorsam in der Bindung an eine letzte Instanz³³ erstrecken. Bemerkenswert ist der damalige Hinweis auf Anregung an Stelle von Losung oder Befehl.

Diese Eckdaten werden ergänzt durch die von Clausewitz so treffend formulierten „moralischen Größen“. Diese sind unverzichtbar für verantwortliches politisches wie militärisches Handeln und können als erstes Element der Strategie

angesehen werden. Diese Größen stellen sich dar als ein tradiertes ritterliches Treuverhältnis zum Staat wie zum Vorgesetzten sowie zu dem Kameraden und zu der Sache, dazu Mäßigung und Selbstbeherrschung, Besonnenheit und Enthusiasmus, ja auch Begeisterung, Tapferkeit zur Pflichttreue, Mut und Aufopferungsfähigkeit, die Kühnheit im Denken und Handeln, der zu akzeptierende Alltag der Strapaze und Abhärtung sowie der Heroismus der Hilfe im Gesetz der Kameradschaft³⁴. Nicht ohne Grund haben sich die diesen Forderungen zu Grunde liegenden vier klassischen Tugenden des auch noch heute gültigen antiken Bildungs- und Werteideals gerade im Mittelmeerraum herausgebildet: Frömmigkeit als Ehrfurcht vor ewig richtenden Mächten und vor jedem Menschen; Gerechtigkeit, die jedem das Seine in Frieden und Freiheit zuerkennt; Tapferkeit als Mut zum Entschluss, den das eigene Gewissen befiehlt, und die Besonnenheit, die in Glück und Unglück das rechte Maß findet und wahr³⁵.

Eine weitere Voraussetzung für ein Verstehen der anderen Seite ist jedoch ein unverzichtbarer Zugang zu eigenen Leitbildern – wie der Majestät des Rechts und der Freiheit – ganz im Sinne der Forderung nach einem eigenen Standpunkt bei Clausewitz:

„Es ist überhaupt nichts so wichtig im Leben, als genau den Standpunkt auszumitteln, aus welchem die Dinge aufgefasst und beurteilt werden müssen; denn nur von einem Standpunkte aus können wir die Masse der Erscheinungen mit Einheit auffassen, und nur die Einheit des Standpunktes kann uns vor Widersprüchen sichern“³⁶.

Diese Ausmittlung und deren daran anschließende transparente und glaubhafte Umsetzung in eine Analyse sind Grundvoraussetzungen jeden staatlichen Handelns. Um im Kontext unseres Themas zu bleiben, bedeutet diese Ausmittlung auch, sich mit der eigenen geschichtlichen Entwicklung offen und unvoreingenommen – sofern dies überhaupt geht – auseinander zu setzen. Nicht ohne Grund hat die Schule der „Annales“ besonders die eigene französische Identität untersucht und hinterfragt. Damit werden die eigene Kultur, Geschichte und Wertestruktur wichtige Bezugsgrößen. Zudem vermittelt diese Ausmittlung nicht nur Selbstvertrauen, sondern auch Respekt gegenüber sich selbst, ein Respekt, welcher wiederum die Voraussetzung für den notwendigen Respekt gegenüber einem anderen und seiner Kultur wird. Für den notwendigen Dialog im Rahmen einer der Analyse folgenden Konfliktbewältigung ermöglicht dies letztlich beiden Seiten eine den Diskurs versachlichende Verhaltenssicherheit und gewinnt damit eine vorstrategische Bedeutung.

Braudel schreibt, ganz im Verständnis der Apologie der Geschichtswissenschaft von Marc Bloch³⁷:

„Die Welt des Menschen, mit der sich die Geschichtswissenschaft befasst, muss (wenn alles andere gleich bleibt) wie eine physikalische Wissenschaft untersucht werden. Wir müssen sie beobachten, daraus deduzieren und unsere Ergebnisse mit Hilfe provisorischer Hypothesen verbinden; wir müssen experimentieren und nach Gesetzen suchen. Genauso wie die Physiker müssen auch wir Historiker eine wissenschaftliche Haltung einnehmen: leidenschaftslos beobachten, unvoreingenommen schließen, von unsren Leidenschaften, unsren Konstellationen, unsren moralischen und gesellschaftlichen Positionen abstrahieren. Der Historiker soll nicht urteilen, sondern erklären und verstehen“.

Nur diese Art einer Analyse, auch im Verständnis von Clausewitz, ermöglicht das Erkennen des Rationalen der anderen Seite, welches in der Konfliktforschung jedem potentiellen oder realen Gegner zugestehen ist, auch dann, wenn man dessen Wertegrundlagen nicht teilt. In diesem Zusammenhang bedarf es eines Hinweises auf die aktuelle Diskussion im Umgang mit Russland. Erkennen und Analyse der Beweggründe der anderen Seite bedeuten, diese zu verstehen, was jedoch längst nicht Verständnis oder Akzeptanz bedeutet. In diesem Sinn liegt das gängige Politschimpfwort „Russlandverstehler“ einfach falsch. Die schon angesprochene rechtzeitige Beschäftigung mit der ukrainisch-russischen Geschichte, dem Sonderfall der Krim und russischen Befindlichkeiten nach 1990 bis hin zur Aufrechterhaltung des Dialogs auf mehreren Ebenen hätte im Vorhinein, wenn schon nicht konfliktmildernd, zumindest aber krisenverhindernd wirken können.

Zusammengefasst ermöglicht die Symbiose aus der dargestellten Analyse, aus dem empiriegebundenen Verstehen des anderen und aus dem Bewusstsein der eigenen Werte erst den für alle Arten von Entscheidungen erforderlichen „Takt des Urteils“, einen der inhaltlich wie sprachlich schönsten Begriffe bei Clausewitz. Und um auf Braudel abschließend zurückzukommen: Sein Geschichtsbild ist geprägt von der Fernwirkung, der *longue durée*, historisch-kultureller Ereignisse mit ihrem Bezug zu einem Nachfolgenden. Geschichte wird damit immer zeitübergreifend und umfasst in ihrer Dauer jeweils verschiedene, aber einander überlagernde Zeiträume (*temporalités*), die zusammen existieren und zusammen in ihrer Dialektik von Dauer und Wandel gesehen werden müssen. Das aus dieser Sicht heraus entwickelte exemplarische Beispiel mit der Darstellung des Mittelmeerraumes zeigt, dass das Verstehen fremder Kulturen

und damit auch deren strategischen Denkens Grundlage jeder Geschichtsbeurteilung wird und über das jeweilige nationale Paradigma hinausgehen muss. Dies schließt die Berücksichtigung von Einflüssen wie Schnittstellen ein. Jede Analyse muss also nach den jeweiligen kulturellen Gegebenheiten in ihren zeitlichen wie räumlichen Zusammenhängen und Entwicklungen fragen, und dabei den Menschen in ihren Mittelpunkt stellen. Dennoch darf der eigene Werte- und Kulturbezug hierbei nicht unberücksichtigt bleiben und setzt selbst Maßstäbe. Erst dadurch erhält eine solche Analyse mit ihrem Verstehen des Anderen ihre strategische Dimension und kann, wenn schon nicht zur Beilegung eines Konflikts, so zumindest zur Verhinderung seines Ausbruchs in Krise oder Krieg beitragen.

Zum Autor: Ulrich C. Kleyser, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. wie des CNSS und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbindungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2011 M.A. in Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Oder „Geschichte als Maßstab [mesure], als Messinstrument oder Schlüssel zur Welt“.
- 2 J'ai la prétention de vous expliquer le temps présent", zitiert nach Fernand Braudel, Geschichte als Schlüssel zur Welt. Vorlesungen in Deutscher Kriegsgefangenschaft, 1941, hrsg. von Peter Schöttler, Stuttgart 2013, 208.
- 3 Ebda., 183. Fernand Braudel (1902 – 1985) folgte gedanklich den Begründern der Denkschule der „Annales“, Lucien Febvre (1878 - 1956), dem Vertreter einer „Mentalitätsgeschichte“, und Marc Bloch (1886 – 1944), als Widerstandskämpfer in der Nähe von Lyon erschossen) und wurde mit seinen Werken, insbesondere über den Mittelmeerraum, einer ihrer bedeutendsten Vertreter.
- 4 Fernand Braudel, Schriften zur Geschichte 1, Gesellschaft und Zeitstrukturen, Stuttgart 1992, 243 ff.
- 5 Fernand Braudel, Frankreich 1. Raum und Geschichte, Stuttgart 1989, 297.
- 6 Heraklit (Ephesos um 500 v. Chr.), Philosoph des Gegensatzes und der kosmischen Harmonie.
- 7 Herausragendes Beispiel sind die Kriege Karls XII. von Schweden, Napoleons und Hitlers gegen Russland.
- 8 Ein hier nicht weiter verfolgtes Phänomen ist die lange (durée) Geschichte der Sklaverei, vornehmlich auf dem afrikanischen Kontinent.
- 9 Pierre Nora (1931), französischer Historiker, Begründer der Idee der „Erinnerungsorte“ [lieux de mémoire].
- 10 Zitiert nach Etienne François und Hagen Schulze, Deutsche Erinnerungsorte, München 2002, I. 18.
- 11 Jacques Bénigne Bossuet (1627 – 1704). Als sittenstrenger Verfechter eines politisch ausgerichteten französischen Katholizismus und philosophische Stütze des Absolutismus nicht unumstritten.
- 12 Etienne François und Hagen Schulze, a. a. O., 23.
- 13 Christian Meier, Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns, München 2010. Des Weiteren zählen hierzu die Werke von Aleida Assmann oder David Rieffs Werk „In praise of forgetting“.
- 14 Fernand Braudel, a. a. O., 193.
- 15 65 Legionäre verteidigen sich als Vorhut eines Transportes gegen 2000 Mexikaner, 12 Legionäre überleben.
- 16 So u. a. noch 1973 Georges Duby, Der Sonntag von Bouvines – 21. Juli 1214, Berlin 1988.
- 17 Begriff, der dem römischen Schriftsteller Marcus Aeneas Lucanus (ca. 39 – 65 n. Chr.) in seinem Werk „Bellum civile“ mit Bezug auf die Kimbern- und Teutonen-schlachten um 100 v. Chr. zugeschrieben.
- 18 Jean-Pierre Perrin, Valmy - 1re victoire de la Nation, Paris 1989.
- 19 Ursprünglich erster Sonntag im Oktober. Das Rosenkranzgebet selbst ist erstmalig 1125 schriftlich verbürgt.
- 20 Siehe u. a. Philippe Buc, Heiliger Krieg. Gewalt im Namen des Christentums, Darmstadt 2015, 276.
- 21 Der Kanun, das albanische Gewohnheitsrecht nach dem sogenannten Kanun des Lekë Dukagjini (schriftlich erstellt um 1450), hrsg. mit Vorwort und Bibliographie von Robert Elsie, Pejë 2001.
- 22 Philipp II (1527 – 1598), Sohn Kaiser Karls V., König von Spanien.
- 23 Hier insbesondere das 1872/75 entstandene Monumentalgemälde ca. 4,5 x 10 m von Jan Matejko in Warschau.
- 24 Siehe hierzu Frithjof Benjamin Schenk, Tannenberg/Grunwald in Etienne François und Hagen Schulze a. a. O., 438ff.
- 25 Carl Zuckmayer (1896 - 1977), Franzosenzeit (1918 – 1930) in Soldatentum und Kultur, Festschrift für Hans Speidel, Frankfurt/Berlin 1967.
- 26 EKD-Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, Hannover 2007.
- 27 Konrad Vössing, Das Königreich der Vandalen, Darmstadt 2014, 115.
- 28 Diese Dreiteilung beruht u. a. auf dem spätrömischen Gelehrten und Politiker Boetius (474 – 524 n. Chr., von Theoderich ermordet), de consolatione philoso-

- phiae und wurde über die karolingische Königsidee weiterentwickelt. Siehe hierzu insbesondere Wolfgang Schmale, *Geschichte Frankreichs*, Stuttgart 2000, 60f. und Philippe Buc, a. a. O., 93.
- 29 Ebda, 263, nach Thomas von Aquin (1225 – 1274, Dominikaner, von Aristoteles inspirierter bedeutendster Vertreter der mittelalterlichen Scholastik), *summa theologiae*, II.I. q, 99, a.4).
- 30 Siehe Georges Duby, a. a. O., 125, 130, nach mittelalterlichen Quellen.
- 31 Braudel, *Mittelmeer*, a. a. O., I, 242.
- 32 Max Horst, Moltke, in *Soldatentum und Kultur*. Festschrift für Hans Speidel, a. a. O., 149.
- 33 Noch heute im Prinzip gültig, *BMVg*. (Hrsg.), *Handbuch Innere Führung*, Bonn2 1960.
- 34 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Bonn18 1973, 357 ff.
- 35 Peter H. Pfeiffer, *Die Humanisierung des Kriegshelden*, in *Soldatentum und Kultur*, Festschrift zum siebenzigsten Geburtstag von Hans Speidel, Frankfurt/M – Berlin 1967, 18f.
- 36 Clausewitz, a. a. O., 992.
- 37 Fernand Braudel, zitiert nach Peter Schöttler, a. a. O., 207.

Tradition und soldatisches Selbstverständnis – Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion

Vortrag, gehalten auf dem „Tag der Fallschirmjäger“ im September 2017 am
„Ausbildungsstützpunkt Luftlande- und Lufttransport“ in Altenstadt

Hans-Werner Fritz

Einführung

Ihnen allen, meine Damen und Herren, ist bekannt, dass derzeit der Traditionserlass der Bundeswehr von 1982 in Überarbeitung ist. Auslöser waren wesentlich der Fall des rechtsextremen Oberleutnants Franco A., die dann nachfolgenden Untersuchungen – unter anderem in der Garnison Illkirchen – sowie die Weisung des Verteidigungsministeriums, alle Unterkünfte der Bundeswehr auf Konformität mit eben dem Traditionserlass von 1982 zu überprüfen und die Ergebnisse zu melden. Dem Vernehmen nach wurden 400 Gegenstände, meistens mit Bezug auf die ehemalige deutsche Wehrmacht, gefunden.

All dies führte u.a. dazu, dass der bis dahin gültige Traditionserlass von 1982 überarbeitet werden soll. Natürlich kann man sich grundsätzlich die Frage stellen, ob ein Traditionserlass, der 35 Jahre alt ist und von daher weder die Wiedervereinigung, noch die Integration von Angehörigen der ehemaligen NVA sowie das Aussetzen der Wehrpflicht reflektieren kann, nicht überarbeitet werden sollte. Im übrigen Gründe, die auch offiziell als Anlass für die Überarbeitung genannt werden.

Aber seien wir ehrlich: Auslöser waren meines Erachtens der erwähnte Fall des rechtsextremen Oberleutnants und die sich daran anschließende Debatte über das Verhältnis von ehemaliger Wehrmacht zur Bundeswehr und die Frage, was denn aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 für die Bundeswehr traditionsstiftend sein könnte. Eine Diskussion, wie wir wissen, die die Bundeswehr seit ihrer Gründung begleitet – ich bin geneigt zu sagen: verfolgt – und die offensichtlich auch über 60 Jahre nach Aufstellung der Bundeswehr noch nicht abgeschlossen zu sein scheint.

Wer die derzeit laufenden Diskussionen zu diesem Thema innerhalb und außerhalb der Bundeswehr mitverfolgt hat, weiß, dass es durchaus „eine Welle gemacht hat“, wie die jüngere Generation sagen würde. Ich habe versucht, diese

Diskussion auch innerhalb der Truppe zu verfolgen und dort Beiträge zu leisten, wo ich es kann. Mich haben dabei drei Gedanken besonders geleitet:

Erstens: Wer über die Bedeutung des Themas „soldatische Tradition“ in Ruhe nachdenkt, wird möglicherweise zu dem Schluss kommen, dass wir im Grunde genommen über eine aktuelle Standortbestimmung der Bundeswehr sprechen. Denn wer über soldatische Tradition nachdenkt, der schaut keineswegs, wie manche fälschlich glauben, nur in die Vergangenheit. Im Gegenteil! Indem man die Frage stellt: „Was ist von Vergangenen heute für die Bundeswehr traditionswürdig?“ stellt man automatisch die Frage nach dem „Heute“ und „Jetzt“ und zieht dann fast zwangsläufig eine Linie in die Zukunft. Deswegen spreche ich von einer Standortbestimmung.

Zweitens: Die Pflege soldatischer Traditionen ist und war nie ein Selbstzweck. Die Pflege soldatischer Tradition dient ganz wesentlich der Formung des soldatischen Selbstverständnisses und in dieser Hinsicht auch der Erziehung besonders unserer jungen Soldaten. Als ehemaliger Truppenführer weiß ich, dass sich

Die Pflege soldatischer Traditionen ist und war nie ein Selbstzweck. Die Pflege soldatischer Tradition dient ganz wesentlich der Formung des soldatischen Selbstverständnisses und in dieser Hinsicht auch der Erziehung besonders unserer jungen Soldaten.

die jungen Soldaten schon fragen, woher sie kommen, worauf sich ihr Beruf gründet und wohin er sie führt. Wer auf diese Fragen Antworten geben will, wird an dem Thema „Tradition“ nicht vorbeikommen. Und die Antworten, die man dann gibt, sollten keine allzu „akademischen“ sein.

Gerade die jungen Soldaten wollen etwas „zum Anfassen“ haben, etwas, was sie verstehen.

Drittens: Wer über soldatische Traditionen spricht, muss sich darüber im Klaren sein, dass er auch immer über eine Auswahl spricht: Nicht alles, was vergangene Armeen geprägt hat, ist auch heute noch traditionswürdig oder -fähig. Wir müssen uns also sehr gut überlegen, was an Vergangenen auch heute noch dazu dienen könnte, unseren Soldaten den Zugang zu ihrem Beruf und zur Entwicklung ihres soldatischen Selbstverständnisses zu ebener. Diese Auswahl, die aus meiner Sicht immer zu treffen ist, macht genau den Unterschied zu dem, was man als „Traditionalismus“ bezeichnet, nämlich dem Bewahren um des Bewahrens willen. In diesem Zusammenhang noch eine Beobachtung: In der Diskussion um soldatische Traditionen beobachte ich gelegentlich einen Begriffswirrwarr: Häufig wird der Begriff „Tradition“ verwendet, aber gemeint sind eigentlich soldatisches Brauchtum und soldatische Rituale. Darüber

möchte ich im Folgenden nicht sprechen. Wer dazu etwas lesen möchte, schaue in den guten alten „Transfeldt“. Ich meine das Buch mit dem schönen Titel „Wort und Brauch in Heer und Flotte“. Es steht übrigens bei mir im Bücherregal, und ich blättere auch heute noch gern darin.

Workshop „Neuer Traditionserlass der Bundeswehr“ an der Führungsakademie der Bundeswehr

Ich habe am 1. Workshop zum Gesamtthema „Neuer Traditionserlass der Bundeswehr“ am 17. August 2017 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg teilgenommen. Der Workshop stand unter dem Thema „Die Tradition der Bundeswehr im Kontext von europäischer Verteidigungsidentität und transatlantischer Sicherheitspartnerschaft“. Die Formulierung des Themas klang mir zunächst sehr akademisch. Der Workshop hat aber gezeigt, dass das Thema unter den Teilnehmern wesentlich „bodenständiger“ und grundsätzlicher diskutiert wurde als ich zunächst angenommen hatte. Weitere Workshops sollen folgen.

Die Leitung dieser Auftaktveranstaltung lag bei Ministerin von der Leyen; der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wieker, war durchgängig anwesend. Teilnehmer waren im Wesentlichen Angehörige des Stabes der FüAkBw, Lehrgangsteilnehmer, akademische Vertreter sowie einige Ehemalige. In ihren einleitenden Worten gab die Ministerin u.a. zu verstehen, dass man sich bei der Überarbeitung des Traditionserlasses von 1982 Zeit lassen wolle, weil es das Thema erfordere.

Ich halte das für richtig, weil das Thema keine oberflächliche Behandlung verträgt und dass es auch aus dem gerade zu Ende gegangenen Wahlkampf herausgehalten wurde, wenn man denn unterstellt, dass es die Brisanz für ein Wahlkampfthema hatte.

Sehr gute Einführungsvorträge, auf die ich im Folgenden auch gelegentlich inhaltlich zurückgreifen möchte, führten in die Thematik ein. In insgesamt vier Arbeitsgruppen versuchte man eine erste Annäherung an das Thema und die sich daraus ergebenden weiteren Teilaspekte. Eine der Arbeitsgruppen leitete der Kommandeur der Führungsakademie, Konteradmiral Stawitzki, persönlich. In dieser Arbeitsgruppe war auch ein junger Major des britischen Heeres vertreten, der derzeit am Generalstabslehrgang teilnimmt. An ihn richtete der Kommandeur der FüAkBw die Frage: „Was versteht man in den britischen

Streitkräften unter Tradition?“ Der junge britische Major überlegte kurz und gab dann folgende ruhige Antwort: „Ich weiß nicht, was die Navy und die Airforce unter Tradition verstehen, ich kenne nur die Tradition meines Regiments!“ Erstaunte Nachfrage des Kommandeurs: „Aber was ist denn mit den Werten und Normen, auf denen Ihre Traditionen aufbauen?“ Wiederum gelassene Antwort des jungen Majors: „Ich bin britischer Staatsbürger und diene als Offizier meinem Land. Es ist doch klar, dass ich dessen Normen und Werte vertrete!“

Ich halte diese beiden Antworten für typisch britisch und auch für bemerkenswert! Natürlich ist mir klar, dass ein Land wie Großbritannien an das Thema „Soldatische Traditionen“ anders herangehen kann als wir Deutschen. Großbritannien blickt auf lange Zeiträume mit ungebrochenen Traditionslinien zurück. Aber dennoch haben gerade die Antworten des britischen Majors bei mir folgende Überlegungen ausgelöst:

Erstens: Offensichtlich muss man nicht alles aufschreiben und vorgeben, was gerade das Thema Tradition betrifft, sondern man sollte Freiräume lassen, um die Inhalte dort mit Leben zu füllen, wo sie auch wesentlich gelebt werden müssen und sollen, nämlich an der Basis in der Truppe.

Zweitens: Man hat in der Folge offensichtlich in Großbritannien verstanden, dass dies die Regimenter sind. Dort lässt man Freiräume zur Gestaltung und stellt die Traditionspflege in die Verantwortung der Kommandeure, wo sie auch hingehört. Warum geht das nicht auch bei uns?

Drittens: In Großbritannien setzt man offensichtlich als selbstverständlich voraus, dass die eigenen Soldaten die moralischen Grundwerte und ethischen Normen, auf denen das Leben in ihrem Land basiert, akzeptieren und für sie eintreten, weil sie ja auch dessen Staatsbürger sind! Mit Blick auf die deutschen Soldaten ist festzustellen, dass sie sich mit Dienst Eintritt per Eid verpflichten, die Werte des Grundgesetzes mit Leib und Leben zu schützen und in der Folge in die klaren Pflichten des Soldatengesetzes eingebunden sind. Muss man sie bei der Frage nach soldatischen Traditionen und soldatischem Selbstverständnis immer wieder an diese freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtungen erinnern?

Ich glaube, dass der Blick über den Zaun – und dies war ja auch ein Anliegen des 1. Workshops – sich durchaus lohnt und auch für die eigene Diskussion hilfreich sein kann.

Ich möchte auf diese drei vorgenannten Aspekte im Weiteren noch einmal eingehen und dazu zunächst einen kurzen Blick auf die bisherigen Traditionserlasse der Bundeswehr werfen.

Die Traditionserlasse der Bundeswehr

Ja, Sie haben richtig gehört, ich spreche von Traditionserlassen: Die Älteren hier im Saal werden sich bestimmt noch erinnern, dass es vor dem Erlass von 1982 bereits einen weiteren Erlass gegeben hat, nämlich den von 1965, der durch den damaligen Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel unterzeichnet wurde. Dieser Erlass mit der Überschrift „Bundeswehr und Tradition“ wurde erarbeitet, weil es zu dieser Zeit innerhalb der Bundeswehr, aber zu nicht geringen Teilen auch außerhalb der Bundeswehr zum Teil heftige Diskussionen vor allem um die Frage gab, was denn mit Blick auf die ehemalige deutsche Wehrmacht für die Bundeswehr tradierbar sei. Wie bereits eingangs gesagt, eine offensichtlich sehr alte Debatte. Der Erlass wurde bis auf die Kompanieebene verteilt und sollte einen Rahmen für die Traditionspflege setzen, die man damals klar bei den Truppenteilen sah. Die Abgrenzung zu den Greueln der Nazis sowie der Missbrauch soldatischer Gehorsam durch sie wurden klar und unmissverständlich angesprochen, die Freiheit im Gehorsam im demokratischen Rechtsstaat deutlich herausgestellt. Ich halte den Traditionserlass von 1965 auch heute noch für lesenswert. Er enthält u.a. eine Auflistung der Grundhaltungen des Soldaten, die sich auf Tradition gründen. Dazu gehörten neben anderen auch Toleranz, Gewissenstreue und – bedenkenswert für unsere heutige Zeit – Gottesfurcht!

Ich möchte Ihnen kurz aus drei Ziffern dieses Erlasses von 1965 zitieren, die ich auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion für hilfreich halte und die auch den Geist widerspiegeln, in dem der Erlass verfasst wurde:

Ziffer 6: „In der Geschichte nehmen alle Menschen teil an Glück und Verdienst wie an Verhängnis und Schuld. Diese Einsicht schützt vor einfältiger Bewunderung wie vor blinder Verkennung. Sie öffnet die Augen für den Reichtum der Tradition, macht tolerant, bescheiden und zugleich mutig, selbst Tradition zu bilden.“¹

Gerade die kluge Erkenntnis, die sich hinter dieser Ziffer verbirgt, würde ich mir heute öfter wünschen, wenn es um die Diskussion gerade um militärische Persönlichkeiten und deren Vorbildcharakter geht, die auch – aber häufig

nicht nur – in der ehemaligen Wehrmacht gedient haben. Hier sei auch an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt erinnert, der 2008 in einer Rede aus Anlass der Vereidigung von Rekruten sagte: „Dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen“. Ich bin sicher, dass Helmut Schmidt als ehemaliger Wehrmachtsoffizier sehr gut wusste, wovon er sprach, und es wirkt fast wie Hohn, dass gerade sein Bild in Wehrmachtsuniform zumindest kurzzeitig in der Bundeswehruniversität Hamburg, die zudem noch seinen Namen trägt, von der Wand genommen wurde.

Aus der Ziffer 12: „Zur besten Tradition deutschen Soldatentums gehört gewissenhafte Pflichterfüllung um des sachlichen Auftrages willen. Sie weiß sich unabhängig von Lob und Tadel und ist eine sichere Grundlage persönlicher Freiheit...“

Und schließlich aus der Ziffer 13: „Gehorsam und Pflichterfüllung gründeten stets in der Treue des Soldaten zu seinem Dienstherrn, der für ihn Recht, Volk und Staat gelobt. Er bindet beide, Soldaten und Dienstherrn im Gewissen...“

Damit wird unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass eine der, wenn nicht die Grundpflicht des Soldat der Gehorsam ist. Eine Forderung, an die wir uns auch heute öfter erinnern sollten. Gerade dann, wenn vor dem Hintergrund einer Reihe von Einzelereignissen, mögen sie zunächst auch bedeutender erscheinen als sie bei ruhiger Betrachtung tatsächlich sind, von dem einen oder anderen im Eifer des Gefechts sehr schnell der „Aufstand der Soldaten“ oder vorzugsweise der „Aufstand der Generale“ gefordert wird.

Es wird ebenso deutlich gesagt, dass dem gegenseitigen Treueverhältnis von Soldaten und Dienstherrn größte Bedeutung zukommt. Genau dem trägt der Wahlspruch der Fallschirmjäger, nämlich „Treue um Treue“, besonders Rechnung. Es war und ist mir deshalb unverständlich, warum gerade dieser Wahlspruch mit einem Verbot belegt wurde. Ich hoffe, dass dieses Verbot keinen dauerhaften Bestand haben wird. Wir Fallschirmjäger sollten auf jeden Fall weiter daran arbeiten, dass unser Motto wieder in den richtigen historischen Kontext gestellt wird. Ich möchte und werde dazu einen Beitrag leisten!

Der Traditionserlass von 1982 wurde zu Ende der Amtszeit des damaligen Verteidigungsministers Hans Apel herausgegeben. Wir sprechen zwar immer von einem Erlass, tatsächlich war aber von „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“ die Rede. Den Begriff „Richtlini-

en“ sollte man nicht überlesen, weil er die Grundaussage dieses Erlasses beschreibt, nämlich keine zu engen Vorgaben zu machen, sondern einen Rahmen zu setzen, in dem sich die Soldaten bewegen können. Dieser Erlass entstand als Folge eines erheblichen Drucks von außen, u.a. in Gestalt von gewalttätigen Demonstrationen gegen Gelöbnisse und militärische Zeremonien im Rahmen des Großen Zapfenstreichs. Der Erlass von 1965 wurde von Minister Apel aufgehoben.

Mit Blick auf die NS-Zeit wurde in der Ziffer 6 festgestellt, dass „in den Nationalsozialismus ... Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt (waren), teils ... schuldlos missbraucht (wurden)“. Daraus wurde geschlussfolgert, dass „ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich ... Traditionen nicht begründen (kann)“. Diese Formulierung ist klar in ihrer grundsätzlichen Abgrenzung zum Dritten Reich als Ganzem, nach meinem Dafürhalten allerdings auslegungsfähig – vielleicht sogar bewusst –, was die Rolle der ehemaligen Wehrmacht angeht und daraus abgeleitet die Frage, inwieweit zum Beispiel Soldaten, die in ihr gedient haben, durch ihre damaligen militärischen Leistungen traditionsstiftend sein können. Diese Ambivalenz klingt für mich auch in der vorhergehenden Aussage durch, wo es um schuldhaftes Verstrickung, aber auch um schuldlosen Missbrauch geht. Es bleibt abzuwarten, wie man im neuen Erlass mit diesem Problem umgehen wird. Immerhin haben bereits die Verteidigungsminister Wörner und Rühle betont, dass Soldaten der Wehrmacht, die weder exponierte Nationalsozialisten waren noch Verbrechen begangen hatten und durch herausragende Taten im Krieg hervorgetreten sind, Vorbilder für Soldaten der Bundeswehr sein können.

Abschließend zu den Richtlinien von 1982 sei noch auf die darin betonte besondere Verantwortung, aber auch die Handlungsfreiheit der Kommandeure und Einheitsführer mit Blick auf die Traditionspflege hingewiesen. In der Ziffer 21 heißt es dazu: „Kommandeure und Einheitsführer treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage von Grundgesetz und Soldatengesetz im Sinne der hier niedergelegten Richtlinie selbständig.“⁴² Auch an dieser Stelle bleibt abzuwarten, wie die Rolle der Offiziere in Führungsverantwortung mit Blick auf die Traditionspflege demnächst beschrieben sein wird.

Eine Zwischenbilanz

Lassen Sie mich eine erste Zwischenbilanz ziehen: Beide Erlasse, der von 1965 wie auch der von 1982 entstanden – wenn auch nicht ausschließlich – unter

erheblichem äußerem Druck. Auch der aktuelle Anstoß für die Überarbeitung der Richtlinien von 1982 ist zwar auf ein bundeswehr- internes Vorkommnis zurückzuführen, dem aber erheblicher öffentlicher Druck folgte. In allen Fällen musste erst äußerer Druck aufkommen, damit der Prozess der Überarbeitung der Erlasse in Schwung kam. Wegen des öffentlichen Drucks mussten zumindest die beiden letzten Erlasse sich dadurch inhaltlich bis zu einem gewissen Grad auch immer an die Öffentlichkeit wenden. Die Erlasse waren also nie ausschließlich „Bundeswehr interne“ Papiere und konnten es auch nicht sein. Dies zu berücksichtigen, halte ich für wichtig, weil dadurch besser verständlich wird, dass auch bestimmte Aussagen in den Erlassen zu finden sind, von denen wir Soldaten uns manchmal fragen, ob sie denn in einen solchen Erlass überhaupt hineingehören.

Ich halte beide Erlasse auch heute noch für lesenswert; viele gute Gedanken und Grundsätze sind darin enthalten. Beherzigt man das, wird man möglicherweise feststellen, dass der Änderungsbedarf vielleicht geringer ist als man auf den ersten Blick glaubt. Gerade der Erlass von 1982 kann durchaus an einigen Punkten schärfer gefasst und aktualisiert werden. Dies sollte aber behutsam geschehen und nicht „mit dem Brecheisen“.

Der Leiter der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin, Johannes Tuchel, soll einmal gesagt haben: „Geschichte kann ich mir nicht aussuchen, Tradition kann ich mir aussuchen.“ Das ist dann wohl so ähnlich wie mit „Familie“ und „Freunden“... Aber ernsthaft: Wenn es um das „Aussuchen“ für die Traditionslinien der Bundeswehr geht, dürfen wir nicht vergessen, dass allein die 10 Jahre zwischen 1945 und der Aufstellung der Bundeswehr 1955 bereits einen Traditionsbruch dargestellt haben. Die hoch emotionalen und heftigen Diskussionen im Zuge

Noch weniger dürfen wir vergessen, dass die Instrumentalisierung der Wehrmacht durch Hitler für seine Ziele vermutlich der größte Traditionsbruch war, den eine deutsche Armee hat je hinnehmen müssen.

der Aufstellung der Bundeswehr legen ein beredtes Zeugnis dafür ab. Noch weniger dürfen wir vergessen, dass die Instrumentalisierung der Wehrmacht durch Hitler für seine Ziele vermutlich der größte Traditionsbruch war, den eine deutsche Armee hat je hinnehmen müssen. Gerade der militärische Widerstand wäre nach meinem Dafürhalten nicht denkbar gewesen, wenn sich nicht Offiziere auf die moralischen und ethischen Wurzeln preußisch-deutscher Militärtradition und die darin enthaltenen Tugenden besonnen hätten und bereit gewesen wären, für diese Gesinnung mit ihrem Leben zu bezahlen .

Es geht bei Traditionen um Werte. Das unterscheidet sie gerade von militärischem Brauchtum und militärischen Ritualen; ich hatte bereits darauf verwiesen. Der deutsch-christliche Philosoph Josef Pieper hat „Tradition“ als die emotionale Übernahme von Wertvorstellungen aus der Vergangenheit definiert. Er hat damit „Wertvorstellungen“ eng mit deren „emotionaler Akzeptanz“ verbunden. Ich glaube, dass er damit Recht hat: Man kann niemanden zwingen, Traditionen anzunehmen, der Betroffene muss dazu innerlich bereit sein. Das gilt umso mehr für uns Soldaten und unser soldatische Selbstverständnis: Deswegen umso mehr, weil wir im Zweifelsfall bereit sein müssen, auch für den Erhalt dieser traditionellen Werte mit Gesundheit und Leben einzustehen und – dies wird in der öffentlichen Diskussion gern ausgespart – auch bereit sein müssen, Anderen Leben und Gesundheit zu nehmen. Deswegen sagte ich auch eingangs, dass Tradition und die damit verbundenen Werte dem Soldaten eingängig sein müssen. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass bei den Gefechten in Afghanistan die Soldaten im Kampf mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht an das Grundgesetz gedacht haben, sondern sich eher uralten soldatischen Werten wie Tapferkeit, Kameradschaft bis in den Tod, Gehorsam und Loyalität verpflichtet sahen, um nur einige zu nennen. Werte im Übrigen, die auch, aber nicht nur von vielen Soldaten der ehemaligen deutschen Wehrmacht persönlich gelebt wurden.



Claus Schenk
Graf von Stauffenberg

Das führt mich zum letzten Punkt meiner Zwischenbilanz: Die Bundeswehr wurde zu großen Teilen von Soldaten aufgebaut, die bereits in der ehemaligen deutschen Wehrmacht gedient hatten. Und um der historischen Wahrheit willen muss auch gesagt werden, dass ein kleinerer Teil auch der ehemaligen Waffen-SS angehört hat. Alle Soldaten wurden, bevor sie zum Dienst in der Bundeswehr zugelassen wurden, einer sorgfältigen persönlichen Überprüfung unterzogen. In der Folge wurde durch herausragende Köpfe dieser Generation u.a. das Konzept der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform entwickelt, die sich beide gegenseitig bedingen und seitdem zu den Grundlagen der Bundeswehr gehören. Ich selbst bin noch von Soldaten dieser Generation geführt und ausgebildet worden, und ich kann von keinem sagen, dass er ein verkappter Nazi gewesen sei. Viele von diesen hatten sich zudem hohe Tapferkeitsauszeichnungen im Krieg erworben und wussten genau, wie viel menschliches Elend regelmäßig mit Krieg einhergeht.

Leider hat sich dieser „Anfangsverdacht“ gegen die Bundeswehr im Sinne einer vermeintlich zu engen Bindung an die ehemalige deutsche Wehrmacht auch

Man kann niemanden zwingen, Traditionen anzunehmen, der Betroffene muss dazu innerlich bereit sein. Das gilt umso mehr für uns Soldaten und unser soldatische Selbstverständnis

auf dem Feld der Traditionen bis heute nicht ganz aufgelöst. Gern bedienen sich seiner auch heute noch gesellschaftliche Gruppierungen, die grundsätzlich gegen die Bundeswehr und das Bündnis opponieren und beides am liebsten abgeschafft sehen würden. Dies erklärt auch, warum Vorfälle wie der des mehrfach zitierten Oberleutnants Franco A. von manchen geradezu hysterisch aufgebauscht und zu einer „Causa Bundeswehr“ hochstilisiert werden. Der Fall ist ohne Frage schwerwiegend und ernst zu nehmen. Man darf dabei allerdings nicht außer Acht lassen, dass er – Gott sei Dank – nur einige sehr wenige betrifft angesichts einer Organisation mit allein 185.000 Soldatinnen und Soldaten. Diese alle unter einen Pauschalverdacht zu stellen ist nicht nur sachlich unsinnig, sondern auch allen Nicht-Betroffenen gegenüber respektlos und menschlich unanständig.

Blick nach vorn

Lassen Sie uns nach dieser Rückschau den Blick nach vorne richten. Die Bundeswehr ist nun über 60 Jahre alt. Damit ist sie älter als die ehemalige Reichswehr und die ehemalige Wehrmacht zusammengenommen. Zählt man die Armee des Kaiserreiches noch dazu, ist die Bundeswehr nur geringfügig jünger. Zu Recht kann man sich hier die Frage stellen, ob dieser – auch in historischen Zusammenhängen – lange Zeitraum nicht Grund genug ist, darüber nachzudenken, ob es nicht aus der Geschichte der Bundeswehr heraus Traditionen gibt, die sich als Linien in die Zukunft verlängern lassen und der derzeitigen Soldatengeneration und vielleicht auch nachfolgenden Richtschnur sein können? Ich glaube ganz fest, dass dies der Fall ist!

Welche Felder sind es, aus denen wir Traditionen ableiten könnten? Lassen Sie mich einige davon zumindest anreißen:

Die Bundeswehr von heute ist durch zunehmende Internationalisierung und Auslandseinsätze gekennzeichnet. Letztere decken immerhin nun auch schon wieder über 20 Jahre ab; ein Ende ist nicht in Sicht! In inzwischen über 40 Auslandseinsätzen wurden deutsche Soldaten – dies gilt vor allem für den Einsatz in Afghanistan – an die äußersten Grenzen ihres Berufes, an das, was ich

gern als „das scharfe Ende“ bezeichne, geführt und mit allen Härten von Gefechten konfrontiert. Wer die Gesichter der jungen Infanteristen besonders in den Jahren 2010/2011 in Afghanistan – überwiegend Fallschirmjäger, Gebirgsjäger und Grenadiere – nach zum Teil sechs und mehr Monaten durchgehendem Infanterieeinsatz gesehen hat, erinnert sich sehr schnell an Fotos ihrer Großväter im Zweiten Weltkrieg: Auch heute noch sind diese Gesichter von Strapazen, Entbehrungen, Müdigkeit und Erschöpfung gekennzeichnet. Als damaliger Kommandeur habe ich mir oft die Frage gestellt, wann ich meine Soldaten nach langen Tagen bei zum Teil 45 Grad und mehr spätestens aus dem Gefecht herauslösen muss, um ihnen eine Ruhepause zu gönnen. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass sich einzelne Soldaten in den Einsätzen und besonders in Afghanistan durch herausragende persönliche Tapferkeit ausgezeichnet haben und zu Recht mit dem entsprechenden Ehrenkreuz für Tapferkeit ausgezeichnet wurden. Wir sprechen mittlerweile von 29 derart ausgezeichneten Soldaten, von denen drei nur noch posthum geehrt werden konnten. Angesicht der Tausenden von Soldaten, die inzwischen allein in Afghanistan



Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan

waren, kann man ganz sicher nicht von einem inflationären Gebrauch dieser höchsten Stufe des Ehrenkreuzes sprechen. Sie wurde übrigens von dem oft zu Unrecht geschmähten Verteidigungsminister Jung eingeführt und von Bundespräsident Köhler gestiftet. In den Auslandseinsätzen seit 1992 haben bisher 108 Soldaten der Bundeswehr ihr Leben verloren. Der „Wald der Erinnerung“ beim Einsatzführungskommando in Potsdam ist diesen gewidmet. Bisher haben über 20.000 Besucher diesen Wald gesehen. Bei weitem nicht nur Soldaten, sondern überwiegend Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, darunter auch viele Schulklassen.

Ganz deutlich wird am Beispiel der Auslandseinsätze, dass die Soldaten heute durch die gemeinsamen Einsatzerlebnisse eng verbunden sind. Der „Leim“, der sie dabei zusammengehalten hat, basiert auf den klassischen soldatischen Tugenden wie auch bei ihren Vorgängergenerationen. Ihr berufliches Selbstverständnis ist dadurch deutlich geprägt worden. Hier können und müssen Traditionslinien aufgenommen und in die Zukunft übertragen werden. Dass diese Erfahrungen gemeinsam mit Soldaten verbündeter und befreundeter Nationen gemacht werden – oft buchstäblich Schulter an Schulter – ist meiner Meinung nach etwas, was sie von den Soldaten der ehemaligen Wehrmacht unterscheidet

und ein wertvolles Pfund, das es auch im Sinne von Traditionspflege zu wahren gilt. Denn eines steht für mich fest: Die Bundeswehr ist bisher und wird auch zukünftig nicht in Einsätze gehen, ohne multinational eingebunden zu sein. Dies geschieht nicht, weil unsere Verbündeten uns nicht trauen, sondern deshalb, weil weder die politischen noch die materiellen Belastungen der Einsätze eine Nation allein schultern kann. Dies gilt auch für die Großmacht USA.

Aber es sind nicht nur die Einsätze, die traditionsstiftend sein können und sollten? Ich denke zum Beispiel an die humanitären Hilfeleistungen im In- und Ausland, an denen die Bundeswehr bereits über Jahrzehnte – genau seit 1959 – beteiligt war. Auch dabei hat sich die Bundeswehr einen hervorragenden Ruf erworben und große Anerkennung verdient. Leider ist davon vieles in Vergessenheit geraten. Wer erinnert sich noch an die Brandkatastrophe von 1959 in der Nähe von Iserlohn? Acht harte Tage kämpften deutsche, belgische, britische und kanadische Soldaten tapfer dagegen an! Viele mögen sich noch an die Sturmflut

Auch mit Blick auf die humanitären und Rettungseinsätze – und die Liste ließe sich noch lang fortsetzen – bin ich ganz sicher, dass sich daraus Traditionen ableiten lassen, dass diese Einsätze an sich schon eine Tradition sind.

in Hamburg von 1962 erinnern. Aber wer weiß noch, dass an deren Bekämpfung insgesamt rund 40.000 NATO-Soldaten, darunter neben den deutschen auch britische, amerikanische und niederländische Soldaten beteiligt waren?

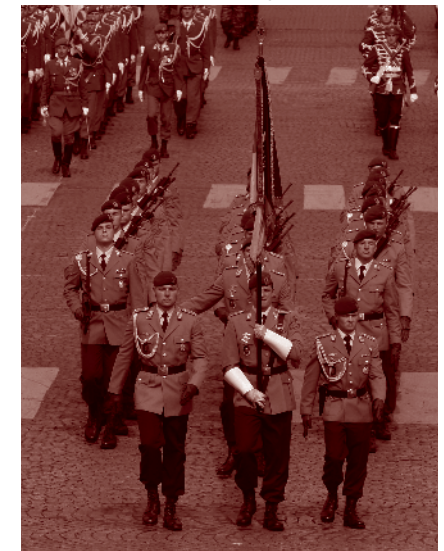
Wer erinnert sich heute noch an das verheerende Erdbeben von 1960 in der Gegend von Agadir in Marokko mit ca. 15.000 Toten? Neben Frankreich, Spanien und den USA schickten auch die Niederlande, Italien und Deutschland Soldaten zur Hilfeleistung. Der Einsatz der deutschen Soldaten wurde damals übrigens noch als „Übung“ deklariert.

Das große Oderhochwasser von 1997 will ich nur noch erwähnen. Es gibt übrigens eine nicht unerhebliche Zahl von Soldaten, die dabei waren und noch heute in der Bundeswehr dienen.

Auch mit Blick auf die humanitären und Rettungseinsätze – und die Liste ließe sich noch lang fortsetzen – bin ich ganz sicher, dass sich daraus Traditionen ableiten lassen, dass diese Einsätze an sich schon eine Tradition sind. Allerdings müssen gerade wir Soldaten selbst zulassen, dass auch diese Einsätze als „vollwertige“ Einsätze von uns selbst anerkannt und akzeptiert werden. Wir tun uns manchmal schwer damit. Aus dem einen oder anderen Gespräch ist bei mir gelegentlich der Eindruck entstanden, als wenn sich Traditionen nur

aus Kampfeinsätzen ableiten ließen. Eine Haltung, die ich besonders bei den Kampftruppen beobachte. Aber seien wir ehrlich: Gehört nicht sehr viel Mut und Tapferkeit dazu, in eine Feuersbrunst zu gehen, um zu löschen oder zu bergen oder einen Deich zu stabilisieren, der jederzeit aufbrechen kann und dann alles mit sich reißt? Ich glaube, dass dazu nicht weniger Mut und Tapferkeit gehören als sich im Angesicht des Feindes zu bewähren.

Wenn nur der Kampf und das Gefecht traditionsstiftend sein könnten, was ist dann mit den zig-tausenden von Soldaten, die weder an den Auslandseinsätzen noch an humanitären Einsätzen beteiligt waren? Ich rede nun von den Soldatengenerationen, die ihren Beitrag geleistet haben, dass der Kalte Krieg kalt geblieben ist. Ich selbst habe die ersten 17 Jahre meiner Dienstzeit als junger Kampftruppenoffizier im Kalten Krieg verbracht. Und ich bin sicher, dass ich für viele meiner und der Vorgängergenerationen spreche, wenn ich sage: Wir haben auch damals unseren Auftrag verdammt ernst genommen! In meinem Bücherregal stehen Chroniken von einigen Verbänden, in denen ich in dieser Zeit gedient habe. Wenn ich allein die Abwesenheiten von zu Hause in einem sogenannten „kleinen Übungsjahr“ in dieser Zeit zusammenzähle, so komme ich in der Summe schnell auf Abwesenheitszeiten, wie wir sie heute für Auslandseinsätze rechnen. Ja, es hat damals niemand auf uns geschossen! Gott sei Dank! Aber ich bin sicher, dass viele hier im Saal sich noch gut erinnern können, wie man nach drei oder vier Wochen Übungsplatzaufenthalt mit Schießvorhaben und freilaufenden Übungsanteilen nach Hause kam: Müde, schmutzig und oft auch ausgelaugt. Ich kann mich noch gut an eine dieser Rückkehren als junger Kompaniechef erinnern, wo ich gerade noch den Weg in die Badewanne geschafft habe, in der ich dann eingeschlafen bin. Meine Frau hat mich schließlich „gerettet“.



Fallschirmjäger der Saarlandbrigade bei der Parade am 14. Juli 2007 auf den Champs Élysées in Paris

Sie werden sich ebenso erinnern, dass es fast keine größere Übung gegeben hat, in der nicht Soldaten schwer verletzt wurden oder sogar zu Tode gekommen sind. Vielen ist es nicht bewusst, dass bisher über 3.200 Soldaten und zivile

Mitarbeiter der Bundeswehr in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben verloren haben. Das Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin erinnert daran.

Glauben wir wirklich, dass aus diesen langen Jahren des Einsatzes von so vielen für den Frieden und die Freiheit keine Traditionen abzuleiten sind? Gehört nicht viel Standhaftigkeit, Pflichtbewusstsein und Treue an die Aufgabe dazu, seinen Auftrag über Jahrzehnte gut und zuverlässig zu erfüllen, gerade wenn man nicht zum Einsatz kommt, so wie im Kalten Krieg? Ist es kameradschaftlich und loyal, dass wir den Dienst der Soldatengenerationen der Bundeswehr, die in ihr zwischen 1955 und 1992 gedient haben, so wenig würdigen? Ich meine, es wird auch hier höchste Zeit, darüber nachzudenken!

Ich bin mir wohl bewusst, dass ich heute an der Luftlande- und Lufttransportschule – ich kann mich mit dem Begriff „Ausbildungsstützpunkt“ noch immer nicht so recht anfreunden – vortrage und Sie von mir vielleicht erwarten, dass ich etwas zu dem Thema Tradition mit Blick auf die Fallschirmjäger sage. Ich will es zumindest versuchen.

Im Grunde gilt das, was ich im Vorangegangenen gesagt habe, auch für die Fallschirmjäger. Wobei ich einschieben möchte, dass mir der Begriff „Luftlandetruppen“ lieber ist. Natürlich bilden die Fallschirmjäger deren Kern, aber wir wissen alle, dass ohne die Unterstützung einer ganzen Reihe anderer Truppengattungen auch des Heeres die Einsätze der Fallschirmjäger nicht möglich wären. Was uns alle verbindet, ist die Fähigkeit, schnell als Soldaten der ersten Stunde und aus der Luft in den Einsatz verlegt zu werden.

Auch die Luftlandetruppen der Bundeswehr blicken auf eine über 60 jährige Geschichte zurück. Die Fallschirmjäger gehörten mit zu den ersten, die im multinationalen Verbund geübt haben. Die Übungsserie COLIBRI ist ein deutlicher Beleg dafür. Auch was die Auslandseinsätze angeht, waren die Fallschirmjäger zeitlich und räumlich ganz weit vorn mit dabei. Ich denke dabei an die Allied Mobile Force (Land), die sogenannte AMF (L), umgangssprachlich „NATO-Feuerwehr“ genannt. Die Aufgabe dieses multinationalen Verbandes war es, im Falle eines Angriffs des ehemaligen Warschauer Paktes die Flanken der NATO im Norden und Süden des Vertragsgebietes schnellstmöglich zu schützen und dabei ein Zeichen des Zusammenhaltes des Bündnisses zu setzen. Auf Anfrage der NATO von 1960 meldete Deutschland u.a. ein Fallschirmjägerbataillon in die AMF(L) ein. In der Folge nahm im Oktober 1961 erstmals das damalige Fallschirmjägerbataillon 262 einschließlich einer Sanitätskom-

panie und einer Luftlandefernmeldekompanie an der Übung FIRST TRY auf Sardinien teil. Die Übungen der AMF(L) setzen sich seitdem regelmäßig – zuweilen im Jahresrhythmus – fort. Die AMF(L) wurde nach über 40 Jahren ihres Bestehens 2002 aufgelöst. Ich bin mir ganz sicher, dass sich auch aus diesen Einsätzen Traditionen ableiten lassen, man muss sich nur daran erinnern und danach fragen. Wahrscheinlich sitzt heute hier im Saal noch eine ganze Reihe von Kameraden, die in der AMF(L) gedient haben und viel beitragen könnten.

Genauso wie in den anderen Truppengattungen des Heeres haben auch Fallschirmjäger der ehemaligen deutschen Wehrmacht einen ganz wesentlichen Beitrag zum Aufbau der Fallschirmtruppe der Bundeswehr geleistet. Nach allem, was ich gelesen und gehört habe, muss es auch hier herausragende Persönlichkeiten gegeben haben, über deren Wirken man zum Teil noch heute spricht. Das ist völlig in Ordnung, und wir sollten deren Andenken pflegen.

Mit den Einsätzen der Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg kam ich erstmals während meiner Ausbildung an der Führungsakademie in unmittelbare Berührung. Wir machten in dieser Zeit eine einwöchige kriegsgeschichtliche Exkursion nach Kreta, um den damaligen Einsatz der deutschen Fallschirmjäger vor Ort zu besprechen. Wir hatten das Glück, dass wir dabei von einem Ehemaligen begleitet wurden, der diesen Einsatz persönlich miterlebt hatte. Neben Erkenntnissen zu Taktik und Operationsführung stehen mir aus dieser Exkursion noch zwei Bilder vor Augen: Das erste bezieht sich auf den Grabstein eines jungen deutschen Fallschirmjägers, der bei diesem Einsatz zwei Wochen nach seinem 17. Geburtstag gefallen war.

Das zweite bezieht sich auf unseren Begleiter, der uns vieles so authentisch darstellte. Dem alten Mann brach die Stimme, als wir an einer Brücke ankamen, an der er Jahrzehnte vorher mit den Fallschirmjägern unter Feindfeuer in Deckung lag. Wir wurden alle sehr still und ließen ihm gern einige Minuten, um sich wieder zu sammeln.

Als ich dann 2001 meinen Dienst als Chef des Stabes der damaligen DSO antrat und damit in unmittelbarem Kontakt zu den Fallschirmjägern der Division kam, wurde mir schnell klar, dass gerade die Einsätze auf Kreta und die Schlacht um Monte Cassino bis heute nachwirken. Heute und hier ist nun weder der Platz noch die Zeit, diese Einsätze unter operativen Gesichtspunkten zu diskutieren. Besonders was Kreta betrifft, sprechen die Verlustzahlen leider eine nur zu deutliche Sprache. Ich empfehle in diesem Zusammenhang das

Buch von Brigadegeneral a.D. Dr. Roth zur Geschichte der deutschen Fallschirmtruppe zwischen 1936 und 1945.

Die Tatsache, dass diese Einsätze noch heute im Bewusstsein, sicher nicht aller, aber einer gewiss nicht geringen Zahl auch junger Fallschirmjäger sind, ist ver-

Mir ist gerade über die letzten Jahre klar geworden, welcher Verlust an gewachsenen Traditionen in der Bundeswehr durch die über mittlerweile Jahrzehnte andauernden ständigen Reformen, Umgliederungen und Auflösungen entstanden ist.

mutlich weniger auf die Taktiken und die damalige Operationsführung zurückzuführen. Es ist vielmehr ein tief emotionales Element, nämlich das Andenken an den Opfermut, die Tapferkeit und die Entschlossenheit im Kampf, der diese zum Teil blutjungen Soldaten auszeichnete. In

diesem Sinne standen auch diese Männer in der guten Tradition deutscher Soldaten vieler Generationen.

Ich freue mich jedes Mal, wenn ich höre, dass es zu Ehren der Gefallenen aller an der Schlacht um Kreta und Monte Cassino beteiligten Nationen Gedenkfeiern gibt, die dem Andenken an die Toten gewidmet sind und den Gedanken der Versöhnung in den Mittelpunkt stellen. Dies gilt im Übrigen auch für viele vergleichbare Veranstaltungen, die den Gefallenen aller Seiten bei anderen Schlachten gewidmet sind.

Es gibt noch einen Umstand, der die Traditionspflege bei der Fallschirmjäger- bzw. Luftlandetruppe bis heute erschwert und über den wir uns im Klaren sein müssen. Er liegt darin begründet, dass – ungleich zu anderen Truppengattungen – die Fallschirmjägertruppe ihre Existenz ausschließlich dem Dritten Reich verdankt und im Krieg an prominenter Stelle eingesetzt war. In der Folge wird besonders bei denen, die grundsätzlich gegen alles Militärische eingestellt sind, auch heute noch der Fallschirmtruppe der Bundeswehr unterstellt, sie habe eine besondere Nähe zur NS-Zeit. Dies ist zwar objektiv vollkommen falsch; das darin enthaltene Vorurteil wird aber durch Vorkommnisse wie das des vielzitierten Oberleutnants Franco A. geschürt und von einigen liebevoll gepflegt. Natürlich müssen wir uns keinem Vorurteil beugen, sondern haben das Recht, dagegen anzugehen. „Leisetreterei“ ist nicht angesagt und auch nicht nötig. Allerdings gebietet es die Klugheit, gerade auf so sensiblen Feldern wie Traditionspflege mit Vorsicht und Augenmaß vorzugehen. Man muss denen, die uns ohnehin nicht wohl wollen, nicht noch in die Karten spielen!

Ein letzter Punkt, was die Traditionspflege bei den Luftlandetruppen angeht, der aber nicht nur für diese gilt. Mir ist gerade über die letzten Jahre klar geworden, welcher Verlust an gewachsenen Traditionen in der Bundeswehr durch die über mittlerweile Jahrzehnte andauernden ständigen Reformen, Umgliederungen und Auflösungen entstanden ist. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Die Reformen wurden zum jeweiligen Zeitpunkt, als über sie entschieden worden ist, als nötig und unaufschiebbar bewertet. Im Übrigen teilt hier die Bundeswehr das Schicksal der meisten vergleichbaren europäischen Armeen. Möglicherweise aber stärker, da die Bundeswehr ein typisches Kind des Kalten Krieges ist. Ich bin mir auch darüber im Klaren, dass die Gefahr, Traditionen zu verlieren, nicht das entscheidende Kriterium für die Durchführung von Reformen sein kann. Man darf aber diesen Umstand nicht aus den Augen verlieren, da er tief in das Innere Gefüge von Einheiten und Verbänden hineinwirkt.

Schluss

Über das Thema „Tradition und soldatische Selbstverständnis“ ließe sich noch viel sagen. Ich habe aber in der Überschrift zu meinem Vortrag nicht umsonst von Anmerkungen gesprochen. So habe ich z.B. das Thema „Traditionspflege in der NVA“ komplett ausgespart. Dies wäre ein eigener Vortrag geworden. Ich halte das Thema für wichtig, weil in der Bundeswehr eine nicht geringe Anzahl von Soldaten dient und gedient hat, die Vordienstzeit in der NVA hatten. Wir sollten auch nicht vergessen, dass inzwischen auch Söhne und Töchter von ehemaligen NVA-Soldaten bei uns dienen.

Der neue Erlass sollte vor allem der Truppe Spielräume lassen und die Durchführungsverantwortung für Traditionspflege dort belassen oder dorthin zurück delegieren, wo sie hingehört, nämlich bei den Einheiten und Verbänden.

Mir kam es mit meinem Vortrag darauf an, einige Gedanken und Überlegungen mit Ihnen zu teilen, die mir wichtig erschienen und zum Teil wirklich am Herzen lagen. Vielleicht können wir in der noch verbleibenden Zeit den einen oder anderen Punkt, der Ihnen wichtig ist, aufgreifen.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle schließen und zusammenfassen:

1. Die Überarbeitung des Traditionserlasses enthält einige Risiken, aber noch mehr Chancen. Letztere sollten wir nutzen. Alle, auch die Ehemaligen und die Angehörigen der Reserve sind zur Mitarbeit aufgerufen.

2. Der Traditionserlass von 1982 enthält viele gute Gedanken, die man aufgreifen sollte. Es lohnt sich ebenfalls, noch einmal den Erlass von 1965 daneben zu legen. Für ihn gilt Gleiches wie für den Erlass von 1982.
3. Der neue Erlass sollte vor allem der Truppe Spielräume lassen und die Durchführungsverantwortung für Traditionspflege dort belassen oder dorthin zurück delegieren, wo sie hingehört, nämlich bei den Einheiten und Verbänden. Dort dient inzwischen die „Generation Einsatz“, d.h. junge Soldatinnen und Soldaten, die ihren Beruf mit allen Härten kennengelernt haben.
4. Die in der Truppe eingesetzten Führer und Soldaten haben unser aller Vertrauen verdient! Ich bin mir sicher, dass die Kommandeure und Einheitsführer mit Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß an alle Fragen der Traditionspflege herangehen werden.
5. Der neue Traditionserlass sollte in Sprache und Inhalt so abgefasst sein, dass er auch von den jungen Soldaten verstanden wird.
6. Allen, die an der Arbeit am neuen Erlass beteiligt sind, muss klar sein, dass seine Inhalte unmittelbar auf das soldatische Selbstverständnis und damit auf das Innere Gefüge der Truppe zurückwirken.
7. Es sollte akzeptiert werden, dass unbenommen des Missbrauchs von Soldaten und unzweifelhafter schuldhafter Verstrickung in die Machenschaften des Dritten Reiches auch bei sehr vielen Soldaten der ehemaligen Wehrmacht soldatische Tugenden unter zum Teil härtesten Bedingungen gelebt wurden.
8. Die Bundeswehr mit ihrer inzwischen über 60 jährigen Geschichte bietet auf vielen Feldern Anknüpfungspunkte für eigene Traditionen und zukunftsorientierte Traditionslinien. Wir sollten und müssen dies nutzen!

Zum Autor: Dipl.-Päd. Hans-Werner Fritz, Generalleutnant a.D., war in letzter aktiver Verwendung Befehlshaber des Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam. https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Werner_Fritz. Er schied Ende 2015 aus dem aktiven Dienst aus. Generalleutnant a.D. Fritz ist Vizepräsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Quelle: Erlass „Bundeswehr und Tradition“, 1965
- 2 Quelle: „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“, 1982

Der militärische Beitrag zum strategischen Denken und Handeln

Christian E. O. Millotat
Manuela R. Krueger

Können aus der militärischen Führungsphilosophie, der militärischen Führungslehre, den militärischen Führungsverfahren und kriegsgeschichtlichen Beispielen Grundprinzipien strategischen Denkens herausdestilliert werden, deren Anwendbarkeit nicht auf Streitkräfte beschränkt ist, sondern auch in Politik, der öffentlichen Sicherheitsvorsorge sowie der privatwirtschaftlichen Unternehmensführung genutzt werden kann? Dieser Frage wird in diesem Aufsatz nachgegangen. Zunächst wird untersucht, was unter Strategie und strategischem Denken und Handeln zu verstehen ist.

In seinem Buch: *Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert*, von 2012 hat Lennart Souchon festgestellt:

*„In Deutschland ist Strategie im gegenwärtigen Tagesgeschehen zu einer vielfach genutzten Worthülse verkümmert“. Und er fordert: „Angesichts dieses Dilemmas ist es höchste Zeit, ausgewählte Führungspersönlichkeiten zielgerecht weiterzubilden, damit sie das strategische Denken beherrschen“.*¹

Die folgenden Beispiele stützen diese Feststellung: In der Junge Freiheit vom 8. April 2016 wurde der Nachruf von Detlef Kühn auf den früheren deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher unter die Überschrift gestellt: *„Mehr Taktiker als Stratege. Hans-Dietrich Genscher hat sich vor 1989 nie zu einer operativen Wiedervereinigungspolitik entschließen können“.*² Im diesem Text fehlt jedoch eine Erläuterung der verwendeten Begriffe „Stratege“ und „Taktiker“.

Im *Weißbuch 2016* der deutschen Bundesregierung, *Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, das im Bundeskabinett abgestimmt wurde und für die gesamte Regierung bindend ist, wird eine strategische Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik vorgenommen. Das Weißbuch soll Anknüpfungspunkte für eine gesamtstaatliche Strategie anbieten.³ Erfüllt es diesen Anspruch? Ist in ihm eine neue Strategie entwickelt worden? Hat die Befassung des Deutschen Bundestages mit dem Mord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg durch Soldaten der Streitkräfte des untergegangenen Osmanischen Reiches eine strategische Dimension? Gehört dieser Vorgang in den Bereich des strategischen Denkens und Handelns? Ist die eingeleitete Wie-

derbelebung des Zivil- und Katastrophenschutzes angesichts der terroristischen Bedrohungen unserer Zeit sowie den krisenhaften politischen Entwicklungen an der Ostgrenze der NATO eine neue Strategie?⁴

In der Wirtschaft ist von Strategiesitzungen die Rede, von strategischem Denken, von strategischen Konzepten oder von strategischer Planung. Wenn man einen Blick hinter solche Formulierungen wirft, fällt auf, dass der Zusatz „strategisch“ offenbar gerne verwendet wird, um den dahinter stehenden Begriff aufzuwerten. „Strategisches Denken“ heißt in Wirklichkeit, man macht sich Gedanken über die Zukunft.⁵

In der Wirtschaft ist von Strategiesitzungen die Rede, von strategischem Denken, von strategischen Konzepten oder von strategischer Planung. Wenn man einen Blick hinter solche Formulierungen wirft, fällt auf, dass der Zusatz „strategisch“ offenbar gerne verwendet wird, um den dahinter stehenden Begriff aufzuwerten. „Strategisches Denken“ heißt in Wirklichkeit, man macht sich Gedanken über die Zukunft.

Der spätere französische Marschall Ferdinand Foch (1851-1929) hielt an der *École Militaire* in Paris seine Offizierstudenten dazu an, vor dem Herangehen an eine Aufgabe die Frage „De quoi s’agit-il?“ – „Um was handelt es sich?“ zu stellen.⁶ Und Johann Wolfgang von Goethe hat in seinen *Maximen und Reflexionen* festgestellt: „Wer klare Begriffe hat, kann befehlen.“⁷ Bevor man befehlen kann, muss man verstanden haben, um was es sich handelt, einen eigenen Standpunkt entwickelt und einen Entschluss gefasst haben. Diese Appelle zum präzisen Gebrauch von Begriffen und zum analytischen Herangehen an das Thema werden in diesem Aufsatz beachtet. Dabei wird folgender Sachverhalt nicht überraschen: Grégoire Monnet hat in seiner 2016 erschienen Arbeit *„The Evolution of Strategic Thought Since September 11, 2001“* herausgestellt, dass niemand, der sich mit strategischem Denken befasst, an den Erkenntnissen von Carl von Clausewitz vorbeigehen könne, die der General in seinem Buch *Vom Kriege* dargestellt hat. Es durchzieht sie, sagt Monnet, *„like a subterranean river“*.⁸ „Clausewitz’ Werk Vom Kriege, fordert er, „must be understood in the political and strategic context of the 21st century and not that of the 19th century.“⁹

In einem Interview zu 60 Jahren Bundeswehr, das im Clausewitz-Jahrbuch 2015 veröffentlicht worden ist, hat sich der Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Military Committee, General a.D. Wolfgang Altenburg, zu den Erkenntnissen von Clausewitz so geäußert:

„Die Methoden und Erkenntnisse [von] Clausewitz haben m.E. durchaus einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Bundeswehr ausgeübt. [...] Wichtig ist eine Projektion der Clausewitz'schen Erkenntnisse in die Zukunft; hierzu bedarf es einer entsprechenden Transferleistung. Die Streitkräfte müssen dabei als ‚Komponente des Ganzen‘ im umfassend vernetzten Sicherheitsansatz betrachtet werden.“¹⁰

Diese Bewertungen haben großes Gewicht, daher werden Einsichten von Clausewitz ein Wegweiser und geistiger Anker dieser Arbeit sein. Sie werden, für unsere Zeit und Verhältnisse übersetzt, herangezogen.

Die Begriffe „Strategie“ und „Strategisches Denken“ werden wie folgt definiert: Eine Strategie – im Sinne einer nationalen Sicherheitsstrategie oder „Grand Strategy“ wie die US-Amerikaner sie bezeichnen – verbindet durch die Festlegung des Zwecks und der Handlungsweisen der Verantwortlichen die

Für Clausewitz war ein Strategie immer ein „wissender Praktiker“, der seine Gedanken in Handeln umzusetzen vermag. Einen reinen Theoretiker lehnte er ab. Das trifft auch für bedeutende Soldaten der deutschen Militärgeschichte zu wie den Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke und andere.

Politik mit den Streitkräften und bestimmt, wie die Ziele der Politik gegen die Mittel und Handlungen eines Gegners unter friktionalen Bedingungen mit Erfolg durchgesetzt werden können. Sie wirkt damit auf den Willen des Gegners ein, um diesen im Sinne der eigenen Interessen und Ziele zu verändern. Strategisches Denken verbindet die Strategie, Ergebnis eines Denkprozesses, mit Methoden des praktischen Handelns. Diese ordnen und kontrollieren unter dem Primat der Politik das Instrument Streitkräfte und ihren Gebrauch als Teil einer kontinuierlichen, realistischen und flexiblen staatlichen Politik der Sicherheitsvorsorge. Für Clausewitz war ein Strategie immer ein „wissender Praktiker“, der seine Gedanken in Handeln umzusetzen vermag.¹¹ Einen reinen Theoretiker lehnte er ab. Das trifft auch für bedeutende Soldaten der deutschen Militärgeschichte zu wie den Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke und andere.

Politisches Denken verbindet die Strategie, Ergebnis eines Denkprozesses, mit Methoden des praktischen Handelns. Diese ordnen und kontrollieren unter dem Primat der Politik das Instrument Streitkräfte und ihren Gebrauch als Teil einer kontinuierlichen, realistischen und flexiblen staatlichen Politik der Sicherheitsvorsorge. Für Clausewitz war ein Strategie immer ein „wissender Praktiker“, der seine Gedanken in Handeln umzusetzen vermag.¹¹ Einen reinen Theoretiker lehnte er ab. Das trifft auch für bedeutende Soldaten der deutschen Militärgeschichte zu wie den Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke und andere.

Die Wurzeln sowie Methoden und Verfahren praktischen Handelns zur Umsetzung militärischen Denkens liegen im preußisch-deutschen Generalsstabssystem und in der preußisch-deutschen Militärkultur mit der von Generationen von Generalstabsoffizieren entwickelten militärischen Führungslehre und den militärischen Führungsverfahren, die in modernem Gewandt in der Bundeswehr fortwirken und von unseren Verbündeten vielfach übernommen worden sind.¹² Hinzu kommen Erfahrungen aus den jüngsten internationalen

Krisenreaktionseinsätzen. Diese bieten eine aktuelle Beurteilungsgrundlage über Defizite im heutigen strategischen Denken und Handeln.

Wie können militärische Entscheidungsverfahren für die Sicherheitsvorsorge Deutschlands und für multinational strukturierte internationale Krisenreaktionseinsätze der politisch-strategischen Ebene nutzbar gemacht werden? Nach der Beantwortung dieser Frage wird an einigen historischen Beispielen gezeigt, welche positiven, aber auch negativen Einflüsse strategisches Denken und Handeln auf die Politik Deutschlands vor und im Ersten Weltkrieg hatte. Am Schluss erfolgt ein Blick in die Wirtschaft.

Für jede Ebene gilt: Keine Entscheidung ohne Entscheidungsprozess mit einer Beurteilung der Lage

In der Dienstvorschrift Grundzüge der höheren Truppenführung vom 1. Januar 1910 hat der Chef des Generalstabes der Armee von 1906 bis 1914, General der Infanterie Helmuth von Moltke, auf Gedanken seines Onkels, des Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke gründend, formuliert:

„Bei der Mannigfaltigkeit und dem raschen Wechsel der Lagen im Kriege ist es unmöglich, bindende Regeln zu geben, nur Grundsätze und allgemeine Gesichtspunkte können einen Anhalt gewähren. Das Schema versagt; treffende Beurteilung der Lage allein vermag dem Handeln die richtigen Bahnen zu weisen.“¹³

Dies gilt auch für viele Felder des heutigen Friedensdienst- oder Grundbetriebs in den Streitkräften. Der militärische Entscheidungsvorgang entlang eines strukturierten Prozesses wurde Schritt für Schritt im 19. Jahrhundert zunächst in der Preußischen Armee, dann in gemeinsamen deutschen Streitkräften entwickelt. Die vor allem von Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke und seinen Nachfolgern als Chefs des Generalstabes der Armee weiterentwickelten Verfahren der Stabsarbeit sowie das Miteinander in den Stäben, das Entscheidungsverfahren Beurteilung der Lage, die Bedeutung des Entschlusses, den der Truppenführer persönlich zu fassen hat, die herausgehobene Stellung des Chefs des Stabes als dessen Alter Ego, eine Befehlsgebung, die den nachgeordneten Führern im Sinne der Auftragstaktik möglichst große Handlungsfreiheit einräumt und die Planungshorizonte der verschiedenen Führungsebenen berücksichtigt, sind noch immer Grundsätze der Stabsarbeit in der Bundeswehr und ihrer militärischen Führer.¹⁴ Sie sind Elemente der preußisch-deutschen Militärkultur. Militärisches Führen im Deutschen Heer ist in den Heeres-

dienstvorschriften HDv 100/100 Truppenführung von Landstreitkräften vom November 2007 und in der HDv 100/200 Führungssystem der Landstreitkräfte von 2009 für den nationalen sowie internationalen Bereich geregelt worden. Diese Dienstvorschriften werden auch von der Streitkräftebasis, Marine und Luftwaffe berücksichtigt.¹⁵

Die Ziele des militärischen Entscheidungsprozesses sind:

- Rechtzeitig zu einem zweckmäßigen Entschluss zu kommen,
- Schnell eine ausreichende Befehlslage herzustellen,
- Allen Beteiligten die erforderliche Zeit zu verschaffen,
- Befehle in eigenes Handeln umzusetzen.¹⁶

„Er vollzieht sich in einem fortwährenden Zyklus der Phasen:

- Lagefeststellung und Kontrolle,
- Entscheidungsfindung,
- Planung,
- Befehlsgebung und erneut
- Lagefeststellung und Kontrolle.“¹⁷

Der Entscheidungsprozess wird im preußisch-deutschen Generalstabssystem von Generalstabsoffizieren, auch Führergehilfen genannt, sowie Spezialstabsoffizieren unter der Leitung eines Chefs des Stabes auf allen militärischen Führungsebenen durchgeführt. Chefs der Stäbe werten zusammen mit den Truppenführern den Auftrag aus, beurteilen die Lage und entwickeln den Entschluss. Dabei kann hinterher kaum noch festgestellt werden, wer welchen Beitrag geleistet hat. Der jeweilige Vorgesetzte ist alleine befugt zu entscheiden und, im

Militärisches Denken kann nur in erfolgreiches praktisches Handeln und erfolgreiche Führung umgesetzt werden, wenn auf jeder militärischen Ebene ein strukturierter Entscheidungsprozess stattfindet. Dieser bedarf qualifizierter Offiziere, eines eingespielten Führungssystems sowie der Fähigkeit und Bereitschaft aller Akteure, einen solchen Prozess mit zu gestalten und sich führungsebenengerecht in ihn einzubringen.

Sinne der Forderung nach Einheit der Führung, seine Truppe zu führen. Wenn der Vorgesetzte eine Entscheidung getroffen hat, führt sie der Chef des Stabes mit seinen Offizieren loyal aus.¹⁸

Militärisches Denken kann nur in erfolgreiches praktisches Handeln und erfolgreiche Führung umgesetzt werden, wenn auf jeder militärischen Ebene ein strukturierter Entscheidungsprozess stattfindet. Die-

ser bedarf qualifizierter Offiziere, eines eingespielten Führungssystems sowie der Fähigkeit und Bereitschaft aller Akteure, einen solchen Prozess mit zu ge-

stalten und sich führungsebenengerecht in ihn einzubringen. Führergehilfen des preußisch-deutschen Generalstabssystems zeichnet aus, dass sie auf ihre Vorgesetzten mit Rat drängend einwirken und nicht abwarten, bis diese sich äußern, wie dies in vielen anderen Streitkräften üblich ist.¹⁹ So war es beispielsweise 1996 nicht die Idee eines Ministers oder eines militärischen Vorgesetzten, deutsch-österreichische Heeresgeneralstabsbesprechungen einzuführen. Vielmehr haben damals die Generale Horst Pleiner und Günter Hochauer auf der österreichischen Seite und der Autor als Stabsabteilungsleiter III im damaligen Führungsstab des Heeres (in früheren deutschen Heeren als Chef der Operationsabteilung bezeichnet) diesen Plan beraten. Er wurde von den militärischen Vorgesetzten nachträglich gebilligt.

Im preußisch-deutschen Generalstabssystem hat der Generalstabsoffizier die Pflicht, seinen Vorgesetzten zu beraten. Vorgesetzte leben in ihren Stäben, Hauptquartieren, Ämtern und im Verteidigungsministerium in einer Umgebung ständig mitdenkender, beratender sowie zu Entscheidung und Tat drängender Führergehilfen. Der Vorgesetzte - das gibt es nur in Deutschland - soll ihren Rat anhören.²⁰

Erfolgreiche Politik setzt Klarheit über Ziele, Strategien und Taktiken zu ihrer Umsetzung sowie die Vermittlung von alledem in der Öffentlichkeit voraus. Sie können nur in strukturierten Entscheidungsprozessen gewonnen werden. Auf der politisch-strategischen Ebene sind diese aber nicht die Regel. Politiker entscheiden und handeln oft intuitiv, „aus dem Bauch heraus“, aus wahltaktischen und aus anderen Gründen. Das ist bei den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan deutlich geworden. General a.D. Altenburg hat im Clausewitz-Jahrbuch 2015 diesen Mangel beklagt und ausgeführt:

„Bei allem Verständnis für mögliche sehr unterschiedliche Perspektiven scheint es mir weiterhin sehr wichtig zu sein, eine Lagebeurteilung umfassend und vollständig vorzunehmen. Dabei müssen Risiken und potentielle Bedrohungen vorurteilsfrei und hinreichend betrachtet werden. Hierbei sollte es keine Berührungszonen und keine künstlich errichteten Tabuzonen geben.“²¹

Er hält wie viele andere einen Entscheidungsprozess auch auf der höchsten Ebene für unerlässlich.

Lennart Souchon hat in seiner angeführten Arbeit einen Vorschlag entwickelt, wie die Elemente des militärischen Entscheidungsprozesses für die politisch-

strategische Ebene zum Entwickeln eines eigenen Entscheidungsprozesses genutzt werden können. Er zieht dazu die „Wunderliche Dreifaltigkeit“ von Clausewitz heran, um eine Konfliktlage ganzheitlich durchdenken und erfassen zu können.²²

Mit ihren Elementen „ursprüngliche Gewaltbarkeit des Krieges“, „Spiel der Wahrscheinlichkeit und des Zufalls“ sowie „untergeordnete Natur des politischen Werkzeugs des Militärs“, die unterschiedlich ausgeprägt sind und sich gegenseitig beeinflussen, leitet er den Führungsprozess auf der politisch-strategischen Ebene ein und verschafft einen ganzheitlichen Überblick. Dieser erste Schritt entspricht der Phase Lagefeststellung und Kontrolle des militärischen Entscheidungsprozesses.

In einem zweiten Schritt wird das „Maß der Mittel“ herausgearbeitet. Dazu werden die eigenen Mittel und Fähigkeiten mit denen des Gegners verglichen. Dieser Vergleich ist die Grundlage für die Entscheidung zum Einsatz militärischer und anderer Mittel und für die strategischen Weichenstellungen. Dem entspricht im militärischen Führungsprozess die Phase Entscheidungsfindung.

In einem dritten Schritt wird die Zweck-Ziel-Mittel-Relation durchleuchtet und die Relation von übergeordnetem politischem Zweck zu den militärischen Zielen und Mitteln herausgearbeitet.

Im Kriegsplan, dem heutigen strategischen Konzept, wird der gesamte Ablauf strukturiert. Dabei sind die Fragen zu beantworten, welchem Zweck der Kriegsplan dient und welches Ziel damit erreicht werden soll. Das entspricht den Phasen Planung und Befehlsgebung des militärischen Führungsprozesses. Ohne eine stringente Zweck-Ziel-Mittel-Analyse wäre es unverantwortlich, Streitkräfte einzusetzen.

Der politische Zweck kann sich im Verlauf eines Einsatzes ändern. Das entspricht der Phase erneute Lagefeststellung und Kontrolle des militärischen Entscheidungsprozesses.

Mit anderen Worten: Wenn auf der politisch-strategischen Ebene ein möglicher Konflikt Beratungsgegenstand ist, durchläuft der vorgeschlagene Entscheidungsprozess vier Schritte. Alle an ihm beteiligten Akteure wirken an ihm gleichberechtigt mit.

1. **Schritt:** Lagefeststellung mittels der Elemente der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ nach Clausewitz.
2. **Schritt:** Nach Abwägen von Optionen, die im Rahmen der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ ermittelt worden sind, ein vielschichtiger Vergleich der eigenen Fähigkeiten mit denen des Gegners.
3. **Schritt:** Konkretisierung des geplanten Einsatzes von Streitkräften.
4. **Schritt:** Überprüfung der Lageentwicklung.

Möglicherweise gibt es auch andere Verfahren zur Umsetzung von strategischem Denken in strategisches Handeln auf der politisch-strategischen Ebene. Vor allem aber bietet der militärische Entscheidungsprozess eine solide, für die höchste Führungsebene nutzbare Grundlage an. Unerlässlich ist, dass vor politischen Entscheidungen auf der politisch-strategischen Ebene immer ein strukturierter Entscheidungsprozess stattfindet, bevor eine Entscheidung gefasst, ein Entschluss getroffen wird. Nur dann können sie systematisch, unter Berücksichtigung aller Faktoren, entwickelt werden.

Ein so gestalteter Entscheidungsprozess erfordert von allen Beteiligten der politisch-strategischen Ebene Bildung in den entscheidungsrelevanten Feldern sowie Schulung und Disziplin. Bei den internationalen Krisenreaktionseinsätzen der jüngsten Zeit, bei ihrer Planung und Steuerung durch die politisch-strategische Ebene sind in diesem Bereich gravierende Defizite deutlich geworden. Dies immer dann, wenn Entscheidungen und Entschlüsse nicht das Ergebnis eines systematischen Entscheidungsprozesses waren.²³

General der Artillerie Ludwig Beck, Chef des Generalstabes des Heeres von 1935 bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1938, hat bei der Feier zum 125. Jahrestag der Kriegsakademie als Voraussetzung für erfolgreiches militärisches Führen auf allen Ebenen zeitlos gültig formuliert:

„Die Erfassung und Behandlung militärischer Fragen in ihren Zusammenhängen bis zum Urgrund in systematischer Denkarbeit, die Schritt um Schritt [...] will sorgsam erlernt und geübt sein. Nichts wäre gefährlicher als sprunghaften, nicht zu Ende gedachten Eingebungen, mögen sie sich noch so klug oder genial ausnehmen, nachzugeben oder auf Wunschgedanken, mögen sie noch so heiß gehegt werden, aufzubauen.“²⁴

Gleiches gilt heute für die politisch-strategische Ebene, wenn es um Fragen der Sicherheitsvorsorge für Deutschlands geht; diese Aussagen treffen auch für alle Mitwirkenden an einem Entscheidungsprozess auf der politisch-strategischen Ebene zu.

Nur durch ebenengerechtes Verhalten aller Akteure kann strategisches Denken erfolgreich in Handeln umgesetzt werden.

Friktionen und Fehler traten in den internationalen Krisenreaktionseinsätzen unserer Zeit immer dann auf, wenn die verantwortlichen Akteure sich nicht

Friktionen und Fehler traten in den internationalen Krisenreaktionseinsätzen unserer Zeit immer dann auf, wenn die verantwortlichen Akteure sich nicht nach den geltenden Mandaten sowie den für sie aus ihnen abgeleiteten Kompetenzen verhalten haben und sich in untere Führungsebenen, an den Verantwortlichen vorbei, einmischten oder sie übergangen. Strategisches Denken und Handeln „rutschte“ dadurch häufig von der strategischen auf darunter liegende Ebenen. Das hat zu Pannen, Verwundeten und Gefallenen geführt.

nach den geltenden Mandaten sowie den für sie aus ihnen abgeleiteten Kompetenzen verhalten haben und sich in untere Führungsebenen, an den Verantwortlichen vorbei, einmischten oder sie übergangen. Strategisches Denken und Handeln „rutschte“ dadurch häufig von der strategischen auf darunter liegende Ebenen. Das hat zu Pannen, Verwundeten und Gefallenen geführt.²⁵

Erfolgreiches strategisches Denken und Handeln erfordert, dass alle Akteure das

Ordnungsgerüst der verschiedenen Führungsebenen verstanden haben und es beachten.

Strategische Konzepte für internationale Krisenreaktionseinsätze beziehen alle militärischen und zivilen Akteure ein. Die Einheit der Führung muss gewährleistet sein.

In die heutigen internationalen Krisenreaktionseinsätze werden neben den Soldaten immer häufiger zivile Akteure und ihre Organisationen unter der Leitung der politisch-strategischen Ebene in die militärischen und an sie angelegnten Führungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen eingebunden. Von allen ist strategisches Denken und Handeln gefordert. Nur dann kann vernetzt zusammengearbeitet werden.

Von einer Einheit der Führung in den Einsatzgebieten konnte bislang nicht die Rede sein. Parallele zivile und militärische Handlungsstränge, durch Resoluti-

onen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen geschaffen, unzählbare „Nicht-Regierungsorganisationen“, die unkoordiniert neben ihnen wirkten, politische, diplomatische und sonstige Akteure der an den Einsätzen beteiligten Nationen mit starken Eigeninteressen, die unabhängig und ohne Koordination mit dem vorgegebenen strategischen Konzept agierten, konnten bislang nie unter einer leitenden Hand orchestriert werden. Das hat strategisches Handeln auf der Grundlage von Entwicklungen in den Einsatzgebieten bei der Umsetzung der ihnen zugrundeliegenden Mandate und Strategien vielfach behindert.

Parallele zivile und militärische Handlungsstränge, durch Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen geschaffen, unzählbare „Nicht-Regierungsorganisationen“, die unkoordiniert neben ihnen wirkten, politische, diplomatische und sonstige Akteure der an den Einsätzen beteiligten Nationen mit starken Eigeninteressen, die unabhängig und ohne Koordination mit dem vorgegebenen strategischen Konzept agierten, konnten bislang nie unter einer leitenden Hand orchestriert werden.

Erfolgreiches strategisches Denken und Handeln im Lichte dieser Erkenntnisse setzt voraus, dass sich alle militärischen und zivilen Akteure sowie Organisationen die folgenden Grundsätze und „Lessons Learned“ aus den Einsätzen aneignen und nach ihnen handeln. Vor allem aber, dass auch bei den zivilen Aufbauorganisationen auf der strategischen Ebene strukturierte, an den militärischen Entscheidungsprozess angelegnte Entscheidungsprozesse stattfinden. In der folgenden Quintessenz sind Erkenntnisse von Clausewitz für unsere Zeit und Verhältnisse übersetzt worden. Sie sind ein Leitfaden für die politisch-strategische Ebene beim Planen und Führen eines internationalen Krisenreaktionseinsatzes.

Erstens: Die politisch-strategische Ebene behält in internationalen Krisenreaktionseinsätzen in allen ihren Ausprägungen die Führung. Vor Abschluss eines von einer internationalen Koalition geführten Einsatzes legt die politisch-strategische Ebene, d.h. die Vereinten Nationen, die NATO, die Europäische Union und/ oder andere internationale Organisation im Konsens mit den am jeweiligen Einsatz beteiligten Nationen bereits bei der Planung aller Komponenten eines Einsatzes den angestrebten Friedenszustand fest. Sie wird dabei durch die Verantwortlichen anderer Organisationen beraten. Sie entwickelt hierzu zusammen mit diesen ein den gesamten Einsatz umfassendes strategisches Konzept, das von den nachgeordneten Führungsebenen umgesetzt wird. Die politisch-strategische Führung vermeidet, über Führungsebenen hinweg in die Durchführung von Einsätzen einzugreifen.

Zweitens: Internationale Akteure in Einsätzen, ob Politiker, Soldat, Diplomat, Polizist oder Angehöriger einer anderen in ihr eingebundenen Organisation sind mit den Grundproblemen und dem Wesen der Politik, des Militärs, der Wirtschaft und vor allem den jeweiligen Bedingungen im Einsatzgebiet vertraut. Außerdem sind sie geschult und gewillt, zusammenzuarbeiten, komplexe Sachverhalte gemeinsam zu analysieren, Lösungen gemeinsam zu entwickeln und, jeder nach seiner Kompetenz, ressortübergreifend und ebenengerecht zu handeln und sich an den Führungsprozessen aktiv zu beteiligen.

Drittens: Die Durchführung eines Einsatzes wird ständig von der Lage im jeweiligen Einsatzgebiet beeinflusst. Wenn notwendig, werden Planungen und Weisungen der politisch-strategischen Ebene der tatsächlichen Lage angepasst, und die clausewitzische Triade Zweck, Ziel und Mittel wird neu austariert.

Die internationalen Krisenreaktionseinsätze haben auch gelehrt, dass zunehmend zivile Schlüsselakteure in einem Einsatzgebiet von Anfang an, also weit früher als bisher, in die Entscheidungsvorgänge und Planungen einzubinden sind.²⁶

Die im Verlauf der preußisch-deutschen Militärgeschichte und im preußisch-deutschen Generalstabssystem entstandenen, bis in unsere Zeit hinein angewendeten Entscheidungsverfahren können auch in vielen außermilitärischen Bereichen, auf die jeweiligen Bedingungen zugeschnitten, angewendet werden.

„Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg nicht aufhört.[...] Hiernach kann ein Krieg niemals vom politischen Verkehr getrennt werden.“

Hierzu gehört z.B. das Bewältigen von Naturkatastrophen, von schweren Unglücksfällen und komplexen Entscheidungssituationen in vielen anderen Bereichen wie der Wirtschaft. In den letzten Jahren geschaffene und ständig weiter ausgebauten Lagezentren, in denen Soldaten und zivile Akteure zusammenarbeiten, etwa im Auswärtigen Amt, im Einsatzführungskommando der Bundeswehr, bei der Bundespolizei und den Polizeien der Länder. Dort wird vernetzte Zusammenarbeit immer wirkungsvoller praktiziert. Die Terroranschläge in unseren Tagen gebieten auch immer engere Verzahnungen von deutschen und ausländischen Akteuren und ein Überwinden noch immer bestehender Ressortgrenzen und nationaler Restriktionen. Dieser Prozess verläuft langsam, und man kann den Eindruck gewinnen, er erhalte nur nach terroristischen Anschlägen ein vorübergehendes Momentum. Die dort

angewendeten und immer mehr optimierten Verfahren der Entscheidungsfindung können auf dem militärischen Entscheidungsprozess gründen.

Die folgenden historischen Beispiele belegen, dass strategisches Denken und der Prozess seines Umsetzens in strategisches Handeln nie konfliktfrei, häufig von Vertretern der falschen Ebenen, geleistet wurde und allzu oft verhängnisvolle Folgen für Deutschland hatte.

Ein Dach der strategischen Sicherheitsvorsorge ist mit militärischem Rat von der politisch-strategischen Ebene zu errichten.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 war es zwischen Bismarck und Moltke, dem Leiter der militärischen Operationen, darüber zum Streit gekommen, ob sich im Krieg die politisch-strategische Ebene, die Politik, in die Kriegsführung einmischen dürfe und ob ihr die Oberleitung zustehe. Kaiser Wilhelm I. entschied sich in dieser Frage für die Auffassung von Clausewitz. Sie besagt:

„Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg nicht aufhört.[...] Hiernach kann ein Krieg niemals vom politischen Verkehr getrennt werden.“²⁷

Moltke forderte jedoch von seinem Monarchen für den Kriegsfall eine strikte Trennungslinie zwischen Politik und Militär. Er vertiefte diese Auffassung in seinen Schriften nach dem Deutsch-Französischen Krieg und fasste sie wie folgt zusammen:

Die Strategie (kann) ihr Streben nur auf das höchste Ziel richten, das die gebotenen Mittel überhaupt erreichbar machen. Sie arbeitet so am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr.“

„Die Politik bedient sich des Krieges für Erreichung ihrer Zwecke, sie wirkt entscheidend auf dessen Beginn und Ende ein und zwar so, dass sie sich vorbehält, in seinem Verlaufe ihre Ansprüche zu steigern oder aber mit einem minderen Erfolg sich zu begnügen. ... Die Strategie (kann) ihr Streben nur auf das höchste Ziel richten, das die gebotenen Mittel überhaupt erreichbar machen. Sie arbeitet so am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr.“²⁸

Moltke konnte seine Auffassungen wirkungsmächtig umsetzen. Er wollte im Krieg die Strategie von der politischen Sphäre ablösen und diese an die zweite Stelle verweisen. Generationen von Offizieren, die im Generalstab von Moltke geprägt worden sind, nahmen diese Forderung als Glaubenssatz an und fokussierten Strategie und strategisches Denken und Handeln ausschließlich auf die Armee und nicht auf das Schaffen eines überwölbenden Dachs der Sicherheitsvorsorge durch die politisch-strategische Führung. Dies in einem Prozess, in dem der Chef des Generalstabes der Armee eine prominente Beraterrolle neben anderen Akteuren hat, ihr jedoch nachgeordnet ist. Die politisch-strategische Ebene, Kaiser Wilhelm II. und Politiker, an erster Stelle der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, leisteten gegen diese Entwicklung nur wenig Widerstand. Sie erreichte unter Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen, Chef des Generalstabes der Armee von 1891 bis 1906 und nach seiner Pensionierung weiterhin in diesen Feldern einflussreich, ihren Höhepunkt.

Sein Wirken führte dazu, dass sich bei der politischen Leitung des Deutschen Reiches die Überzeugung verbreitete, der Generalstab halte das „Geheimnis des Sieges“ in der Hand. Nur sein Chef sei Stratege und nicht die hierfür verantwortlichen Politiker. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde damit strategisches Denken und Handeln zur Domäne des Generalstabes. Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler von Bethmann Hollweg versäumten es, vor und während des Ersten Weltkrieges für das Deutsche Reich ein politisch-strategisches Dach der Sicherheitsvorsorge zu schaffen, das Krisenmanagementoptionen und politische Alternativen angeboten hätte, um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu vermeiden und im Krieg mit den Gegnern Frieden zu schließen. Sie „stolpern“ in den Krieg hinein, wie dies Christopher Clark 2014 in seiner Arbeit „Die Schlafwandler“ dargestellt hat und setzten auf die überlegene Qualität der deutschen Streitkräfte und ihrer überlegenen Offiziere, Truppenführer und Generalstabsoffiziere.²⁹

Ab Kriegsausbruch setzten sie auf militärische Lösungen, die in seinem Verlauf von halbherzigen sowie unrealistischen politischen Initiativen flankiert wurden. Zunächst wollten die Deutschen in einer einzigen großen Schlacht auf der Grundlage von Schlieffens strategischen Gedanken den Ersten Weltkrieg gewinnen. Im September 1914 verloren sie die Erste Marneschlacht, setzten aber weiterhin auf die militärische Karte, in der Schlacht um Verdun von 1916, mittels des uneingeschränkten Unterseebootkrieges im Jahre 1917 und ab Frühjahr 1918 durch eine vergebliche Folge von Angriffen des Generals Erich Ludendorff

im Westen mit taktischen Hammerschlägen gegen die Briten und Franzosen ohne strategischen Überbau.³⁰

Das zeigt, welche negativen Folgen es hat, wenn strategisches Denken und Handeln auf die militärische Sphäre reduziert, in die Hände der führenden Soldaten gelegt oder von ihnen usurpiert wird. Strategisches Denken und Handeln ohne das sie überwölbende Dach einer Strategie der Sicherheitsvorsorge kann nur militärische Lösungen anbieten und keine Antwort darauf geben, was geschehen soll, wenn sie scheitern. Die Nationale Strategie eines Landes – es sei wiederholt – berücksichtigt immer alle Facetten des politischen Umfelds und die Wirkungskräfte und Möglichkeiten aller sie berührenden Staaten. Das hat Clausewitz in den behandelten Elementen seiner „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ dargelegt. Die Fixierung des strategischen Denkens auf das Militär hatte zur Folge, dass das aus ihm abgeleitete Handeln keine strategische Dimension hatte und die verantwortlichen Soldaten in der Überzeugung bestärkt wurden, sie seien berufen, Aufgaben der politisch-strategische Ebene zu übernehmen. Sie drängten damit die politische Leitung, den Kaiser und den Reichkanzler, an den Rand.

Verheerend wirkte sich auch aus, dass die politisch-strategischen Ebenen Deutschlands und Österreichs keine gemeinsame Strategie zur Führung des Ersten Weltkrieges entwickelten, nebeneinanderher planten und operierten und kein gemeinsames Oberkommando und Hauptquartier schufen wie ihre Gegner 1918, als sie den französischen General Ferdinand Foch zum Generalissimus und Oberbefehlshaber über die gesamte Westfront ernannten. Aber auch die Soldaten, die ihre Aufgaben übernommen hatten, haben das weder gefordert noch zu erwirken versucht.

Diese Entwicklung führte dazu, dass vor 100 Jahren der Chef der Zweiten Obersten Heeresleitung von 1914 bis 1916, General der Infanterie von Falkenhayn, eine Strategie entwickelte und bei Kaiser Wilhelm II. durchsetzte, den Krieg durch Zufügen untragbarer Verluste der französischen Armee bei Verdun – Falkenhayn nannte dieses Ziel nach dem Ersten Weltkrieg in seinen Erinnerungen „ausbluten“ – die Briten zu überzeugen, aus der Kriegscoalition gegen Deutschland auszuschneiden. Der uneingeschränkte Unterseebootkrieg sollte diese Strategie flankieren. Der Chef der Obersten Heeresleitung entmachtete mit seinem strategischen Denken und seinen Planungen die politisch-strategische Ebene. Er entwickelte seine Strategie ohne Beteiligung des österreichischen Bündnispartners, den er über seine Pläne lange im Dunkeln ließ. So fasste sein

strategisches Konzept den von Clausewitz so genannten „kriegerischen Akt“ nicht zusammen, gab es kein strategisches Gesamtkonzept der Bündnispartner, das in Koalitionsstreitkräften aus unterschiedlichen nationalen Armeen zwingend notwendig ist. Diese Usurpation der politisch-strategischen Ebene durch ihren ersten militärischen Berater scheiterte mit grausigen Verlusten sowie heute noch nachwirkenden Folgen in Deutschland und Frankreich.³¹

Heute scheinen wir in das andere Extrem verfallen zu sein. General Altenburg hat dazu ausgeführt:

„Wenn ich mir heute ansehe, was an politischen Entscheidungen gefällt wird und wie diese Entscheidungen getroffen werden, dann habe ich bisweilen das Gefühl, dass eine stärkere Berücksichtigung militärischer Expertise und Erfahrungen durchaus nützlich sein könnte.“³²

Clausewitz hielt die strategische Defensive in einem Feldzug, aus der heraus offensiv sowie defensiv operiert werden kann, dem strategischen Angriff für überlegen.³³ Die deutsche militärische Führung – davon überzeugte sie vor dem Ersten Weltkrieg die politisch-strategische Führung, angeregt durch Moltke und seine Nachfolger als Chefs des Generalstabes der Armee – erhoben jedoch die Auffassung von der Überlegenheit einer schnell geführten strategischen Offensive zum Dogma. So verbrauchte z.B. Ludendorff die nach dem Sieg über Russland frei gewordenen deutschen Kräfte in der Angriffsschlachtenfolge von 1918 ohne eine begleitende Friedensstrategie der politisch-strategischen Ebene und unterließ es, kräfteschonend zu erwägen, die deutschen Kräfte in einem Dispositiv der strategischen Defensive einzusetzen.³⁴

Ein Blick auf den militärischen Beitrag zum strategischen Denken und Handeln in der Wirtschaft:

Strategisches Denken und Handeln, aus dem militärischen Entscheidungsprozess abgeleitet, hat vielfältigen Eingang in die Wirtschaft gefunden.

Strategisches Management und militärisches Führen sind seit langem immer wieder in Bezug zueinander gesetzt worden. Wie zu Anfang erwähnt, werden in der Wirtschaft militärische Begriffe häufig zu deren Aufwertung gebraucht. Seitens des Managements der Wirtschaft sind häufig Analogien zum Militär gezogen worden. Eine starke Verwobenheit von Militär und Wirtschaft hat

stattgefunden. So findet sich in der Managementliteratur ein enger Bezug zum Militär, z.B. auf Clausewitz und sein Hauptwerk „Vom Kriege“. Dessen Erkenntnis von der leitenden Aufgabe der politisch-strategischen Ebene wird dort angewendet. Heute differenziert die Wirtschaft in Teilstrategien. Strategie bezieht sich dabei auf langfristige Zielerreichung. Kurzfristige Entscheidungen werden oft als Taktik bezeichnet, deren Kombination sich zu einer Strategie zusammenfügt wie beim Militär die politisch-strategische, die militärstrategische, die operative sowie taktische Ebene. Langfristige Zieldefinitionen und die Entwicklung eines Plans zur Zielerreichung, beim Militär das strategische Konzept, werden heute als essentielle Aspekte unternehmerischen Handelns gesehen.

Schon seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde in den USA strategisches Denken und Handeln in Kursen der Wirtschaft und an den Universitäten gelehrt. In seinem im Clausewitz-Jahrbuch 2015 erschienenen Aufsatz, „Betriebswirtschaftslehre und Militärwissenschaft-Widerspruch oder Kooperation“, hat Dietmar Schössler festgestellt, dass in Deutschland bis in das 20. Jahrhundert hinein militärische Entscheidungsverfahren und Wirtschaft ein problematisches Verhältnis hatten. In den angelsächsischen Ländern habe es dieses Spannungsverhältnis nie gegeben. Militärisches, auf Gewaltanwendung ausgerichtetes Handeln habe in Deutschland lange im Gegensatz zu den Zielvorstellungen der Wirtschaft mit ihren Prinzipien des friedlichen Warenverkehrs gestanden. Daher hätten Betriebs- und Volkswirtschaft lange um die Analyseverfahren des Militärs einen Bogen gemacht. Schössler weist nach, dass aber eine daraus abgeleitete Inkompatibilitäts-Theorie sozialgeschichtlich nicht haltbar sei. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich das unter amerikanischem Einfluss geändert.³⁵

Bis in die 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts prägte Reinhard Höhn das auf dem preußisch-deutschen Generalstabssystem gründende strategische, operative und taktische Führungsverständnis und Handeln im Management in Deutschland. Sein Harzburger Modell vermittelte Führungskräften der Wirtschaft Wissen, wie sie im Mitarbeiterverhältnis mit der Delegation von Verantwortung, angelehnt an den militärischen Führungs- und Entscheidungsprozess, ebenengerecht führen können.³⁶

Der Leiter der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, Oberst der Reserve und von 1972 bis 1984 Soldat, hat in einem „Führungskompass. Führung in der Bundesanstalt für Arbeit“ den militärischen Entscheidungsprozess für

seinen Amtsbereich umgesetzt. Der von ihm entwickelte Entscheidungsprozess beginnt wie beim Militär mit einer Auswertung des Auftrags. Danach werden eigene Handlungsmöglichkeiten entwickelt, gegeneinander abgewogen und die beste Lösung ermittelt. Nach der Entscheidung wird ein Plan zur Umsetzung erarbeitet. Dann werden die Aufträge erteilt. Weise hat die Bedeutung eines systematisch durchgeführten Entscheidungsprozesses erkannt, der für

Militärische Führung vollzieht sich auf der Grundlage soldatischer Tugenden und Pflichten, eingeht von der soldatischen Gesetzgebung. Angehörige der Wirtschaft, deren Kompetenzen und Wirkungsmöglichkeiten ein Arbeitsvertrag regelt, unterliegen weder einem solchen Pflichtenkatalog noch einer besonderen Gesetzgebung wie die Soldaten. Das schließt die gegenseitige Befruchtung in vielen Feldern, also auch im strategischen Denken und Handeln, nicht aus.

ihn die Grundlage qualifizierter Entscheidungen ist, wie er beim Militär auf allen Ebenen praktiziert wird und, wie gezeigt, von der politisch-strategische Ebene genutzt werden kann.³⁷

Bei aller heutigen Vermischung von militärischem strategischem Denken und dem Management der Wirtschaft bleiben Unterschiede. Militärische Führung vollzieht sich auf der Grundlage soldatischer Tugenden und Pflichten, eingeht von der soldatischen

Gesetzgebung. Angehörige der Wirtschaft, deren Kompetenzen und Wirkungsmöglichkeiten ein Arbeitsvertrag regelt, unterliegen weder einem solchen Pflichtenkatalog noch einer besonderen Gesetzgebung wie die Soldaten. Das schließt die gegenseitige Befruchtung in vielen Feldern, also auch im strategischen Denken und Handeln, nicht aus.

Die Bereitschaft nichtmilitärischer Leistungsträger, sich im strategischen Denken und Handeln zu schulen, liegt in weiter Ferne.

Die Frage, ob außer den Soldaten auch Politiker, Diplomaten, Wirtschaftsführer und andere Verantwortliche unserer Zeit nach Möglichkeiten zur Schulung in strategischem Denken und Handeln suchen, muss verneint werden. Angesichts der terroristischen Bedrohungen und der Wiederbelebung der Landes- und Bündnisverteidigung der NATO aufgrund von krisenhaften Entwicklungen und des stattgefundenen Paradigmenwechsels bei der Sicherheitsvorsorge Deutschlands und seiner Bündnispartner ist dies unbegreiflich. Lennard Souchon hat in seiner Arbeit in diesem Zusammenhang gefordert, es sei höchste Zeit, ausgewählte Führungspersönlichkeiten zielgerichtet so weiter zu bilden, dass sie strategisches Denken beherrschen.³⁸

Wir dürfen uns aber keinen Illusionen hingeben: Das Modul „Strategisches Denken“ beispielsweise, das von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg mit dem Ziel angeboten wird, Stabsoffiziere auf Verwendungen vorzubereiten, die strategisches Verständnis im Rahmen internationaler und nationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordern, kann nur als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet werden. Vertreter der politisch-strategischen Ebene bleiben weiterhin überwiegend in Fragen ihrer Ausbildung im strategischen Denken und Handeln ungeschult. In seiner Arbeit „Führungseliten. Generale und Admirale der Bundeswehr 1955 – 2015“ von 2014 hat Dieter Kilian Konflikte dargestellt, die immer dann entstehen, wenn in Fragen des strategischen Denkens und Handelns unerfahrene Verteidigungsminister auf Mitarbeiter treffen, die in diesen Feldern auf höchstem Niveau ausgebildet worden sind.³⁹

In der Zusammenarbeit beider Gruppen werden sie sich immer bis zu einem gewissen Grade abschleifen. Das ersetzt aber eine systematische Schulung von Politikern und anderen Akteuren der politisch-strategischen Ebene nicht. In den internationalen Krisenreaktionseinsätzen werden beide Gruppen gezwungen, zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig „on the job“ in der Praxis der Einsätze zu schulen, dies der politisch-strategischen Führung in Deutschland und in ihren Ländern zu melden und gemeinsam einen weitgehend frictionslosen Verlauf eines Einsatzes zu leiten. Im vernetzten Einsatz liegt eine Chance einer gegenseitigen Schulung von Akteuren auf allen Führungsebenen. Das gilt auch für die angesprochenen Krisenzentren der Polizeien und anderer Organisationen. Die Aussichten jedoch, dass ein Durchbruch zur Beseitigung der aufgezeigten Defizite rasch erreicht werden könnte, sind nicht rosig.

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963-2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter FüH III im BMVg, Kommandeur 11.MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zurruesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Leiter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. Zahlreiche Veröffentlichungen.

chungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

B.Ed. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland.

Anmerkungen

- 1 Souchon, Lennart: Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert. Hamburg/Berlin/ Bonn 2012, S. 15.
- 2 Vgl. Kühn, Detlef: Mehr Taktiker als Stratege. Nachruf: Hans-Dietrich Genscher hat sich vor 1989 nie zu einer operativen Wiedervereinigungspolitik entschließen können, in: Junge Freiheit. Wochenzeitung für Debatte vom 8. April 2016, S.1.
- 3 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2016, S. 15.
- 4 Vgl. Gutschker, Thomas: So will die Bundesregierung im Kriegsfall reagieren, in: Frankfurter Allgemeine Sonntags Zeitung vom 21. August 2016, S. 2.
- 5 Vgl. Henner-Fehr, Christian: Was verstehen wir eigentlich unter Strategie? 12. September 2008, in: Kultur-management Blog, URL: <https://kulturmanagement.wordpress.com/2008/09/12/was-verstehen-wir-eigentlich-unter-strategie/> (Zugriff am 24.09.2016).
- 6 Foch, Ferdinand, zitiert nach: Ditfurth, Wolfgang von: Foch, in: Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften (Hrsg.): Heerführer des Weltkrieges. Der jüngere Moltke/ Joffre/ Falkenhayn/ Conrad von Hötzendorf/ Alexejew/ Enver Pascha/ Cadorna/ Haig/ Foch/ Die Feldherrnheit Hindenburg = Ludendorff. Berlin 1939, S. 230.
- 7 Goethe, Johann Wolfgang von: Maximen und Reflexionen. Erfahrungen und Leben, in: Trunz, Erich: Goethe. Johann Wolfgang von Goethe. Werke. Kommentare und Register. Hamburger Ausgabe in 14 Bänden. Band 12. Kunst und Literatur. 9. Auflage. München 1981, S. 546.
- 8 Monnet, Grégoire: The Evolution of Strategic Thought Since September 11, 2001. A Swiss Perspective on Clausewitz, Classical and Contemporary Theories. Nordstedt 2016, S. 138.
- 9 Ebd. S. 9.
- 10 Altenburg, Wolfgang: 60 Jahre Bundeswehr - Erinnerungen und Ausblick eines Zeitzeugen. Interview mit dem Ehrenpräsidenten der Clausewitz-Gesellschaft e.V., General a.D. Wolfgang Altenburg, anlässlich „60 Jahre Bundeswehr“ geführt von Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann und Oberst a.D. Wolfgang Fett am 20. Mai 2015, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2015. Eine Zusammenfassung von Beiträgen aus der Arbeit der Gesellschaft 2015. Band 11, Hamburg 2016, S. 47.
- 11 Vgl. Souchon, a.a.O., S. 157.
- 12 Zum Begriff „Generalstabssystem“ vgl. Rosinski, Herbert: Die Deutsche Armee. Eine Analyse. 1. Auflage, Düsseldorf/ Wien 1970, S. 256ff; in meinen Arbeiten über die Entwicklung deutscher Generalstäbe habe ich den Begriff „preußisch-deutsch“ hinzugefügt, vgl. hierzu Millotat, Christian E. O.: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem. Wurzeln – Entwicklung – Fortwirken, in: König, Ernst F.; Schössler, Dietmar; Stahel, Albert A. (Hrsg.): Reihe „Strategie und Konfliktforschung“, Zürich 2000, und Millotat, Christian E. O. Eliten der Bundeswehr im Einsatz. Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst. Wurzeln, Herausforderungen, persönliche Erfahrungen, Stegen/ Ammersee 2009. Unter „preußisch-deutscher Militärkultur“ wird verstanden: In der heutigen Bundeswehr in neuem Gewand fortwirkende, in früheren deutschen Armeen entstandene Besonderheiten des deutschen Militärs, das sie von anderen Armeen unterscheidet. Hierzu gehören z.B. die Auftragstaktik, das preußisch-deutsche Generalstabssystem, Verfahren der Entscheidungsfindung und Befehlsgebung sowie militärisches Brauchtum, vgl. hierzu auch Millotat, Christian E. O.: Die Erkenntnisse des Generalmajors Carl von Clausewitz als Hilfen für Planung, Führung und Auswertung internationaler Krisenreaktionseinsätze mit deutscher Beteiligung, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2013. Eine Zusammenfassung von Beiträgen aus der Arbeit der Gesellschaft 2013. Band 9, Hamburg 2014, S. 144.
- 13 Grundzüge der Höheren Truppenführung: Vom 1. Januar 1910; D.V.E. Nr. 53. Nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1910, Nr. 9, S.13.
- 14 Vgl. Millotat, Christian E. O.: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem. Wurzeln – Entwicklung – Fortwirken, a.a.O., S. 33ff.
- 15 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab des Heeres (FüH III 1): Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/100 VS-NfD. Truppenführung von Landstreitkräften (TF), Bonn 2007, insb. Kapitel 3, III. Militärische Führer, Nr. 3013-3015, S. 45ff. und HDv 100/200, a.a.O.
- 16 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab des Heeres (FüH III 5): Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/200 VS-NfD. Führungssystem der Landstreitkräfte (TF/FüSys), Bonn 2010, S. 66.
- 17 Bundesministerium der Verteidigung, (FüH III 5): HDv 100/200, a.a.O., Nr. 1007, S. 67.
- 18 Zur historischen Entwicklung der Zusammenarbeit in Stäben im preußisch-deut-

schen Generalstabssystem vgl. Millotat, Christian E. O.: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem. Wurzeln – Entwicklung – Fortwirken, a.a.O., S. 33-40.

- 19 Vgl. ebenda.
- 20 Vgl. HDv 100/100, a.a.O., Nr. 3015.
- 21 Altenburg, Wolfgang, a.a.O., S. 42.
- 22 Vgl. Souchon, Lennart, a.a.O., S. 109f.
- 23 Vgl. hierzu die realistische Artikelserie über die Fehler der deutschen politisch-strategischen Ebene im Afghanistaneinsatz, in: Die Bundeswehr, Das Magazin des Deutschen Bundeswehr Verbands vom Februar 2017, Herausgeber : Deutscher Bundeswehr Verband e.V., Berlin 2017: Aus 15 Jahren Afghanistan gelernt? Die bitteren Lektionen, Lehren aus den Afghanistan-Einsatz, S. 14 – 25. Zu Fehlern in den internationalen Friedensmissionseinsätzen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina vgl. Christian E.O. Millotat: Die Erkenntnisse des Generalmajors Carl von Clausewitz als Hilfen für Planung, Führung und Auswertung internationaler Krisenreaktionseinsätze mit deutscher Beteiligung, a.a.O., S. 144 ff.
- 24 Beck, Ludwig: Rede vom 15.10. 1935 zur Feier des 125jährigen Bestehens der Kriegsakademie, in: Die großen Meister der Kriegskunst, Clausewitz, Moltke, Schlieffen. Ausgewählt und herausgegeben von Dr. Inho Krumpelt, Berlin-Frankfurt/M 1960 , S. 321 ff.
- 25 Vgl. Münkler, a.a.O., S. 687 ff.
- 26 Vgl. Millotat Christian E.O.: Eliten der Bundeswehr im Einsatz, a.a.O., S.
- 27 Clausewitz, Carl von: Vom Kriege. 18. Auflage mit erweiterter, historischer Würdigung von Professor Dr. Werner Hahlweg, Bonn 1973, S. 990.
- 28 Moltkes Militärische Werke, IV. Kriegslehren. Erster Teil. Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtliche Abteilung I., Die operativen Vorbereitungen zur Schlacht, Berlin 1911, S. 13 f.
- 29 Vgl. Clark, Christopher. Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, 10. Auflage , München 2013, S. 423 ff Vgl. ebenso Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. 5. Auflage, Berlin 2014, S. 82 ff.
- 30 Vgl. Münkler, a.a.O., S. 687 ff.
- 31 Vgl. Millotat, Christian E.O., Krueger Manuela R.: Die Schlacht um Verdun 1916. Ein fataler deutscher strategischer Alleingang ohne Beteiligung des österreichischen Bündnispartners. Anatomie einer Schlüsselschlacht des 20. Jahrhunderts und ihre Nachwirkungen, in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 4/2016, hrsg. vom Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, Wien 2016, S. 474-485. Dieser Aufsatz zur 100jährigen Wiederkehr der Schlacht berücksichtigt die neuste Literatur, insb. von Afflerbach, Holger: Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994; Münkler, a.a.O.; Jessen, Olaf: Verdun 1916. Urschlacht des Jahrhunderts, München 2014 und Jankowski, Paul: Verdun. Die Jahrhunderts Schlacht, Frankfurt am Main 2015.
- 32 Altenburg, Wolfgang, a.a.O., S. 42.
- 33 Vgl. Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, a.a.O., S. 204-206 und S.614-617. Zur Dialektik von Angriff und Verteidigung bei Clausewitz, gezeigt am Beispiel der zwölften Schlacht am Isonzo vom November 1917, vgl. Hochauer, Günter: Die zwölfte Schlacht am Isonzo und Clausewitz, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2010. Eine Zusammenfassung von Beiträgen der Gesellschaft 2010. Band 6, Hamburg 2011, S. 305-309. Jahrbuch 2010. Band 6. Hamburg 2011.
- 34 Vgl. Görlitz, Walter: Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes. Berlin 1967, S. 441.
- 35 Vgl. Schössler, Dietmar: Betriebswirtschaftslehre und Militärwissenschaft – Widerspruch oder Kooperation. Eine analytische Skizze aus „dogmengeschichtlichem“ Interesse, in: Clausewitz- Gesellschaft, Jahrbuch 2015, a.a.O., S. 271- 282.
- 36 Zum Wirken von Reinhard Höhn als Leiter der Akademie für Führungskräfte in Bad Harzburg vgl. Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. Neunzehnte völlig neu bearbeitete Auflage. Neunter Band, F.A. Brockhaus, Mannheim 1989, S. 513.
- 37 Vgl. Weise, Frank-J.: Führungskompass. Handbuch für Führungskräfte. Führung in der BA (Bundesagentur für Arbeit). Herausgeber: Bundesagentur für Arbeit . Zentrale POE 2/ Führungskräfteakademie, September 2010.
- 38 Vgl. Souchon, Lennart a.a.O., S. 15.
- 39 Vgl. Kilian, Dieter E.: Führungseliten. Generale und Admirale der Bundeswehr 1955-2015. Politische und Militärische Führung, Bielefeld 2014, insb. S. 324-330.

Kapitel IV

Internationale sicherheitspolitische Entwicklungen und Herausforderungen

Sicherheit und Verteidigung Japans im Wandel

Oliver Corff

“As the security environment surrounding Japan is becoming increasingly severe, JGSDF will work through its first major transformation in JGSDF history.”
[Japan Ministry of Defense, 2015¹]

Vorwort

Nie war die sicherheitspolitische Lage im westlichen Pazifik komplexer als heute: die Globalisierung schreitet unumkehrbar voran, Interdependenzen nehmen zu, und lang etablierte Kräfteverhältnisse verschieben sich. Während China dank seines enormen Wirtschaftswachstums und seiner mit hohem Aufwand modernisierten Armee die militärische Balance im Pazifik verschiebt sowie im Ost- und Südchinesischen Meer den Status Quo zu verändern sucht, führt Nordkorea unbeeindruckt durch UN-Resolutionen von aggressiver Rhetorik begleitete Raketenversuche durch und hat nach eigener Aussage im Jahr 2017 zum ersten Mal eine Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht. Nach der teilweisen Stationierung des gegen Nordkoreas Raketen in Stellung gebrachten THAAD-Raketenabwehrsystems protestiert China vehement, die Deeskalationsbemühungen des südkoreanischen Präsidenten Mun Jae-in sind nur bedingt erfolgreich. Schließlich wird in den USA Donald Trump zum 45. Präsidenten gewählt; bereits im Wahlkampf pflegte er eine scharf isolationistische Rhetorik; eine seiner ersten Amtshandlungen nach der Amtseinführung war der Rückzug der USA aus dem pazifischen Handelsabkommen TPP. Gleichzeitig ist seine Politik gegenüber China und Nordkorea phasenweise von aggressiver verbaler Zuspitzung geprägt, während die Verbundenheit der USA mit den traditionellen Sicherheitspartnern plötzlich auf dem Prüfstand zu stehen scheint.

Vor diesem komplexen Hintergrund steht Japan vor der Aufgabe, Sicherheitsdoktrin und Streitkräfte so zu modernisieren, dass eine rasche Reaktionsfähigkeit im Falle konventioneller Krisen wie auch neuartiger Bedrohungen gewährleistet ist. Gleichzeitig versucht die japanische Regierung unter Premierminister

Shinzo Abe, die aus der pazifistischen Verfassung Japans nach dem II. Weltkrieg begründeten Beschränkungen militärischer Handlungsbefugnis so weit aufzuheben, dass die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte auch im Rahmen der kollektiven Verteidigung eingesetzt werden können, denn es ist mittlerweile politischer Konsens in Japan, dass Frieden und Sicherheit nicht mehr im nationalen Alleingang erhalten werden können. Erst die jüngste Zuspitzung der regionalen Lage, insbesondere durch das Vorgehen Nordkoreas, hat in der zutiefst pazifistisch geprägten öffentlichen Meinung Japans zu einem Kurswechsel geführt, der im Oktober 2017 Neuwahlen ermöglichte und Abes politischen Kurs eines aktiveren Beitrags der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte zur kollektiven Sicherheit bestätigte.

1. Japan und sein komplexes Sicherheitsumfeld

1.1 Geographie, Bevölkerung und Wirtschaft

Japan ist ein Inselreich an der östlichen Peripherie Asiens im Pazifik. Es besteht aus vier Hauptinseln (Honshū, Hokkaidō, Shikoku und Kyūshū) sowie rund 6.800 kleineren Inseln (davon rund 480 bewohnt), die sich entlang eines großen Bogens über 21 Breitengrade (zwischen ca. 24 und 45 Grad nördlicher Breite) und 31 Längengrade (zwischen ca. 123 und 154 Grad östlicher Länge) von Südwesten nach Nordosten auf dem sogenannten Pazifischen Feuerring erstrecken. Die von zahlreichen Gebirgen geprägte Festlandsfläche beträgt rund 374.000 qkm, damit ist Japan der viertgrößte Inselstaat der Erde. Die Entfernung von der Südspitze der südlichen Hauptinsel Kyūshū (Präfektur Kagoshima) zur Nordspitze Hokkaidos (Wakkanakai) beträgt rund 2.640 km Luftlinie; allein die südwestlichste Insel Yonaguni ist 1.400 km von den japanischen Hauptinseln, aber nur 108 km von Taiwan entfernt.

Mit einer Bevölkerung von rund 126 Millionen Menschen steht es an elfter Stelle der bevölkerungsreichsten Staaten. Aufgrund der gebirgigen Topographie konzentrieren sich Siedlungsräume, Bevölkerung, Landwirtschaft und Industrie in den küstennahen Ebenen auf nur rund 20% der Landesfläche, was bereits in Friedenszeiten zu einer hohen Verwundbarkeit durch Naturkatast-

rophen oder terroristische Anschläge führt. Das bekannteste Großereignis der jüngeren Vergangenheit ist das Tōhoku-Erdbeben vom 11. März 2011, das als stärkstes Erdbeben in Japan seit Beginn der Aufzeichnungen und vierstärkstes jemals aufgezeichnetes Erdbeben von einer Flutkatastrophe (Tsunami) begleitet wurde, in deren Folge es zur Reaktorkatastrophe von Fukushima kam.

Japan ist die historisch erste Industrienation Asiens und eine anerkannte Hochtechnologienation. Jahrelang war Japan hinter den USA die weltweit zweitgrößte Wirtschaftsmacht, bis es 2010 durch China von dieser Position abgelöst wurde.² Japans Wirtschaft³ ist in außerordentlich hohem Maße von Exporten (viertgrößter Exporteur weltweit⁴) und Importen (fünftgrößter Importeur welt-

Japan und Deutschland stehen damit an zweiter und dritter Stelle der ältesten Bevölkerungen weltweit und haben dadurch höchst vergleichbare Probleme in der Nachwuchsgewinnung für ihre Streitkräfte.

weit⁵) abhängig; in Kombination mit seiner geographischen Lage ergibt sich daraus eine umfassende Abhängigkeit von offenen und sicheren Seewegen. Freie Seewege auf der Grundlage einer Rechtsordnung ("rule of law") werden von der japanischen Regie-

rung als elementar für Frieden und Wohlstand verstanden. Seit 1973 ist Japan Mitglied der G7 und damit das einzige asiatische Mitglied der bedeutendsten Industrienationen der westlichen Welt. Durch das klare Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsordnung, freien und offenen Märkten und der Wahrung der Menschenrechte⁶ versteht sich Japan als Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft.

Vergleichbar mit Deutschland ist das Medianalter der Bevölkerung sehr hoch, es liegt bei 46,9 Jahren (Deutschland: 46,8 Jahre). Japan und Deutschland stehen damit an zweiter und dritter Stelle der ältesten Bevölkerungen weltweit und haben dadurch höchst vergleichbare Probleme in der Nachwuchsgewinnung für ihre Streitkräfte.

Tabellarischer Vergleich Japan – Deutschland

Kategorie	Japan	Deutschland
Fläche (km ²)	377.915	357.022
Bevölkerung (2017)	126.451.398	80.594.017
Wachstumsrate der Bevölkerung (2017, in %)	-0,21	-0,16
Medianalter (2017)	46,9	46,8
BIP (kaufkraftbereinigt, 2016, Billionen US\$)	5,238	3,980
BIP pro Kopf (2016, US\$)	41.300	48.100
Verteidigungsausgaben absolut (2017)	5,125 Billionen Yen ⁷ (ca. 42,7 Milliarden Euro ⁸)	ca. 37,0 Milliarden Euro ⁹
Verteidigungshaushalt in % des BIP	0,97	1,35
Personalstärke der Streitkräfte	247.154 ¹⁰	179.408 ¹¹

1.2 Umgebung Japans

Als unmittelbare Folge des II. Weltkriegs hat Japan mit mehreren Nachbarstaaten bis heute ungelöste Konflikte. Im Norden handelt es sich um vier Inseln der Südkurilen (Etorofu, Kunashiri, Shikotan und die Inselgruppe Habomai). Sie stehen unter russischer Kontrolle, werden jedoch von Japan beansprucht. Bis jetzt gibt es mit der Russischen Föderation als Rechtsnachfolgerin der UdSSR keinen Friedensvertrag.

Besondere, aber höchst unterschiedliche Friktionen bestehen mit Südkorea und Nordkorea. Ganz Korea war von 1910 bis 1945 japanische Kolonie, weswegen auch heute noch rund 650.000 Koreaner in Japan leben, von denen sich rund ein Drittel loyal zu Nordkorea verhält. Nordkorea wird bis heute von Japan nicht diplomatisch anerkannt und stellt mit seinen Programmen zur Entwicklung von Atomwaffen und ballistischen Raketen für Japan eine wesentliche Bedrohung dar. Für Japan bedeutsam ist weiterhin, dass in den 1970er und 1980er Jahren etliche Japaner nach Nordkorea entführt wurden, um sie zur Schulung von Agenten einzusetzen. Bis jetzt sind diese Vorgänge nicht umfas-

sand aufgeklärt und das Schicksal der Entführten ungewiss.¹² Mit Südkorea bestehen Streitigkeiten um die Inselgruppe Takeshima (kor. Dokdo); Japan beansprucht diese Inselgruppe, die von Südkorea verwaltet wird. Darüber hinaus wird das Verhältnis mit Südkorea massiv durch die Frage der “Trostfrauen” belastet; zwar kam es zwischen den

Nordkorea hat im Jahr 2017 in seiner Kernwaffenentwicklung eine neue Stufe erreicht, indem es am 3. September des Jahres erklärte, “erfolgreich” eine thermonukleare Bombe gezündet zu haben. Japan hat daher wiederholt zur weiteren Verschärfung des bereits bestehenden internationalen Sanktionsregimes aufgerufen.

Regierungen Südkoreas und Japans im Dezember 2015 zu einer Einigung, aber der Konflikt ist bis heute nicht wirklich beigelegt und wurde noch im Januar 2018 vom südkoreanischen Präsidenten Mun Jae-in erneut thematisiert.¹³

Japan und China haben zwar 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen, aber das Verhältnis ist bis heute durch

die aus chinesischer Sicht ungenügende Aufarbeitung japanischer Kriegsverbrechen sowie die andauernden Streitigkeiten um die Senkaku-Inseln (chin.: Diaoyu(tai)-Inseln) belastet. Diese werden sowohl von der VR China als auch von der Republik China (Taiwan) beansprucht, aber von Japan verwaltet.

Trotz der genannten hohen Friktionspotentiale sind sowohl die VR China als auch Südkorea und Taiwan wichtige Handelspartner Japans; man spricht daher vom Sicherheitsparadoxon Ostasiens.

1.3 Aktuelle Bedrohungsperzeption

Im aktuellen Weißbuch *Defense of Japan 2017*¹⁴ werden im Kontext des Sicherheitsumfeldes in der Asien-Pazifik-Region zwei Länder besonders hervorgehoben. An erster Stelle steht Nordkorea, das in den letzten Jahren zahlreiche Raketentests durchgeführt und seine Kernwaffen weiterentwickelt und getestet hat. In den Jahren 2016 und 2017 waren es jeweils über 20 Raketentests, von denen mehrere Raketen (z.B. am 29. August und 15. September 2017) auch über Japan flogen.¹⁵ Aufgrund der geographischen Nähe sind die Vorwarnzeiten ausgesprochen kurz (es gibt ein öffentliches Warnsystem und viele Städte veröffentlichen Hinweise zum Verhalten im Fall einer Raketenvorwarnung).

Nordkorea hat im Jahr 2017 in seiner Kernwaffenentwicklung eine neue Stufe erreicht, indem es am 3. September des Jahres erklärte, “erfolgreich” eine thermonukleare Bombe gezündet zu haben.¹⁶ Japan hat daher wiederholt zur wei-

teren Verschärfung des bereits bestehenden internationalen Sanktionsregimes aufgerufen.

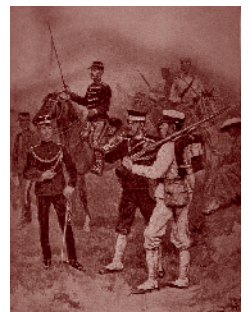
An zweiter Stelle der Sicherheitsbedenken wird die Volksrepublik China genannt. Insbesondere der rasche militärische Kräfte- und Fähigkeitsaufwuchs der Volksbefreiungsarmee, die intransparente Militär- und Haushaltspolitik¹⁷ sowie der forcierte Aufbau befestigter Strukturen im Südchinesischen Meer¹⁸ tragen zu einer raschen Verschiebung des bisherigen regionalen Kräftegleichgewichtes bei. Unter diesen Umständen werden die Versuche Chinas zur Änderung des Status Quo im Ost- und Südchinesischen Meer wie auch die einseitig erklärten Ansprüche mit großer Besorgnis gesehen, da mit ihnen auch das Risiko unbeabsichtigter Eskalation aufgrund von Missverständnissen und Fehlannahmen steigt.

Auch die bereits angeführten nach wie vor ungelösten Territorialstreitigkeiten um die Kurilen und Takeshima werden weiterhin als Sicherheitsrisiken betrachtet; daneben werden die Aktivitäten russischer Einheiten intensiv beobachtet.¹⁹

Weitere Bedrohungen werden im Risiko von Cyberangriffen sowie im Weltraum gesehen.

2. Die Streitkräfte Japans

Für Japan endete der II. Weltkrieg mit der Kapitulation am 15. August 1945; die kaiserliche Armee wurde aufgelöst. Wird heute von den Streitkräften vor 1945 gesprochen, so nur unter der Bezeichnung “Alte Armee” (jp. *kyūgun*). Unter der Besatzungsmacht USA erhielt Japan im November 1946 eine neue Verfassung, die am 3. Mai 1947 verabschiedet wurde. Für das in der Nachkriegszeit etablierte Selbstverständnis Japans als pazifistische Nation ist der Artikel 9 der Verfassung von besonderer Bedeutung: “Das japanische Volk verzichtet für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von Gewalt. [...] Es werden keine Land-, See- oder Luftstreitkräfte unterhalten.”²⁰ Das Recht zur Selbstverteidigung ist hiervon nicht betroffen.



Soldaten der „Alten Armee“

Ungeachtet dieser Position begann jedoch bereits 1950 zu Beginn des Korea-Krieges auf US-amerikanischen Vorschlag der Aufbau einer nationalen Polizei-

reserve, die mit Wiedererlangung der japanischen Unabhängigkeit 1952 zuerst in "Sicherheitskräfte" umbenannt wurde. Diese Sicherheitskräfte wurden auf der Basis des 1954 verabschiedeten *Gesetzes über die Selbstverteidigungsstreitkräfte* unter diesem Namen (*jieitai*, engl. Self Defense Forces, abk. SDF) am 1. Juli 1954 neu aufgestellt. Die ehemalige Sicherheitsbehörde (*hoan-chō*) wurde in diesem Zuge in Verteidigungsbehörde (*bōei-chō*) umbenannt. Erst im Jahr 2007 wurde diese Behörde zum Verteidigungsministerium (*bōei-shō*) erhoben.



Hubschrauberträger der Maritimen Selbstverteidigungskräfte

Heute sind die Selbstverteidigungsstreitkräfte in drei Teilstreitkräfte gegliedert:

- die Bodenselbstverteidigungsstreitkräfte (*rikujō jieitai*, engl. Japan Ground Self Defense Force, abk. JGSDF oder GSDF),
- die Maritimen Selbstverteidigungsstreitkräfte (*kaijō jieitai*, engl. Japan Maritime Self Defense Force, abk. JMSDF oder MSDF), sowie
- die Luftselbstverteidigungsstreitkräfte (*kōkū jieitai*, engl. Japan Air Self Defense Force, abk. JASDF oder ASDF).

2.1 Die Selbstverteidigungsstreitkräfte in der öffentlichen Wahrnehmung Japans

Das Verteidigungsministerium veröffentlicht regelmäßig die Ergebnisse umfangreicher Umfragen zur Stellung der Streitkräfte in der Gesellschaft. Die folgenden Zahlen stammen aus dem Jahr 2014.²¹ Für große Teile der Bevölkerung (knapp 82 %) ist der primäre Auftrag der SDF die Katastrophenhilfe im Inland. Bereits die Territorialverteidigung (inklusive des Schutzes der näheren Meeresumgebung und der Inseln) wird nur von rund 74 % der befragten Japaner als Auftrag der Streitkräfte wahrgenommen. Wesentlich geringer fällt mit 42 % die Unterstützung für die Teilnahme an Friedensmissionen der Vereinten Nationen (PKO) aus. Nur zwei Jahre zuvor (2012) sahen 48,8 % der Befragten die Teilnahme an UN-Friedensmissionen als Aufgabe der SDF an. Eine noch geringere Rolle spielen in der öffentlichen Begründung des Streitkräfteauftrages die Raketenabwehr (26 %) oder die japanische Beteiligung im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika (22,7 %).

Aber wird seine Vorstellungen einer Neuausrichtung der Streitkräfte leichter durchsetzen können, wenn er diejenigen Aufträge der Streitkräfte in den Vordergrund rückt, die auch in der Bevölkerung mit einiger Mehrheit akzeptiert werden.

ner als Auftrag der Streitkräfte wahrgenommen. Wesentlich geringer fällt mit 42 % die Unterstützung für die Teilnahme an Friedensmissionen der Vereinten Nationen (PKO) aus. Nur zwei Jahre zuvor (2012) sahen 48,8 % der Befragten die Teilnahme an UN-Friedensmissionen als Aufgabe der SDF an. Eine noch geringere Rolle spielen in der öffentlichen Begründung des Streitkräfteauftrages die Raketenabwehr (26 %) oder die japanische Beteiligung im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika (22,7 %).

Angesichts dieser Umfragewerte erscheint es plausibel, dass der aktuell jüngste Auslandseinsatz der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte im Südsudan im Juni 2017 vorzeitig beendet wurde. Aber wird seine Vorstellungen einer Neuausrichtung der Streitkräfte leichter durchsetzen können, wenn er diejenigen Aufträge der Streitkräfte in den Vordergrund rückt, die auch in der Bevölkerung mit einiger Mehrheit akzeptiert werden.

3. Die Sicherheitsallianz mit den USA im Wandel?

Der eigentliche Sicherheitsgarant Japans sind, in der öffentlichen Wahrnehmung Japans noch vor der SDF, die Streitkräfte der USA. Der *Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten*²² wurde auf der Grundlage einer ersten Sicherheitsvereinbarung aus dem Jahr 1952 im Januar 1960 geschlossen. Der Vertragstext ist in weiten Strecken, bis hin zum exakten Wortlaut einzelner Artikel, von der gleichen Systematik wie der NATO-Vertrag geprägt. Die Parteien verpflichten sich zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte gemäß der Charta der Vereinten Nationen und verpflichten sich im Artikel V des Vertrages zum gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs.

Die *Richtlinien für die Verteidigungskooperation zwischen Japan und den US*²³ präzisieren die umfassende bilaterale Allianz zwischen der SDF und den in Japan stationierten rund 50.000 Mann starken US-Streitkräften.²⁴ In der aktuellen Fassung vom April 2015 betonen sie im ersten Abschnitt besonders die "Bedeutung

- einer nahtlosen, robusten, flexiblen und effektiven bilateralen Reaktion,
- einer Synergie der nationalen Sicherheitspolitik der beiden Länder,
- eines ganzheitlichen Regierungsansatzes der Allianz,
- der Kooperation mit regionalen und internationalen Partnern sowie internationalen Organisationen, sowie
- der globalen Natur der Allianz Japan-USA."

So sehr in der japanischen Bevölkerung die grundsätzliche Bedeutung der US-Präsenz in Japan verstanden wird, so groß ist insbesondere in Okinawa, wo über die Hälfte der US-Streitkräfte in Japan konzentriert ist,²⁵ die Ablehnung gegen die Allgegenwart der US-Streitkräfte. Diese Ablehnung speist sich aus der Lärmbelästigung durch die Luftwaffenstützpunkte, aus dem persönlichen kriminellen Fehlverhalten einzelner US-Soldaten außerhalb des Dienstes sowie einer Serie technischer Zwischenfälle, bei denen Hubschrauber notlanden²⁶

mussten oder im Flug Fenster verloren, die dann auf einen Schulhof²⁷ stürzten, etc.

Eine spezifische Bedrohung der Verteidigungskooperation schien allerdings von völlig unerwarteter Seite zu kommen. Noch bevor er zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, forderte Donald Trump einen höheren finanziellen Beitrag Japans für die Stationierung der US-Streitkräfte²⁸ und stellte gar die Sicherheitsallianz mit Japan in Frage.²⁹ Gleichzeitig drohte er China mit Handelskriegen, womit er die prinzipiell fragile Position Japans in Bezug auf China – einerseits vielfältige Friktionen, andererseits enorme wirtschaftliche Interessen – potentiell zu schwächen drohte. Unmittelbar nach sei-

Noch bevor er zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, forderte Donald Trump einen höheren finanziellen Beitrag Japans für die Stationierung der US-Streitkräfte und stellte gar die Sicherheitsallianz mit Japan in Frage.

ner Wahl verkündete er den Austritt der USA aus der Transpazifischen Partnerschaft TPP. Auch das irritierende Auftreten Trumps im neuen NATO-Hauptquartier in Brüssel am 25. Mai 2017 trug nicht gerade zur Beruhigung der Erwartungen an das zukünftige Engagement der USA

bei. Daher unternahm die japanische Regierung zahlreiche Anstrengungen, um den Dialog zwischen Premierminister Abe und ihm so konfliktfrei wie möglich zu gestalten. Insbesondere sollte vermieden werden, dass Trumps Positionen in Bezug auf den bilateralen Handel sich auf den Zustand des Verteidigungsbündnisses auswirkten.³⁰ Aus japanischer Perspektive sind diese Bemühungen erfolgreich gewesen, denn bei seinem Besuch in Japan im Februar 2017 betonte Verteidigungsminister Mattis das Festhalten der USA an der Allianz mit Japan.³¹ Mattis erneuerte diese Zusagen während des Shangri-La Dialogs 2017. Auch die offiziellen Strategiedokumente der USA benennen die Bedrohung Japans e.g. durch Nordkorea und unterstreichen die Bedeutung einer fortgesetzten Präsenz im Pazifikraum, wenn auch dieser Großraum im Vergleich zur Vergangenheit neu definiert wird und jetzt Indien (“Indo-Pacific”) mit einschließt, ohne dass dies ausführlicher erläutert würde.³² Gleichzeitig wird aus den offiziellen Dokumenten der USA deutlich, dass die USA ein mindestens ebenso großes Interesse an dieser Allianz wie die Japaner haben; bereits im Dezember 2017 wurde in der neuen *National Security Strategy of the United States of America*³³ die besondere Führungsrolle und Bedeutung Japans (“critical ally”, S. 46) betont.

4. Zwei Säulen einer neuen Sicherheitspolitik: Streitkräftereformen und kollektive Sicherheit

4.1 Von der Sicherheitspolitik zum Verteidigungsbudget: Die Streitkräftereformen

Oberste Instanz der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist heute der Nationale Sicherheitsrat (jp. *kokka anzen hoshō kaigi*, engl. National Security Council), ein Kabinettskremium, welches nach mehrjährigen Vorüberlegungen³⁴ in seiner jetzigen Form nach US-amerikanischem Vorbild durch Premierminister Abe initiiert und im November 2013 durch Parlamentsbeschluss förmlich ins Leben gerufen wurde. Begründet wurde dieser Akt mit der zunehmenden Verschärfung der Sicherheitslage Japans.³⁵ Die erste Amtshandlung war die Bekanntgabe einer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie.³⁶

Die großen Linien der japanischen Verteidigungspolitik werden in zwei Dokumenten spezifiziert, den *National Defense Program Guidelines* (jp. *bōei keikaku no taikō*, abk. NDPG), die prinzipiell ungefähr aller zehn Jahre (gelegentlich aber auch in deutlich geringeren Abständen) neu erarbeitet werden; die aktuell geltende Fassung³⁷ (NDPG 25, *National Defense Guidelines for FY 2014 and beyond*) wurde im Jahr 2013 (nach japanischer Kalenderrechnung das Jahr *heisei* 25) veröffentlicht. Auf der Grundlage der NDPG wird in kürzeren Abständen, idealerweise aller fünf Jahre, das *Mid-Term Defense Program* (jp. *chūki bōeiryoku seibi keikaku*) erarbeitet, das die strategischen Leitlinien in konkrete Streitkräfteplanung und Beschaffungsprogramme übersetzt. Daraus leiten sich dann die Eckpunkte des jährlichen Verteidigungshaushaltes ab. Das aktuell gültige *Medium Term Defense Program (FY2014 – FY2018)*³⁸ wird vermutlich im Frühjahr 2018 durch einen Nachfolger abgelöst; der aktuelle Haushalt³⁹ wurde im März 2017 verabschiedet, während der Antrag⁴⁰ für das Haushaltsjahr 2018 Ende Dezember 2017 veröffentlicht wurde.

Insbesondere sollen die SDF eine glaubwürdige Abschreckung gegen bewaffnete Angriffe auf japanisches Territorium leisten und in der Lage sein, auch weit vom Festland entfernte besetzte Inseln zurückerobern zu können.

4.2 Schwerpunkte der Streitkräftereform

In der angestrebten Zielstruktur, wie sie in den soeben genannten Schlüsseldokumenten vorgestellt wird, sollen die Selbstverteidigungsstreitkräfte zur raschen, effektiven und dynamischen Antwort auf jede Art von Lageentwick-

lung befähigt werden. Insbesondere sollen die SDF eine glaubwürdige Abschreckung gegen bewaffnete Angriffe auf japanisches Territorium leisten und in der Lage sein, auch weit vom Festland entfernte besetzte Inseln zurückerobern zu können. Um diese Fähigkeiten zu erreichen, wird eine Reihe von Maßnahmen implementiert, die technische Fähigkeiten, Organisationsstruktur, Stationierungs- und Verlegekonzepte sowie die Nachwuchsgewinnung betreffen. Im Folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Beispiele genannt.

Technische Fähigkeiten: Die Planung setzt zahlreiche Schwerpunkte, die insbesondere auf die Stärkung der Frühwarn- und Überwachungsfähigkeiten abzielen. Vorgesehen sind Investitionen für Frühwarnsysteme (AWACS E-767),



Panzer T90

schiffgestützte UAVs, neue Radaranlagen auf vorgeschobenen Inseln, sowie Investitionen in die Aegis-Systeme der Marine. Um die Dominanz im Luftraum zu sichern, sollen Kampfflugzeuge des Typs F-35A beschafft und der Bestand an F-15 modernisiert werden. Beschaffungsprogramme für Drehflügler (CH-47JA) laufen weiter, es wird an einem Nachfolger für die bisherigen Mehr-

zweckhubschrauber UH-1J gearbeitet. Luftverlastbare Radpanzer (Mobile Combat Vehicle) sind im Zulauf.

Organisationsstruktur: Herzstück der Neustrukturierung ist die Aufstellung eines Zentralen Kommandos bei den Bodenselbstverteidigungsstreitkräften unter dem Namen Ground Central Command (jp. *rikujō sōtai*) mit dem Ziel der Herbeiführung umfassender *joint*-Fähigkeiten⁴¹ unter dem Titel “Dynamic Joint Defense Force” (jp. *tōgō kidō boeiriyoku*).⁴² Sein Auftrag umfasst die Koordinierung mit den Kommandobehörden der ASDF und MSDF sowie mit den US-Streitkräften. Die fünf Territorialarmeen (GSDF North Eastern, Middle, Western, Eastern und Northern Army) sind dem Ground Central Command direkt unterstellt. Sie erhalten neue Rollen als Truppensteller und aufgabenspezifische Kommandoorganisationen. Die bisherige Central Readiness Force (CRF) wird aufgelöst und seine Elemente dem Ground Central Command unterstellt. Dies umfaßt die Luftlandebrigade (*kūteidan*, airborne brigade), die Amphibische Schnelle Brigade (*suiriku kidōdan*, amphibious rapid deployment brigade) sowie die Hubschrauberbrigade (*heridan*, helicopter brigade). Die Zielstärke der Amphibischen Schnellen Brigade beträgt ca. 3000 Mann. Die neuen Strukturen sollen im Frühjahr 2018 in Dienst gehen.⁴³

Stationierungs- und Verlegekonzept: Ein dreistufiges Konzept sieht in der ersten Stufe die feste Dislozierung von schnell beweglichen Kräften und Material entlang der südwestlichen Inseln als Elementen der Abschreckung und der schnellen, “nahtlosen” Reaktionsfähigkeit (seamless initial response) vor. Für diesen Auftrag ist die 15. Brigade vorgesehen. Im Falle eines bewaffneten Angriffs werden in der zweiten Stufe unter Aufrechterhaltung der Luft- und Seehoheit die Hauptkräfte der GSDF per Hubschrauber, Transportflugzeug und Schiff in das Einsatzgebiet verlegt. Die dritte Stufe sieht den koordinierten teilstreitkräftegemeinsamen Einsatz zur Rückeroberung der besetzten Territorien durch amphibische (assault amphibious vehicle AAV7) und drehflüglergestützte (Kipprotorflugzeug V-22 Osprey) Kräfte vor.

Nachwuchsgewinnung: Die Nachwuchsgewinnung der SDF hat das Ziel, auch in Zukunft fähige Offiziere und Soldaten aller Dienstgradgruppen zu gewinnen. Eine Wehrpflicht besteht nicht, da sie nicht nur gegen den Geist des Artikels 9 der Verfassung Japans, sondern auch gegen den Artikel 18 verstößt, der die Versklavung und Zwangsdienste untersagt. Der verbreitete Pazifismus, das hohe Medianalter und die geringe Geburtenrate der japanischen Bevölkerung sind weitere Hindernisse für die Nachwuchsgewinnung. Die SDF setzt daher schon immer auf eine breite Präsenz in der Fläche, es finden sich in allen Präfekturen Rekrutierungsbüros.



F35, hier in der US-Version

In der Öffentlichkeitsarbeit setzt die SDF in großem Umfang jugendtypische Medien und Stilmittel ein; es gibt fiktive Tagebücher von Offizieren in Comic-Form (jp. *manga*), daneben auch allgemeine Informationen über die Offizierslaufbahn (ein typischer Titel: *Mache den Frieden zu Deinem Beruf!*⁴⁴) und den Auftrag der SDF, sowie eine Comic-Ausgabe des Weißbuches.⁴⁵ In den Materialien, die sich gezielt an Jugendliche richten, wird auch die kritische Haltung von Teilen der japanischen Bevölkerung thematisiert. Im genannten Tagebuch führt der Ich-Erzähler aus, wie er seine Eltern von seiner Entscheidung für die Berufswahl überzeugen muss und dies erst dank der Fürsprache eines lokalen Beamten gelingt.

Mit einem auch für die Ohren deutscher Personalverantwortlicher vertrauten Neologismus – “Promotion of Work-Life Balance and More Active Participation of Female Personnel”⁴⁶ – werden gezielt auch Frauen für die SDF geworben; dies entspricht völlig der Politik Abes, der als Teil seiner Strukturreformvor-

haben in großem Maße mehr Frauen am Wirtschaftsleben beteiligen möchte.⁴⁷ Ende Dezember 2016 waren 13.989 (entspricht 6,1%) Frauen im Dienst der SDF, diese Zahl soll aber mindestens verdoppelt werden, denn Frauen können – nach Aussage eines ministeriellen Positionspapiers – in einer zunehmend komplexer werdenden Umwelt einen bisher völlig ungenutzten Mehrwert bringen. Dazu müssen auch alle bisherigen Einstellungshindernisse überprüft und abgeschafft werden.⁴⁸

4.3 Die Entwicklung der kollektiven Sicherheitspolitik Japans

Die japanische Regierung tritt für eine stärkere Beteiligung Japans an internationalen Einsätzen ein und arbeitet daher seit vielen Jahren auf eine Reform des

Die japanische Regierung tritt für eine stärkere Beteiligung Japans an internationalen Einsätzen ein und arbeitet daher seit vielen Jahren auf eine Reform des Artikels 9 der japanischen Verfassung zwecks Anerkennung der SDF als Streitkräfte Japans hin.

Artikels 9 der japanischen Verfassung zwecks Anerkennung der SDF als Streitkräfte Japans hin.⁴⁹ Im Jahr 2015 wurden die bestehenden Verfassungsbeschränkungen für den Einsatz der SDF neu interpretiert; die Gesetzeslage lässt den Einsatz der SDF nun auch zu, „wenn ein bewaffneter

Angriff auf ein Land in enger Beziehung zu Japan erfolgt und im Ergebnis das Überleben Japans bedroht oder das Recht des Volkes auf Leben, Freiheit und das Anstreben von Glück fundamental beeinträchtigt.“⁵⁰

Ein zentrales Problem japanischer kollektiver Sicherheitspolitik ist neben den verfassungsrechtlichen Beschränkungen die Komplexität der regionalen und internationalen Beziehungen. Grundsätzlich ist die Sicherheitsallianz Japans historisch bedingt rein bilateral auf die USA als umfassenden Sicherheitsgaranten konzentriert. Der Ausbau multilateraler Systeme kollektiver Sicherheit schreitet nur langsam voran. Ein Beispiel ist die Kooperation mit Südkorea im Hinblick auf die Bedrohung durch ballistische Raketen Nordkoreas. Obwohl eigentlich ein rascher Austausch von Bahndaten für beide Nationen von vitalem Interesse ist, hat Südkorea die Informationen über nordkoreanische Flugkörper früher nur bilateral mit den USA ausgetauscht, von wo sie weiter nach Japan geleitet wurden. Es brauchte vier Jahre, um ein Geheimschutzabkommen auszuhandeln, das den direkten Austausch von Bahndaten zwischen Südkorea und Japan zulässt.⁵¹

Trotz der Überschneidungen bilateraler Sicherheitsabkommen (USA-Japan, USA-Südkorea, USA-Australien etc.) gibt es bis jetzt kein funktionierendes multilaterales System kollektiver Sicherheit.⁵² Angesichts der hochkomplexen

Trotz der Überschneidungen bilateraler Sicherheitsabkommen (USA-Japan, USA-Südkorea, USA-Australien etc.) gibt es bis jetzt kein funktionierendes multilaterales System kollektiver Sicherheit.

Sicherheitslage Ostasiens ist daher eine Diversifizierung der Sicherheitspartnerschaften, die zumindest drei Partner einschließt, ein logischer Schritt, den z.B. Japan, Indien und Australien anstreben. Die drei Nationen stimmen in ihren Wertvorstellungen einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsbasierten internationalen Ordnung überein. Ihr gemeinsames Interesse ist eine friedliche und stabile regionale Ordnung, die nicht einseitig durch China dominiert wird.⁵³

5. Zusammenfassung

Japan liegt in einer Region multidimensionaler Konfliktfelder: Neben ungeklärten Konflikten infolge des II. Weltkriegs und des Kalten Kriegs bestehen zahlreiche tiefsitzende historische Ressentiments zwischen Japan und seinen Nachbarn. Die moderne Bedrohungsperzeption Japans wird insbesondere durch die Raketen- und Nuklearwaffenprogramme Nordkoreas sowie die Expansion Chinas im Ost- und Südchinesischen Meer bedingt. Trotz zahlreicher Friktionen und ungeklärter Territorialkonflikte sind Japan, China und Südkorea füreinander wichtige Wirtschaftspartner. Japan tritt für offene Seewege sowie eine freiheitliche und demokratische Rechtsordnung ein. Diese Werte teilt es mit zahlreichen Partnern, aber trotz gemeinsamer Werte sind die Systeme kollektiver Sicherheit in Ostasien bis jetzt häufig nur bilateral mit den USA als Sicherheitsgarant ausgeprägt. Die Entwicklung multilateraler Systeme wird angestrebt, kommt aber nur langsam voran, da zu den schon genannten äußeren Hindernissen auch noch die Besonderheiten der pazifistischen Nachkriegsordnung Japans eine bedeutende Rolle spielen. Auf die Summe dieser Herausforderungen hat Japan drei Antworten: angesichts des volatilen Umfelds kommt es zur bedeutendsten Reorganisation der Streitkräfte seit der Gründung der SDF, und um im Kontext kollektiver Sicherheitssysteme die Interessen Japans und seiner Bevölkerung besser schützen zu können, werden politische Anstrengungen zur Neudefinition der verfassungsgemäßen Rolle der Streitkräfte unternommen. Schließlich unternimmt Japan zahlreiche Initiativen, um die bestehenden bilateralen Sicherheitsbeziehungen zu multilateralen Beziehungen zu erweitern.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe, Politik- und Wirtschaftsberater. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 JGSDF: Japan Ground Self-Defense Force, Bodenselbstverteidigungstreitkräfte, das de-facto-Heer Japans. Aus dem Einleitungstext eines Videos zur Reform der japanischen Bodenselbstverteidigungstreitkräfte: “Creation of Tough & Resilient Japan Ground Self-Defense Force–Toward Dynamic Joint Defense Force–”, 17. April 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=RD1Sg7UBpQI>, abgerufen am 25. Januar 2018.
- 2 Vgl. “China überholt Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht”, 31. 07. 2010, https://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article8741324/China-ueberholt-Japan-als-zweitgroesste-Wirtschaftsmacht.html (abgerufen am 18. Jan. 2018)
- 3 Siehe BDI Länderbericht Japan, Abenomics auf holprigem Erfolgskurs, Juli 2015: <https://bdi.eu/media/publikationen/#/publikation/news/laenderbericht-japan-072015/> (abgerufen am 18. Jan. 2018)
- 4 Exporte im Jahr 2016: ca. 645 Milliarden US\$. Quelle: <https://globaledege.msu.edu/countries/japan/tradestats/>, abgerufen am 18. Jan. 2018.
- 5 Importe im Jahr 2016: ca. 607 Milliarden US\$, a.a.O.
- 6 Vgl. Die gemeinsame Stellungnahme von Außenminister Kishida, Verteidigungsminister Onodera, Secretary of State Kerry und Secretary of Defense Hagel: Toward a More Robust Alliance and Greater Shared Responsibilities, 3. Oktober 2013: “The two sides also set forth a strategic vision that, reflecting our shared values of democracy, the rule of law, free and open markets, and respect for human rights, will effectively promote peace, security, stability, and economic prosperity in the Asia-Pacific region.” http://www.mod.go.jp/j/approach/anpo/kyougi/js20131003_e.html, abgerufen am 28. Januar 2018.
- 7 Siehe *Defense Programs and Budget of Japan. Overview of FY 2017 Budget Bill*. 28. März 2017. http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/290328.pdf, abgerufen am 18. Januar 2018. Die Zahlen enthalten neben den Ausgaben für die eigenen Streitkräfte außerdem die Aufwendungen für die Stationierung der US-Streitkräfte in Japan sowie stationierungsbedingte Aufwendungen für zivile Baumaßnahmen (Schallschutz, Umsiedelungen, etc.).
- 8 Für die Umrechnung in Euro wurde der Wechselkurs vom 28. März 2017 (https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-jpy.en.html: 119,84 Yen; abgerufen am 22. Januar 2018) genommen und auf 120 Yen gerundet.
- 9 Einzelplan 14: <https://www.bundshaushalt-info.de/#/2017/soll/ausgaben/einzelplan/14.html>, abgerufen am 22. Januar 2018.
- 10 Verteidigungshaushalt 2017, Stichtag 31. 03. 2017. Siehe Defense of Japan 2017, p. 512, Reference 70, Breakdown of Ministry of Defense Personnel, http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_reference_web.pdf, abgerufen am 25. Januar 2018.
- 11 Angaben für den 15. 12. 2017. Siehe https://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/start/streitkraefte/grundlagen/staerke!/ut/p/z1/hY7NDolwEISfxQPXbinx9waaGA0mGIICL6ZAhWqlpFb-w8a3hZiTObWe_mQxQSIDWrBUIM0LVTN07pZNzMAvjkmw-JiaPlCm92XhC4e0LWRxdO_wBq33hAPoZDwSG1HdOhjnhvIaBAR6xIL-9QobSQ3iOWfhZBWrC4kj1Tu98YWaCIV1k_368yblUA1v3DNNXpqa1f-GNI-Fgx1ccNSJm2h4IRhSunTwriCIHGaSbxaae9Jhbyzb0B-9AchKQVI!/dz/d5/L2dBISevZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922TPCD0IM3BB1Q22TQ0, abgerufen am 25. Januar 2018.
- 12 Siehe *Abductions of Japanese Citizens by North Korea*, <http://www.rachi.go.jp/en/index.html>, abgerufen am 22. Januar 2018.
- 13 Siehe dazu Minegishi Hiroshi: “Renewed ‘comfort women’ debate a blow to Tokyo-Seoul ties. North Korea issue could further strain ties if Moon turns more inward looking.” *Nikkei Asian Review*, Jan. 11, 2018. <https://asia.nikkei.com/Politics-Economy/International-Relations/Renewed-comfort-women-debate-a-blow-to-Tokyo-Seoul-ties> (abgerufen am 22. Januar 2018).
- 14 Japan Ministry of Defense: “Defense of Japan 2017”. Übersicht: http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/2017.html, (abgerufen am 25. Januar 2018), Digest Part I, p. 19, http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_digest1_web.pdf (abgerufen am 25. Januar 2018).
- 15 Bōeishō [Ministry of Defense]: *Kita chōsen ni yoru kaku jikken, dandō misairu hassha ni tsuite* [Zu den von Nordkorea durchgeführten Nuklearversuchen und Abschüssen ballistischer Raketen]. 26. Januar 2018 (nur auf Japanisch; http://www.mod.go.jp/j/approach/surround/pdf/dprk_bm_20180126.pdf, abgerufen am 25. Februar 2018).
- 16 Siehe “Nordkorea meldet ‘erfolgreiche’ Zündung von Wasserstoffbombe.” <http://www.dw.com/de/nordkorea-meldet-erfolgreiche-z%C3%BCndung-von-wasserstoffbombe/a-40342654>, abgerufen am 25. Februar 2018.
- 17 Hierzu veröffentlicht das japanische Verteidigungsministerium eine knappe Übersicht auf Japanisch: *China’s Defense Budget*, http://www.mod.go.jp/j/approach/surround/pdf/ch_d-budget_20180202.pdf (abgerufen am 25. Februar 2018). Das japanische Verteidigungsministerium bezieht sich für die qualitative Bewertung der Zahlen u.a. auf das US DoD und das SIPRI.
- 18 Vgl. Japan Ministry of Defense: *China’s Activities in the South China Sea*. Setze: 02. Februar 2018 aufgerufen am 25. Februar 2018 <http://www.mod.go.jp/j/ap->

- proach/surround/pdf/ch_d-act_20180202.pdf (aufgerufen am 25. Februar 2018). Die Materialsammlung enthält neben einer kompakten Darstellung der historischen Entwicklung von Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer zahlreiche Satellitenbilder von chinesischen Aufschüttungen und Bauten.
- 19 Bōeishō [Ministry of Defense]: *Roshia gun no waga kuni shūben ni okeru dōkō ni tsuite* [Zu den Bewegungen der Russischen Streitkräfte in der Umgebung Japans], http://www.mod.go.jp/j/approach/surround/pdf/rus_d-act_20180126.pdf (aufgerufen am 25. Februar 2018) (nur auf Japanisch; abgerufen am 25. Januar 2018).
 - 20 Offizielle englische Übersetzung der Verfassung Japans: http://japan.kantei.go.jp/constitution_and_government_of_japan/constitution_e.html, abgerufen am 25. Januar 2018.
 - 21 Umfragen der japanischen Regierung werden unter <https://survey.gov-online.go.jp> veröffentlicht. Die hier zitierten Zahlenwerte sind der letzten Umfrage zur Stellung der Streitkräfte in der Gesellschaft aus dem Jahr 2014 (<https://survey.gov-online.go.jp/h26/h26-bouei/zh/z10.html>, abgerufen am 22. Jan. 2018) entnommen.
 - 22 Offizielle englische Textfassung des *Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and The United States of America* (Kurzbezeichnung: Japan-US Security Treaty): <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/q&a/ref/1.html>, abgerufen am 28. Januar 2018.
 - 23 The Guidelines for Japan-U.S. Defense Cooperation, April 27, 2015. http://www.mod.go.jp/e/d_act/ano/pdf/shishin_20150427e.pdf, abgerufen am 28. Januar 2018.
 - 24 Das aktuelle Weißbuch *Defense of Japan 2017* enthält eine Übersichtskarte der amerikanischen Standorte in Japan (Hauptinseln): http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_location2_web.pdf, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 25 Übersichtskarte zu US-Stützpunkten in Okinawa im Weißbuch *Defense of Japan 2017* http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_location3_web.pdf, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 26 “2nd US Marine helicopter makes emergency landing in Japan”, *MarineCorpsTimes*, 8. Jan. 2018. <https://www.marinecorpstimes.com/news/your-marine-corps/2018/01/08/2nd-us-marine-helicopter-makes-emergency-landing-in-japan/>, abgerufen am 29. Januar 2018; “3rd Marine Corps helicopter emergency landing this month draws ire on Okinawa”, *Stars and Stripes*, 24. Jan. 2018, <https://www.stripes.com/news/3rd-marine-corps-helicopter-emergency-landing-this-month-draws-ire-on-okinawa-1.508196>, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 27 Schogol, Jeff: “Marine Corps helicopter window falls onto Okinawa elementary school”, *MarineCorpsTimes*, 13. Dez. 2017, <https://www.marinecorpstimes.com/news/your-marine-corps/2017/12/13/marine-helicopter-window-falls-onto-okinawa-elementary-school/>, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 28 “Trump urges Japan to pay more to maintain U.S. military bases here”, *The Japan Times*, 5. Mai 2016, <https://www.japantimes.co.jp/news/2016/05/05/national/politics-diplomacy/trump-urges-japan-pay-maintain-u-s-military-bases/>, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 29 Funabashi, Yoichi: “Trump’s Japan-bashing and the security alliance”, *The Japan Times*, 30. Mai 2016, <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2016/05/30/commentary/japan-commentary/trumps-japan-bashing-security-alliance/>, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 30 “Disarm and Disengage” war das Leitmotiv der Gesprächsführung; eine ausführliche Beschreibung der strategischen Vorbereitungen der Treffen zwischen Trump und Abe gibt Takako Hikotani: “Trump’s Gift to Japan. Time for Tokyo to Invest in the Liberal Order”. *Foreign Affairs*, September-October 2017, Volume 96, Number 5, S. 21–27.
 - 31 Siehe dazu die Stellungnahme der japanischen Verteidigungsministerin Inada auf der Pressekonferenz des Verteidigungsministeriums am 7. Februar 2017: “Secretary Mattis came to Japan and reaffirmed that into the future, the Japan-U.S. Alliance will continue to contribute to the stability and peace of the East Asia-Pacific region. The summit meeting scheduled for this weekend will be the first since President Trump officially took office, so it is important for the two leaders to first establish a firm relationship of trust and then make clear, domestically and internationally, that the Japan-U.S. Alliance remains rock-solid amid the increasingly severe security environment in the Asia-Pacific region.” <http://www.mod.go.jp/e/press/conference/2017/02/07.html>, abgerufen am 29. Januar 2018; außerdem: “Mattis wraps up Japan visit with U.S. pledge to maintain alliance ‘for years to come’”, *The Japan Times*, 4. Februar 2017, <https://www.japantimes.co.jp/news/2017/02/04/national/politics-diplomacy/inada-says-hopes-mattis-visit-strengthens-regional-security-ties-south-korea>, abgerufen am 29. Januar 2018.
 - 32 Siehe hierzu das *Summary of the 2018 National Defense Strategy of The United States of America. Sharpening the American Military’s Competitive Edge*, Seiten 2 (Japan) und 9 (unter Expand Indo-Pacific alliances and partnerships: “We will strengthen our alliances and partnerships in the Indo-Pacific to a networked security architecture capable of deterring aggression, maintaining stability, and ensuring free access to common domains.” <https://www.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2018-National-Defense-Strategy-Summary.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2018.

- 33 National Security Strategy of the United States of America. Dezember 2017. <http://nssarchive.us/wp-content/uploads/2017/12/2017.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2018.
- 34 Siehe z.B. die Empfehlungen der Tokyo Foundation dazu: “New Security Strategy of Japan: Multilayered and Cooperative Security Strategy”, October 8, 2008, Policy Research Division, The Tokyo Foundation. http://www.tokyofoundation.org/en/additional_info/New%20Security%20Strategy%20of%20Japan.pdf, abgerufen am 27. Januar 2018.
- 35 Siehe dazu das Weißbuch 2013 – Japan Ministry of Defense: *Defense of Japan 2013*, Chapter 1, The Basic Concepts of Japan’s Security and Defense Policy, Section 4, Establishment of National Security Council, pp. 105–106. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2013/24_Part2_Chapter1_Sec4.pdf, abgerufen am 27. Januar 2018.
- 36 Englische Fassung z.B. im aktuellen Weißbuch *Defense of Japan 2017*, “National Security Strategy (Outline)”, S. 443–446. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_reference_web.pdf (S. 2–5 des PDF-Dokuments; abgerufen am 29. Januar 2018).
- 37 Englische Fassung: *National Defense Program Guidelines for FY 2014 and beyond (Summary)*, 17. Dezember 2013: http://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2014/pdf/20131217_e.pdf, abgerufen am 28. Januar 2018.
- 38 Englische Bezeichnung bis zum Jahr 2013 “Mid-Term”, danach “Medium Term”. *Medium Term Defense Program (FY2014–FY2018)*. December 17, 2013. Approved by National Security Council and the Cabinet. (Provisional Translation) http://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2014/pdf/Defense_Program.pdf, abgerufen am 27. Januar 2018.
- 39 *Defense Programs and Budget of Japan. Overview of FY 2017 Budget Bill*. 28. März 2017. http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/290328.pdf, abgerufen am 18. Januar 2018.
- 40 *Defense Programs and Budget of Japan. Overview of FY 2018 Budget Request*. 22. Dezember 2017. http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/291222.pdf, abgerufen am 27. Januar 2018.
- 41 Erklärung durch Verteidigungsministerin T. Inada auf der Pressekonferenz am 18. Januar 2017. <http://www.mod.go.jp/e/press/conference/2017/01/18.html>, abgerufen am 29. Januar 2018.
- 42 Siehe Neujahrsansprache des Verteidigungsministers Onodera am 4. Jan. 2018. <http://www.mod.go.jp/e/publ/movies/message2018.html>, abgerufen am 30. Januar 2018.
- 43 So angekündigt im Grußwort des Stabschefs der GSDF, Gen. Koji Yamazaki, zum Neuen Jahr 2018. <http://www.mod.go.jp/gsdf/about/2018/20180101.html>, abgerufen am 29. Januar 2018.
- 44 *Heiwa wo shigoto ni suru jieikan. Hokori to yarigai wo mune ni*. [Offiziere, die den Frieden zu ihrem Auftrag machen. Voller Stolz und Dankbarkeit.] http://www.mod.go.jp/pco/ibaraki/pdf/2017_12_comic.pdf, abgerufen am 29. Januar 2018. Mit etwas anderem Schwerpunkt in der vermittelten Information: *Jieikan he no michi. Aratana jibun wo deau tame ni*. [Der Weg zum Soldaten der SDF. Für eine Begegnung mit einem neuen Selbst.] <http://www.mod.go.jp/pco/hyogo/pdf/jieikanmiti20170731.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2018.
- 45 Bōeishō [Ministry of Defense]: *Heisei 28 nenban manga de yomu bōei hakusho. Bōeisōbichō no ninmu wo shirō!* [Weißbuch 2016, als Manga zu lesen. Erfahre mehr zur Beschaffungsbehörde!] <http://www.mod.go.jp/j/publication/wp/comic/h28/pdf/all.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2019.
- 46 Der Begriff wird auch auf Japanisch so genannt: *wāku raifu baransu* (= engl. “work life balance”). Siehe *Defense of Japan 2017*, Part III, Chapter 3, Section 2. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_3-3-2_web.pdf, S. 403. Abgerufen am 29. Januar 2018.
- 47 Chanlett-Avery, Emma and Rebecca M. Nelson: “Womenomics in Japan: In Brief”. Congressional Research Service 7-5700, August 1, 2014. <https://fas.org/sgp/crs/row/R43668.pdf>, abgerufen am 29. Januar 2018.
- 48 Die Zielzahlen der Einstellung von Frauen liegen bei 10 – 15%; siehe das Positionspapier Bōeishō [Ministry of Defense]: *Josei jieikan katsuyaku suishin inishiatibu – jidai to kankyō ni tekiōshita miryoku ga aru jieitai wo mezashite* – [Initiative zur Förderung weiblicher Soldaten – auf dem Weg zu attraktiven Streitkräften, die sich an Zeiten und Verhältnisse anpassen –] 17. April 2017. http://www.mod.go.jp/j/approach/others/jinji/worklife/pdf/josei_katsuyaku.pdf, Übersichtspräsentation dazu: http://www.mod.go.jp/j/approach/others/jinji/worklife/pdf/josei_katsuyaku.pdf, beide abgerufen am 29. Januar 2018.
- 49 Premierminister Abe nannte im Mai 2017 als Ziel das Jahr 2020. Siehe Osaki, Tomohiro and Daisuke Kikuchi: “Abe declares 2020 as goal for new Constitution”. <https://www.japantimes.co.jp/news/2017/05/03/national/politics-diplomacy/abe-declares-2020-goal-new-constitution>, abgerufen am 30. Januar 2018.
- 50 Englische Fassung z.B. im aktuellen Weißbuch *Defense of Japan 2017*, “Development of Seamless Security Legislation to Ensure Japan’s Survival and Protect its People”, S. 461. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/pdf/2017/DOJ2017_reference_web.pdf (S. 20 des PDF-Dokuments; abgerufen am 29. Januar 2018).
- 51 Das General Security of Military Information Agreement (GSOMIA) zwischen Japan und Südkorea wurde im November 2016 unterzeichnet. Siehe Murooka

- Tetsuo and Hiroyasu Akutsu: "The Korean Peninsula: North Korea's Growing Nuclear and Missile Threat and South Korea's Anguish", In: The National Institute for Defense Studies Japan: East Asian Strategic Review 2017, S. 119. http://www.nids.mod.go.jp/english/publication/east-asian/pdf/2017/east-asian_e2017_04.pdf, abgerufen am 29. Januar 2018. Seit 2017 gibt es trilaterale Übungen unter dem Namen LINKEX. U.S. 7th Fleet Public Affairs: U.S., Japan and Republic of Korea Navies Conduct Trilateral Missile Defense Informational Link Exercise. March 14, 2017. <http://www.pacom.mil/Media/News/News-Article-View/Article/1112565/us-japan-and-republic-of-korea-navies-conduct-trilateral-missile-defense-inform/>, abgerufen am 30. Januar 2018.
- 52 Vgl. Wacker, Gudrun: *Sicherheitskooperation in Ostasien. Strukturen, Trends und Leistungsgrenzen*. SWP Studie, Mai 2015, Berlin. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S02_wkr.pdf, abgerufen am 30. Januar 2018.
- 53 Siehe David Lang: "The not-quite-quadrilateral. Australia, Japan and India." S. 2, Strategic Insights 92, ASPI July 2015. <https://www.aspi.org.au/report/not-quite-quadrilateral-australia-japan-and-india>, abgerufen am 30. Januar 2018.

Der Aufstieg Chinas als ordnungspolitische Herausforderung

Dr. Michael Staack

Einleitung

Der geschichtlich präzedenzlose wirtschaftliche, politische und zunehmend auch militärische Aufstieg Chinas verändert die internationale Ordnung ebenso wie die Sicherheitskonstellation in Ostasien. China bleibt an der Erhaltung einer friedlichen Umwelt interessiert, weil die weitere Entwicklung des eigenen Landes und der wachsende Wohlstand seiner Bevölkerung die Grundlagen seiner Außen- und Innenpolitik bilden. Der ökonomische Aufstieg Chinas führt zu Interdependenzen, die auch als Abhängigkeiten wahrgenommen werden können. Auf globaler Ebene stellt die militärische Modernisierung in China noch auf längere Zeit keine wirkliche Herausforderung für die USA dar. In der Region Ostasien allerdings werden dadurch die Optionen Amerikas eingeschränkt.¹ Außerdem verändert der militärische Modernisierungs- und Aufrüstungsprozess der Volksbefreiungsarmee die Kräfteverhältnisse in der Region, obwohl Japan und die Republik Korea (und selbstverständlich die USA) technologisch immer noch über einen deutlichen Vorsprung gegenüber China verfügen. Kurzgefasst: China etabliert sich als das, was die Vereinigten Staaten von Amerika und (mit Einschränkungen) die Europäische Union bereits sind: als globaler, seine Interessen verfolgender, auch global sichtbarer Akteur in allen Politikbereichen. Das ist kein Anlass für Alarmismus, sondern für sorgfältige wissenschaftliche Analysen und überlegte politische Antworten. Dieser Aufsatz umreißt in knappen Zügen Chinas Selbstverständnis, stellt die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Ostasien ebenso wie die europäischen und deutschen Interessen in dieser Region dar und analysiert kurzgefasst zwei zentrale politische Themen: den Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer und Chinas Seidenstraßen-Initiative.

Der geschichtlich präzedenzlose wirtschaftliche, politische und zunehmend auch militärische Aufstieg Chinas verändert die internationale Ordnung ebenso wie die Sicherheitskonstellation in Ostasien.

Chinas Selbstverständnis unter Xi Jinping

Der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas gehört zu den wichtigsten Entwicklungen im frühen 21. Jahrhundert; die weitere Einbindung dieses Landes in eine regelbasierte, multilaterale Ordnung zu den wichtigsten Her-

ausforderungen. Dieser Prozess hat erhebliche Auswirkungen sowohl auf das internationale System als auch auf die regionale Ordnung in Ostasien. Die fortgesetzte Integration Chinas in eine sich fortentwickelnde internationale Ordnung erscheint durchaus realistisch. Zum einen hat China seit der Einleitung seiner Reform- und Öffnungspolitik (1978) von dieser Ordnung profitiert. Es verlangt eine stärkere Mitgestaltung, aber keinen Wechsel der Ordnungsstrukturen. Zum anderen erzwingt die zunehmende Multipolarisierung des internationalen Systems die Integration aufstrebender Mächte, wenn es funktionsfähig bleiben soll. Diese Auffassung hat sich auch die Bundesregierung mit ihrem „Gestaltungsmächte-Konzept“ (2012) zu Eigen gemacht.²

China ist heute eine globale Gestaltungsmacht, eine Handelsmacht und eine Großmacht in Asien. Es will auf die Entwicklung des internationalen Systems auch als Diskursmacht Einfluss nehmen, indem es Initiativen für die globale Agenda ergreift und eigene Beiträge zur Norm- und Regelbildung vorlegt. Sein

China will die USA nicht als wichtigste Weltmacht verdrängen, sondern als gleichberechtigter Akteur in einem multipolaren Mächtekonzept anerkannt werden.

Aufstieg erfolgte nicht gegen, sondern innerhalb der internationalen Ordnung. Im Rahmen dieses Aufstiegs erfolgte auch eine Sozialisierung nach den bestehenden Normen, die aus der Sicht Chinas fallweise

fortentwickelt bzw. reformiert werden sollen.³ Insbesondere sollen sich die Machtverschiebungen zugunsten aufsteigender Mächte innerhalb des Systems widerspiegeln, z.B. durch Reform des IWF oder der Weltbank. Wenn solche Anpassungen nicht erfolgreich sind (wie bei IWF und Weltbank durch die seit 2010 andauernde Blockade der USA), betreibt China die Errichtung neuer Institutionen wie der „New Development Bank“ (NDB) der BRICS-Staaten oder der „Asian Infrastructure Investment Bank“ (AIIB). China will die USA nicht als wichtigste Weltmacht verdrängen, sondern als gleichberechtigter Akteur in einem multipolaren Mächtekonzept anerkannt werden. Gegenwärtig ist China bereits für über 70 Staaten der Welt der wichtigste Handelspartner. In etwa 15 bis 20 Jahren könnte es die Vereinigten Staaten als größte Volkswirtschaft der Welt überholen. Aus diesen Entwicklungstrends ergibt sich Chinas zunehmende wirtschaftliche und politische Präsenz auf allen Kontinenten und Ozeanen.

Unter der Führung des seit 2012 amtierenden Staats- und Parteichefs Xi Jinping hat sich die Politik des Landes verändert. Als strategische Orientierung dienen dabei die „Zwei Hundert“: Bis 2021, dem 100. Gründungsjubiläum der Kommunistischen Partei, soll eine Gesellschaft des „bescheidenen Wohlstands“ verwirklicht sein. Bis 2049 – der 100. Wiederkehr der Gründung der Volks-

republik – soll der umfassende Wiederaufstieg zu einer globalen Großmacht abgeschlossen sein, die sich durch wirtschaftliche, technologische und militärische Stärke, innovatives und nachhaltiges Handeln, innenpolitische Stabilität und kulturelle Anziehungskraft auszeichnet. Die „Zwei Hundert“ sind die zentralen Bestandteile des „Chinese Dream“; der von Xi Jinping proklamierten Leitvision.⁴ Innenpolitisch setzt Xi Jinping auf mehr Disziplinierung, Ideologie und Kontrolle (gerade im digitalen Bereich), um die Herrschaft der regierenden Partei zu festigen. Außenpolitisch tritt China selbstbewusster auf. Es verfolgt seine Interessen sowohl als „responsible stakeholder“ als auch als ein Akteur, der stärker als bisher die Mittel klassischer Großmachtpolitik einsetzt. In der internationalen Ordnungspolitik hält es am Multilateralismus fest, bevorzugt aber ebenso – besonders in Ostasien – bilaterale Formate, in denen es seine ökonomische Macht ausspielen kann. Die Kooperation der EU und Deutschlands mit China wird dadurch schwieriger. Hinzu kommt, dass die chinesische Wirtschaft infolge ihrer überaus erfolgreichen Entwicklung zunehmend zu einem Wettbewerber geworden ist. Für seine Entwicklung ist China auch weiterhin auf ein friedliches Umfeld und eine liberale Handelsordnung angewiesen.⁵

Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen in Ostasien

Weitaus weniger günstig als im internationalen System stellen sich die Rahmenbedingungen in der Region Ostasien dar: (1) In Ostasien besteht keine umfassende, hinreichend institutionalisierte Kooperationsarchitektur des Staatesystems. Während die wirtschaftliche Verflechtung und Interdependenz weit vorangeschritten ist, fehlt es insbesondere in der Sicherheitspolitik an Strukturen der Zusammenarbeit. (2) Innerhalb der Region existieren zahlreiche ungelöste Sicherheitsprobleme, z.B. Territorialstreitigkeiten, die Nordkorea-Problematik oder die Frage nach der politischen Zukunft Taiwans. (3) Hinzu kommt, vor allem in Japan, eine unzureichende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die Kooperation erheblich behindert und bei aktuellen Konflikten instrumentalisiert werden kann. (4) In Ostasien treffen die Interessen der USA und Chinas direkt aufeinander. Während Washington mit der 2011 proklamierten neuen Pazifik-Strategie seinen Status als Hegemonialmacht behaupten will, zielt Beijing darauf ab, den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region sukzessive zurückzudrängen.

Die sicherheitspolitischen Probleme in der politisch und ökonomisch wichtigsten und dynamischsten Weltregion haben sich in den letzten Jahren nochmals verstärkt.⁶ China modernisiert sein militärisches Potenzial und erweitert

damit (insbesondere maritim) seine Projektionsfähigkeit, ohne dadurch den technologisch führenden USA umfassend Konkurrenz machen zu wollen oder zu können. Wohl aber ist es bestrebt, den bisher im Pazifischen Raum (bis unmittelbar vor die Küsten der Volksrepublik) überlegenen Vereinigten Staaten Optionen zu verweigern oder diese kostspielig werden zu lassen. Auch die USA (ebenso wie ihre regionalen Verbündeten Japan und Südkorea) verstärken ihre Rüstungsanstrengungen und reaktivieren ihre bilateralen Allianzen. Bis Anfang 2017 betrieb Washington zudem das Projekt einer China ausschließenden Freihandelszone (TPP). Durch seine fortgesetzten Nukleartests und sein unberechenbares Verhalten trug Nordkorea erheblich zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Ostasien bei. In der gesamten Region führte der Aufstieg Chinas, dessen Geschwindigkeit präzedenzlos ist, zu Ängsten, Abwehrreaktionen, Fehlperzeptionen und Instabilitäten. Die latenten und offenen Konflikte bestärkten den Wunsch der meisten ost- und südostasiatischen Nachbarn der Volksrepublik nach einer rückversichernden, balancierenden Rolle der USA.⁷ Die bisherige, wesentlich durch Unilateralismus und Unberechenbarkeit gekennzeichnete Politik der Trump-Administration hat die Fähigkeit der USA als *Balancer* aus der Sicht vieler Länder der Region in Frage gestellt. Insgesamt steht außer Zweifel: Die Staaten der Region wollen beides – wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit China *und* mit den USA.

Ostasien befindet sich in einem Zustand des nicht oder nur ungenügend eingegegneten Sicherheitsdilemmas, das offensichtlich durch den zunehmenden Grad ökonomischer Interdependenz allein nicht wirksam reduziert werden kann (*Asian Paradox*). Kein Staat in Ostasien ist an einer militärischen Auseinandersetzung interessiert. Die größte potenzielle Herausforderung stellt die – ungewollte – Eskalation eines Krisengeschehens in der Region dar, die – befördert durch die sino-amerikanische Konkurrenz – dann auch auf die internationale Ebene übergreifen könnte. Vor allem der Konflikt über das nordkoreanische Nuklearprogramm, aber auch die Territorialdispute im Südchinesischen Meer verfügen über ein solches Eskalationspotenzial.

Grundvoraussetzung jeder realistischen und friedensförderlichen Sicherheitspolitik ist das Erfordernis der Empathie, d.h. die Fähigkeit und Bereitschaft, die sicherheitspolitischen Handlungsmotive und Interessen anderer Staaten zu verstehen und nach Maßgabe der eigenen Interessensdefinition auch zu berücksichtigen. Diese Fähigkeit und Bereitschaft zur Empathie ist in Ostasien auf *allen* Seiten eher gering ausgeprägt. Deutsche Außenpolitik war und ist besonders erfolgreich, wenn sie Empathie praktiziert und auf Interessenausgleich setzt.

Europäische und deutsche Interessen

Die Interessen der EU bzw. Deutschlands und der USA in Bezug auf Ostasien und China stimmen teilweise überein, es bestehen aber auch wichtige Unterschiede. Eine eigenständige Position von EU und Deutschland ist vorhanden und geboten – wie der Nordkorea-Konflikt in den letzten Monaten erneut gezeigt hat. Das zentrale Interesse der Vereinigten Staaten besteht in der Aufrechterhaltung ihrer (noch) bestehenden Hegemonialstellung in der Region Asien-Pazifik. Das zentrale europäische und deutsche Interesse besteht in der Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung und der Entwicklung einer regionalen Ordnung kooperativer Sicherheit, in deren Rahmen Konflikte friedlich gelöst und Freihandel einschließlich offener Schifffahrtswege gewährleistet werden. Ziel dieser Politik ist die *Einbindung*, nicht die *Eindämmung* der Gestaltungsmacht China. Zwischen Deutschland und China hat sich – so die offizielle Bezeichnung – eine „Große umfassende Strategische Partnerschaft“ mit bemerkenswerter Dichte und Tiefe entwickelt, die regelmäßige Regierungskonsultationen und über 70 Dialogformate (unter Einschluss der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik) umfasst. Diese Partnerschaft beruht auf einer Reihe von gemeinsamen Interessen (z.B. in der *Global Governance* und in der Wirtschaftskooperation). Sie hat ein Vertrauenskapital geschaffen, das bei Interessensgegensätzen genutzt werden kann.⁸

Die Europäische Union bzw. Deutschland sind keine Verbündeten der USA im Pazifischen Raum. Es gibt auch keine gemeinsame Ostasien- oder China-Strategie. Obamas „Pivot to Asia“ war eine nationale Strategie der USA, bei der EU (und NATO) nicht konsultiert wurden. Die EU und die USA haben aber verabredet, die Interessen der jeweils anderen Seite bei ihrer Politikgestaltung in der Region zu berücksichtigen. In der Praxis hat sich dieses *Agreement* eher als Einbahnstraße zu Lasten der EU gestaltet. Die Europäische Union und Deutschland werden in der Region als wirtschafts- und außenpolitische, jedoch nicht als sicherheitspolitische Akteure wahrgenommen. Sie sind auch nicht Konfliktpartei bei den verschiedenen Territorialkonflikten, sondern materiell neutral. Zugleich bestehen sie aber auf einer friedlichen Konfliktregelung und wenden sich gegen eine Politik vollendeter Tatsachen, z.B. durch den Ausbau strittiger Eilande. Aus dieser europäischen und deutschen Position ergeben sich Optionen für eine eigenständige, vermittelnde Rolle, die

Die Europäische Union und Deutschland werden in der Region als wirtschafts- und außenpolitische, jedoch nicht als sicherheitspolitische Akteure wahrgenommen.

insbesondere die kleineren und mittleren Staaten bzw. die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) unterstützen kann.

Der Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer

Beim Streit um Territorialrechte im Südchinesischen Meer handelt es sich um einen rechtlich und politisch außerordentlich komplexen Konflikt, der schwer regelbar ist.⁹

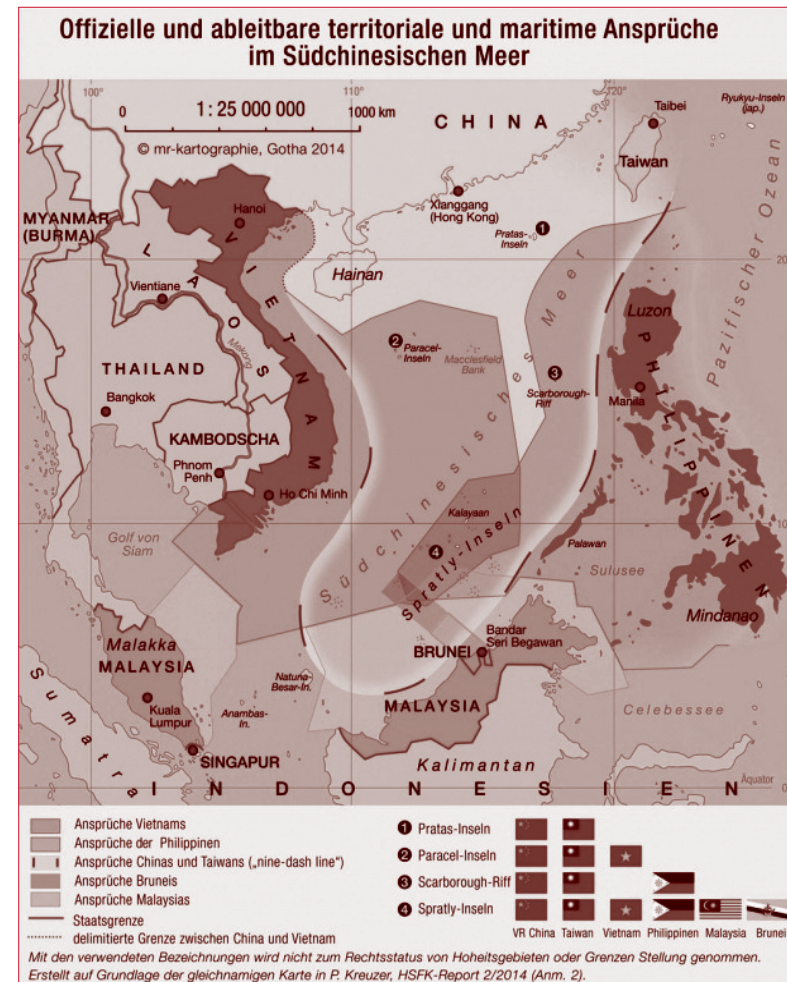
Der Konflikt umfasst mehrere, miteinander verschränkte Dimensionen:

1. Es handelt sich um ein internationales Ordnungsproblem, bei dem über die Anwendbarkeit und Auslegung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) gestritten wird.
2. Es geht um Streitigkeiten zwischen China und verschiedenen Nachbarstaaten; aber auch zwischen diesen Nachbarstaaten; also um ein regionales Problem.
3. Der Streit ist inzwischen auch Bestandteil der amerikanisch-chinesischen Macht- und Hegemonialkonkurrenz geworden und wurde dadurch zusätzlich politisch aufgeladen.

Auch der Konfliktgegenstand muss multidimensional verstanden werden:

1. Es geht um die Durchsetzung von Souveränität auf der Grundlage historisch gewachsener Ansprüche. So wurde die von China und Taiwan beanspruchte „Nine-Dash-Linie“ bereits 1949 von der Republik China proklamiert.
2. In gleicher Weise geht es um den Zugang zu Ressourcen, insbesondere Öl, Gas und Fischereigründe.
3. Ebenfalls relevant sind Sicherheitspolitik und Militärstrategie, d.h. die Erweiterung der Optionen der Volksbefreiungsmarine durch gesicherten Zugang zu Hochseegewässern. Die unterschiedlichen Staatenpositionen über diesen Konflikt bestehen seit über 70 Jahren. Seine Aufladung in den letzten Jahren lässt sich hauptsächlich mit veränderten Machtverhältnissen zugunsten Chinas, mit der zunehmenden sino-amerikanischen Konkurrenz und, damit verknüpft, mit sicherheitspolitischen Erwägungen erklären.

Schaubild Südchinesisches Meer



Das Urteil des Internationalen Schiedsgerichtshofes vom 12. Juli 2016 in der Streitsache Philippinen gegen China hat nicht zu einer Regelung oder Einhegung des Konflikts beigetragen.¹⁰ Mit diesem Urteil wurden die chinesischen Ansprüche zwar rechtsverbindlich zurückgewiesen. Allerdings hatte China schon im Jahr 2006 maritime Territorialdispute von seiner Zustimmung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ausgenommen und sich an dem Verfah-

ren vor dem Schiedshof nicht beteiligt, das Verfahren nicht akzeptiert und die Nichtanerkennung des Urteils angekündigt. Die 2016 neu ins Amt gekommene philippinische Regierung rückte ebenfalls von diesem Urteil ab und kündigte an, nun eine politische Lösung mit China suchen zu wollen.

Deutschland war bereit, den Schiedsspruch anzuerkennen.¹¹ Innerhalb der Europäischen Union kam eine solche Einigung aber nicht zustande, weil sich u.a. Griechenland, Kroatien, Slowenien und Ungarn dagegen sperrten. Erneut erwies sich, dass obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit nur dann als Instrument zur Konfliktregelung taugt, wenn die Konfliktparteien diese vorab anerkennen und eine inhaltliche Annäherung eingeleitet worden ist. Eine Konfliktregelung gegen eine Konfliktpartei funktioniert selbst in der Europäischen Union nicht: So erkennt Kroatien ein für das Land nachteiliges Urteil des Internationalen Schiedshofes vom 29. Juni 2017 in einem von Slowenien angestregten Verfahren ebenfalls nicht an. Hinzu kommt, dass die USA für sich obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit grundsätzlich ablehnen und Frankreich (1996) wie Großbritannien (2003) ähnliche Vorbehalte wie China geltend gemacht haben.¹² Gleichwohl ist sich China bewusst, dass ihm der Schiedsspruch politisch geschadet hat.

In der Folge setzten die USA ihre „Freedom of Navigation“-Operationen mit erhöhter zeitlicher Frequenz fort, während China weiterhin Inseln aufschüttete bzw. ausbaute. Hinzu trat aber eine regionale Kooperationsdynamik in Bezug auf die Territorialdispute: China und Vietnam verständigten sich auf einen hochrangigen politischen Dialog, China und die Philippinen auf die Bearbeitung des Themas in hochrangig besetzten Kommissionen, und zwischen China und ASEAN gelang eine Grundsatzvereinbarung auf ein „Draft Framework Agreement on the Conduct of the South China Sea“. Eine Regelung des Konfliktgegenstands erfolgte damit nicht, wohl aber eine begrenzte Einhegung.

Die Sicherheitskonstellation in der Südchinesischen See bleibt fragil.

Die Sicherheitskonstellation in der Südchinesischen See bleibt fragil. Weder China noch die USA werden ihre Politik ändern. Dringend erforderlich ist eine verbesserte Krisenkommunikation, um Zwischenfälle auf See einhegen zu können. Ebenfalls erwartbar ist eine Fortsetzung der regionalen Kooperationsdynamiken. Dabei könnte das völkerrechtliche Konzept eines „Joint Development“ der strittigen Gebiete in den Vordergrund treten, das gemeinsame Ressourcennutzung ermöglichen soll, während die strittigen Rechtsansprüche bestehen bleiben.¹³

Eine zeitliche und inhaltliche Verknüpfung des Konflikts mit anderen Konfliktgegenständen – z.B. Nordkorea – birgt die Gefahr krisenhafter Zuspitzungen und denkbarer Eskalationen im sino-amerikanischen Verhältnis. Deshalb ist es geboten, alle Möglichkeiten der multi- und bilateralen Konflikt diplomatie auszuschöpfen.

Das Großprojekt der Seidenstraßen-Initiative

Mit der 2013 von Staats- und Parteichef Xi Jinping proklamierten „Seidenstraßen-Initiative“ (One Belt, One Road = OBOR) verfolgt China mehrere Zielsetzungen:

1. die wirtschaftliche Erschließung von neuen Märkten, z.B. in Zentral- und Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika;
2. die Entwicklung seiner eigenen, unruhigen Westgebiete (Xinjiang und Tibet) und der unmittelbaren regionalen Nachbarschaft;
3. die infrastrukturelle Verstärkung der Verbindungen nach Europa einschließlich Russlands und der Türkei und in die anderen genannten Weltregionen. OBOR ist als langfristiges Großprojekt zu verstehen, in das etwa 900 Milliarden US-Dollar investiert werden sollen.¹⁴

Aufgrund der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, der vorhandenen multilateralen (z.B. in der „Shanghai Cooperation Organization“) und bilateralen Partnerschaften (z.B. mit Pakistan und Russland) verfügt OBOR über ein großes Entwicklungspotenzial. Es handelt sich um ein wirtschaftliches Projekt mit außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen. Es wäre ganz falsch, Chinas „Seidenstraßen-Initiative“ als ein „fertiges“ Vorhaben zu betrachten. Stattdessen befindet sich OBOR in der Entwicklung bzw. Ausformulierung, nicht zuletzt in Bezug auf angestrebte Kooperationspartnerschaften. Am trefendsten lässt sich OBOR fassen als offener Prozess mit Chancen und Risiken. Die militärische Dimension der Initiative ist bisher gering ausgeprägt. So hat China auf das Angebot Pakistans, den Hafen Gwadar auch militärisch zu nutzen, ablehnend geantwortet. Als Handelsmacht ist China an freien Handelslinien und gesicherter Rohstoffzufuhr grundlegend interessiert. An deren Unterbrechung hat es kein Interesse, wohl aber an der Fähigkeit, auch anderen Mächten und nicht-staatlichen Gewaltakteuren eine solche Unterbrechung zu verwehren. Auf der maritimen Seidenstraße könnte China in die Rolle eines Mitgaranten freier Handelswege hineinwachsen.

Schaubild OBOR



Die Teilnahme an OBOR steht allen interessierten Staaten offen, und an der Beteiligung der EU-Mitglieder ist China besonders interessiert. Am ersten OBOR-Gipfeltreffen, das am 14. und 15. Mai 2017 in Peking stattfand, beteiligten sich 130 Staaten, davon 30 mit ihren Staats- und Regierungschefs. Die EU und Deutschland haben die Seidenstraßen-Initiative grundsätzlich begrüßt. Sie fordern aber einen fairen und transparenten, erprobten Standards entsprechenden Zugang zu den Projekten.

OBOR ist eine chinesische Initiative, bei der die Volksrepublik folglich auch die Regeln bestimmen kann. Im aufgeklärten Eigeninteresse Chinas läge es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine Teilnahme für möglichst viele leistungsstarke Volkswirtschaften attraktiv sein wird. Als Präzedenzfall kann auf die Entwicklung der Asian Infrastructure Investment Bank verwiesen werden. Ebenso wie OBOR 2013 als chinesische Initiative vorgestellt, entstand daraus (2015) eine, internationalen Standards entsprechende, multilaterale Entwicklungsbank. Zu den 57 Gründungsmitgliedern sind 23 weitere Beitrittskandidaten gekommen. Zwar hat die AIIB ihren Sitz in Peking, und China ist – mit 26 Prozent – der größte Anteilseigner, aber die anderen Staaten bestimmen institutionelle Struktur und Vergabepolitik der Bank entscheidend mit. Deutschland als größter europäischer und insgesamt viertgrößter *Shareholder* hält 4,5 Prozent der Anteile und stellt einen der Vizepräsidenten der AIIB. Ebenso wie die große Mehrheit der EU-Mitglieder hatte es sich für ei-

nen Beitritt zur AIIB entschieden, um die Ausgestaltung dieses Projekts aktiv mitgestalten zu können – anders als die USA und Japan, die Ablehnung und Kritik von außen übten, ohne damit Einfluss nehmen zu können. Die deutsche bzw. europäische Strategie erwies sich auch deshalb als erfolgreich, weil China im Gründungsprozess zunehmend kompromissbereit agierte. Der diplomatische und wirtschaftspolitische Erfolg, eine große Anzahl von leistungsfähigen Volkswirtschaften für dieses ambitionierte Vorhaben gewinnen zu können, wurde höher eingeschätzt als das Beharren auf größtmöglichem nationalem Gestaltungspotenzial.¹⁵ Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit sich China bei der weiteren Ausgestaltung seiner Seidenstraßen-Initiative für eine ähnliche Strategie entscheiden wird.

Schlussfolgerungen

Die Europäische Union und Deutschland sollten in Bezug auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Ostasien eine eigenständige, ihren Interessen folgende Politik betreiben. Durch gemeinsame Standpunkte und Strategien, gerade im Verhältnis zu China, erhöhen die Staaten der Europäischen Union ihre Verhandlungsmacht ganz erheblich.

Innerhalb der Strategischen Partnerschaften von EU und Deutschland mit China dürften in den nächsten Jahren große Kooperationsflächen bestehen bleiben; die Bedeutung von Konfliktthemen (wirtschaftlich und politisch) dürfte zugleich eher zunehmen. Was die Wirtschaftsbeziehungen betrifft, sollten EU und Deutschland auf dem Grundsatz der Reziprozität bestehen, um beidseitig vorteilhafte Ergebnisse zu erzielen. Im politischen Bereich sollten EU und Deutschland deutlich widersprechen, wenn Verhaltensweisen und Positionen von China, aber auch von anderen Akteuren in Ostasien, nicht vereinbar sind mit ihren Konzepten von regelbasierter internationaler Ordnung und kooperativer Sicherheit.

Die Europäische Union und Deutschland sollten in Bezug auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Ostasien eine eigenständige, ihren Interessen folgende Politik betreiben.

Deutschland hat ein strukturelles Interesse an einer umfassenden wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft mit China. Der bestehende Dialograhmen begünstigt die nicht-konfrontative Bearbeitung dieser Konflikte. Bisherige Erfahrungen sprechen dafür, dass sich Konflikte im wirtschaftlichen Bereich auf dem Wege des Interessenausgleichs pragmatisch regeln lassen. Für den politischen Bereich gilt diese Annahme nur eingeschränkt. Auch innenpolitische

Disziplinierung, Re-Ideologisierung und Rückschritte bei der Gewährleistung von Menschenrechten wirken sich negativ auf die Beziehungen aus.

Chinas Aufstieg erfolgt – nach wie vor – im Rahmen der bestehenden Ordnung. Für seine weitere Entwicklung bleibt ein friedliches Umfeld auch künftig unverzichtbar. In den zurückliegenden 15 Jahren hat sich China für die Kooperationsstrategie des Multilateralismus entschieden und in zahlreichen entsprechenden Formaten engagiert. So ist China unter den ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates der größte Truppensteller. Es ist als Vertragspartei von etwa 30.000 Abkommen in das internationale Regelsystem integriert. Deshalb sollten die Europäische Union und Deutschland gezielt Chinas aufgeklärtes Eigeninteresse am Multilateralismus ansprechen und fördern – aktuell z.B. in Bezug auf die „Seidenstraßen-Initiative“. Durch multilaterale Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Regeln kann China mittel- bis langfristig mehr erreichen als durch vordergründig erfolgreiche unilaterale Vorteilsuche. Die Ausgestaltung der AIIB und die chinesische Mitwirkung in den VN-Missionen zur Bekämpfung von Piraterie im Golf von Somalia und zur Stabilisierung Malis stellen Erfolgsbeispiele für einen solchen Weg dar.

Deutschland gilt in China als verlässlicher Partner, der keine „hidden agenda“ verfolgt. Daraus ergibt sich ein großes Vertrauens- und Einflusskapital. Aufgrund dieses Kapitals und seiner generellen Völkerrechtstreue wird die deutsche Position in Bezug auf den Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer in

Deutschland gilt in China als verlässlicher Partner, der keine „hidden agenda“ verfolgt. Daraus ergibt sich ein großes Vertrauens- und Einflusskapital.

Beijing ernst genommen. Eine Teilnahme an den US-geführten „Freedom of Navigation“-Operationen würde dieses Kapital ernsthaft beschädigen, ohne in der Sache erkennbaren Nutzen zu bringen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die USA nicht Mitglied von UNCLOS sind und – ebenso wie Großbritannien und Frankreich – selbst grundsätzliche Vorbehalte gegenüber obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit geltend machen, von China aber deren Befolgung verlangen. Eine solche Strategie ist völkerrechts- und ordnungspolitisch nicht glaubwürdig und außenpolitisch nicht erfolgversprechend.

Deutschlands derzeit großer Handlungsspielraum als europäischer Vorzugspartner Chinas kann durch eine Verschärfung der sino-amerikanischen Rivalität empfindlich beeinträchtigt werden. Alle politischen Fraktionen in den USA stimmen in dem Ziel überein, die Hegemonie der Vereinigten Staaten

im Pazifischen Raum aufrecht zu erhalten und zu diesem Zweck den Aufstieg Chinas zu behindern bzw. einzudämmen. Dagegen strebt China nach Gleichrangigkeit mit den USA. Sein wahrscheinlicher Aufstieg zur größten Volkswirtschaft der Welt wird eine Zäsur in der internationalen Politik darstellen. Auch als global größte Volkswirtschaft bliebe China in vielen seiner Regionen ein Entwicklungsland, würde aber zugleich eine noch bedeutendere ökonomische Macht ausüben können. Die amerikanisch-chinesische Konkurrenz dürfte die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Ihre Einhegung durch mehr Kooperation, durch Kompromisse und – nicht zuletzt – durch Rüstungskontrolle ist derzeit nicht in Sicht. Ebenso wenig erreichbar erscheint aber auch ein klarer „Erfolg“ einer der beiden Seiten. Die Krisenanfälligkeit dieser schwierigen Beziehung erfordert ein institutionalisiertes Krisenmanagement, das bisher erst ansatzweise vorhanden ist.

Zum Autor: Professor Dr. Michael Staack ist Co-Direktor des Instituts für Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität (HSU)/Universität der Bundeswehr, Hamburg. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Aaron L. Friedberg, *Beyond Air-Sea Battle. The Debate Over US Military Strategy in Asia*. The International Institute for Strategic Studies, London/New York 2014.
- 2 Vgl. Bundesregierung, *Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen*. Konzept der Bundesregierung, Berlin 2012.
- 3 Vgl. Nele Noesselt, *Chinesische Politik. Nationale und globale Dimensionen*, Baden-Baden 2016, S. 166 ff. .
- 4 Vgl. Noesselt 2016, S. 48 ff. .
- 5 Vgl. Sven B. Gareis, *Neuer Traum von alter Größe: Chinas Außenpolitik unter Xi Jinping*. In: Michael Staack/David Groten (Hrsg.), *China und Indien im regionalen und globalen Umfeld*, Opladen/Berlin/Toronto 2018, S. 11-27.
- 6 Vgl. Enrico Fels, *Shifting Power in Asia-Pacific? The Rise of China, Sino-US Competition and Regional Middle Power Allegiance*, Berlin 2017.
- 7 Vgl. Nick Bisley, *China's Rise and the Making of East Asia's Security Architecture*. In: *Journal of Contemporary China*, January 2012, pp. 19-34; Gudrun Wacker, *Sicherheitskooperation in Ostasien. Strukturen, Trends und Leistungsgrenzen*, SWP-Studie, Berlin 2015.
- 8 Vgl. Michael Staack, *Strategische Partnerschaft zwischen China und Deutschland: Krisenfest und zukunftstauglich?*, in: Michael Staack/David Groten (Hrsg.), *China und Indien im regionalen und globalen Umfeld*, Opladen/Berlin/Toronto

- 2017, S. 29-61.
- 9 Vgl. Jing Huang/Andre Billow (eds.): *Territorial Disputes in the South China Sea. Navigating Rough Waters*, London 2015; Michael Paul, *Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität*, Baden-Baden 2017; Sarah Raine/Christian Le Mière, *Regional Disorder. The South China Sea Disputes*. The International Institute for Strategic Studies, London/New York 2013.
 - 10 Vgl. Permanent Court of Arbitration, *The South China Sea Arbitration. The Republic of the Philippines vs. The People's Republic of China*, Press Release, The Hague, 12.7.2016.
 - 11 Vgl. Angela Stanzel. *Hard Times for Soft Power: Germany's China Challenge*. In: *European Union Foreign Affairs Journal*, No. 2/2017, S. 13.
 - 12 Vgl. United Nations, *United Nations Convention on the Law of the Sea: Declarations made upon signature, ratification, accession or succession or anytime thereafter*, http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/convention_declarations.htm#UK%20Declaration%20made%20after%20accession (Zugriff am 14.10.2017).
 - 13 Vgl. Robert C. Beckman et al. (eds.), *Beyond territorial disputes in the South China sea: Legal frameworks for the joint development of hydrocarbon resources*, London 2013.
 - 14 Vgl. Richard Ghiasy/Jiayi Zhou, *The Silk Road Economic Belt. Considering security implications and EU-China cooperation prospects*. Stockholm 2017; Nadine Godehardt, *Chinas "neue" Seidenstraßeninitiative. Regionale Nachbarschaft als Kern der chinesischen Außenpolitik unter Xi Jinping*, SWP-Studie, Berlin 2014; dies., *No End of History. A Chinese Alternative Concept of International Order*, SWP Research Paper, Berlin 2016; Maximilian Mayer (ed.): *Rethinking the Silk Road. China's Belt and Road Initiative and Eurasian Relations*, Basingstoke 2018.
 - 15 Vgl. Gordon T. Chin, *Asia Infrastructure Investment Bank: Governance Innovation and Prospects*. In: *Global Governance*, No. 1/2016, pp. 11-26; Jędrzej Gorski, *An update of AIIB's procurement regulations. Procurement Policy and cooperation with other multilateral development banks*, in: *Centre for Financial Regulation and Economic Development Working paper*, no. 17/2016, pp. 1-24; Yun Sun, *How the International Community Changed China's Infrastructure and Investment Bank*. In: *The Diplomat*, 31.7. 2015; <http://thediplomat.com/2015/07/how-the-international-community-changed-chinas-asian-infrastructure-investment-bank> (Zugriff am 14.10.2017).

Strategische Verantwortung Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Armin Staigis

1. Nichts ist mehr vorhersehbar und sicher

Die Konstanten, die bisher bei politischen Entscheidungen Halt und Orientierung gaben, drohen wegzubrechen. Seit dem vermeintlichen Ende der Nachkriegszeit im Jahr 1989 erfolgt eine Neujustierung der Kräfteverhältnisse in einer multipolaren Welt. Neue aufstrebende Staaten, aber auch nichtstaatliche Akteure, wie global agierende Handelskonzerne und die Finanzindustrie, Medien, soziale Netzwerke, international tätige zivilgesellschaftliche Organisationen, NGOs gewinnen weiter an Einfluss auf politische Prozesse und schränken Handlungs- und Entscheidungsspielräume von Nationalstaaten bzw. deren Regierungen zunehmend ein. Begleitet wird diese Entwicklung durch erodierende Staatlichkeit, radikalen Nationalismus und religiösen Fanatismus in vielen kritischen Regionen dieser Welt. Gleichzeitig werden die Bestrebungen um den Erhalt und den Ausbau einer regelbasierten internationalen Ordnung in Frage gestellt.

Dadurch sind politische Entwicklungen global und regional schwerer kalkulierbar, ist die Welt insgesamt – zumindest gefühlt – unsicherer geworden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund globaler, grenz- und raumüberschreitender Bedrohungen und Risiken, wie weltweit agierende Terrorgruppen, international wirksame organisierte Kriminalität, Bedrohungen im und aus dem Cyberraum, Auswirkungen des Klimawandels und die unkontrollierte Ausbreitung von Pandemien und Seuchen. Dazu kommen, auch als Folge dieser Entwicklungen, Kontinente übergreifende Migrationsbewegungen, die Auflösung der Grenzen zwischen Krieg und Frieden durch hybride Ansätze, unter anderem auch durch die Nutzung des Cyberraums.

Denn in einer Gesamtbetrachtung war die Welt nie reicher, waren die Menschen nie besser gebildet, gesünder, weniger gewalttätig als heute.

Stellt man sich jedoch die Frage, ob man mit dem Wissen um unsere viele tausend Jahre alte Geschichte lieber in einer anderen Zeit hätten leben wollen, würden sich vermutlich viele für das „Jetzt“ entscheiden. Denn in einer Gesamtbetrachtung war die Welt nie reicher, waren die Menschen nie besser gebildet, gesünder, weniger gewalttätig als heute. Aber eben in einer Gesamtbetrachtung

trachtung, denn diese positiven Entwicklungen gehen mit einer zum Teil extremen ungleichen Verteilung einher, so leben immer noch mehr als 800 Millionen Menschen in extremer Armut. Zwischen den ärmsten und reichsten

Führt man die Analyse etwas weiter und fragt nach den besonderen Kennzeichen der heutigen Welt, sind drei Aspekte zu nennen: Komplexität, Geschwindigkeit und Haltlosigkeit.

Haushalten, zwischen ländlichen und städtischen Gebieten und zwischen den verschiedenen Regionen dieser Erde bestehen weiterhin große Disparitäten. Eine fortgesetzte Umweltzerstörung und der Klima-

wandel gefährden das Leben in zahlreichen Regionen auf diesem Planeten, und Kriege und Konflikte sind nach wie vor die größte Gefahr für eine menschliche Entwicklung.

Führt man die Analyse etwas weiter und fragt nach den besonderen Kennzeichen der heutigen Welt, sind drei Aspekte zu nennen: Komplexität, Geschwindigkeit und Haltlosigkeit.

Erstens Komplexität: In der globalisierten und digitalisierten Welt hängt „alles mit allem“ zusammen, trotz aller nationalistisch geprägten Gegenbewegungen. Ein ungeheures Ausmaß von ständig wachsenden Interdependenzen ist entstanden, welches erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle politischen Prozesse hat. So sind Außen- und Innenpolitik kaum mehr voneinander trennbar. Eine Abschottung von der Unbill dieser Welt ist nicht mehr möglich. Wir Deutsche lernen es gerade auf deutliche, manchmal schmerzliche Weise. „Einfache“ Lösungen gibt es nicht mehr, wenn es denn diese überhaupt je gegeben haben sollte. Komplexität darf aber auch keine Entschuldigung für einen abnehmenden Gestaltungswillen sein, sondern muss zum Ansporn werden, sie nach besten Kräften zu durchdringen. Dabei muss man bescheidener Weltverbesserer bleiben und sich damit begnügen, Leiden zu lindern und Missstände abzustellen, immer auch im Bewusstsein, dass man die Folgen des eigenen Tuns nie ganz voraussehen kann.

Zweitens Geschwindigkeit: Die Konsequenzen der „Cyber-Revolution“, die Fülle, die Geschwindigkeit und Gleichzeitigkeit der Informationen sind noch nicht vollumfänglich erschlossen. Der Cyberraum hat eine politische und klar erkennbar eine sicherheitspolitische Dimension mit ungeahnten Potenzialen, den Möglichkeiten des Informationsaustausches, der Wissensvermehrung und auch der politischen Partizipation. Er birgt jedoch gleichzeitig große Gefährdungen, die von der gelenkten Beeinflussung bzw. Manipulation bis hin zu gravierenden infrastrukturellen Risiken und Bedrohungen reichen. Eines ist

jedoch schon heute gewiss: Die Menschen in den entferntesten Dörfern Afrikas und Afghanistans sehen in Echtzeit auf ihren Smartphones wie wir in Berlin, London, Paris und in New York leben. Daraus werden sie Konsequenzen ziehen bzw. tun dies bereits.

Drittens Haltlosigkeit: Was geschieht mit unserem bisherigen Ordnungsrahmen, mit unserem Werteverständnis in dieser komplexen Welt, im Privaten, im Gesellschaftlichen, im Innerstaatlichen, aber auch im Zwischenstaatlichen, innerhalb der Weltgemeinschaft, beispielsweise zur Wahrung einer regelbasierten internationalen Ordnung? Was geschieht mit dem Völkerrecht? Vermeintliche Selbstverständlichkeiten, gewachsene Einsichten und Überzeugungen sowie seit Jahrzehnten gültige Regeln werden in Frage gestellt oder auch mutwillig gebrochen. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, um das Bröckeln oder gar Wegbrechen dieses Ordnungsrahmens zu verhindern?

2. Außen- und Sicherheitspolitisches Selbstverständnis Deutschlands

Wie steht es um das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis Deutschlands in einem Umfeld, in dem offensichtlich mit weniger Vorhersehbarkeit und mehr Unsicherheit gelebt werden muss?

Ausgangspunkt der Überlegungen sollte die Präambel des Grundgesetzes sein und bleiben, die einen hohen Anspruch stellt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ Deutschland ist im globalen Maßstab betrachtet, geographisch und demographisch von mittlerer Größe, aber zugleich die viertgrößte Wirtschaftsmacht weltweit. Deutschland ist ein, wenn nicht gar der zentrale Akteur in Europa, der im Wissen um die gegenseitigen Abhängigkeiten auf Sicherheit und Stabilität im Innern, in Europa und dessen Nachbarschaft angewiesen ist. Das reicht heute jedoch bei Weitem nicht mehr aus, denn Deutschland ist auch global von gesicherten und frei zugänglichen Versorgungs- und Handelswegen, stabilen Märkten und funktionierenden Informations- und Kommunikationswegen abhängig.

Deutschland ist ein, wenn nicht gar der zentrale Akteur in Europa, der im Wissen um die gegenseitigen Abhängigkeiten auf Sicherheit und Stabilität im Innern, in Europa und dessen Nachbarschaft angewiesen ist.

In dieser Erkenntnis hat der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zur Eröffnung der 50. Münchener Sicherheitskonferenz am 31.01.2014 versucht, eine Debatte über die Rolle und Verantwortung Deutschlands anzustoßen, inzwischen als „Münchner Signal“ bezeichnet. Er stellte drei Kernfragen:

„Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?“

Gauck bezog dazu die Position, dass „die Bundesrepublik sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen sollte.“ Dieser Debatten-

Im Lichte der jüngsten außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre kommt auf Deutschland ganz bestimmt mehr Verantwortung zu.

beitrag des Bundespräsidenten wurde in der Folge, zum Teil auch ganz bewusst, auf die Frage nach dem militärischen Engagement Deutschlands reduziert. Gemeint war jedoch das Politische in einer weiter

gefassten Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, aber auch Begrenzungen der Bundesrepublik, bei dem das Militärische als Ultima Ratio nur ein Instrument von vielen sein kann, manchmal sein muss. Im Weißbuch 2016, dem sicherheitspolitischen Grundsatzdokument der Bundesregierung findet sich dieser Ansatz wieder:

„Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen[...]. Dabei wissen wir um das Maß unserer Möglichkeiten.“

Im Lichte der jüngsten außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre kommt auf Deutschland ganz bestimmt mehr Verantwortung zu.

3. Folgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Welche Folgerungen lassen sich für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aus dieser Analyse ziehen? Es gibt sicherlich keine Patentrezepte und auch keine vermeintlich einfachen Antworten. Es soll auch nicht der Versuch unternommen werden, für einzelne Phänomene oder Herausforderungen, wie bei-

spielsweise den Terrorismus, die Migration oder die Bedrohungen aus dem Cyberraum, konkrete Lösungswege aufzuzeigen. Vielmehr sollen im Folgenden drei Prinzipien vorgestellt werden, bei deren Berücksichtigung sich vielleicht Lösungen im Sinne des bescheidenen Weltverbessers, zumindest mittel- und langfristig ergeben können.

3.1. Der Imperativ des Multilateralismus

Kein Staat, weder Deutschland in Europa, noch die USA als einzig verbliebene Weltmacht, auch wenn es der derzeitige Präsident der USA behauptet und offensichtlich daran glaubt, ist in der Lage, politisch auf sich gestellt oder allein zu agieren. Nationalstaaten haben ihre Autonomie weitgehend verloren und müssen lernen, es zu akzeptieren. Dies gilt für alle Herausforderungen unserer Zeit, sei es die Wahrung ihrer Sicherheit, z.B. im Kampf gegen den Terror, in der Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, bei weltweiten Migrationsbewegungen, bei Maßnahmen gegen den Klimawandel oder in der eng vernetzten Wirtschafts- und Finanzwelt. Ausmaß und Inhalt von staatlicher Souveränität in internationalen Angelegenheiten bedürfen daher einer eingehenden Überprüfung. Das Ende der Westfälischen Ordnung von 1648 zeichnet sich deutlich ab. Aufgrund der bereits beschriebenen Interdependenzen in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung erfordern Lösungen zwingend multilaterale Ansätze. Nationalstaaten können die großen Herausforderungen der Zukunft nicht mehr allein bewältigen.

Es sind jedoch auch die Bedingungen der multipolaren Weltordnung zu berücksichtigen, die eine kooperative und auf Interessenausgleich bezogene, in einen europäischen Kontext eingebettete Politik gegenüber den Staaten anderer Kontinente erfordern.

Derzeit zu beobachtende politische Tendenzen weisen in einem nicht unerheblichen Ausmaß in die entgegengesetzte Richtung, auf eine Rückbesinnung auf nationalstaatliche Politikansätze: Trumps Wahlsieg in den USA und die Politik in seinem ersten Amtsjahr, der Brexit, erstarkte rechtskonservative bis rechtspopulistische Kräfte in Mittel- und Osteuropa, aber auch in Westeuropa und in Deutschland selbst. Ein ängstlicher Rückzug ins Nationale kann aber und wird nicht die Lösung sein.

Vielmehr hängt die Zukunft Deutschlands ab von einer starken, sich weiter integrierenden Europäischen Union, einer sicher mühsamen Pflege der transatlantischen Beziehungen, klarer Positionsbestimmungen gegenüber Russland, was weitere Versuche der Kooperation mit Russland einschließt, um es wieder in eine Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung einzubinden.

Es sind jedoch auch die Bedingungen der multipolaren Weltordnung zu berücksichtigen, die eine kooperative und auf Interessenausgleich bezogene, in einen europäischen Kontext eingebettete Politik gegenüber den Staaten anderer Kontinente erfordern. Beispielfhaft zu nennen sind China, Japan, Indien, Brasilien und Südafrika, aber auch Afrika als Ganzes oder die Staaten der Konfliktregion Nah-Mittelost. Darüber hinaus ist die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen dringend vonnöten, die für eine funktionierende regelbasierte internationale Ordnung so wesentlich ist.

Der große Europäer und Atlantiker Paul-Henri Spaak hat schon vor vielen Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass es in Europa nur noch zwei Typen von Staaten gibt, kleine Staaten und kleine Staaten, die noch nicht verstanden haben, dass sie klein sind.

Joschka Fischer schrieb noch vor dem Brexit-Referendum, dass selbst den „großen Drei“ der EU ohne den Erfolg des europäischen Einigungsprojekts das Schicksal drohe, im globalen Maßstab wirtschaftlich und politisch zu „mittelständigen Unternehmen“ abzustiegen, die nur noch „zuliefern“ dürften, die wichtigen Entscheidungen aber würden andernorts durch die „großen Unternehmen“ getroffen.

Wollen Deutschland und Europa Freiheit, Frieden und Wohlstand bewahren, dann muss die EU ihre transformatorische Kraft zurückgewinnen und ihr Integrationsmodell stärken, auch wenn zunächst nur einige vorangehen. Präsi-

Wollen Deutschland und Europa Freiheit, Frieden und Wohlstand bewahren, dann muss die EU ihre transformatorische Kraft zurückgewinnen und ihr Integrationsmodell stärken, auch wenn zunächst nur einige vorangehen.

dent Macrons Vorstellungen von einem „soveränen, geeinten und demokratischen Europa“ bilden hierzu eine vortreffliche Grundlage, da in den sechs von ihm genannten „Schlüsselementen der Souveränität“ allgemein formulierte Ziele mit konkreten Projekten verknüpft sind. Auch wenn einige seiner Vorschläge sicherlich kontrovers diskutiert werden, viele dieser Ziele und Projekte könnten mit flexiblen Kooperationen und mit variablen Netzwerken erreicht werden, gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

Deutschland und Frankreich müssen dabei vorangehen, so wie es Präsident Macron vorschlägt und anbietet, andere, wenn auch in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, werden folgen. Das Europäische Projekt muss endlich wieder

in seine historische Dimension gebracht, es muss über die unglaublichen Erfolge gesprochen werden und man muss sich konstruktiv den Zukunftsaufgaben zuwenden.

Eine handlungsfähige Europäische Union ist die beste Antwort auf einen Präsidenten Trump. Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen und ihre Zukunft mit einem „neuen Amerika“, mit der NATO als hoffentlich weiterhin beständigen Klammer, haben es Deutschland und Europa in den nächsten Jahren bei Präsident Trump mit einem Führer einer Weltmacht zu tun, der vornehmlich in den nationalistischen Kategorien des 19. Jahrhunderts denkt und sein Land eher als Opfer denn als Profiteur der Globalisierung sieht. Zugleich verfügen die USA über die immer noch umfanglichsten Machtinstrumente des 21. Jahrhunderts.

Amerika unter Trump besinnt sich in erster Linie auf sich selbst – „America First“ – entscheidet allein, macht Unberechenbarkeit zum Markenzeichen seines außenpolitischen Handelns und zieht sich mehr und mehr aus den komplizierten Agenden der Weltpolitik wie Sicherheit, Klima und Handel zurück. Dies führt zu innerer Unsicherheit im Westen, in Europa und weit darüber hinaus. Ein Amerika, gespalten im Innern, mit einem Präsidenten, der sich von einer liberalen Weltordnung und den normativen Grundlagen des Westens mit Bündnissen, internationalen Institutionen und Freihandel abwendet, der auf schnelle bilaterale Deals anstatt auf die langfristige Verrechtlichung multinationaler Übereinkünfte setzt, wird als verlässlicher Partner in den nächsten Jahren fehlen.

Trotz alledem bleiben die USA für Deutschland und Europa der wichtigste globale Partner. Europa sollte daher alle Kraft aufwenden, um mit denjenigen zu kooperieren, die in der Administration, im Kongress, in den Bundesstaaten und in der Zivilgesellschaft bereit sind, weiterhin konstruktiv zusammen zu arbeiten.

Trotz alledem bleiben die USA für Deutschland und Europa der wichtigste globale Partner. Europa sollte daher alle Kraft aufwenden, um mit denjenigen zu kooperieren, die in der Administration, im Kongress, in den Bundesstaaten und in der Zivilgesellschaft bereit sind, weiterhin konstruktiv zusammen zu arbeiten. Dies kann hoffentlich dazu beitragen, die transatlantische Klammer, deren Bedeutung voraussichtlich eher zu- denn abnehmen wird, zu erhalten.

Russland unter Präsident Putin ist ein autoritär geführter Staat, inzwischen weit entfernt von der westlichen Werteordnung, repressiv gegenüber seinen Bürgern und unabhängigen Medien, ökonomisch geradezu spätkapitalistisch

und abstiegsbedroht, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf das soziale Gefüge des Landes. In der internationalen Politik hat das Land sich von seinen eingegangenen Verpflichtungen und von den Prinzipien einer Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung verabschiedet, spätestens nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Eingreifen in der Ostukraine. Im Nahen Osten betreibt es gleichermaßen Machtpolitik mit militärischen Mitteln. Es wiederholt dort die Fehler der USA und seiner Verbündeten in der sogenannten „Koalition der Willigen“ des letzten Jahrzehnts, unter Inkaufnahme von Kriegsverbrechen mit katastrophalen Konsequenzen für die Menschen in der Region.

Der Westen zeigt sich in Europa in seiner Politik gegenüber Moskau konsequent - und wird es hoffentlich auch bleiben -, in Nahost dagegen hilflos zu Lasten der betroffenen Menschen. Die Gesprächskanäle nach Moskau darf man trotz alledem nicht abreißen lassen. Das hat der Westen noch nicht einmal zu den kältesten Zeiten des Kalten Krieges getan. Tragfähige Lösungen gibt es nur mit Russland. Gespräche sind keine Belohnungen, sondern Mittel zum Zweck.

In einer Zeit, in der Machtpolitik zur eigenen Interessenwahrnehmung immer mehr die Oberhand zu gewinnen scheint und die Missachtung von Prinzipien und Regeln in den zwischenstaatlichen Beziehungen zunimmt, sind letztlich nur die Vereinten Nationen in der Lage, diese ordnungspolitische Lücke im

Tragfähige Lösungen gibt es nur mit Russland. Gespräche sind keine Belohnungen, sondern Mittel zum Zweck.

globalen Maßstab wieder glaubhaft zu füllen. Dabei gilt es besonders zu berücksichtigen, dass die Vereinten Nationen die einzige internationale Organisation ist, die

jenseits des Rechts zur Selbstverteidigung mit einem Gewaltlegitimierungsanspruch ausgestattet ist. Insgesamt bedürfen die Vereinten Nationen jedoch dringend mehrerer wichtiger Reformschritte, um ihre Handlungsfähigkeit zu erneuern und auszubauen: Dazu zählen eine Reform des VN-Sicherheitsrats, seiner Zusammensetzung, der Vetorechte und Entscheidungsverfahren, insbesondere bei Völkermord und schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber auch beim internationalen Finanzsystem und seiner Institutionen. Und es bedarf der baldigen Erweiterung des internationalen Rechts und damit der Weiterentwicklung des Multilateralismus in Bezug auf die Politikfelder Proliferation von Waffen, Migration, Gesundheit, Cyber, Korruptionsbekämpfung, Ozeane und Weltraum sowie neuer Technologien, wie Biotechnologie, künstliche Intelligenz, Robotik und Drohnen, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen.

Bei all diesen Fragen kommt es jetzt mehr denn je auf Europa an, und damit auch auf Deutschland, das 2019 wieder einen nicht-ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat anstrebt.

All das weist auf die deutsche Verantwortung hin, die noch größer werden dürfte, wobei die Bundesrepublik aber keinesfalls die Begrenztheit ihrer Möglichkeiten aus den Augen verlieren darf. Kraft, Stärke und Einfluss gewinnt Deutschland nur im Rahmen einer handlungsfähigen Europäischen Union.

3.2. Die Forderung nach einer fairen Ausgleichspolitik

Das zweite Prinzip fordert dazu auf, eine faire Ausgleichspolitik zwischen Staaten und in internationalen Organisationen anzustreben. Nullsummenansätze sind durch „Win-Win“-Situationen zu ersetzen. Nullsummenansätze kennzeichneten den Kalten Krieg, wurden durch die Entspannungspolitik aufgebrochen und weitgehend beendet. Sie haben aber in Zeiten eines rückwärtsgewandten Nationalismus („Take Back Control“) wieder Konjunktur, nicht nur bei Putin und Erdogan, sondern auch bei Trumps „America First“ oder beim Brexit.

Sehr deutlich wird dieser Ansatz, wenn die beiden Chefberater im Weißen Haus, H.R. McMaster und Gary Cohn, erklären, dass die Welt für die USA nicht länger eine globale Gemeinschaft ist, sondern eine Arena, in der Staaten, nicht-staatliche Akteure und Unternehmen um Vorteile zur Durchsetzung der eigenen Interessen ringen. Wer „Wir zuerst“ zu seiner politischen Maxime erklärt, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere gleichtun, mit fatalen Nebenwirkungen für die internationalen Beziehungen, die aus dem 20. Jahrhundert hinreichend bekannt sind.

Das Schaffen von „Win-Win-Situationen“ ist dagegen gleichzeitig ein Appell zur Empathie für den anderen. Voraussetzung hierzu ist, mit Henry Kissinger gesprochen, ein „watching the world through the eyes of the others“.

Das Schaffen von „Win-Win-Situationen“ ist dagegen gleichzeitig ein Appell zur Empathie für den anderen. Voraussetzung hierzu ist, mit Henry Kissinger gesprochen, ein „watching the world through the eyes of the others“.

Dabei sollte das Prinzip einer fairen Ausgleichspolitik nicht nur in der Ökonomie gelten, sondern ganz besonders im politischen Miteinander von Staaten.

Dieses Prinzip einer fairen Ausgleichspolitik sollte multilaterales Handeln ergänzen, um Kompromisse erzielen zu können, die von allen Partnern mitgetragen und umgesetzt werden können. Es verlangt gerade von den Größeren und Stärkeren die notwendige Empathie, Großzügigkeit und den Verzicht zugunsten der Kleineren und Schwächeren.

3.3. Die Verfolgung einer wertebezogenen Politik

Die westlichen Staaten, so auch Deutschland, sollten künftig vermeiden, in der Verfolgung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Ziele doppelte Standards gelten zu lassen. Das dritte Prinzip verlangt deshalb nach einer wertebezogenen Politik.

Außen- und Sicherheitspolitik ist zwangsläufig auch immer Machtpolitik. Aber Machtpolitik allein vermag weder Frieden und Sicherheit, noch Stabilität zu garantieren. Sie ist eher ein Risikofaktor. Außen- und Sicherheitspolitik muss daher an den westlichen Werten, zu denen man sich bekennt und die man lebt, ausgerichtet sein.

Selbstverständlich gibt es Konflikte zwischen Werten und Interessen, auch Demokratien sind dabei nicht frei von Widersprüchen. Dafür liefert die Geschichte, auch die jüngste Geschichte ausreichend Beispiele. Wie soll man denn mit Autokraten umgehen, die auch noch mächtig und einflussreich sind? Wie erhält man den Frieden und wie wahrt man seine Interessen in einer Welt unterschiedlicher Wertesysteme?

Einerseits gilt es deutlich zu machen, was bezogen auf die eigene Werteordnung nicht akzeptiert werden kann. Andererseits müssen Angebote zur Beilegung von Konflikten und zur Zusammenarbeit unterbreitet werden. Dabei sollte jedoch eines klar sein: Eine falsch verstandene Stabilitätspolitik verschiebt die Destabilisierung nur zeitlich nach hinten und räumlich nach außen.

Vielleicht ist dieses Prinzip der Werteorientierung das wichtigste für die zukünftige Ausformung deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Wenn Bundeskanzlerin Merkel nach dem Ausgang der US-Wahlen 2016 erklärt: „Deutschland und Amerika sind durch Werte verbunden: Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen, unabhängig

von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung. Auf der Basis dieser Werte biete ich dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, eine enge Zusammenarbeit an.“, dann wird der Wertebezug deutscher Politik sehr deutlich. Aber daraus erwächst auch Verpflichtung und Verantwortung.

Für die Europäische Union sollte gelten, was der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede 2017 als „ersten Pfeiler“ einer zukünftigen EU definiert hat, „die Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie sind nicht verhandelbar, es gibt sie nicht à la carte.“

Was ist unter Wertegebundenheit, unter der Begrifflichkeit eines westlichen Werteverständnisses zu verstehen? Es ist kein geographischer Begriff, sondern ein Ideensystem und ein Lebensstil, in dem die Freiheit und die Würde des Menschen zentral sind. Es ist also ein universeller Begriff. Alle Institutionen, so auch der Staat, sind dem einzelnen Menschen und seiner Würde nachgeordnet, ja der Staat und seine Institutionen sind zu seiner Achtung und zu seinem Schutz verpflichtet. Dabei muss individuelle Freiheit von etwas einhergehen mit dem Gebrauch der Freiheit für etwas, für eine gerechtere Gesellschaft, für eine Verantwortung für das Gemeinwesen.

Es zeigt sich aber gleichzeitig, dass dieses normative Projekt westlicher Werteorientierung keinesfalls frei von Fehlern ist, oder von selbst Idealzustände herbeiführen kann. So hat es, historisch betrachtet, kapitalistische Ausbeutung, Verweigerung von Frauenrechten, Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus hervorgebracht. Aber seine Geschichte ist auch eine der permanenten Selbstkorrektur und produktiven Selbstkritik und als solches noch längst nicht abgeschlossen. Als Voraussetzung hat es eine lebendige und aktive Bürgergesellschaft, die kritisch, innovativ und flexibel ist und sein darf. Beides, Selbstkorrektur und Selbstkritik, braucht es heute mehr denn je, innerhalb unserer Gesellschaften und innerhalb der Staatengemeinschaft. Dabei geht es nicht etwa um die Werte und ihre Inhalte allein, sondern um unsere Haltung dazu, zu Menschenrechten, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Dabei muss individuelle Freiheit von etwas einhergehen mit dem Gebrauch der Freiheit für etwas, für eine gerechtere Gesellschaft, für eine Verantwortung für das Gemeinwesen.

4. Ein Weg nach vorn

Wie eingangs festgestellt, ist die Welt unsicherer und Entwicklungen sind unvorhersehbarer geworden. Vielleicht ist die Welt derzeit mit so vielen gefährlichen Krisen und Konflikten konfrontiert, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Man ist an Christopher Clarks Analyse zum Ausbruch des I. Weltkrieges erin-

Man sollte deshalb das Undenkbare denken und daraus Schlussfolgerungen ziehen, mit einem übergeordneten Ziel, nämlich die Verhütung neuer Katastrophen zu erreichen. Dies wäre in heutiger Zeit schon ein großer Erfolg.

nert, in der er belegt, dass letztlich gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionsbestrebungen und tief verwurzelter Nationalismus, ausgelöst durch einen Funken, in den großen Krieg mündeten. Ob es heute schon wieder

so weit ist, ist schwer einzuschätzen. Jedoch sind die heutigen Konfliktparteien in der Lage, im Extremfall bis hin zum Nuklearkrieg zu eskalieren.

Man sollte deshalb das Undenkbare denken und daraus Schlussfolgerungen ziehen, mit einem übergeordneten Ziel, nämlich die Verhütung neuer Katastrophen zu erreichen. Dies wäre in heutiger Zeit schon ein großer Erfolg.

Aber man darf dort nicht stehen bleiben, denn es gilt die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorausschauend zu bewältigen. Niemand kann heute vorhersagen, wie Europa, wie die Welt in einem Jahr aussehen wird. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass in diesem Jahrhundert nur gemeinsam, also kooperativ, auf einer festen freiheitlich-solidarischen Werteordnung gegründet,

- der Terrorismus bekämpft,
- die Migrationsentwicklungen bewältigt,
- die Sicherheitsrisiken, insbesondere die nuklearen, eingegrenzt,
- die extreme Armut eliminiert,
- potenzielle Pandemien bekämpft und
- der Klimawandel eingedämmt werden kann.

Frank-Walter Steinmeier hat die Alternativen des Handelns noch in seinem Amt als Außenminister wie folgt skizziert: „Wir haben die Wahl zwischen Resignation und Engagement, Isolation und multilateraler Kooperation und nationaler Nabelschau und geteilter Verantwortung.“

Es gilt für Engagement, Kooperation und gemeinsam getragene Verantwortung zu plädieren.

Zum Autor: Armin Staigis, Brigadegeneral a.D., Vorsitzender des Freundeskreises der Bundesakademie für Sicherheitspolitik e.V., Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik von 2013 – 2015, zuvor militärpolitische Verwendungen im BMVg, Bundeskanzleramt, NATO HQ und Deutscher EU-Vertretung sowie Führungsverwendungen im Heer bis zur Brigadeebene, einschl. Einsatz bei SFOR in Bosnien-Herzegowina. Der Autor ist Mitglied des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Aktueller Stand und Perspektiven der transatlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen

Kurt Herrmann

Einleitung

Wir leben in einer sicherheitspolitischen Übergangsphase, die von tiefgreifenden Umbrüchen der internationalen Ordnung und gewaltigen geopolitischen Machtverschiebungen gekennzeichnet ist. Unsere bisher vertraute Sicherheitsarchitektur, die uns über 70 Jahre Frieden in Europa beschert hat, steht in diesen Tagen einmal mehr auf dem Prüfstand. Gut ein Jahr nach dem Amtsantritt der neuen US-Administration und wenige Monate vor dem nächsten NATO-Gipfel weisen die transatlantischen Beziehungen ein vorher nicht gekanntes Maß an Verunsicherung auf. Während einerseits befürchtet wird, die USA könnten das bereits in den letzten Jahren der Obama-Regierung erkennbare gewordene ordnungspolitische Vakuum erweitern, mehrten sich andererseits Stimmen, die fordern, die Europäer müssten verstärkt, entschiedener und glaubwürdiger eigene Verantwortung für Ihre Sicherheit sowie für Sicherheit und Stabilität in den europäischen Nachbarregionen übernehmen.

Die Europäische Union (EU) möchte als globale Ordnungsmacht anerkannt werden. Obwohl sie dies u.a. in ihrer 2016 neu gefassten globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigt hat, sind ihre begrenzten Fähigkeiten angesichts zahlreicher Herausforderungen weiterhin deutlich wahrnehmbar. Hinzu kommt, dass gerade jetzt Erosionserscheinungen die innere

Kohäsion der EU beeinträchtigen und damit letztlich auch ihre außen- und sicherheitspolitische Position schwächen.

Für die Lösung der aktuellen Krisen und Konflikte wird auch weiterhin ein geeintes, starkes transatlantisches Bündnis unverzichtbar sein. Selbst eine künftig mit stärkeren eigenen Fähigkeiten und politischem

Selbstbewusstsein ausgestattete EU sollte weiterhin auf ein tragfähiges Bündnis mit den USA und Kanada setzen. Dementsprechend gilt es sowohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU so mit dem Nordatlantischen

Bündnis und den nicht-EU Mitgliedstaaten des Bündnisses zu harmonisieren, dass einschlägige Fähigkeiten wechselseitig komplementär ergänzend und keinesfalls konkurrierend bereitgestellt und im Bedarfsfall auch zur Wirkung gebracht werden können. Letztlich wird es von entscheidender Bedeutung sein, die „Soft Power“ der transatlantischen Werte- und Interessengemeinschaft, die auf den fundamentalen Ideen und Grundsätzen der westlichen Welt beruht, glaubwürdig zu unterstreichen und wirksam zur Geltung zu bringen.

1. Globale Machtverschiebungen und Veränderungen der Sicherheitslage

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und Russlands Unterstützung des gewaltsamen Konflikts im Osten der Ukraine hat die nach 1990 etablierte europäische Friedensordnung zerstört. Russland hat außerdem durch sein militärisches Eingreifen in Syrien das verbrecherische Assad-Regime gerettet und eine Friedenslösung zusätzlich erschwert. Seine massive Aufrüstung in den letzten Jahren, seine aggressive Rhetorik sowie Desinformations- und Destabilisierungskampagnen gegenüber der NATO und seinen Nachbarstaaten und seine nicht-transparenten militärischen Übungsaktivitäten zeigen, dass Russland sich heute als anti-westliche Macht versteht. Russland sucht und findet inzwischen eine zunehmend engere Partnerschaft mit China. Beide Staaten haben u.a. ein gemeinsames Interesse, die Präsenz und den Einfluss der USA im Asien-Pazifik-Bereich zurückzudrängen.

Die USA sind nach wie vor die einzig verbliebene Supermacht, mit gewaltiger Wirtschaftskraft und dem weltweit schlagkräftigsten Militär. Der außenpolitische Einfluss der USA wurde bereits unter Präsident Obama drastisch reduziert; dies scheint sich unter Präsident Trump fortzusetzen. Es besteht Grund zu der Annahme, dass die USA zumindest mittelfristig als internationale Führungsmacht ausfallen und damit verstärkt autoritären Staaten das Feld überlassen. Der unter dem Motto „Make America great again“ angetretene Präsident hat bisher eher der aufwachsenden Gestaltungsmacht China Aufwind verliehen.

Die Preisgabe amerikanischen Führungsanspruchs und Führungswillens geht einher mit einer zunehmend selbstbewusst auftretenden Volksrepublik China. Seinen Anspruch auf den Status einer globalen Macht unterstreicht China mittlerweile auch durch demonstrative Zurschaustellung seiner militärischen Fähigkeiten und durch zunehmend rücksichtsloses Auftreten gegenüber seinen Nachbarn und anderen Staaten.

Die wuchernde Hydra des internationalen Terrorismus, häufig auch in Verbindung mit grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität, hat ihre hässliche Fratze erneut durch zahlreiche feige Anschläge an etlichen Orten weltweit gezeigt. Komplex miteinander verwobene, global wirkende Krisen und Konflikte mit dem Potential zu gewaltigen geostrategischen Veränderungen sind präsent. Die aktuelle Sicherheitslage ist durch ein bisher kaum gekanntes Maß an Gleichzeitigkeit der o.a. Entwicklungen gekennzeichnet. An den Grenzen Europas sind es vor allem der Russland-Ukraine-Konflikt und die zahlreichen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Die anhaltenden Spannungen zwischen

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in etlichen afrikanischen Staaten sind u.a. Hauptursachen für den vermutlich noch weiter steigenden Migrationsdruck Richtung Europa.

den rivalisierenden Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran beeinflussen sehr stark die andauernden Bürgerkriege in Syrien und im Jemen. die weiterhin angespannte Lage im Irak und den unvermindert schwelenden Palästinakonflikt. Aber

auch die Situation im Libanon, in Ägypten, Libyen und Tunesien geben weiterhin Anlass zur Sorge. Die nationalistische und zunehmende autoritäre Politik der türkischen Regierung unter Präsident Erdogan stellt ebenfalls eine wachsende Belastung für das nordatlantische Bündnis dar, wie vor allem die Militäroperation der Türkei gegen die Kurden in Nordsyrien schmerzlich zeigt.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in etlichen afrikanischen Staaten sind u.a. Hauptursachen für den vermutlich noch weiter steigenden Migrationsdruck Richtung Europa. Die nach wie vor brisante Lage in Zentralasien und die anhaltenden Spannungen im fernen Osten, dort insbesondere auf der koreanischen Halbinsel und im Südchinesischen Meer, besitzen ebenfalls das Potential, sich auf die globale Sicherheitslage auszuwirken.

Gerade in dieser prekären Situation, die eigentlich ein Zusammenrücken und entschlossenes gemeinsames Auftreten des Westens erforderte, zeigen sich Entwicklungen im Nordatlantischen Bündnis und in der EU, die geeignet sind, die notwendige Kohäsion und Handlungsfähigkeit zu schwächen.

Außerdem bereitet die fortschreitende globale Klimaveränderung wachsende Sorge. Sie führt u.a. zu Wasser- und Ressourcenverknappung und verursacht - nicht zuletzt auch in Verbindung mit ethnischen und sozialen Spannungen - sowohl einen weiter zunehmenden Migrationsdruck als auch Druck auf machtpolitische Strukturen in den betroffenen Ländern und Regionen. Vornehmlich die Verhältnisse im Nahen- und Mittleren Osten, in Nord- und Mittelafrika

sowie in Afghanistan berühren unmittelbar oder mittelbar die europäische sowie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Verschärft wird die skizzierte Lage in weiter zunehmendem Maße durch die ungebremst rasante Entwicklung im Cyber- und Informationsraum. Dieser heute alle Lebensbereiche durchdringende virtuelle Raum hat sich zu einem wahrhaft eigenständigen Operationsraum entwickelt, der neben den traditionellen Domänen Land, Luft, See und Weltraum einen besonderen Platz einnimmt.

All die oben genannten Faktoren wirken direkt oder indirekt auf die transatlantischen Beziehungen und werden sie auch auf absehbare Zeit weiterhin beeinflussen. Deshalb lohnt es sich, die Akteure, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven etwas näher in Augenschein zu nehmen.

2. Globale Akteure

a. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA)

Einige Klarstellungen zur US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik haben die im Dezember 2017 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy; NSS) und die im Januar dieses Jahres herausgegebene Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review; NPR) geliefert. Darin werden u.a. die Notwendigkeit der Abwehr einer breit gefächerten Bedrohungspalette betont und eine „Vorverteidigung“ gefordert. In diesem Kontext erwartet die US-Regierung eine aktivere Mitwirkung von Verbündeten und Partnerstaaten. China und Russland werden als bedeutendste geopolitische Rivalen hervorgehoben. Die Bedrohung durch sogenannte Schurkenstaaten (Rogue States) wie Iran und Nordkorea und islamische Extremisten Gruppen wie IS und Al-Qaida findet explizite Erwähnung. Die Stärke der USA, gebildet durch den Verbund von Politik, Wirtschaft, Militär und Geheimdiensten, wird als die entscheidende Voraussetzung für die Abschreckung von Aggression sowie die Wahrnehmung von Bündnisverpflichtungen bezeichnet. Einem starken und freien Europa wird in diesem Kontext eine grundlegende Bedeutung auch für die USA zugemessen; die Verpflichtungen gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrags gegenüber den europäischen Verbündeten und Partnern werden unterstrichen. Gleichzeitig wird betont, dass die USA beabsichtigen, die Verteidigungsfähigkeit der östlichen

Eine weitere Abkehr der jetzigen US-Administration vom Multilateralismus würde vor allem auch für die NATO, EU und Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch von erheblicher Tragweite sein.

Bündnispartner weiterhin zu fördern. Allerdings wird auch die Erwartung der US-Administration betont, dass die Alliierten künftig mehr Verantwortung beim Schutz der gemeinsamen Interessen übernehmen und ihre Verteidigungsfähigkeit ausbauen sollen.

Eine weitere Abkehr der jetzigen US-Administration vom Multilateralismus würde vor allem auch für die NATO, EU und Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch von erheblicher Tragweite sein. Die Unberechenbarkeit von US-Präsident Trump, insbesondere seine nationalistischen, isolationistischen oder protektionistischen Äußerungen oder „Tweets“, lösen deshalb immer wieder Verwirrung und Unsicherheit im westlichen Bündnis sowie im Verhältnis der USA zur EU aus.

b. Die Chinesische Volksrepublik

Ein Kernziel chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik ist es, den Aufstieg zu einer den USA ebenbürtigen Großmacht zu gewährleisten. Mit langfristigen strategischen Investitionen in die Handelswege nach Europa, Mittelost oder Afrika – der sogenannten „Seidenstraßen-Initiative“¹ – vertritt China seine Interessen sehr selbstbewusst auch jenseits der eigenen Landesgrenzen deutlich und mit wenig Rücksicht auf die Befindlichkeiten seiner Nachbarn. China setzt vornehmlich auf seine Wirtschaftskraft. Bei den Territorial Konflikten mit Japan und den Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer unterstreicht es seinen Machtanspruch inzwischen auch vermehrt durch öffentlichkeitswirksame Demonstration seiner militärischen Stärke und ignoriert zudem auch internationales Recht.

China ist heute ein unentbehrlicher, aber auch ein mit Vorsicht zu genießender Partner, der u.a. bemüht ist kritische Innovationspotentiale weltweit aufzukaufen. Im Gegensatz zu den wohlklingenden Bekundungen der chinesischen Regierung bezüglich Freihandels, fairem diplomatischen Umgang und Kooperation, lässt China Reziprozität in der Praxis kaum gelten oder zur Wirkung kommen und gibt seiner Wirtschaft massive staatliche Rückendeckung. Nicht zuletzt angesichts der engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Deutschland, die EU aber auch die USA mit China verbinden, gilt es insbesondere stets einen wachsamten Blick auf Konsequenzen der von China verfolgten Sicherheitspolitik und Strategie gegenüber der EU, der deutschen Politik und den transatlantischen Beziehungen zu richten.

c. Die Russische Föderation

Russland ist heute wieder als zunehmend militärisch stark, jedoch wirtschaftlich und allgemein politisch schwach zu bewerten. Mit seiner mittlerweile unverhohlenen anti-westlichen Rhetorik, de facto Aufkündigung der Pariser Friedensordnung, eher bremsenden Rolle bei der Implementierung des Minsker Friedensabkommens mit der Ukraine, gewaltbetonten Rolle im syrischen Bürgerkrieg und seiner wenig konstruktiven Haltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich Russland zunehmend selbst isoliert. Es stilisiert sich allerdings immer wieder als Opfer „westlicher Einkreisungspolitik“. Entgegen aller propagandistischen Beteuerungen scheint Präsident Putins Politik u.a. von folgenden

Russland ist heute wieder als zunehmend militärisch stark, jedoch wirtschaftlich und allgemein politisch schwach zu bewerten.

Zielen bestimmt zu sein: Europa politisch und wirtschaftlich zu schwächen, die Präsenz und den Einfluss der USA in Europa zu verdrängen und Russland wieder zu einem Weltmachtstatus zu führen. Das russische Territorium soll außerdem von einer Einflusszone Russland-höriger Staaten und vor allem nicht direkt von NATO- oder EU-Mitgliedsstaaten umgeben sein.

Versuche des nordatlantischen Bündnisses, den Dialog mit Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rates wieder mit Leben zu füllen, haben bisher kaum Resonanz auf russischer Seite gefunden. Die erheblich verstärkten Rüstungsaktivitäten Russlands, seine vermutliche Missachtung des INF²-Vertrags, offensive Übungsszenarien sowie wenig glaubwürdige Angaben zu Übungsaktivitäten und nicht zuletzt aktive anti-westliche Operationen im Cyber- und Informationsraum haben ein als zunehmend bedrohlich empfundenen Lagebild erzeugt.

d. Die Europäische Union (EU)

Nach dem BREXIT stellt die Politik der jetzigen US-Regierung einen weiteren Weckruf an Europa dar, sich seiner eigenen Rolle bewusst zu werden und daraus dann auch konsequent alle damit verbundenen Schlussfolgerungen zu ziehen und umzusetzen. Die EU wird derzeit häufig als Wirtschaftsmacht mit wenig Selbstbewusstsein und außen- und sicherheitspolitischer Ineffizienz bezeichnet. Nicht zuletzt aufgrund des geltenden Konsensprinzips, mangelt es der EU vielfach an Einheitlichkeit und Geschlossenheit gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb wird sie auch kaum wirklich als strategischer Akteur in einer multipolaren Welt wahrgenommen. Es hat jedoch mehrfach Versuche gegeben, die EU in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu

einem geeint handelnden Akteur in der Weltpolitik aufwachsen zu lassen. Die 2016 veröffentlichte „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU hat hierzu ohne Zweifel ein wichtiges Signal für die Weiterentwicklung der EU gesetzt.

Die Reduzierung der Streitkräfte in den EU-Mitgliedsstaaten seit Mitte der 1990er Jahre, weitgehend unkoordinierte Kürzungen in den nationalen Verteidigungsetats, unkoordinierte Außerdienststellung von Waffensystemen und die Abnutzung in Auslandseinsätzen haben dazu geführt, dass kritische Fähigkeiten heute vielfach nur unzureichend vorhanden sind. Europas Regierungen haben in jüngster Zeit erste Schritte unternommen, um Fähigkeitslücken zu schließen. Weitergehende Initiativen werden ebenfalls intensiv erarbeitet, insbesondere im Rahmen der „Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO³).

Die Bilanz bei der europäischen „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) sowie bei den bisherigen Anstrengungen beim „Pooling and Sharing“ ist allerdings eher ernüchternd. Das Profil der Streitkräfte Euro-

pas ist längst noch nicht ausreichend kohärent. Die Interoperabilität der Streitkräfte gilt es dringend zu verbessern. Angesichts der grenzüberschreitenden hybriden Bedrohungen bedarf es auch einer Angleichung der Strategiekulturen, um mit einem abgestimmten Verständnis der Bedrohungslage, in der sich Europa befindet,

gemeinsam geeignete Reaktionsfähigkeiten zu entwickeln. Solange die europäischen Nationen keine Einigkeit über die Frage erzielen, wann, wie und wofür Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden, wird sich vermutlich an der unbefriedigenden Ausgangslage nur wenig ändern. Das gilt zumindest solange, wie es am Willen fehlt, die vorhandenen Instrumente zu nutzen. Die EU bleibt damit vorerst ein nach außen fragmentierter Akteur, der in jeder Krise um den inneren Zusammenhalt ringen muss.

3. Allgemein aktuelle und künftige Herausforderungen mit Relevanz für die transatlantischen Beziehungen

Die aktuellen Herausforderungen sind zahlreich. Einige wurden eingangsstichwortartig genannt. In den letzten Monaten ist uns insbesondere verstärkt

vor Augen geführt worden, wie schnell und unmittelbar unsere Sicherheit auch von bisher weit entfernt geglaubten Akteuren beeinflusst werden kann. Das trifft vor allem für die wachsenden Risiken und Bedrohungen im Cyber- und Informationsraum zu. Die in ihm bereits heute bestehenden Risiken und potentiellen Bedrohungen können im Grunde ohne Vorwarnung, in kürzester Zeit, grenzüberschreitend und massiv in Erscheinung treten und dabei Wirkung von strategischem Ausmaß entfalten.

Der durch das aggressive und unberechenbare Nordkorea mit seinen Nuklearwaffen- und Raketentests ausgelöste und immer wieder geschürte Konflikt auf der koreanischen Halbinsel ist ungeachtet einiger Friedens- und Entspannungssignale besonders aktuell und brandgefährlich. Angesichts der sich verschärfenden Rhetorik zwischen den USA und China, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, sowie den fortbestehenden Spannungen im Südchinesischen Meer – einer auch für den Handel Europas mit Ostasien wichtigen Region – sind jedoch vermutlich keine raschen Entspannungsschritte zu erwarten. Ähnlich brisant zeigt sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten.

Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, der zur Produktion von Nuklearwaffen erforderlichen Technologien und der zu ihrer Verbringung geeigneten Trägersystemen verlangen konsolidierte Überwachungs- und ggf. Gegenmaßnahmen. Insbesondere die Lösung des nordkoreanischen Nuklearwaffen- und Raketenprogramms, die weiterhin vermuteten nuklearen Ambitionen des Iran und auch die undurchsichtige Rolle Russlands und Chinas in diesem Bereich geben immer wieder Anlass zur Sorge.

Schließlich und nicht zuletzt wird die Migration von Flüchtlingen aus den Konfliktgebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrikas weiterhin ein kritischer Faktor für die Sicherheit in Mitteleuropa, aber auch für das transatlantische Bündnis bleiben. Bei der Bewältigung dieses ungelösten und sich wahrscheinlich weiter verschärfenden Problems wären mehr europäische Solidarität und vor allem auch ein enger Schulterschluss mit den USA wünschenswert.

Die damit bereits heute vorhandenen und künftig vermutlich sogar noch zunehmenden Herausforderungen bedürfen letztlich einer gesamtstaatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Teil multinationaler Krisenvorsorge, Konfliktbewältigung und ggf. auch kollektiven Verteidigung. Dabei kann und muss jeweils auch eine glaubwürdige Abschreckung geschaffen und aufrechterhalten werden.

Besonders brisant sind die Gleichzeitigkeit und teilweise höchst komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten der genannten Entwicklungen in unserer global vernetzten Welt. Die damit bereits heute vorhandenen und künftig vermutlich sogar noch zunehmenden Herausforderungen bedürfen letztlich einer gesamtstaatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Teil multinationaler Krisenvorsorge, Konfliktbewältigung und ggf. auch kollektiven Verteidigung. Dabei kann und muss jeweils auch eine glaubwürdige Abschreckung geschaffen und aufrechterhalten werden.

4. Entwicklungsperspektiven für die transatlantischen Beziehungen im globalen Kontext

Die NATO und auch die EU haben die neuen Herausforderungen angenommen und dazu ein breites Spektrum an Aktivitäten und Maßnahmen ergriffen oder eingeleitet.

a. Stärkung der Fähigkeiten des Bündnisses für die Wahrnehmung der Kernaufgaben der NATO

Die NATO verfolgt drei wesentliche Ziele für die künftige Sicherheitsvorsorge: Eine maßvolle Stärkung von Abschreckung und Verteidigung, Stabilisierung der südlichen Peripherie und vertiefte Zusammenarbeit mit der EU. Speziell im Hinblick auf die Herausforderungen im Osten hat das Bündnis mit der „verstärkten Vornepräsenz“ („Enhanced Forward Presence“) in den baltischen Staaten sowie Polen und der „lagegerechten Vornepräsenz“ („Tailored Forward Presence“) in Südosteuropa eine klare und zugleich maßvolle Antwort gegeben. Da es sich dabei nicht um eine permanente Stationierung substanzieller Kampftruppen handelt, betont das Bündnis weiterhin seinen defensiven Charakter und steht zu dem Grundlagenvertrag mit Russland.

Den Herausforderungen im Süden begegnet die NATO u.a. durch stabilisierende Maßnahmen („Projecting Stability“), also z.B. Training, Beratung und Ausbildung irakischer Soldaten, Unterstützung der Anti-IS-Koalition mit AWACS-Flügen, Schaffung einer koordinierenden Stabsstelle in der NATO-Kommandostruktur in Neapel („Hub for the South“) und mit fortgesetztem Engagement in Afghanistan („Resolute Support“).

Das seit 2014 bestehende Rahmennationenkonzept („Framework Nations Concept“, FNC) der NATO hat sich als Instrument der multinationalen Streit-

kräftekooperation bewährt. Auch im Hinblick auf den NATO-Gipfel am 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel ist zu erwarten, dass die Fortsetzung der drei Kernaufgaben, kollektive Verteidigung⁴, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit, die Rolle des Bündnisses und seine Verteidigungsfähigkeit insgesamt bekräftigen werden. Hinzu kommt die von den Verteidigungsministern bereits beschlossene Reform der Kommandostruktur, insbesondere zur Verbesserung der Fähigkeit für die rasche Verlegung von Truppen in Europa.

Gleichzeitig hat die NATO wiederholt ihre Absicht bekräftigt, den Dialog mit Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rats wieder zu beleben. Zudem soll die Partnerschaft mit Japan, Australien, Neuseeland und Südkorea erhalten und gestärkt werden. Gute Verhältnisse von NATO und EU zu diesen Demokratien im Asien-Pazifik-Raum sind in einer globalisierten Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

b. Lastenteilung im Bündnis

Auch wenn die USA sich stärker von Europa in den pazifischen Raum ausrichten sollten, während Europa sich auf Afrika und den Nahen Osten konzentriert, bleibt das Nordatlantische Bündnis ein weiterhin unverzichtbarer Eckpfeiler der internationalen Stabilität und Sicherheit. Das derzeitige transatlantische Verhältnis erfordert, der Frage nach einer gerechteren Lastenteilung eine größere Bedeutung beizumessen. Die Notwendigkeit einer fairen Arbeits- und Lastenteilung ist im Grunde auf den Bündnisgipfeln von Wales und Warschau anerkannt und bekräftigt worden. Die politische Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der europäischen NATO-Staaten wird sich in den nächsten Jahren letztlich durch entschlossenes Bemühen um die Realisierung der vereinbarten Ziele und Eckdaten erweisen müssen.

Die politische Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der europäischen NATO-Staaten wird sich in den nächsten Jahren letztlich durch entschlossenes Bemühen um die Realisierung der vereinbarten Ziele und Eckdaten erweisen müssen.

Die bisher bekannten Angaben für das künftige Regierungsprogramm einer Bundesregierung bleiben leider hinter den eigentlich erforderlichen Ansätzen zurück, die zur Erreichung der Zielvorgaben der NATO für Verteidigungsaufgaben notwendig wären. Das Delta zwischen Erwartungen oder politischem Anspruch und tatsächlicher Planung oder Wirklichkeit ist damit nach wie vor so groß, dass sich künftig verstärkt die Glaubwürdigkeitsfrage deutscher Bündnissolidarität stellen könnte. Unabhängig von der absoluten Höhe der Verteidi-

gungsausgaben müssten vor allem besondere Bemühungen zur Steigerung der Effizienz des Mitteleinsatzes ergriffen werden. Es ist zu befürchten, dass ohne eine annähernd 50-zu-50 Verteilung der Lasten und Risiken zwischen Europa und den USA⁵ die Existenz der NATO in nicht allzu ferner Zeit in Frage gestellt sein könnte.

c. Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und Komplementarität NATO-EU

Unter den westlichen Staaten herrscht weitgehende Übereinstimmung, dass trotz angestrebter Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der EU die kollektive Verteidigung eine Kernaufgabe der NATO bleiben soll. Eine Stärkung der Zusammenarbeit in Europa im transatlantischen Kontext, d.h. im Einvernehmen mit den USA und Kanada, ist notwendig, damit sich die europäischen Nationen wie auch die EU insgesamt in einer globalisierten Welt behaupten können. Ein Mindestmaß an strategischer Autonomie der EU erscheint dabei angezeigt, wenn dadurch Komplementarität in der Entwicklung und Bereitstellung von Fähigkeiten mit der NATO beachtet wird und unnötige Duplizierungen vermieden werden. Als wesentliche Grundlagen sollten eine kohärente und wirkungsvolle „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie eine darauf aufbauende „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) der EU angestrebt werden. Dabei sollten vor allem auch konkrete Maßnahmen zur Steigerung der gemeinsamen aktiven Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit

Falls Deutschland auch künftig eine führende Rolle in Europa und der NATO einnehmen will, dann darf es sich keine Europa- oder Bündnis-Skepsis oder gar Bündnis-Müdigkeit erlauben. Vielmehr sind konkrete, zukunftsorientierte Impulse mit realistischem Augenmaß gefordert.

im Sinne vorausschauender und präventiv wirkender Diplomatie und Politik im Mittelpunkt stehen. Letztlich gilt es die Handlungsfähigkeit der Europäer im Rahmen der EU sowie in Kooperation mit Nordamerika zu stärken. Dabei sollten vor allem auch solche Beiträge zur Verteidigung und für ein effektives Krisenmanagement mög-

lich gemacht werden, welche die Staaten individuell oder eigenständig nicht mehr erbringen können. Darüber hinaus gilt es Maßnahmen umzusetzen, die es auf EU-Ebene leichter machen, eigenständige europäische Operationen und Beiträge zu anderen Organisationen wie den VN transatlantisch abzusprechen.

Im Rahmen von PESCO sowie in wechselseitig komplementärer Nutzung von PESCO und FNC lässt sich vermutlich eher das Ziel einer insgesamt größeren Interoperabilität und eines harmonisierten Fähigkeitsaufwuchses erreichen.

Voraussetzung für eine auch künftig tragfähige transatlantische Zusammenarbeit ist, dass die Europäer es schaffen, ihr Gewicht mehr und entschiedener in die gemeinsame Waagschale zu werfen. Insbesondere, wenn die GSVP an Bedeutung gewinnt, dann ist es zwingend notwendig, dass man das mit einem gezielten politischen Anlauf verbindet, um die transatlantische Klammer relevant zu halten. Sonst besteht die Gefahr, dass die USA und EU-Europa auseinander driften. Die Stärkung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit EU-Europas kann allerdings nur durch den teilweisen Verzicht der Mitgliedstaaten auf ihre nationale Souveränität gelingen. Die GSVP kann nur in dem Maße funktionieren und wachsen, wie sich die gesamte EU in Richtung mehr Staatlichkeit und hin zu einem einheitlichen politischen Akteur entwickelt. PESCO kann dabei nur ein Baustein von mehreren sein.

Falls Deutschland auch künftig eine führende Rolle in Europa und der NATO einnehmen will, dann darf es sich keine Europa- oder Bündnis-Skepsis oder gar Bündnis-Müdigkeit erlauben. Vielmehr sind konkrete, zukunftsorientierte Impulse mit realistischem Augenmaß gefordert.

d. Verhältnis von NATO und EU zu Russland

Die NATO betrachtet den NATO-Russland-Rat (NRR) weiterhin als ein wichtiges Forum für den Dialog und Informationsaustausch, um Missverständnisse abzubauen und die Vorhersehbarkeit kritischer Entwicklungen zu erhöhen. Auf den NATO-Gipfeln in Wales und Warschau wurde Russlands gewaltsames Vorgehen gegen die Ukraine verurteilt sowie Besorgnis über Russlands provokative militärische Aktivitäten in der Nähe der NATO-Grenzen sowie zu seiner militärischen Intervention in Syrien artikuliert und zugleich die unverantwortliche, aggressive nukleare Rhetorik Russlands kritisiert. Die NATO hat auf das seit 2014 dramatisch veränderte Sicherheitsumfeld reagiert, indem sie ihre Abschreckungs- und Verteidigungshaltung verbessert hat.

Die NATO und Russland haben weiterhin tiefgreifende und anhaltende Meinungsverschiedenheiten. Das Bündnis sucht jedoch keine Konfrontation und stellt selbst keine Bedrohung für Russland dar.

Die vertraglichen Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union sind in dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) geregelt, das im Dezember 1997 in Kraft getreten ist. Das PKA ist Ende 2007 ausgelaufen und verlängert sich seither automatisch um jeweils 12 Monate, solan-

ge es nicht von einer der beiden Vertragsparteien gekündigt wird. Bereits im Mai 2003 hatten Russland und die Europäische Union auf einem Gipfeltreffen in Sankt Petersburg vereinbart, ihre Zusammenarbeit gesondert im Rahmen „vier gemeinsamer Räume“ - Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung und Bildung sowie kulturelle Aspekte - zu vertiefen. Nach dem Ausbruch des Georgien-Krieges im August 2008 wurden die Verhandlungen vorerst ausgesetzt.

Die wegen des Russland-Ukraine Konflikts gegen Russland verhängten Sanktionen hat die EU mehrfach – zuletzt im Dezember 2017 für weitere sechs Monate – verlängert. Die EU hatte bereits 2016 festgelegt, die 2014 eingeführten Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Russland erst dann aufzuheben, wenn die Vereinbarungen des Minsker Friedensplanes komplett erfüllt sind. Die Sanktionen werden allerdings auch künftig nur dann nachhaltige Wirkung erzeugen, wenn einzelne EU-Mitgliedstaaten nicht von der gemeinsamen politischen Linie abweichen und ebenfalls eine geschlossene Front mit den USA aufrechterhalten werden kann.

e. Verhältnis von NATO und EU zu China

China ist inzwischen ein überaus bedeutender Wirtschaftspartner für Europa und die USA. Angesichts seiner wieder zunehmend autoritären Innenpolitik sowie machtbewussten außen- und sicherheitspolitischen Haltung sind künftig erheblich stärkere Herausforderungen an den Westen und seinen vernetzten

Die Interessen der EU bzw. Deutschlands und der USA in Bezug auf Ostasien und China stimmen zwar teilweise überein, es bestehen jedoch auch wichtige Unterschiede. Eine eigenständige Position von EU und Deutschland gegenüber China ist zum Glück vorhanden und geboten.

Sicherheitsansatz zu erwarten. Einerseits besteht das Bemühen Chinas, mit den USA auf gleiche Augenhöhe zu gelangen und deren Präsenz sowie Einfluss im Asien-Pazifik-Raum zu verdrängen. Andererseits setzt China in seinen Beziehungen zur EU eher auf das Prinzip „divide et impera“ und versucht seine Vorteile durch bilaterale Ko-

operation mit einzelnen Nationen zu sichern. Für die EU gilt es deshalb vor allem auch mittel- und langfristig die eigenen Interessen gegenüber China zu schützen bzw. durchzusetzen.

Die Interessen der EU bzw. Deutschlands und der USA in Bezug auf Ostasien und China stimmen zwar teilweise überein, es bestehen jedoch auch wichtige Unterschiede. Eine eigenständige Position von EU und Deutschland gegenüber

China ist zum Glück vorhanden und geboten. Sie beruht vor allem auf dem zentralen europäischen und deutschen Interesse, die regelbasierte internationale Ordnung sowie die Entwicklung einer regionalen Ordnung kooperativer Sicherheit gewährleistet zu sehen. In diesem Rahmen sollen Konflikte friedlich gelöst und Freihandel, einschließlich offener Schifffahrtswege, gewährleistet werden. Ziel dieser Politik ist die Einbindung, nicht die Eindämmung der Gestaltungsmacht China.

Die EU bzw. Deutschland sind allerdings keine Verbündeten der USA im Pazifischen Raum. Es gibt auch keine gemeinsame Ostasien- oder China-Strategie. Auch Präsident Obama hat mit seinem „Pivot to Asia“ eine nationale Strategie der USA verfolgt, zu der weder die EU noch die NATO konsultiert wurden. Allerdings haben die EU und die USA verabredet, die Interessen der jeweils anderen Seite bei ihrer Politikgestaltung in der Region zu berücksichtigen. In der Praxis hat sich diese Absprache jedoch bisweilen eher als Einbahnstraße zu Lasten der EU erwiesen. Die EU und Deutschland werden in der Asien-Pazifik Region zwar als wirtschafts- und außenpolitische Gewichte, jedoch nicht als sicherheitspolitische Akteure wahrgenommen. Somit sind sie bei den verschiedenen Territorialkonflikten im Grunde neutral. Sie bestehen jedoch auf einer friedlichen Konfliktregelung und wenden sich gegen eine Politik vollendeter Tatsachen, wie sie China durch den Ausbau strittiger Eilande betreibt. Aus der momentanen europäischen und deutschen Position ergeben sich vorteilhafter Weise grundsätzlich noch Optionen für eine eigenständige, vermittelnde Rolle.

5. Konsequenzen für die künftigen transatlantischen Beziehungen: Forderungen an Europa, EU, NATO und die USA

Die grundlegenden Veränderungen in den internationalen geopolitisch relevanten Machtstrukturen haben weitreichende Folgen. Es zeigt sich vor allem, dass angesichts der globalen Vernetzungen und damit einhergehender Komplexität, Quantität und Qualität der politischen Prozesse, Einzelstaaten inzwischen weitgehend überfordert sind, Krisen oder Konflikte alleine zu bewältigen. Selbst größere Staaten stoßen sehr schnell an die Grenzen ihrer nationalen Steuerungsfähigkeit. Das gilt in besonderer Weise für die im internationalen Vergleich relativ kleinen Staaten der EU. Aber auch der EU selbst droht die Gefahr einer weiteren und kaum mehr umkehrbaren Marginalisierung im internationalen Kontext, wenn sie ihre Position und Rolle nicht endlich mit entschlossenen, mutigen und kraftvollen Schritten in Richtung einer wahrhaft

„Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) deutlich unterstreicht. Dies muss sie zudem glaubwürdig mit wirksamen Strukturen, effizienten Prozessen und ausreichenden Ressourcen untermauern. Angesichts der aktuellen Lage ergeben sich für die GASP der EU mindestens drei vorrangige Folgerungen: Die EU muss ihren Beitrag leisten, um den russischen Expansionsdrang einzuhegen, sie sollte ihre Zusammenarbeit mit China weiter wachsen und mit Augenmaß ausbauen und sie muss einem aufkommenden Antiamerikanismus in der europäischen Öffentlichkeit entgegen wirken.

Der Bedeutungsgewinn der NATO, der sich im Zuge der Russland-Ukraine-Krise herausgebildet hat, beeinflusst auch das sicherheits- und verteidigungspolitische Profil der EU, gerade in ihrem Verhältnis zu den USA. Dies wird ebenfalls Konsequenzen für die weitere Entwicklung der „Gemeinsamen

Um unsere Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit im NATO-Bündnis und vor allem auch gegenüber den USA nicht nachhaltig zu beschädigen, sind klare und glaubwürdige Signale hinsichtlich einer entschlossenen Umsetzung der zuvor genannten Ziele erforderlich.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ haben. Angesichts der bekannt kritischen Haltung der USA und Großbritanniens, wird es notwendig sein, die spezifischen europäischen Verteidigungsfähigkeiten komplementär ergänzend zu den NATO-

Fähigkeit für die kollektive Verteidigung zu planen und zu realisieren, vor allem unter Vermeidung von unnötigen Duplizierungen. Nicht zuletzt in Anbetracht dieser Herausforderungen wird die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrategie und vor allem auch der PESCO ebenfalls den Weg weisen müssen, wie die EU-Staaten in der NATO ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation untereinander intensivieren können und Potential für die Erschließung von Synergien sowie zur Steigerung der Effizienz realisieren sollten.

Für die notwendige Stärkung der Resilienz in den euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen sollten angesichts der aktuellen Lageentwicklung besonders die zügige Wiederherstellung und Stärkung der militärischen Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Das NATO-Ziel, 2% des Brutto Inland Produkts (BIP) für Verteidigungsleistungen und 20% davon für Rüstungsinvestitionen anzustreben, gibt Richtwerte im o.a. Sinne vor, die nicht zuletzt durch die jüngste Lageentwicklung erneut begründet werden. Sie mit der Perspektive 2024 zu realisieren erfordert letztlich auch eine entschlossene und nachhaltige Umsetzung der Trendwende beim Verteidigungshaushalt sowie beim Personal und der materiellen Ausstattung der Bundeswehr. Um unsere Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit im NATO-Bündnis und vor allem auch gegenüber den USA nicht

nachhaltig zu beschädigen, sind klare und glaubwürdige Signale hinsichtlich einer entschlossenen Umsetzung der zuvor genannten Ziele erforderlich.

Da sich die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufgrund neuer Risiken zunehmend verwischen, z.B. durch Terrorismus, hybride Kriegsführung und Cyberattacken, drohen Situationen, in denen die Organe der inneren Sicherheit den Schutz der Bürger nicht allein gewährleisten können. Das Interesse und der Blick müssen sich deshalb voraus richten und damit vor allem auf die notwendigen Lösungsansätze und Perspektiven für eine glaubwürdige und nachhaltige Entwicklung der Rolle und Fähigkeiten Deutschlands und der Bundeswehr unter Übernahme erweiterter Verantwortung in der EU und in der NATO.

6. Fazit und Ausblick

Gerade in der heutigen Phase tiefgreifender Umwälzungen und grassierender Verunsicherung, sollten Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Grundlage vorausschauender und nachhaltiger Strategie Priorität haben und dementsprechend klare Ziele definieren sowie realistische Orientierung bieten.

Die USA bleiben als wichtigster Bündnispartner für die europäische Sicherheit unverzichtbar. Die Bundeskanzlerin hat allerdings bereits im Jahr 2017 auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass angesichts der jüngsten Entwicklungen in den USA Europa seine sicherheitspolitischen Interessen stärker in die eigene Hand nehmen muss. Ungeachtet der Diskussion um die künftige Höhe der Verteidigungsleistungen und wiederholt lautstarker Forderungen von Präsident Trump nach einer „fairen Lastenteilung“ im Bündnis, hat sich vielerorts bereits vorher die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Stärkung der staatlichen Sicherheitsvorsorge unerlässlich ist und notwendige Investitionen im Grunde überfällig sind.

Die USA bleiben als wichtigster Bündnispartner für die europäische Sicherheit unverzichtbar.

Um Europa zukünftig zu einem international wahrgenommenen und beachteten Akteur avancieren zu lassen, wird nicht nur eine verstärkte Integration der EU unter einer profilierten GASP und GSVP erforderlich sein. Vielmehr gilt es auch die Kooperation der EU mit der NATO zu stärken und effizienter zu gestalten.

Angesichts zunehmender hybrider Bedrohungen unterhalb der Schwelle von klassischen Kriegen werden die Übergänge zwischen äußerer und innerer Sicherheit weiter ineinander fließen. Hier bietet es sich insbesondere an, die spezifischen Kompetenzen und Fähigkeiten der EU in der inneren Sicherheit komplementär ergänzend zu den Kernfähigkeiten der NATO auf dem Feld der äußeren Sicherheit zu wechselseitigem Nutzen zu verbinden. Kohärente Fähigkeitsplanung zwischen EU und NATO zur Herstellung hinreichender Interoperabilität und bestmöglicher Nutzung vorhandener Synergien sind dabei ein Gebot der Stunde.

Die transatlantischen Beziehungen bleiben weiterhin von vitaler Bedeutung. Sie müssen jedoch auch wirksam weiterentwickelt und glaubwürdig sowie nachhaltig mit effizienten Strukturen und hinreichenden Ressourcen unterlegt werden.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 One Belt – One Road (OB-OR)
- 2 „Intermediate Range Nuclear Forces“ (INF) Vertrag über die Vernichtung nukleare Mittelstreckensysteme (Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite, von 500 bis 5500 Kilometer)
- 3 Permanent Structured Cooperation
- 4 Mit Cyberverteidigung als integralem Bestandteil
- 5 derzeitige Anteile der Verteidigungsausgaben: ca. 70% USA und 30% Europa

Literaturverzeichnis

Bücher, Publikationen und Zeitschriften

Biscop, Professor Dr., Sven: How the EU can Save NATO, in Security Policy Brief Nr. 83, März 2017 des Egmont

Biscop, Professor Dr., Sven: Europa and the Great Powers: Playing our Trump Cards, in Security Policy Brief Nr. 84, April 2017 des Egmont Royal Institute for International Relations

Bühler, Erhard, Generalleutnant: Die europäisch abgestimmte Fähigkeitsplanung, in Die Bundeswehr, Februar 2018, Seite 14 und 15

Busse, Nikola: Auf dem Weg in eine neue Welt, in FAZ vom 17. Februar 2018

Clement, Rolf: Die Rolle Deutschlands in der Welt, in Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2018, Seite 3

Dean, Sidney E.: America First: Die Sicherheitsstrategie der Trump-Administration verfolgt einen vernetzten Ansatz, in Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2018, Seite 28 und 29

EU/EEAS: Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa; Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, 2016

Fels, Dr., Enrico: The Geopolitical Significance of Sino-Russian Cooperation in Central Asia for the Belt and Road Initiative, in Center for Global Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, "Rethinking the Silk Road", M. Meyer (ed.), 2018

Frankenberger, Klaus-Dieter: Fähig zur Weltpolitik, in FAZ vom 19. Februar 2018

Frankenberger, Klaus-Dieter: Europas Weg zur Weltpolitikfähigkeit, in FAZ vom 19. Februar 2018

Fröhlich, Professor Dr., Stefan: Multipolare Unordnung: Die Welt des 21. Jahrhunderts und die schwindende Macht des Westens, in FAZ vom 9. Januar 2018

Gabriel, Sigmar, Bundesaußenminister: Flexitarier in einer Welt der Fleischfresser, in FAZ vom 16.02.2018

Graw, Ansgar: Ein Jahr Trump-Show, in Rotary Magazin, Februar 2018, Seite 54 bis 57

Gutschker, Thomas: Erdogan spielt mit der NATO, in FAS vom 18. Februar 2018

Ischinger, Professor Dr., Wolfgang, Botschafter und Mattern, Frank: Europäischer, vernetzter und fähiger, in Die Bundeswehr, Februar 2018, Seite 8 und 9

Kamp, Dr., Karl-Heinz: Die Rolle der Großmächte, in Die Bundeswehr, Februar 2018, Seite 10 und 11

Kiesewetter, Roderich, MdB: Deutschland muss das Momentum für eine glaubwürdige europäische Verteidigung nutzen, in Die Bundeswehr, Februar 2018, Seite 12 und 13

Kupchan; Professor Dr., Charles und Techau, Jan: The new U.S. National Security Strategy and its Implications for International Security“, in Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und des Center for International Security and Governance der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn am 15. Februar 2018

Leithäuser, Johannes und Sattar, Majid: Die deutsche Leerstelle, in FAZ vom 19. Februar 2018

Leithäuser, Johannes: Am verteidigungspolitischen Krankenbett, in FAZ vom 17. Februar 2018

Livestream der Münchner Sicherheitskonferenz vom 16. und 17. Februar 2018

Lucas, Dr., Hans-Dieter, Botschafter: Die NATO auf dem Weg von Warschau nach Brüssel, in Die Bundeswehr, Februar 2018, Seite 17

Luther, Carsten: Von der Leyen an der Luftgitarre, in ZEIT ONLINE vom 16. Februar 2018

Möhle, Holger: Ein Versprechen an die Welt, in Bonner Generalanzeiger vom 17./18. Februar 2018

Möhle, Holger: Röttgen will „Armee der Europäer“, in Bonner Generalanzeiger vom 17./18. Februar 2018

Rühle, Dr. jur., Hans: Rückkehr zum Realismus: Die neue amerikanische Nuklearstrategie, in Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2018, Seite 30 und 31

Staaek , Professor Dr., Michael: Strategische Vorausschau China: Die maritime Dimension, Bundesministerium der Verteidigung, 26. September 2017

The White House, Washington DC: National Security Strategy of the United States of America, December 2017

Varwick , Professor Dr., Johannes: Permanent Structured Cooperation (PESCO), in Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2018, Seite 12 bis 14

Wiegel, Michaela: Der Flüsterer aus Paris: Emmanuel Macron geht geschickter mit dem amerikanischen Präsidenten um als viele andere Staatschefs ..., in FAS vom 11.02.2018

Winkler, Professor Dr., Heinrich August: Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, C.H. Beck Verlag

Wirth, Ph.D., Major i. Gst. (SWZ), Christian: Power Shift? Eine Kritik geopolitischen Denkens über Ostasien, in Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 2/2017, Seite 9 bis 25

Mit der Ehrenmedaille General Carl von Clausewitz ausgezeichnete Lehrgangsarbeit

Global Zero – Zu den Aussichten einer kernwaffenfreien Welt im 21. Jahrhundert¹

Philipp Lange

1. Einleitung

Bis zur Amtsübernahme von Donald Trump wurde eine Rede des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama, gehalten in Prag 2009, als die Referenz der US-Administration gehandelt, eine Welt anzustreben, in der Kernwaffen vollständig abgerüstet sind – „Global Zero“: Die Globale Null. Dabei bezog sich Obama auch auf die aus seiner Sicht nicht mehr zu rechtfertigende anachronistische Existenz von Atomwaffen nach 1990². Je nach Standpunkt als visionär, naiv, praktikabel, utopisch oder gar verantwortungslos rezipiert, stieß die Rede auf einen umfassenden Resonanzkörper in der englischsprachigen strategischen Gemeinschaft und Fachliteratur. Die Euphorie, entstanden durch die Äußerung der Obama-Administration und getragen durch eine politisch-gesellschaftliche Offenheit, schien dabei zunächst die Bedingung an Global Zero außer Acht zu lassen, die in der Rede von Prag gestellt wurde: solange diese Waffen existieren, werden sie einsatzbereit und sicher sein, um jeden Gegner der USA und seiner Verbündeten abzuschrecken³.

Trotz dieser Entwicklung gibt es zahlreiche Indizien dafür, dass das Vorhalten von Nuklearwaffen trotz der Impulse der Rede Obamas für die Restauration und Kräftigung des Nichtverbreitungsvertrags und einer umfassenden Abrüstungspolitik fester Bestandteil des Kalküls von Nuklear- aber auch Nichtnuklearmächten ist. Die Verknüpfung von Sicherheit mit dem Vorhalten von Nuklearwaffen scheint eine Restauration zu erfahren. Diese Dynamik ist zurzeit im Pazifischen Raum unübersehbar und hat sich auch durch das Vorgehen und die Rhetorik Russlands seit 2014 im europäischen Raum erstmal seit 1990 verstärkt. Konträr dazu steht eine tief kritische und verbotsorientierte geprägte Bewegung der Atomwaffengegner, die auch Einfluss auf die Agenda der demokratisch aufgebauten Nuklearwaffenakteure, wie z.B. Deutschland und die USA, hat⁴. Unterstützt wurde die Bewegung, u. a. der Humanitarian Cam-

paign oder ICAN „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“, durch zahlreiche strategische Think-Tanks, die vor allem in der unmittelbaren Phase nach der Rede von Prag 2009 die Debatte vitalisiert haben. Auch die deutsche Bundesregierung verschrüb sich im Koalitionsvertrag 2009⁵ uneingeschränkt dem Ziel des Global Zero, was im Koalitionsvertrag von 2013⁶ sprachlich gedämpft und in den Positionen des Auswärtigen Amtes mittlerweile auch mit Zurückhaltung für schnelle Erfolge versehen ist⁷. Auf weltpolitischer Ebene hat sich mittlerweile die UN-Beschlussfassung L.41 der UN-Vollversammlung eingereiht, wonach im Jahr 2017 eine alle Staaten umfassende UN-Konferenz als Grundlage für ein „legally binding instrument prohibiting nuclear weapons“⁸ abgehalten wurde. Diese endete am 07. Juli 2017 mit einer Resolution der VN-Vollversammlung zum Verbot von Nuklearwaffen⁹. Trotz dieses Erfolges bleibt die Zustimmung der Kernwaffenstaaten und zahlreicher

ihrer Verbündeten aus und es gibt deutlich Zweifel, ob in einer Zeit der erodierten internationalen Rechtsordnung, rechtliche Normen gelegt werden können, die elementare Pfeiler der Sicherheitsvorsorge von Kernwaffenstaaten wirkungsvoll berühren¹⁰. Nichtsdestotrotz erhielt das Thema der nuklearen Abrüstung in der Meinungslandschaft der deutschen Politik auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 fortdauernde Aktualität. Im sich zuspitzenden Bundes-

tagswahlkampf forderte Martin Schulz zunächst, ohne dies durch eine Debatte vorbereitet zu haben, im Spätsommer 2017 über Twitter: „Die Obergrenze für Atomwaffen in unserem Land muss bei 0 liegen“¹¹. Folgend forderte er den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und damit den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe und damit der Herausnahme eines Bausteins der erweiterten Abschreckung durch die USA. Einen Einfluss auf das Wahlergebnis schien diese strategische Ankündigung nicht zu haben. Dem folgte, mit deutlich größerem Echo, die Vergabe des Friedensnobelpreises an ICAN. Begründet wurde die Vergabe durch die Aufmerksamkeit, die die Kampagne für Konsequenzen eines Kernwaffeneinsatz schafft und dem durchbrechenden Erfolg einen Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen zu erringen¹². Gefangen im Dilemma, zwar die Ziele weltweiter Abrüstung zu unterstützen, aber dennoch nicht die nukleare Teilhabe ad hoc in Frage zu stellen, fiel die Reaktion der Bundesregierung vergleichsweise zurückhaltend aus. Obwohl man sich zu Global Zero bekannte, sei nukleare Abschreckung Teil der nationalen Sicherheitsvorsorge,

Im sich zuspitzenden Bundestagswahlkampf forderte Martin Schulz zunächst, ohne dies durch eine Debatte vorbereitet zu haben, im Spätsommer 2017 über Twitter: „Die Obergrenze für Atomwaffen in unserem Land muss bei 0 liegen“. Folgend forderte er den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und damit den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe und damit der Herausnahme eines Bausteins der erweiterten Abschreckung durch die USA.

denn solange „Deutschland und Europa hiervon [Anm.: Nuklearwaffen] auch bedroht sind –, besteht die Notwendigkeit zum Erhalt einer nuklearen Abschreckung fort. Diese wird durch die Nato gewährleistet“¹³. Damit wird deutlich, dass man sich in der sicherheitspolitischen Landschaft der Bundesrepublik zukünftig stärker damit auseinandersetzen muss, wie man mit nuklearer Abschreckung und Abrüstung umzugehen hat. Nicht nur die Parteien, die zur Regierungsbildung aufgefordert sind, werden sich in Zukunft intensiver, aber v.a. präziser und fundierter mit der Thematik auseinandersetzen müssen, um nicht nuklearpopulistischen Thesen das Feld zu überlassen. Denn wenn die Bundesregierung, wie Ende September 2017 vorgeschlagen, sich als Vermittler im Nordkorea-Nuklear-Konflikt einbringen will¹⁴, dann benötigt sie eine glaubhafte und intellektuell fundierte Position zum Verhältnis von nuklearer Abschreckung und Abrüstung. Einen Beitrag dazu soll der holistische Blick auf die Idee einer Welt ohne Atomwaffen liefern, angelegt über eine rein deutsche Perspektive hinaus.

2. Die Genese von „Global Zero“

2.1. Obama und die Rede von Prag

Den Hintergrund der Prager Rede und der Stiftung des „Global Zero“-Begriffes bildete ein 2007 im *Wall Street Journal* veröffentlichter Artikel namhafter ehemaliger Politiker und Amtsträger mit dem Titel „Setting the goal of a world free of nuclear weapons“¹⁵. Die Initiative dieser substaatlichen Akteure bildete



Barack Obama

zwar keine Mehrheit in der Think-Tank-„Szene“, war aber ein Spiegel einer teils populären Mainstream-Debatte in den USA und ermöglichte eine parteiübergreifende Unterstützung für eine Agenda, die Obama deklaratorisch in Prag umsetzen konnte. Diese Unterstützung konnte sich aber auch auf dem Fundament intellektueller Ratlosigkeit der Sinnstiftung von Kernwaffen betreffend bis in die jüngeren Bush-Ära hinein begründen.

In der Konzeption Obamas, der das Thema aufgriff, soll das Durchbrechen der nuklearen Logik des Kalten Krieges durch Reduktion erreicht werden, ohne dabei auf eine angemessene und zeitgemäße Abschreckung zu verzichten.

Aussagen aus dem strategischen Führungszirkel des US-Militärs bestätigten auch acht Jahre nach der Rede Obamas die unveränderte Gültigkeit des An-

spruchs an die nukleare Abschreckungsfähigkeit der USA¹⁶. Atomwaffen werden demnach solange eine Rolle spielen, bis die Voraussetzungen geschaffen werden, diese vollständig abzurüsten. Obwohl Obama in seiner Rede Maßnahmen ankündigte, Proliferation einzudämmern und die Rolle von Nuklearwaffen zu minimieren, bietet er keinen Entwurf für eine Kopplung nuklearer Abrüstung mit den strategischen Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden

müssen¹⁷. Die Transformation des Internationalen Systems von einem bipolaren über einem unipolaren zu einem nun multipolaren Ordnungsmuster, das Aufkommen von überwunden geglaubten Antagonismen zwischen „dem Westen“ mit Russland, die Fragilität des Nahen Ostens und die Hinwendung der USA zu einem betont selbstbewusst auftretenden China und die

jüngsten nuklearen Provokationen Nordkoreas werfen die Frage auf, zu welchen Bedingungen die deklarierte totale Kernwaffenreduktion Aussicht auf Erfolg haben könnte. Zeitgleich unterziehen sich Quantität, Qualität und Doktrin von Kernwaffen einem sukzessiven Wandel. Der nukleare Frühling der wenigen Jahre nach 2009, der die Erfolge des New START-Abkommens, den Washingtoner Nukleargipfel und die Veröffentlichung der Nuclear Posture Review(NPR)¹⁸ der USA des Jahres 2010 umfasst, scheint fortwährend in Frage gestellt. Das kontemporäre Verhalten der traditionellen Kernwaffenmächte USA und Russland, aber auch das der übrigen Nuklearstaaten, scheint der Bedeutung von Nuklearwaffen auch zukünftig eine gewichtige Rolle zuzuweisen. Als Beispiel gelten die jüngste Fähigkeitsdemonstration des strategischen US-Arsenals, die anhaltenden Atomtests Nordkoreas und die offen kommunizierte Rolle von Atomwaffen in der Militärdoktrin der Russischen Föderation^{19,20}. Auch die NATO konnte an diesem für einige Bündnismitglieder wie Deutschland delikaten Thema nicht vorbeikommen und musste ihre Abschreckungskonzeption anpassen²¹. Die NATO gab sich nun nicht nur in ihren Konzepten und hinter verschlossenen Türen sondern auch rhetorisch über ihren Generalsekretär rhetorisch als „a nuclear alliance“²².

Bereits einige Tage vor der Rede von Prag äußerte der damalige russische Präsident Medvedev, dass Russland genau wie die USA das Ziel einer umfassenden Reduktion verfolge. Sie verlaublichen gemeinsam, dass die Impulse zunächst bilateral und später multilateral umgesetzt werden müssten. Dabei erkannten sie an, dass eine enorme Reduktion und völlige Eliminierung des Arsenalns an

Aussagen aus dem strategischen Führungszirkel des US-Militärs bestätigten auch acht Jahre nach der Rede Obamas die unveränderte Gültigkeit des Anspruchs an die nukleare Abschreckungsfähigkeit der USA. Atomwaffen werden demnach solange eine Rolle spielen, bis die Voraussetzungen geschaffen werden, diese vollständig abzurüsten.

eine neue sicherheitspolitische Architektur geknüpft sein muss, die einerseits in der Lage ist, die notwendigen Abrüstungsmaßnahmen zu kontrollieren und durchzusetzen, andererseits aber auch ein Rahmenwerk bildet, welches es Staaten erlaubt, ihre vitalen Interessen nicht mehr durch Nuklearwaffen sichern zu müssen²³. Dabei stellen sich zwei Fragen: Erstens, was war der Anreiz für beide Staaten, eine umfassende Reduktion zu befürworten und zweitens, warum konnten sie bis auf den „New START“-Vertrag keine wesentlichen Durchbrüche erzielen.

Wie schon die Bush-Administration, so setzte auch Obama in der Nuclear Posture Review seiner Präsidentschaft das Ziel einer quantitativ verminderten Rolle von Kernwaffen zugunsten von konventionell überlegenen ausgeplanten Streitkräften, bei gleichzeitiger Modernisierung der Nuklearwaffen. Und ebenso wie die Bush-Administration im Jahr 2002 setzte Obama nun auch zu Beginn seiner Präsidentschaft ein Beschränkungsabkommen, das sich im Wesentlichen auf eine quantitative Reduktion strategischer Sprengköpfe beschränkte²⁴. Der Unterschied lag jedoch in der Rhetorik gegenüber der Bush-Doktrin. Das nukleare Tabu wurde unter George W. Bush im Sinne eines Kriegsführungsmittels nach dem Winterschlaf der Post-Ost-West-Konflikt-Ära dahingehend gebrochen, dass Prävention und Präemption im strategischen Gesamtkonzept auch unter Anwendung nuklearer Mittel zu denken seien. Begleitet wurde dies durch das Streben nach Konventionalisierung, d.h. die Enttabuisierung von Nuklearwaffen als herkömmliches Kriegsführungsmittel auf operationeller Ebene.²⁵

Durch eine verstärkte Fokussierung auf die Entwicklung von Kleinstkernwaffen verschwamm angesichts der parallelen Verfügbarkeit von sehr wirkmächtigen konventionellen Waffen zunehmend die denkbare Grenze zwischen kon-

Für die Kritiker der Abrüstung ist ausschlaggebend, dass weder Nordkorea noch Iran sich von den Abrüstungsanstrengungen der USA beeinflussen ließen. Auch für die übrigen Nuklearmächte wie Indien, China und Pakistan ist nukleare Abrüstung kein sinnvolles Konzept.

ventioneller und nuklearer Kriegsführung. Die Variablen der Kosten-Nutzen-Rechnung, für die die Inkaufnahme von Kollateralschäden und der Einsatz von Kernwaffen als attraktiv angesehen werden kann, änderten sich²⁶. So lässt sich bei beiden Staaten eine Kongruenz bezüglich der Ziele der bilateralen Abrüstungsvereinbarung

feststellen, aber nicht im Hinblick auf die Prozesse auf dem Weg dahin, bei der sich beide Administrationen im Politikstil und in der Rhetorik unterschieden. Insbesondere der Glaubwürdigkeitsverlust der USA zum Ende der Bush-Ära

und der Handlungsdruck bezüglich iranischer und nordkoreanischer Rüstungsprogramme können als Motive der USA identifiziert werden, die Rolle von Kernwaffen anzupassen^{27,28}. Für die Kritiker der Abrüstung ist ausschlaggebend, dass weder Nordkorea noch Iran sich von den Abrüstungsanstrengungen der USA beeinflussen ließen. Auch für die übrigen Nuklearmächte wie Indien, China und Pakistan ist nukleare Abrüstung kein sinnvolles Konzept.

2.2. Einfluss auf das Nichtverbreitungsregime und seine Mitglieder

Eine weitere Kontinuität neben dem weiteren Vorhalten und der Sinnstiftungssuche Kernwaffen betreffend war die fortwährende Mitgliedschaft der Hauptakteure im Nichtverbreitungsregime des Non Proliferation Treaty (NPT). Trotz des in Artikel 6 des Vertrages niedergelegten Ziels einer totalen nuklearen Abrüstung konnte unter zunächst vorteilhaften geopolitischen Voraussetzungen nach 1990 kein Durchbruch im Rahmen des NPT auf dieses Ziel hin erreicht werden. Dies wird insbesondere auf die Schwächen in der Anlage des dieses Rüstungskontrollregimes zurückgeführt. Demnach handelt es sich de facto nicht um einen Abrüstungsvertrag, sondern um ein institutionelles Mittel der Vertrauensbildung, welches eine fortwährende Existenz von Nuklearwaffen zulässt und für die Nichtkernwaffenstaaten einen Ausgleich vorsieht. Dies wird vor allem dadurch belegt, dass die Durchsetzungsmechanismen des Regimes vornehmlich nur bei den kooperativen Staaten, wie etwa Deutschland und Japan, ihre Stärken zeigen, bei nicht-kooperativen Akteuren aber an die Grenzen institutioneller Wirksamkeit kommen.

Zwar ist global zu beobachten, dass es nicht, wie noch in den 1960er Jahren vorhergesagt, zu einer umfassenden globalen Beschaffung von Nuklearwaffen gekommen ist, eine Zuschreibung dieses Erfolgs auf den NPT ist jedoch fraglich. So hat hier möglicherweise die Bereithaltung der erweiterten Abschreckung der USA für ihre nicht-nuklearen Bündnispartner einen deutlich größeren Anreiz zur Nichtbeschaffung geliefert, als die Anlage und Zielsetzung des NPT. Eine mildernde Auswirkung auf Interventionsbefürchtungen konnte demnach nicht erzielt werden. Vielmehr war für die US-Regierung entscheidend, welches positive Signal die entsprechenden Maßnahmen für eine Stärkung des NPT liefern würden, insbesondere gegenüber den Nichtkernwaffenstaaten (NKWS)²⁹. So handelt es sich im Hauptmotiv nicht zentral um eine Anreizstiftung zur Non-Proliferation, sondern vielmehr um eine Stärkung der Bindung an das Nichtverbreitungsregime, das seit jeher mit der antizipierten Spaltung zwischen Kernwaffenstaaten (KWS) und NKWS eine Achilles-Ferse besitzt. Der

Vorwurf, den führende NKWS-Staaten wie Ägypten, Brasilien oder Türkei erheben, ist die fehlende Bereitschaft der KWS, die Ziele des NPT zu verfolgen. Demnach war es für die USA mit Blick auf zukünftige Sanktionsmaßnahmen gegen Kernwaffenbeschaffungsstaaten vorteilhaft, Unterstützung für härtere Sanktionen gegen diese Aufrüsterstaaten auch durch NKWS zu finden, um sich für zukünftige Verhandlungen gut zu positionieren.

Abseits der deklaratorischen Vision der Prager Rede ist ein tatsächlicher Wandel im Bereich der Abrüstung von Nuklearwaffen nicht zu erkennen. Das heißt, die Ansprüche von Prag wurden bisher nicht in tatsächliches Handeln umgesetzt.

Abseits der deklaratorischen Vision der Prager Rede ist ein tatsächlicher Wandel im Bereich der Abrüstung von Nuklearwaffen nicht zu erkennen. Das heißt, die Ansprüche von Prag wurden bisher nicht in tatsächliches Handeln umgesetzt.

Eine Vereinbarung mit Russland (New START) konnte zwar rasch erzielt werden, sie konserviert jedoch lediglich den Status Quo, der noch auf Logik der gegenseitig zugesicherten Vernichtung beruht und keine neue strategische Haltung der beiden Nuklearmächte aufzeigt. Die Rede Obamas war

zwar nicht Ausdruck „normativer Blindheit“³⁰, aber sie entspringt auch keiner perfekten Strategie, da sie mit zahlreichen Bedingungen und Annahmen verknüpft ist. Unter anderem ist hier das in der Rede von Prag erwähnte System der Zwangsbewehrung bei Regelbrüchen und Ausscheren aus Abrüstungsprozessen zu nennen.

Mit der Unterstellung der Naivität gegenüber Obama machen es sich die Kritiker von Global Zero jedoch zu einfach. Die USA hatten erkannt, dass sich die Nuklearlage im zweiten Nuklearzeitalter³¹ geändert hatte. Es gibt heute neue Atommächte sowie potentielle Kandidaten. Angesichts der Schwäche des bestehenden Nichtverbreitungsregimes erscheint das Risiko einer Nutzung von nuklearen Waffen zur Konfliktaustragung damit deutlich höher als zur Zeit der Blockkonfrontation. Daraus speiste sich das Motiv Obamas, den NPT zu stärken, auch um dadurch die moralische Glaubwürdigkeit der USA zu erhöhen und ihre Rolle als führende Nation auf dem Globus auch in dieser Hinsicht zu bewahren. Eine wirklich radikale Strategieveränderung gab es jedoch auch deswegen nicht, weil die USA potentiell nachfolgende Atommächte dazu bringen mussten, der angestrebten eigenen Programmatik zu folgen. Radikale Maßnahmen hätten diesbezüglich abschreckend gewirkt. Demzufolge zeigen die NPR und New START auf, dass nukleare Abschreckung und die Aufrechterhaltung einer gegenseitig zugesicherten Vernichtung weiterhin Kernelemente von moderner Nuklearstrategie und Wahrnehmung der Akteure sind.³² Inwie-

weit dies durch die ausstehende NPR von der Trump-Administration aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten.

Die Motivation der Russischen Regierung zu Kooperation im Bereich der Abrüstung folgte einem anderen Rational. Der Status einer großen Kernwaffennation in Verbindung mit der Rolle als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat

spielte seit dem Ende der UdSSR eine zentrale Rolle für die Positionierung Russlands im Internationalen System. Trotz des Verlusts eines Großteils anderer klassischer Machtfaktoren, wollte man sich so seine Stellung sichern. Zu den Schwächen Russlands zählten das marode Militär der 1990er Jahre, die schleppende Transformation der post-sowjetischen Wirtschaft, Sezessionsbestrebungen von Teilrepubliken sowie die inneren Schwächen der Ära Jelzin. Durch das Abschreckungsportfolio werden allerdings die verminderten Machtfaktoren, die die Rolle Russlands im Internationalen System einschränken ausgeglichen. Das Bestreben der russischen Administration schien darin zu liegen, durch das enorme Nuklearwaffenarsenal eine zentrale Rolle in zukünftigen Abrüstungsprozessen zu spielen. Gleichzeitig konnte man durch hinnehmbare Verminderung des Arsenalts Einsparungen im russischen Haushalt erzielen.

Dementsprechend musste Russland integraler Bestandteil der US-Bemühungen sein. Folglich war die Partizipation für Russland die Chance, Macht in Verhandlungspositionen zu projizieren, die es durch den reinen Besitz von Kernwaffen nicht hätte ausspielen können.

Teilhabe an der Abrüstung bedeute demnach für die russische Seite die Generierung eines Machtzuwachs unter Inkaufnahme der Reduktion des riesigen Arsenalts. Eine Kosten-Nutzen-Analyse macht klar, dass die Reduktion des strategischen Vernichtungspotentials für die russische Seite leicht verschmerzbar war, da im New START-Abkommen die brisanten Themen, wie taktische Arsenalte, Ballistic Missile Defence (BMD) und konventionelle „prompt global strike capabilities“³³ nicht thematisiert wurden. Gleichzeitig konnten die Position gegenüber den USA und die strategische Stabilität in der nuklearen Dimension aufrechterhalten werden.

Zusammengefasst lag die Motivation der US-Regierung in der Stärkung des NPT-Regimes und der Non-Proliferation, während die russische Seite eine

Einflusssteigerung unter möglichst geringen Einschnitten der Selbsthilfepotentiale anstrebte. Zudem bot sich die Chance, veraltetes Material abzurüsten und dabei gleichzeitig politisches Kapital in Verhandlungen zu generieren. Als Gestaltungsmacht generierte die russische Seite jedoch nur durch den Besitz großer nuklearer Arsenale ihre Verhandlungsposition, was wiederum eine tatsächliche Bereitschaft zu einer umfassenden Reduktion von Kernwaffen unglaublich erscheinen lässt, jedenfalls solange Russland in sonstigen Machtfaktoren der USA unterlegen ist³⁴. Beide Mächte verfolgen daher die Strategie einer „Ökonomisierung und Stabilisierung der strategischen Balance auf niedrigerem Niveau“³⁵.

Aus der geschilderten Analyse wird deutlich, dass die Global Zero-Programmatik der Obama-Administration bei weitem nicht den Wiederhall in der internationalen Gemeinschaft fand, wie es sicherlich seitens der USA erhofft wurde.

sonstigen Machtfaktoren der USA unterlegen ist³⁴. Beide Mächte verfolgen daher die Strategie einer „Ökonomisierung und Stabilisierung der strategischen Balance auf niedrigerem Niveau“³⁵.

Aus der geschilderten Analyse wird deutlich, dass die Global Zero-Programmatik der Obama-Administration bei weitem nicht den Wiederhall in der internationalen Gemeinschaft fand, wie es sicherlich seitens der USA erhofft wurde. Da aber trotz der realpolitisch fokussierten und begrenzten Erfolge nach der Rede von Prag die Vision von Global Zero weiterhin Gültigkeit hat und von substaatlichen und staatlichen Akteuren wie dem preisgekrönten ICAN unterstützt wird, lohnt auch weiterhin ein Blick in die genauere Auseinandersetzung mit der Vorstellung einer Welt ohne Atomwaffen und Wegen dahin.

3. Nukleare Abrüstungsperspektiven im 21. Jahrhundert

3.1. Strategisches Umfeld und nukleare Rüstung

Elementar bei der Untersuchung der vielfältigen Positionen zur Abrüstung von Kernwaffen ist, dass sie auf Annahmen und Hypothesen bezüglich des Verhältnisses von Kernwaffen und Sicherheit im Internationalen System beruhen. Deren gemeinsame intellektuelle Basis ist, dass weniger Waffen mehr Sicherheit bedeuten. Argumentiert wird mit dramatischen Folgen für Mensch und Natur nach einem Waffeneinsatz bzw. Test, dem Risiko eines versehentlichen Einsatzes, einer falschen Bedrohungsanalyse der handelnden Akteure, der Unvereinbarkeit mit dem Kriegsvölkerrecht, um hier nur einige Begründungen zu nennen. Die Grundhypothese von Global Zero ist also, dass die Reduktion und Abrüstung von Kernwaffen ceteris paribus, die Sicherheit von Staaten erhöht. Die Gegenthese bildet das nukleare Stabilitäts-Instabilitäts-Paradoxon welches bei Abrüstung weniger an Sicherheit und ein höheres Kriegsrisiko prognosti-

ziert. Rüstungskontrolle führt demnach zu Destabilisierung, Kernwaffen tragen zur Stabilisierung bei. Gemeint ist hier nicht die Abwesenheit von Kriegen oder kriegsähnlichen Konflikten sondern von totalen, auf Vernichtung des Gegners abzielenden Maßnahmen. Dafür wird in diesem Paradox allerdings zugestanden, dass Konflikte durch neue Konfliktformen wie Guerilla-Krieg, Terrorismus und jüngst auch durch hybride Kriegsführung mit erhöhter Wahrscheinlichkeit ausgetragen werden³⁶. Ein Beispiel dafür bildet die indische Nukleardoktrin. Diese zielt auf „Stabilität, weil sie einen totalen Krieg um den Preis wechselseitiger Vernichtung unmöglich macht, aber gerade diese Situation lässt begrenzte Kriege wieder zu, weil die Kontrahenten annehmen, der Feind werde den Krieg nicht bis zu einem totalen Sieg eskalieren lassen“³⁷. Daraus ergibt sich als Grundproblematik für das Handeln staatlicher Akteure, dass nichtintendierte Folgen intentionalen Handelns eine der größten Unwägbarkeiten politischen Agierens und strategischer Vorausschau darstellen. Weder ist es Gesetz, dass Nuklearwaffen Kriege verhindern, noch dass deren Verzicht die Welt sicherer macht. Der Einfluss von Nuklearwaffen auf das internationale Sicherheitsgefüge ist weitaus komplizierter³⁸.

Weder ist es Gesetz, dass Nuklearwaffen Kriege verhindern, noch dass deren Verzicht die Welt sicherer macht. Der Einfluss von Nuklearwaffen auf das internationale Sicherheitsgefüge ist weitaus komplizierter.

Das 21. Jahrhundert ist in seiner geopolitischen Struktur in der Trendentwicklung als ein sich ausweitendes multipolares System zu charakterisieren, mit dominanten Großmächten sowie abgestuft kleineren Akteuren, die dennoch die Ordnung des Internationalen Systems herausfordern können. Demgegenüber steht das als überkommen angesehene Narrativ der Bipolarität des Kalten Krieges mit dem Konzept der gegenseitig zugesicherten nuklearen Vernichtung. Wenn nun dieses Abschreckungskonzept der nuklearen Auslöschung ein Produkt der Bipolarität ist, dann stellt sich die Frage, welchen Wert traditionelle Abschreckungskonzepte und Wirkmittel in Zeiten multipler Pole haben können. Akteure müssen nun seit einigen Jahrzehnten in ihrem nuklearen Denken nicht nur mehrere Akteure einbeziehen, sondern auch unterschiedliche Arsenale, technische Möglichkeiten, Kosten-Nutzen-Kalkulationen und Konfliktkulturen, die weit über die Komplexität einer symmetrischen Parität zwischen den

Dieses aktuell vorherrschende differenzierte System der Mächte wird durch den von Paul Bracken geprägten Begriff des „Second Nuclear Age“ charakterisiert, also durch ein Zeitalter, in dem Nuklearwaffen zwar eine Rolle spielen, aber unter anderen Bedingungen als im Kalten Krieg. Hierbei sei angemerkt, dass dieses Novum vor allem die westliche Sicht betrifft, da Akteure wie China schon im Kalten Krieg gegen mehrere Akteure abschreckten.

USA und der ehemaligen UdSSR hinausgehen. Dieses aktuell vorherrschende differenzierte System der Mächte wird durch den von Paul Bracken geprägten Begriff des „Second Nuclear Age“³⁹ charakterisiert, also durch ein Zeitalter, in dem Nuklearwaffen zwar eine Rolle spielen, aber unter anderen Bedingungen als im Kalten Krieg. Hierbei sei angemerkt, dass dieses Novum vor allem die westliche Sicht betrifft, da Akteure wie China schon im Kalten Krieg gegen mehrere Akteure abschreckten. Für diese stellt nuklear gesehen 1989/90 keine fundamentale Zeitenwende dar.

Diese Systemtransformation war allerdings keineswegs zum Ende des Ost-West-Konflikts in dieser Ausprägung prognostizierbar. Das Bedrohungsempfinden und der Zustand internationaler Sicherheit bestimmen die Einstellung der Akteure zu Nuklearwaffen. Dies gilt auch für den Erfolg und Misserfolg der Ziele des NPT. Die Koinzidenz von Abrüstungsverhandlungen (beispielsweise INF- u. START-Verträge) und dem Beitritt von 40 zusätzlichen Mitgliedern zum NPT ist nicht zufällig. In einem Zeitfenster von nur wenigen Jahren konnten nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur Reduktionen zwischen den beiden damaligen Großmächten erreicht werden, sondern es konnten mit Frankreich und Großbritannien auch zwei Kernwaffenmächte als Mitglieder des NPT gewonnen werden, während Brasilien, Argentinien und Südafrika auf ihre Kernwaffenprogramme verzichteten. Diese augenscheinlich positive Entwicklung kam durch die Anpassung der Interessen der Akteure im Internationalen System zum Erliegen. Dies liegt nicht nur am veränderten Bedrohungsempfinden und Sicherheitsgefüge der Akteure, sondern auch an der Tatsache, dass Nuklearwaffen in der sicherheitspolitischen Konstruktion in ihrer Eigenschaft als Massenvernichtungswaffen einen völlig anderen Stellenwert besitzen als B- u. C-Waffen.⁴⁰ Dabei wird offensichtlich, dass weder Kernwaffen noch der NPT Relikte des Kalten Krieges sind, sondern im aktuellen Zeitgeschehen Relevanz besitzen. Laut Oliver Thränert verfügt der NPT über 3 Hauptfunktionen:

- Transparenz über Nuklearprogramme und Nuklearaktivitäten
- Plattform für Internationale Koalitionen gegen ungewollte Rüstung
- Taktgeber für allgemeine Nichtverbreitungsprozesse.⁴¹

Der NPT, der nicht nur das Ziel nuklearer Abrüstung verfolgt, sondern auch die Frage der friedlichen Nutzung von Kernenergie thematisiert, hat kontemporär angesichts eines Bedeutungszuwachses von Kernenergie nicht an Bedeutung verloren.

Nichtsdestotrotz sind Fragen des Besitzes und der Anschaffung von Nuklearwaffen im Denken einiger staatlicher Akteure vollumfänglich zurückgekehrt. Dies gilt für die Aufrechterhaltung strategischer Stabilität und „Status Quo“ - Orientierung gleichermaßen wie für erweiterte Abschreckung und Rückversicherung für Verbündete und Partner seitens der USA, sowie als Absicherungsmittel gegen angenommene westliche Interventionen, z.B. seitens Chinas, Russlands und Nordkoreas. Die intellektuelle Pause nuklearen Denkens, in der sich die Global Zero-Programmatik v.a. im Westen entwickeln konnte, ist der Erkenntnis der KWS gewichen, dass Kernwaffen eine Funktion haben, auch gerade, wenn sie nicht zum Einsatz kommen⁴². Dies gilt für kleinere und junge KWS ebenso wie für die übrigen, „traditionellen“ Kernwaffenmächte des ersten nuklearen Zeitalters. Auch im Westen, wo die Idee des Global Zero einen Resonanzboden gefunden hat, verstetigt sich das Bild, dass Nuklearwaffen heute und in der Zukunft Relevanz besitzen, wenn man die Welt realistisch betrachtet.⁴³

Auch im Westen, wo die Idee des Global Zero einen Resonanzboden gefunden hat, verstetigt sich das Bild, dass Nuklearwaffen heute und in der Zukunft Relevanz besitzen, wenn man die Welt realistisch betrachtet.

Dies ist dahingehend von besonderer Bedeutung, da sich kontradiktionär zu der geänderten Einstellung der Regierungen in Europa eine weitreichende gesellschaftliche Akzeptanz von nuklearer Rüstung, geschweige denn Nachrüstung nicht zu beobachten ist. Gleichsam ist festzustellen, dass kleinere Mächte wie Iran oder Nordkorea ihre atomare Rüstung nicht danach richten, inwieweit die „traditionellen“ Nuklearmächte abrüsten, sondern was die am besten geeigneten Absicherungskonzepte darstellen, auch wenn bei Verfechtern von NPT und nuklearer Abrüstung oft aufgeführt wird, dass sich gerade der Verzicht der nuklearen Hauptakteure positiv auf einen Verzicht kleinerer Akteure auswirkt⁴⁴. Zudem ist strittig, ob der NPT-Vertrag eine Totalreduktion als Vertragsgegenstand überhaupt postuliert. Artikel 6 des Vertrages bestimmt lediglich die Reduktion auf ein möglichst geringes Niveau⁴⁵. Daher konnte bei der NPT-Überprüfung im Jahr 2010, also zu einer Zeit als Global Zero noch Dynamik entwickelte, lediglich das bestehende Vertragsfundament von Abrüstung, Nichtverbreitung und friedliche Nutzung bestätigt werden⁴⁶.

Die Erkenntnis daraus ist, dass Nationen ihr Handeln unweigerlich an ihren Interessen ausrichten, die sich aus ihrem Platz im Rahmengenüge des Internationalen Systems ableiten. Offensichtlich ist, dass aus diesem Grundprinzip noch kein globales Schnittmengenkonstrukt nationaler Sicherheitskonzepte entstanden ist⁴⁷. Global Zero wäre mit seinem allumfassenden Endziel hinge-

gen genau als solches zu denken. Daraus ergibt sich, dass eine weltweite globale Abrüstung von Nuklearwaffen genau eine solche Schnittmenge nationaler Sicherheitskonzepte im Internationalen System darstellen müsste. Ähnlich wie bei den Folgen des Klimawandels müsste ein gemeinsames „Schicksal“ wahrgenommen oder anders ausgedrückt, ein Konsens in der Beurteilung der Lage bestehen. Das liegt nicht vor.

Die grundsätzliche Annahme bei Verfechtern von Global Zero jedoch ist, dass nukleare Abrüstung, Verzicht und fortschreitende Reduzierung als Sicherheitsgewinn für jeden Akteur antizipiert werden. Vertreter dieser substaatlichen

Das grundsätzliche Narrativ der Abrüstungsbefürworter ist, dass Staaten, die nach nuklearer Bewaffnung streben, international isoliert sind und demgegenüber Staaten, die im Sinne des NPT handeln, an kollektiver Sicherheit gewinnen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass wesentliche Akteure im Internationalen System dieser Logik nicht folgen.

Bewegungen gegen Nuklearwaffen, wie z.B. ICAN, benennen als Zieldatum dabei regelmäßig das Jahr 2030^{48,49}. Dies allein reicht nicht aus, um einen Anreiz für Abrüstung zu bieten, da es sich bei dem Projekt Global Zero um einen der schwierigsten und langfristigen Abrüstungsprozesse im Internationalen System überhaupt handeln würde⁵⁰. Das grundsätzliche Narrativ

der Abrüstungsbefürworter ist, dass Staaten, die nach nuklearer Bewaffnung streben, international isoliert sind und demgegenüber Staaten, die im Sinne des NPT handeln, an kollektiver Sicherheit gewinnen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass wesentliche Akteure im Internationalen System dieser Logik nicht folgen. Vielmehr kann sogar beobachtet werden, dass namhafte Abrüstungsinitiativen auf substaatlicher Ebene keinesfalls unbedingt Verfechter der Global Zero-Bewegung sind.⁵¹

Jonathan Bergner zweifelt in diesem Zusammenhang an, dass es die Kooperation bzw. die Wirkungsmacht des NPT ist, die Akteuren Anreize bietet, auf nukleare Rüstung zu verzichten. Vielmehr stellt er am Beispiel von Südkorea, Libyen, Argentinien und Brasilien heraus, dass die Entscheidungsfindungsprozesse ehemaliger potentieller Nuklearnationen nicht durch das Nichtverbreitungsregime induziert wurden. Demnach handelt es sich vor allen Dingen um nationale Entscheidungen, die aus einem strategischen Kosten-Nutzen-Kalkül unter Berücksichtigung der Bedrohungslage im Rahmen einer Grand Strategy erfolgt sind. Sicherheitserwägungen spielen somit eine dominante Rolle und werden zusätzlich durch die intervenierende Variable der innenpolitischen Verfasstheit beeinflusst. Bei einigen Akteuren wie Libyen scheiterte es zudem an den technologisch-industriellen Voraussetzungen. Am Ende stand jeweils

eine Entscheidung eines Staates zur Aufgabe oder Aufnahme eines konkreten Bewaffnungsprogramms. Ausschlaggebend waren dabei dann jedoch nicht das NPT-Regime mit seinen Anreizen zur Zusammenarbeit, sondern bilaterale und teilweise auch hegemoniale Kooperationsbeziehungen, bis hin zu massivem Druck der USA, die in der Summe zur Überzeugung beitrugen, dass die Aufgabe des Nuklearprogramms Sicherheit maximieren kann.⁵²

Gleichzeitig erweist sich der NPT für zahlreiche Akteure als ineffektiv, d.h. als nicht dazu geeignet, Ihre Interessen zu operationalisieren. Als Argument wird aufgeführt, dass das Monopol der ersten Nuklearmächte nicht zu rechtfertigen sei, sowie dass der Tausch von Abrüstung bzw. Verzicht von Bewaffnung gegen Nutzung und Unterstützung ziviler Nukleartechnik nicht mehr zeitgemäß ist, da die Technik und das Know-How in der modernen Wissensgesellschaft ohnehin verfügbar sind, die die Bereitstellungsverfahren des NPT nicht benötigen.⁵³

Eine weitere Erklärung für die Dysfunktionalität des NPT kann im historischen Kontext unter Einbezug des Ost-West-Konflikts gelingen. Nach Ende des Kalten Krieges war ein potentieller Atomkrieg nicht das Thema auf der Hauptagenda internationaler Organisationen und dringlichstes Thema von Sicherheitskooperationen und der Weltöffentlichkeit. Da die Großmächte ihre Arsenale ohnehin reduzierten, kam es auch zu einem Abbau an institutionellen Mitteln für MVW-Fragen. Dadurch waren 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich weniger politische Mittel vorhanden und verfügbar, um größere Abrüstungsschritte einzuleiten, als es noch 1989 der Fall gewesen wäre. Insgesamt haben demnach Abrüstungsverfahren, -denken,

-ressourcen und Verschränkung trotz einiger Erfolge an institutioneller Kraft abgenommen. Paradoxe Weise wurde die Abrüstung, die v.a. in Europa erfolgt ist, im Westen als globaler Trend wahrgenommen⁵⁴. Daraus speiste sich die Einschätzung, dass die historische Entwicklung nun eine Schwelle erreicht habe, nach der sich global eine Verbesserung der Sicherheitslage für jeden Akteur einstellen würde. Diese eurozentristische Perzeption⁵⁵ der historischen Entwicklung deckt sich jedoch nicht mit der Wahrnehmung zahlreicher Akteure im Internationalen System, deren Bedrohungsempfinden entweder nach 1990 nicht abgesunken ist, oder deren Motive zur Rüstung durch das Ende des Kalten

Paradoxe Weise wurde die Abrüstung, die v.a. in Europa erfolgt ist, im Westen als globaler Trend wahrgenommen. Daraus speiste sich die Einschätzung, dass die historische Entwicklung nun eine Schwelle erreicht habe, nach der sich global eine Verbesserung der Sicherheitslage für jeden Akteur einstellen würde.

Kriegs nicht tangiert wurden. So hat sich z.B. der Konflikt der Akteure in Bezug auf die Korea-Frage nicht durch den Wandel in Europa nach 1990 auflösen lassen.

James Acton identifiziert fünf Hauptmotive der beiden großen Nuklearmächte Russland und USA, nach denen diese Kernwaffen einen Nutzen für die Sicherheit im Internationalen System zumessen. Demnach führen diese Länder an, dass durch eine starke Reduktion

- die Abschreckung des Gegners vor einem Angriff auf vitale Interessen verringert und die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöht wird,
- die erweiterte Abschreckung zum Schutz von Bündnispartnern unterminiert wird,
- Zweitschlagskapazitäten so gering wären, dass die Abschreckung auf das Niveau einer Erstschlagsstabilität vermindert wird,
- Rüstungspotentiale aufgrund der zivilen Nutzung von Kernenergie ohnehin vorhanden bleiben,
- Aufrüsten kleinerer KWS und bisheriger NKWS auf Parität mit den abrüstenden NKWS ein instabiles multipolares System erzeugt.⁵⁶

Die Rolle von Kernwaffen hat sich zwar durch Adaption des strategischen Umfelds verändert, jedoch ist keine massive Reduktion, die die bisherige Idee von nuklearer Stabilität gefährden würde programmatisch verankert. Noch unmittelbar vor dem Ausbruch der Krim-Krise wurde seitens der US-Administration daran gearbeitet, die Bedeutung von Nuklearwaffen zu reduzieren. Dabei hatte man sich dem Ziel verschrieben, Nuklearwaffen nur zur nuklearen Abschreckung einzusetzen, d.h. nicht als sonstiges Kriegsführungsmittel, wie es bei Bush noch überlegt wurde. Als Kompensation (aber nicht als vollumfänglicher Ersatz) sollten dagegen zukünftig nicht-nukleare Waffeneinsatzoptionen in den Vordergrund treten. Dazu zählten insbesondere die Stärkung konventioneller Kräfte sowie die Ausweitung der Ballistischen Raketenabwehr. Unter Aufrechterhaltung einer reduzierten und effizienten nuklearen Triade sollten Russland und China sowie regionale Mächte strategisch abgeschreckt und die Alliierten der USA rückversichert werden.⁵⁷ Eine deutliche Reduktion des Nuklearwaffenniveaus wird zwar angestrebt, aber unter Anerkennung der Bedeutung unangefochtener konventioneller Überlegenheit und einer effektiven BMD ergänzt durch politische Erfolge auf dem Gebiet der Nonproliferation und Abrüstung. Dieser Mittelmix soll dabei zwei Kerninteressen bedienen: Erstens eine ausreichende und glaubwürdige Abschreckung zu demonstrieren

und zweitens gleichzeitig keinen Anreiz für die Bündnispartner zu setzen, Atomwaffen zu beschaffen⁵⁸.

Die veränderte und in diesem Fall reduzierte Rolle von Kernwaffen in der strategischen Ausrichtung der USA bedeutet jedoch keinesfalls eine globale Chance, die Rolle von Kernwaffen zu limitieren. Kontemporär wird sogar jeder angenommenen Hauptbedrohung, denen die sich USA gegenübersehen, eine nukleare Dimension zugeschrieben. Das ultimative Ziel einer Welt ohne Atomwaffen wird zwar bestätigt, allerdings nach wie vor unter der Aufrechterhaltung von effizienten, sicheren und effektiven Kernwaffenarsenalen, solange solche Waffen existieren.

Das Ziel ist die Verfügbarmachung eines Nuklearwaffenportfolios mit einem möglichst geringen Kräfteansatz.⁵⁹ Dazu gehört auch, dass durch das Konzept der erweiterten Abschreckung der Vereinigten Staaten ein breitgefächertes Kernwaffenportfolio vorgehalten wird, um

extern ca. 30 Alliierte nicht nur abzusichern, sondern ihnen auch ein Motiv zu nehmen, eigene Kernwaffen zu entwickeln. Amerikanische Kernwaffen bleiben demnach für einen großen Teil der der Verbündeten der USA der Schlüssel zur Nichtverbreitung⁶⁰. Die USA rüsten letztendlich traditionell nuklear, damit anderenorts nicht ebenfalls nuklear gerüstet bzw. aufgerüstet wird. Nukleare Zurückhaltung und Nukleare Abschreckung sind folglich eng verwoben und nicht zu trennen.

Amerikanische Kernwaffen bleiben demnach für einen großen Teil der der Verbündeten der USA der Schlüssel zur Nichtverbreitung. Die USA rüsten letztendlich traditionell nuklear, damit anderenorts nicht ebenfalls nuklear gerüstet bzw. aufgerüstet wird. Nukleare Zurückhaltung und Nukleare Abschreckung sind folglich eng verwoben und nicht zu trennen.

Die Stärkung der konventionellen Überlegenheit der USA sowie der zukünftige massive Ausbau der ballistischen Raketenabwehr könnten jedoch bei Akteuren außerhalb des Westens den gegenteiligen Effekt bezüglich einer nuklearen Zurückhaltung auslösen. Global Zero, d.h. eine massive Reduktion der nuklearen Waffen, ist im System der globalen Akteure nicht als isolierter Akt zu denken, sondern steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Bedrohungsperzeptionen anderer Akteure und ihren technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Insbesondere das Ziel der USA, die konventionelle Schlagkraft zu erhöhen und die Raketenabwehr zu verstärken, rückt das Ziel von Global Zero in weite Ferne, insofern als sich andere Staaten eine Absicherung dagegen nur mit Nuklearwaffen vorstellen können. Nimmt man an, dass es

bei Abschreckung um ein Gleichgewicht des Schreckens geht, dann ist z.B. aus der Sicht der Akteure Russland und China und Nordkorea eine atomwaffenfreie Welt kein Szenario, welches eine verbesserte Sicherheitslage generieren kann. Keiner dieser genannten Akteure hat trotz aller Anstrengungen absehbar die technischen und wirtschaftlichen Mittel, die konventionelle Überlegenheit und die ballistischen Abwehrfähigkeiten der USA auszugleichen⁶¹.

Für China und Russland besteht demnach Unsicherheit, inwieweit deren Kernwaffenportfolio zukünftigen ABM-Fähigkeiten der USA begegnen kann. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es abgesehen von aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen einen Prozess der angepassten Reduktion im Rahmen der Fortschreibung des New START-Abkommens nur geben kann, wenn die USA im

Es ist sehr wahrscheinlich, dass es abgesehen von aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen einen Prozess der angepassten Reduktion im Rahmen der Fortschreibung des New START-Abkommens nur geben kann, wenn die USA im Gegenzug auf den Ausbau ihrer BMD-Fähigkeiten verzichten.

Gegenzug auf den Ausbau ihrer BMD-Fähigkeiten verzichten. Angesichts eines möglichen Fähigkeitsausbaus der USA auf etwa 600 Abfangwirkkörper gegen ballistische Träger in den nächsten 15-20 Jahren würden sich China und Russland relativ deutlich schlechter stellen, wenn diese einer weiteren Reduktion von nuklearen

Trägersystemen zustimmen würden.⁶² Dieser Ausbau der BMD seitens der USA ist in das 21. Jahrhundert hinein soweit denkbar, bis das Abschreckungsportfolio Russlands in seinem Effekt gravierend in Frage gestellt wird⁶³.

Eine ähnliche Wirkung wird dem Ausbau und dem Erhalt der konventionellen Hochpräzisionsmittel der USA zugeschrieben. Während die USA diese Mittel als unverzichtbar für die taktische und operative Kriegsführung ansehen, werden u.a. auf der Seite Russlands diese Fähigkeiten als Mittel der strategischen Kriegsführung insofern gesehen, als dass sie über den Sieg auch in großen Konflikten entscheiden können⁶⁴. Auch wenn von diesen Mitteln keine direkte Bedrohung der strategischen Arsenale Russlands ausgeht, so erzeugen sie in der Perception Russlands und Chinas die Ansicht, es handle sich um ein präemptives strategisches Mittel. Das Stichwort ist „Enthauptungsschläge“. Eine weitere Reduktion von Kernwaffen kann demnach nicht ohne die Zurückhaltung in der Weiterentwicklung von offensiven und defensiven Waffensystemen gedacht werden, die das strategische Gleichgewicht aus der Sicht der Akteure gefährden.

Auch kleinere KWS passen ihre Rüstungs- und Abrüstungsprogrammatik dem wahrgenommenen strategischen Umfeld an. Als einer der ersten KWS verfügt

Großbritannien zwar nur über ein vergleichsweise geringes Kernwaffenportfolio mit ca. 1% des weltweiten Arsenal. Nichtsdestotrotz wird eine völlige Reduktion von britischer Seite aus folgenden Gründen abgelehnt

- die nukleare Bedrohung ist aktuell und nicht verschwunden,
- einseitige Abrüstung ist keine Lösung,
- die Reduzierung des britischen Arsenal seit 1990 hatte keinen positiven Effekt auf den Verzicht durch neue KWS,
- es stärkt das Fundament der NATO als nukleare Allianz und erhöht die Kooperationsdichte innerhalb des Bündnisses,
- es ist die Versicherung gegen eine unsichere und unvorhersehbare Zukunft.⁶⁵

Kernwaffen sind demnach für größere und kleinere KWS keine Relikte des Kalten Krieges, sondern sie sind, gemessen am Nutzen, kosteneffizient, sicher und verlässlich⁶⁶. Für aufstrebende KWS liegt die Attraktivität von Kernwaffen insbesondere in Prestige, Statusausbau und Interventionsabschreckung⁶⁷. Dies gilt in der Wahrnehmung gleichermaßen für strategische sowie substrategische Systeme, die jeweils einen bestimmten Effekt adressieren. Die aus westlicher Sicht seit 1990 erlebte Dominanz konventioneller westlicher Macht, die sich in den 1990er Jahren gegen den Irak und Serbien auswirkte, sowie die Fokussierung auf den Kampf gegen substaatliche Terrororganisationen, stellten nukleare Aspekte deutlich in den Hintergrund. Durch das Verhalten Russlands hat sich allerdings eine neue Sicherheitsperzeption im Westen eingestellt. Die nukleare Rhetorik auf strategischer Ebene, die Absicherung destabilisierender Operationen gegen die Ukraine und Provokationen im Baltikum sowie das angenommene Einführen von mehrrollenfähigen Mittelstreckenwaffensystemen, die de facto das Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Abkommen verletzen würden, führen zu einer Wellenbewegung in der bis dato ruhigen See intellektueller Abstinenz im nuklearen Denken nach 1990.

Kernwaffen sind demnach für größere und kleinere KWS keine Relikte des Kalten Krieges, sondern sie sind, gemessen am Nutzen, kosteneffizient, sicher und verlässlich.

In einem System, in dem alles mit allem in Zusammenhang steht, können sich weder Kernwaffengegner einer einfachen Lösung sicher sein, noch die Befürworter von Kernwaffen davon ausgehen, dass sich die exemplarisch genannten Einflussfaktoren ohne nukleare Abrüstung zu ihren Gunsten entwickeln.

Die strategischen Rahmenbedingungen zu schaffen, um seitens der Hauptakteure Russland und USA die übrigen Nuklearmächte zu Partnern in einem durch Global Zero anzustrebenden Abrüstungsprozess zu gewinnen, erscheint zumindest mittelfristig unwahrscheinlich. Die Annahme, durch eine Reduktion von Kernwaffenarsenalen im komplexen und

volatilen Internationalen System linear ein sicherheitspolitisch besseres Umfeld zu schaffen, scheitert im Anspruch der Linearität an den zu berücksichtigenden weiteren Einflussfaktoren, wie beispielsweise: Raketenabwehr, Hochpräzisionswaffen, Prompt Global Strike, fehlende konventionelle Rüstungsbeschränkung, Kontrolle taktischer Nuklearwaffen, schwache Kontrollregime und neuartige Weltraumwaffen, um nur einige zu nennen. In einem System, in dem alles mit allem in Zusammenhang steht, können sich weder Kernwaffengegner einer einfachen Lösung sicher sein, noch die Befürworter von Kernwaffen davon ausgehen, dass sich die exemplarisch genannten Einflussfaktoren ohne nukleare Abrüstung zu ihren Gunsten entwickeln⁶⁸.

3.2. Abrüstungsmodi: Von der Minimalen Abschreckung bis zur totalen Denuklearisierung

Abschreckung stellt sich als ein konstantes Element von Akteurshandeln im Internationalen System dar⁶⁹. Wenn man nukleare Abrüstung in zeitlich gestaffelten Phasen untersucht, muss die Dynamik der nuklearen Abrüstung in Bezug auf Macht- und Gegenmachtbildung als natürlicher Prozess im Internationalen System betrachtet werden. Dabei ist zu beachten, dass Abschreckung kein Begriff des Nuklearzeitalters ist. Funktionierende Abschreckung als

Abgesehen von den Puristen, die eine schnellstmögliche und umfassende Abrüstung von Nuklearwaffen fordern, gibt es systematische Konzepte der Kernwaffenreduktion, die in der Hochphase der Global Zero-Initiativen entwickelt wurden.

Kriegsverhinderungsmittel war schon vor 1945 relevant und wird es in einer möglichen Zukunft ohne Atomwaffen auch bleiben. So wäre zu untersuchen, ob nichtnukleare Mittel geeignet sein können, um die Sicherheitsbedürfnisse staatlicher Akteure zu gewährleisten und den gleichen Effekt

zu erzeugen, der der Existenz nuklearer Abschreckung zugeordnet wird und der die Abwesenheit von Krieg zwischen Großmächten zur Folge gehabt hätte⁷⁰. Folgt man nun dem Gedanken, eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen, dann stellt sich abseits der bisher dargestellten Interessenlagen und Bedrohungskonstellationen der staatlichen Akteure die Frage, wie massive Abrüstung denkbar ist, unter welchen Voraussetzungen dies gelingen kann und ob die Konsequenzen wünschbar erscheinen. Abgesehen von den Puristen, die eine schnellstmögliche und umfassende Abrüstung von Nuklearwaffen fordern, gibt es systematische Konzepte der Kernwaffenreduktion, die in der Hochphase der Global Zero-Initiativen entwickelt wurden. Im Weiteren wird dazu auf die Modelle der Minimalen Abschreckung, der Virtuellen Abschreckung und des Endstadiums der totalen Denuklearisierung eingegangen.

Als ein durchaus realistisches Konzept nuklearer Abrüstung gilt das der minimalen Abschreckung. Dies lässt Nuklearwaffen grundsätzlich zu, aber zu deutlich reduzierten Zahlen ausgehend davon, dass Abschreckung auch bei geringer Quantität zu erreichen ist. Dabei ist die Idee der *Minimum Deterrence* keineswegs ein Kind der Global Zero-Debatte. Bereits in der Frühphase des Kalten Krieges wurde dies insb. in den USA diskutiert, unterlag dort aber im Diskurs und fand nur Beachtung bei abrüstungsaffinen und pazifistischen Kreisen⁷¹. Zunächst geht man in diesem Konzept davon aus, dass eine weitere Reduktion möglich ist, bis man einen Kulminationspunkt erreicht, bei dem die Akteure eine weitere Reduktion grundsätzlich ausschließen. Es wird angenommen, dass es der Moment ist, in dem Staaten sich vergewissern, dass es gemessen am Sicherheitsumfeld angemessen ist, nicht weiter abzurüsten. Der Begriff der starken Reduktion bzw. die Anzahl an Kernwaffen die erreicht werden muss, um einen Kulminationspunkt zu erreichen, an dem bisherige Stabilitätskonzepte nicht mehr greifen, ist nicht genau definiert. Die prognostizierte Anzahl bei diesen *deep cuts* schwankt zwischen 300 und 500 Kernwaffen für z.B. jeweils USA und Russland⁷². Dies würde eine Verringerung bisheriger Nuklearwaffen um den Faktor 10 bedeuten, unabhängig von Verbringungsart und Einsatzzweck. Damit wäre nach einer solchen Reduktion zwischen USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien, also den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (United Nations Security Council, UNSC) Parität erreicht, während Pakistan, Indien und China nur wenige hundert Sprengköpfe aufrüsten müssten, um auf Augenhöhe zu gelangen. Bei diesem Niveau wären die USA und Russland auf demselben nuklearen Niveau mit China, Frankreich und Großbritannien. Dann gäbe es in einer multipolar-nuklearen Welt ein System mit Akteuren, die nuklear-gleiche Pole darstellen. Dies wäre aus Sicht der Global Zero-Befürwortern eine gute Ausgangslage, um gemeinsam im Rahmen des NPT die Weichen in Richtung Global Zero zu stellen⁷³. Für die Staaten, die ihre Position im Internationalen System an ihrem Nukleararsenal festmachen wäre dies allerdings nicht zwingen eine wünschenswerte Vorstellung. US-Planer gehen davon aus, dass bei diesem Kulminationspunkt, die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung erodiert ist und dem US-Präsidenten nur ein unflexibles Entscheidungsportfolio zur Verfügung stünde. Die daraus entstehende Transition von der sog. „second to none“-Relation im Kernwaffenportfolio zu einer „peer/near-peer competition“ entspräche nicht einem favorisierten sicherheitspolitischen Gestaltungsanspruch der USA⁷⁴. Demgegenüber steht eben dieses Konzept der minimalen Abschreckung: „An enemy that can be deterred, will be deterred by the prospect of a counterattack, even if it consists of only a few nuclear weapons.“⁷⁵ Demnach gibt es einen Moment, an dem

über eine gewisse Anzahl von Nuklearwaffen hinaus kein Abschreckungsgewinn durch Mehrbewaffnung erreicht werden kann. Folglich ist es unbedeutend, ob ein Akteur 10 oder 100000 Nuklearwaffen besitzt; die Abschreckungsfunktion bleibt identisch. Es kommt nicht zum Krieg. Obwohl die UdSSR bzw. Russland und die USA dieser Logik im Kalten Krieg nicht folgten und erst seit Ende der 1980er Jahre über eine Reduktion übereinkamen, kann

Folglich ist es unbedeutend, ob ein Akteur 10 oder 100000 Nuklearwaffen besitzt; die Abschreckungsfunktion bleibt identisch. Es kommt nicht zum Krieg. Obwohl die UdSSR bzw. Russland und die USA dieser Logik im Kalten Krieg nicht folgten und erst seit Ende der 1980er Jahre über eine Reduktion übereinkamen, kann man feststellen, dass dieses Konzept der minimalen Abschreckung ein Kontinuum im sicherheitspolitischen Denken kleinerer KWS darstellt.

man feststellen, dass dieses Konzept der minimalen Abschreckung ein Kontinuum im sicherheitspolitischen Denken kleinerer KWS darstellt. Die geringen Arsenale Indiens und Chinas und jüngst auch Nordkoreas, die zweifelsohne denen der USA unterlegen sind, können als Ausdruck dieses Kalküls verstanden werden. Zudem ist kritisch zu bewerten, ob Russland und die USA das politische Kapital der vorhandenen Arsenale auflösen würden, bei denen sie in anderen Abrüstungsinitiativen durch

Verhandlungen sonstige Kooperationsgewinne erzielen können. Schwer vorstellbar ist, dass in diesem Zusammenhang eine Statusminderung der nuklearen Großmächte auf das Niveau der zweiten Generation der Nuklearstaaten akzeptiert werden würde, solange dies nicht durch andere Machtfaktoren ausgeglichen wird.

David Cortright und Raimo Väyrynen skizzieren in einem Entwurf verschiedener Abrüstungsstufen, wie Staaten als Sicherheitsmaximierer wirken können, obwohl sie auf nukleare Abschreckung durch ein aktives Kernwaffenarsenal verzichten. Die hier aufgezeigte und diskutierte Programmatik von minimaler und virtueller Abschreckung einschließlich von Vorschlägen für eine angepasste Sicherheitsarchitektur soll dabei exemplarisch für die Argumentation von Global Zero-Befürwortern aufgezeigt werden. Dabei legen sie ein mehrstufiges Modell zu Grunde, in dem eine Welt ohne Atomwaffen durch ein ausbalanciertes System aus Macht- und Gegenmachtbildung stabil gehalten werden kann. Über minimale Abschreckung, virtuelle Abschreckung und waffenfreie Abschreckung soll demnach eine Bedrohung durch Nuklearwaffen neutralisiert werden⁷⁶. Unter virtueller Nuklearer Abschreckung verstehen sie eine modulare Abrüstung, bei der Sprengköpfe von den Trägermitteln entkoppelt werden. Dies soll die nächste Abrüstungssequenz ermöglichen, sobald der Kulminationspunkt in der Abrüstung erreicht wurde. Das Ziel ist dann die Mar-

ginalisierung von Nuklearwaffen durch Entoperationalisierung der Systeme, dabei grundsätzlich unter Aufrechterhaltung der Fähigkeiten. Es handelt sich in diesem Stadium um eine zeitkritische Abschreckung, da alle Komponenten erhalten werden. Nukleare Abschreckung bleibt, wird aber deutlich minimiert und funktioniert nicht im Sinne einer MAD aufgrund der geringen Zahlen. Im Weiteren soll dann die Zeitspanne zur Wiedererlangung der Schlagfähigkeit schrittweise ausgedehnt werden, je weiter abgerüstet wird.⁷⁷ Eine Eskalationsfähigkeit bleibt also nicht bis zum letzten aktiven Sprengkopf erhalten, sondern soll von Anfang an sinken. Als Voraussetzung gilt hier, wie auch für alle weiteren Phasen der Reduktion, eine multilaterale Einigung auf Zeitspannen zur Rekonstitution, da sich sonst Unsicherheit über Fähigkeiten des jeweils anderen Akteurs auf der Zeitachse einstellen. Hier wird jedoch nicht berücksichtigt, dass einige Staaten aufgrund geostrategischer oder ökonomischer Faktoren fähiger als andere sind, in einem zeitkritischen Wettbewerb ursprüngliche Arsenale wiederherzustellen, sollte ihre Lagebeurteilung dies nötig machen. Das heißt, der Zweck der virtuellen Abschreckung die Reduzierung eines nuklearen Ungleichgewichts kann aufgrund der Struktur der Akteure im Internationalen System nur erfolgen, wenn auch in wissenschaftlicher und ökonomischer Leistungsfähigkeit eingegriffen werden würde. Nach stetiger und vollständiger Abrüstung wären die einzigen Elemente, welche nuklear abschrecken, die technologische Fähigkeit und die Mittel, die ein Akteur besitzt um erneut zu rüsten. Nukleare Abschreckung bietet dann demjenigen Akteur einen Vorteil, der in der Lage ist, schneller aufzurüsten als sein Gegner.

Folgt man der Logik der nuklearen Abschreckung bis auf diese Reduktionsebene, so ist davon auszugehen, dass geringe Zahlen die Instabilität im System erhöhen, ein Einsatz von MVW wird sogar wahrscheinlicher. Die Chancen werden erhöht, einen Vorteil durch einen nuklearen Schlag zu gewinnen. Als Gegenargument wird aufgeführt, dass in der Historie auch Kleinstarsenale ausgereicht haben, um größere KWS abzuschrecken. Kleinarsenale können in ihrer Stabilisierungswirkung durch Kontrollmaßnahmen und Transparenz verstärkt werden. Eine Reduktion könnte bis hin zur Abschreckungsbalance der Vor-Hiroshima-Zeit stufenweise über die Instabilitäten sich zurückentwickelnder Zweit- und Erstschlagstabilitäten führen. Abschreckung wäre dann vor allem durch eine fragile Balance konventioneller Potentiale bestimmt und demnach

Folgt man der Logik der nuklearen Abschreckung bis auf diese Reduktionsebene, so ist davon auszugehen, dass geringe Zahlen die Instabilität im System erhöhen, ein Einsatz von MVW wird sogar wahrscheinlicher. Die Chancen werden erhöht, einen Vorteil durch einen nuklearen Schlag zu gewinnen.

Global-Zero nur in Verknüpfung mit einer erweiterten konventionellen Rüstungskontrolle denkbar. Bei einer linearen Reduktion kann nicht von einer analogen Reduktion des Kriegsrisikos ausgegangen werden. Hier sind insbesondere der bereits dargestellte Kulminationspunkt minimaler Abschreckung und die instabile Phase geringen Potentials bis hin zur totalen Null besonders risikoreich. So könnte sich ein entwaffnender Erstschlag auch mit konventionellen Mitteln bei Kleinkapazitäten wieder lohnen und damit den Druck auf die potentiell bedrohte Nation erhöhen, eigene Nuklearwaffen vorher einzusetzen.⁷⁸ Ein Stadium eines theoretischen Kriegsrisikos, das Analogien zur aktuellen Nordkorea-Problematik und dem möglichen Kalkül der Staatsführung in Pjöngjang aufweist.

James Acton argumentiert, dass für die Erreichung dieser radikalen Abrüstung drei wesentliche Bedingungen vorhanden sein müssen. Erstens, eine etablierte strategische Stabilität zwischen Russland und den USA, die zwar nicht konfliktfrei sein muss, aber ohne ernsthafte Verletzungen der internationalen Ordnung. Zweitens, die anderen ständigen Mitglieder des UNSC müssen sich ebenfalls an multilateralen Verhandlungen beteiligen, ebenfalls das Interesse besitzen, sich nuklear zu beschränken und für keine Seite keine Bedrohung darstellen. Drittens, taktische Sprengköpfe und deren Trägermittel müssen in-

Sollte sich militärischer Zwang gegen Nuklearpotentiale eines unwilligen Staates richten, wäre zumindest in der Logik der heutigen Militärdoktrinen der offiziellen Nuklearstaaten, die sich in der Position des Angegriffenen befinden könnten, ein eigener präventiver Nuklearwaffeneinsatz erforderlich, um das Arsenal zu schützen.

tegraler Bestandteil aller Verhandlungen sein, insbesondere, weil Russland über weit mehr taktische Kernwaffen verfügt als der Westen⁷⁹. Blechmann und Bollfrass führten dazu im Jahr 2010 aus, dass Global Zero nur in einem internationalen System mit der Macht der Zwangsbewehrung, d.h. mit Sanktionierungsmacht durchzusetzen sei. Sie schlussfolgerten zudem, dass Wirtschafts- und Finanzsanktionen durch ein Kontrollregime autorisiert werden sollten, bis hin zu militärischen Maßnahmen bei schweren Verstößen durch die Vertragsstaaten des Regimes⁸⁰. Dies bedeutet im Extremfall einen Militäreinsatz mit einem denkbaren Entwaffnungsschlag gegen einen KWS. Das wäre allerdings nur von Nöten, wenn ein Kernwaffenstaat weiterhin an seiner nuklearen Rüstung festhält. Sollte sich militärischer Zwang gegen Nuklearpotentiale eines unwilligen Staates richten, wäre zumindest in der Logik der heutigen Militärdoktrinen der offiziellen Nuklearstaaten, die sich in der Position des Angegriffenen befinden könnten, ein eigener präventiver Nuklearwaffeneinsatz erforderlich, um das Arsenal zu schützen. Das heißt, dass die Programmik

von Blechmann und Bollfrass bzgl. Zwangsmaßnahmen den Ausbruch eines Nuklearwaffeneinsatz nicht vermindern sondern diesen sogar wahrscheinlicher machen könnten.

Die Idee der Aufgabe des Veto-Macht-Status zur Stärkung dieses internationalen Kooperationsystems wird auch bei der Untersuchung von Gallagher abgeleitet. Als Voraussetzung wird hier jedoch eine grundlegende intellektuelle Reform im Akteursdenken vorausgesetzt. Dabei sollten Transaktionskosten für erhöhte Kooperation als Langfristinvestition in verbesserte Sicherheit angesehen werden, wie es auch dem Narrativ des Institutionalismus entspricht. Als Motor sollten dabei v.a. Think Tanks sowie Expertengremien dienen, ohne dass dabei auf Spezifika eines nationalen Willensbildungsprozesses eingegangen wird.⁸¹ Bei der Installation solch eines Systems, wie es die Global Zero-Programmatiker skizzieren, wäre folglich das Monopol zur Autorisierung von Gewalt des UNSC gem. UN-Charta in Frage zu stellen, sowie die Position der fünf Vetomächte, was einer grundsätzlichen Reform der UN entspräche, da diese fünf Mächte parallel als potentielle Betroffene solcher Zwangsmaßnahmen angenommen werden müssten.

Aus der Sicht des Jahres 2017 sind alle drei Bedingungen nicht erfüllt. Bereits 2010 erklärte Barry Blechmann: „The balloon has already burst“ - Die Global Zero-Blase ist geplatzt. Nach einer überraschend starken Resonanz auf die Prag-Rede im öffentlichen Raum, gefolgt von Teilen der Think Tanks und der politischen Elite, sei nur wenige Jahre später die Euphorie verfliegen. Insgesamt hätte der New Start-Vertrag keine wesentlichen Einschränkungen im Atomwaffenarsenal gebracht, die NPT Review Conference 2010 lediglich einen Minimalkonsens generiert und der Konflikt über BMD und den nicht ratifizierten Nuclear-Test-Ban-Treaty sei offensichtlich. Wenn das Verhalten Russlands seit 2014 als Einschnitt in den Beziehungen zum Westen angesehen wird, dann haben sich dadurch die strate-

Wenn das Verhalten Russlands seit 2014 als Einschnitt in den Beziehungen zum Westen angesehen wird, dann haben sich dadurch die strategischen Parameter die Voraussetzung für eine globale Kooperation sind, deutlich zu Ungunsten einer umfassenden Abrüstung entwickelt. Demnach gibt es im faktischen Handeln der Akteure wenig Anzeichen, dass Global Zero das Interesse an Modernisierung und Weiterentwicklung von Nukleardispositiven beeinflusst hätte.

gischen Parameter die Voraussetzung für eine globale Kooperation sind, deutlich zu Ungunsten einer umfassenden Abrüstung entwickelt. Demnach gibt es im faktischen Handeln der Akteure wenig Anzeichen, dass Global Zero das Interesse an Modernisierung und Weiterentwicklung von Nukleardispositiven

beeinflusst hätte. Eine globale Reduktionsprogrammatur ist, wie bereits dargestellt, akteurübergreifend im politischen Determinationshorizont nicht zu beobachten. Dies gilt auch bzgl. konkreter Maßnahmen zur Verhinderung von Proliferation und weiterer Verbreitung zwischen den nuklearen Großakteuren Russland und USA⁸². Insbesondere für die USA ist zu beobachten, dass ein bisher rein an militärischen Maßstäben orientiertes Abschreckungsdispositiv bei starker Reduktion zu Unterlegenheit bei potentiellen Gegnern führt und damit das Narrativ der USA als Schutz- u. Führungsmacht schwächt und auch dem Motiv des amerikanischen Exzeptionalismus in dieser Frage entgegensteht⁸³. Die Weichenstellung einer noch ausstehenden Nuclear Posture Review der Trump-Administration bleibt abzuwarten.

Neben der Untersuchung der Folgen eines quantitativen Totalansatzes einer Reduktionsprogrammatur muss auch der Globalitätsanspruch mit Raumbezug betrachtet werden. Im Internationalen System sind die Akteure nicht funktional gleiche Einheiten, die in einem luftleeren Raum aufeinander wirken, sondern in der Realität in einem Geflecht unterschiedlich dichter Kooperations- und Konflikttdichte miteinander verwoben. Die institutionelle Verschränkung Europas kann demnach nicht mit der Akteurskonstellation des asiatisch-pazifischen Raumes verglichen werden, wenn über Kooperation in nuklearen Rüstungsfragen diskutiert wird. Huntley erarbeitet in der Betrachtung nuklearer Abrüstung bezüglich des asiatisch-pazifischen Raums Ableitungen, die einer gesamträumlichen Global-Zero-Idee entgegenstehen. Die strategische Stabilität zwischen USA und China sowie die Sicherheitsperzeptionen Japans und der koreanischen Staaten folgen einer anderen Ausrichtung als in anderen Regionen der Welt. Aufgrund einer unzureichenden Sicherheitsarchitektur über die Globalität der Vereinten Nationen (VN) hinaus führt Reduktion im asiatischen Raum nicht zu mehr Sicherheit, sondern erzeugt das Gegenteil. Gerade hier kann man exemplarisch die Wirkung von Rüstungsinstabilität beobachten, wenn das Rüstungsniveau nuklearer Mittel nicht mehr den angestrebten Abschreckungsaspirationen der stabilitätsbedürftigen Akteure entspricht. Wichtig ist in solch einem Fall eine glaubwürdige Kompensation, da die Akteure ohne Kooperationsregime sonst zur Selbsthilfe zur Sicherheitsmaximierung greifen. Aufgrund des technisch-wirtschaftlichen Niveaus und der positiven Konnotation nuklearer Energie verfügen zahlreiche Staaten nicht nur über die Technologie, um aufzurüsten, sondern vermutlich bei entsprechender Sicherheitsperzeption auch über den Willen dazu.⁸⁴

Aus neorealistischer Perspektive in der Schule der Internationalen Beziehungen wäre eine totale Abrüstung entweder durch eine Transformation des Internationalen System oder dessen Änderung hervorrufbar. Für den transformatorischen Ansatz würde es einer Weltordnungsmacht bedürfen, quasi eines Überstaats im Sinne der Weltinnenpolitik. Dieser Trend ist gegenwärtig nicht zu beobachten. Die faktische Weltordnungsmacht USA verliert zudem weiterhin an Einfluss und die Nachkriegsordnung, zu der auch das Rechtssystem der VN gehört, steht großen Herausforderungen gegenüber. Die NATO befindet sich seit 2014 gedanklich wieder in einer „Artikel 5 Welt“ gegenüber Machtprojektionen Russlands, welches sich selber bedroht sieht und auch hier ist keine Entspannung in Aussicht. Man könnte allerdings die substantielle Anarchie der Staatenwelt akzeptieren, aber alternativ die Machtmittel verändern, mit denen diese Staaten gegeneinander aufgestellt sind. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die einseitige Verminderung von Machtmitteln stets eine Kompensation nach sich zieht oder, wenn diese nicht erreicht werden kann, eine Instabilität in der Bedrohungsperzeption hervorruft. Im Sinne des neorealistischen Weltbildes strebt das Internationale System solange nach Stabilität, bis das Verhältnis der Akteure zueinander ihren Machtfaktoren entspricht. In diesem Sinne ist für Staaten, deren Programmatur nach diesem Ordnungsmuster ausgerichtet ist, Global-Zero nicht zwingend eine Verbesserung, ggf. sogar eine Gefährdung des status quo. Dieser status quo entspricht bei KWS auch ihrem nuklearen Portfolio, da ein Verzicht auf diese Waffen eine verminderte Position im internationalen System zur Folge hätte.

In diesem Sinne ist für Staaten, deren Programmatur nach diesem Ordnungsmuster ausgerichtet ist, Global-Zero nicht zwingend eine Verbesserung, ggf. sogar eine Gefährdung des status quo.

Die Furcht vor konventioneller Überlegenheit eines Gegners sowie vor Maßnahmen, die nukleare Abschreckung technisch nicht mehr glaubwürdig machen, wurde bereits dargestellt. Dies gilt insbesondere auch für Modelle stufenweiser Abrüstung, die irgendwann unweigerlich zu dem Punkt kommen muss, bei dem die Zweitschlagsstabilität zu einer Erstschlagsstabilität vermindert wird und die Balance von offensiver und defensiver Schlagfähigkeit aufbricht. Demgegenüber wird eine vollumfängliche und diversifizierte Zweitschlags-Abschreckungsfähigkeit im Denken der großen Nuklearmächte durch die Bedeutung von strukturellen Machtfaktoren im Internationalen System, die den status quo im Staatensystem in Frage stellen, ausgeglichen.

Der absolute Ansatz einer globalen Totalreduktion stellt demnach kein leitendes Handlungsmotiv der handelnden Akteure im Internationalen System dar. Vielmehr erscheint es, dass eine vollumfängliche Reduktionsprogrammatur und -rhetorik nicht nur nicht den jeweiligen Interessen zahlreicher Akteure widerspricht, sondern stellenweise auch als Bedrohung und Risiko für die nationale Sicherheit wahrgenommen wird. Dies ist v.a. dann der Fall, wenn Global Zero als Heilsprogrammatur für die sicherheitspolitischen Großthemen des 21.

Der absolute Ansatz einer globalen Totalreduktion stellt demnach kein leitendes Handlungsmotiv der handelnden Akteure im Internationalen System dar.

Jahrhunderts propagiert wird. Die Folge, wonach es sich hier auch um ein aus einer komfortablen Lage heraus geführtes Selbstgespräch des Westens handelt, welches die Motive anderer Akteure unzureichend adressiert, erscheint dabei durchaus vertretbar. Ein systemischer Ansatz kann demnach nicht eine Programmatur verfolgen, die durch Reduktion nuklearer Arsenale ceteris paribus erhofft, in einem komplexen multi-variablen System ein linear positives Endergebnis zu erreichen. Dieser Zusammenhang kann abschließend gut durch eine Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses für die Streitkräfte im US-Senat, Sam Nunn, umschrieben werden: „National security is not enhanced by pursuing arms control treaties at all costs; or seeking deep reductions by all costs, [...]. Each approach is a means to advance to our safety, but none can make us secure on its own.“⁸⁵

„National security is not enhanced by pursuing arms control treaties at all costs; or seeking deep reductions by all costs, [...]. Each approach is a means to advance to our safety, but none can make us secure on its own.“⁸⁵

5. Zusammenfassung und Würdigung von Global Zero

„Nichts ist trauriger als der Tod einer Illusion“ konstatierte einst Arthur Koestler nach dem Zusammenbruch sozialistischer Regime in Osteuropa im Jahr 1990⁸⁶. Würde man die Global Zero-Programmatur wie den Kommunismus als politische Utopie begreifen, so kann man feststellen, dass die Hoffnung auf Realisierung angesichts der faktischen Realität nach nur kurzer Zeit erodiert ist. Weder Russland noch die USA oder andere Nuklearwaffenstaaten scheinen jedenfalls derzeit zu einer drastischen Reduktion ihrer Arsenale bereit zu sein. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an ICAN findet bei diesen Akteuren keinen Resonanzkörper. Vielmehr scheint es ein weltweit gestiegenes Interesse an Nuklearprogrammen zu geben.

Obamas 2009 skizzierte Vision enthält einige Merkmale der in der Politikwissenschaft anerkannten Utopietypologie und konnte daher nie als Programmatur und Anleitung konkreten Handelns verstanden werden, sondern als ein unkonkreter Totalentwurf, der eine vorstellbare bessere, d.h. sicherere Welt

anbietet. Begleitet wird diese Utopie oft von der Dystopie des nuklearen Holocausts als Ausdruck eines existenzbedrohenden Schicksals, welches es zu verhindern gilt⁸⁷. Würde man die Vision von Global Zero als Handlungsanweisung trotz der dargestellten Komplexität des Internationalen Systems und der Heterogenität seiner Akteure annehmen, dann könnte man Senghaas' Analogie folgen, nach der die Debatte erneut Ausdruck einer „tendenziell autistischen Selbst- und Fremdwahrnehmung“ ist, die Hauptakteuren wie den USA in strategischen Fragestellungen immanent ist.⁸⁸ Demnach kann man die Global Zero-Initiative auch als beispielhaft für den amerikanischen Exzeptionalismus verstehen, indem das volatile Verhältnis von Idealismus und Realismus in der amerikanischen Außenpolitik offenbar wird.⁸⁹

Obamas 2009 skizzierte Vision enthält einige Merkmale der in der Politikwissenschaft anerkannten Utopietypologie und konnte daher nie als Programmatur und Anleitung konkreten Handelns verstanden werden, sondern als ein unkonkreter Totalentwurf, der eine vorstellbare bessere, d.h. sicherere Welt anbietet.

Für europäische Vertreter der Global Zero Programmatur mag auch die Konstruktion der Wirklichkeit aus eurozentrischer Perspektive ausschlaggebend sein. So erscheint es nach historischem Fortschrittsverständnis vernünftig, das Abschreckungsparadigma des Kalten Krieges für Europa in Frage zu stellen, aber nicht folgerichtig, die Erkenntnisse auf eine multipolare Abschreckungsmatrix der globalen Ordnung des 21. Jahrhunderts zu übertragen.⁹⁰ Eine Welt ohne Atomwaffen würde eine andere Welt bedingen als die, in der wir aktuell leben. Sämtliche vorhandenen Ordnungsmuster und Machtstrukturen wären dazu in Frage zu stellen.

Demnach kann man sich der Sichtweise von Christian Hacke anschließen, demzufolge Global Zero zutiefst einer Tautologie entspricht, da sie im Kern nur dann Frieden und Sicherheit auf der Welt schaffen kann, wenn vorher Frieden und Sicherheit auf der Welt existieren.⁹¹ Selbst, wenn es eine Welt ohne Atomwaffen gäbe, wäre das Wissen um deren Herstellung weiterhin vorhanden, und so lange es Kernenergie gibt, gäbe es auch die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für ihren Bau, was wiederum auf Frieden und Sicherheit zurückwirken würde. Damit wird nicht zuletzt ausgedrückt, dass die Gefahr von Kriegen nicht durch die Existenz von Waffen bedingt wird, sondern von den Konfliktmustern der Menschheit, die sich dann dieser Waffen bedient.

Allerdings soll dabei keinesfalls die Ansicht zugrunde gelegt werden, dass wie Matthew Kroenig es sagt, Nuklearwaffen „the most potent military tools on Earth“⁹² seien. Es gibt keine nuklearen Werkzeuge, mit denen sich die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen ließen. Atomwaffen und Sicherheit bleiben aber trotzdem eng miteinander verwoben.

Schlussendlich wird nicht die grundsätzliche Idee der Abrüstung scheitern, denn das kann sie als solche nicht. Zu kritisieren ist die Annahme, dass eine Welt ohne Atomwaffen unter Berücksichtigung der in dieser Arbeit aufgezeigten

Schlussendlich wird nicht die grundsätzliche Idee der Abrüstung scheitern, denn das kann sie als solche nicht. Zu kritisieren ist die Annahme, dass eine Welt ohne Atomwaffen unter Berücksichtigung der in dieser Arbeit aufgezeigten Bestimmungsgrößen für das Gesamtsystem der Stabilität durch eine Art historisches Fenster nach 2009 unmittelbar hätte verwirklicht werden können.

Bestimmungsgrößen für das Gesamtsystem der Stabilität durch eine Art historisches Fenster nach 2009 unmittelbar hätte verwirklicht werden können. Vielmehr gab es bis 2014 ein Zeitfenster der begrenzten und verschmerzbareren Reduktion im strategischen Nukleararsenal Russlands und der USA, ohne jedoch aber das Abschreckungsportfolio entscheidend anzutasten. Die Restauration nuklearen Denkens und

die Determinanten des Akteurverhaltens im Internationalen System wirkten den notwendigen Voraussetzungen dafür entgegen.

In Entscheidungssystemen, die dem rationalistischen Ansatz unterliegen, gelangen Akteure selten über Totalentwürfe zum Ziel, sondern vielmehr über langwierige *trial and error*-Prozeduren⁹³. Global Zero fällt jedoch in die Kategorie bedingungsloser Totalentwürfe, und zwar sowohl in globaler Ambition als auch in der Quantität der absoluten Null. Das Angebot ist weltweite Denuklearisierung als Sicherheitsgewinnstrategie. Doch in dieser Konstruktion ist das Scheitern am Anspruch ein Geburtsfehler und bildet daher auch kein Fundament für eine umsetzbare Strategie. Der Gegenentwurf jedoch ist das Konzept des nuklearen Friedens, der gleichsam einer statistischen Überprüfbarkeit entzogen ist und kein Garant für den Nichteinsatz für Atomwaffen darstellt. Daher erscheint weder eine Diabolisierung von Kernwaffen, noch eine Erlösungshaltung i.S. eines *pax nuclearis* angebracht. Es wurde gezeigt, dass Akteure, ob sie nun Nuklearwaffen besitzen oder nicht, diesen einen unterschiedlichen Nutzen oder Zweck zuordnen und das es keine weltweite Basis gibt, auf der eine grundsätzliche, den Charakter der bisherigen Nukleardispositive verändernde, Abrüstungskoooperationen wahrscheinlich ist. Durch die diversen Bedrohungs- und Sicherheitsperzeptionen der Akteure ist auch kein

gemeinsames Schicksal, geschweige denn Gemeinsamkeit in institutionellen Strukturen und einer fundamentalen Selbstbeschränkung erkennbar, die Voraussetzung wären zur Umsetzung einer globalen Reduktionsprogrammatik. Eine ultimative und simple Lösung für die ultimative Waffe und die damit verbundenen sicherheitspolitischen Herausforderungen bleibt in der Komplexität des Internationalen Systems des 21. Jahrhunderts abzuwarten. Sicher ist lediglich, dass rein konventionelle Abschreckung vor 1945 historisch betrachtet kein Garant für Kriegsvermeidung großer Mächte darstellte.

Der frühere ständige Staatssekretär und Nuklearstrategie im britischen Verteidigungsministerium, Sir Michael Quinlan, fasste dies wie folgt zusammen:

*“No safer system than deterrence is yet in view, and impatience would be a catastrophic guide in the search. To tear down the present structure, imperfect but effective, before a better one is firmly within our grasp would be an immensely dangerous and irresponsible act.”*⁹⁴.

Es bleibt die Erkenntnis, dass es für den Umgang mit der ultimativen Waffe noch keine ultimative Lösung gibt.

Zum Autor: Major i.G. Philipp Lange war von 2015 – 2017 Teilnehmer am 12. streitkräftegemeinsamen LGAN und ist zurzeit persönlicher Referent des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Anmerkungen

- 1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen angepassten Auszug aus einer Lehrgangsarbeit mit dem gleichnamigen Titel, die der Autor im Rahmen des LGAN im Jahr 2017 an der FüAkBw eingereicht hat. Die Arbeit wurde mit der „Clausewitz-Medaille“ ausgezeichnet. Die Anteile der Lehrgangsarbeit mit den Theorien in den internationalen Beziehungen, Entwicklung von Nuklearstrategie sowie Rüstung und Abrüstung im Kalten Krieg sind nicht Teil dieses Artikels.
- 2 Pressestab Weißes Haus vom 05.04.2009; in: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-barack-obama-prague-delivered>, Letzter Stand 28.09.2017.
- 3 Ebd., Letzter Stand 28.02.2016.
- 4 Meier, Oliver: Deutschland und die nukleare Abschreckung. SWP-Aktuell 97, Dezember 2015.
- 5 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, S. 119. http://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/091026_koalitionsvertrag.pdf

- 6 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S.118.
<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>
- 7 Auswärtiges Amt: „Rede von Staatssekretär Michael Roth im Deutschen Bundestag zu ‚Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung‘“, 29.06.2017, in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2017/170629_Rede_StM_Roth_BT_JAB.html?searchArchive=0&searchEngineQueryString=global+zero&path=%2Fdiplomatie%2FDE*&searchIssued=0&searchIssuedAfter=27.11.2013
- 8 United Nations, General Assembly, Erstes Komitee: „General and complete disarmament: taking forward multilateral nuclear disarmament negotiations“, New York, 14.10.2016.
- 9 United Nations, General Assembly: Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, vom 07.07.2017.
- 10 Flocken, Andreas: „Stehen Atomwaffen vor dem aus?“ in Streitkräfte und Strategien vom 13.07.2017 in: http://www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/Stehen-die-Atomwaffen-vor-dem-Aus,streitkraefte448.html
- 11 Schulz, Martin, am 23.08.2017, in: Twitter @Martin Schulz: <https://mobile.twitter.com/martinschulz/status/900333523567071232?lang=de>, zuletzt geprüft am 28.10.2017.
- 12 Webseitenaufrtritt der Nobelpreis-Organisation, 30.10.2017, in: https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2017/ican-facts.html
- 13 Demmer, Ulrike, stellvertretende Regierungssprecherin der Bundesregierung anlässlich der Vergabe des Friedensnobelpreises, 06.10.2017, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/10/2017-10-06-friedensnobelpreis.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2017.
- 14 Gutschker, Thomas: Merkel: Deutschland kann im Nordkorea-Konflikt vermitteln, vom 06.09.2017, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/kanzlerin-im-f-a-s-gespraech-merkel-deutschland-kann-im-nordkorea-konflikt-vermitteln-15191111.html>, zuletzt geprüft am 30.10.2017.
- 15 Kissinger, Henry A.: Toward a Nuclear-free World, in: The Wall Street Journal, 15. Januar 2008, in: <http://www.henryakissinger.com/articles/wsj011508.html>, letzter Stand 14.01.2017.
- 16 Haney, Cecil D. (Adm.), Commander U.S. Strategic Command vom 08.10.2015, in: https://www.stratcom.mil/speeches/2015/147/As_prepared_Remarks_from_the_Deterrence_Seminar_at_the_National_Defence_University/, zuletzt geprüft am 01.03.2016.
- 17 Pressestab Weißes Haus vom 05.04.2009; in: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-barack-obama-prague-delivered>, Letzter Stand 28.02.2016.
- 18 Die NPR ist ein vom Senat gebilligtes Dokument einer jeweiligen US-Präsidentschaft in dem die Nuklearpolitik, -strategie, -fähigkeiten und –kräftestruktur für 5 bis 10 Jahre festgeschrieben werden.
- 19 Air Force Global Strike Command Public Affairs vom 22.02.2016, in: <http://www.af.mil/News/ArticleDisplay/tabid/223/Article/670572/minutes-minuteman-iii-with-launch-from-vandenberg-afb.aspx>, Letzter Stand: 01.03.2016.
- 20 Rathke, Jeffrey; de Galbert, Simond: NATO's Nuclear Policy as Part of a Revitalized Deterrence Strategy, vom 27.01.2016, in: <https://csis.org/publication/natos-nuclear-policy-part-revitalized-deterrence-strategy>, Letzter Stand 01.03.2016.
- 21 Ebd. Letzter Stand 01.03.2016.
- 22 Stoltenberg, Jan: NATO Press Conference 15.06.2016, in: http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_132492.htm?selectedLocale=en, Letzter Stand 18.10.2017.
- 23 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.7, 2011.
- 24 Ebd. S. 10.
- 25 Müller, Harald; Sohnius, Stephanie: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, S. 33, in: HFSK-Report 1/2006.
- 26 Kitfield, James: The Pros and Cons of New Nuclear Weapons, S. 403, in: American Defence Policy, Vol. 8, 2005.
- 27 Rühle, Michael: Kontinuität in der amerikanischen Nuklearstrategie, S. 75, in: Politische Studien: Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. Nr. 60, 2009.
- 28 Hacke, Christian: Abrüsten – aber mit Verstand: Eine Welt ganz ohne Atomwaffen ist nicht wünschenswert, S. 102, in: Internationale Politik: IP, Vol 65, Nr. 5, 2010.
- 29 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.11, 2011.
- 30 Blechmann, Barry; Bollfrass, Alexander: Zero Nuclear Weapons, S. 569 ; in: The Nonproliferation Review, Vol. 17, No. 3, 2010.
- 31 Der Begriff „The Second Nuclear Age“ wurde von Paul Bracken geprägt, welcher Beschreibt, dass die Kontinuität von nuklearen Konzepten und einfachen Abrüstungsvorstellungen an der Beschaffungsbemühungen zahlreicher Akteure und em Wandel im Internationalen System scheitern wird. Diese neue Realität ist das zweite nukleare Zeitalter.
- 32 Krause, Joachim; Schreer, Benjamin: Salvaging Global Zero, S. 42-46, in: The RUSI Journal, Vol. 155, No. 3, 2010.
- 33 Die Befähigung, konventionelle Waffenwirkung zur Machtprojektion erdumspannend zum Einsatz zu bringen.
- 34 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.14, 2011.

- 35 Hacke, Christian: Neun Gründe gegen Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt, S. 16, in: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien, Nr. 92, München, 2010.
- 36 Heinrich, Jens: Rüstung und Abrüstungskontrolle in Asien. Zum Stabilisierungspotential einer sicherheitspolitischen Strategie, S. 152. Wiesbaden, 2017.
- 37 Troy, Jodok: In Vielheit geeint: Indiens Aufstieg zur Weltmacht. 17.12.2006 <http://e-politik.de/artikel/2006/in-vielheit-geeint-indiens-aufstieg-zur-weltmacht/>
- 38 Rauchhaus, Robert: Evaluating the Nuclear Peace Hypothesis: A Quantitative Approach, 27.01.2009 Volume: 53 issue: 2, page(s): S. 261 Journal of Conflict Resolution.
- 39 Curtis, Willie: The Assured Vulnerability Paradigm: Can it Provide a Useful Basis For Deterrence in a World of Strategic Mult-Polarity? S. 240, in: Defense Analysis, Vol. 16, No. 3, 2000.
- 40 Arbatov, Alexei: Common sense and disarmament: the matter and philosophy of nuclear weapons, S. 171, in: Russia in Global Affairs, Vol. 8, Nr. 3, 2010.
- 41 Thränert, Oliver: Abrüstung und Global Zero, S. 96, in: Internationale Politik: IP, Vol. 64, Nr. 11/12, 2009.
- 42 Blackwell, James: The Bomb that Keeps on Ticking...And Keeps Us Safe, S. 458 in: Comparative Strategy, 34, 2015.
- 43 Fallon, Michael (UK Secretary of Defence), Speech: The case for the retention of the UK's independent nuclear deterrent, 23.03.2016, in: <https://www.gov.uk/government/speeches/the-case-for-the-retention-of-the-uks-independent-nuclear-deterrent>, Letzter Stand 25.10.2016.
- 44 Thränert, Oliver: Abrüstung und Global Zero, S. 99, in: Internationale Politik: IP, Vol. 64, Nr. 11/12, 2009.
- 45 Tertrais, Bruno: The Illogic of Zero, in: The Washington Quarterly, April 2010, S.25f.
- 46 Hacke, Christian: Neun Gründe gegen Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt, S. 16, in: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien, Nr. 92, München, 2010.
- 47 Hacke, Christian: Abrüsten – aber mit Verstand: Eine Welt ganz ohne Atomwaffen ist nicht wünschenswert, S. 102, in: Internationale Politik: IP, Vol 65, Nr. 5, 2010.
- 48 Müller, Harald: Der Weg zur kernwaffenfreien Welt, S. 125, in: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ . Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien, Vol. 92, München, 2010.
- 49 u.a.: „Zero by 2030“ in: <http://www.globalzero.org/demand-zero/zero-by-2030>, Letzter Stand 05.01.2017.
- 50 Arbatov, Alexei: Common sense and disarmament: the matter and philosophy of nuclear weapons, S. 166, in: Russia in Global Affairs, Vol. 8, Nr. 3, 2010.
- 51 Ebd. S. 167.
- 52 Bergner, Jonathan D.: Going Nuclear: Does the Non-Proliferation Treaty Matter? S. 84 ff, in: Comparative Strategy Vol. 31, 2012.
- 53 Blechmann, Barry; Bollfrass, Alexander: Zero Nuclear Weapons, S. 571 ; in: The Nonproliferation Review, Vol. 17, No. 3, 2010.
- 54 Gallagher, Nancy W.: International Security On The Road To Nuclear Zero, S. 437, in: The Nonproliferation Review, Vol. 18, No. 2, 2011.
- 55 Eurozentrismus kann verstanden werden als die Wahrnehmung, dass Europa bzw. „der Westen“ in seiner Entwicklung historisch, kulturell, politisch und ökonomisch bestimmend für die Ausgestaltung der Weltpolitik ist. Siehe auch: Sabaratnam, Meera: „Avatars of Eurocentrism in the critique of the liberal peace“, in: Security Dialogue, 2013.
- 56 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.21, 2011.
- 57 Department of Defence (USA): Report on Nuclear Employment Strategy of the United States, 2013, in: <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/us-nuclear-employment-strategy.pdf>, Letzter Stand: 25.10.2016.
- 58 Huntley, Wade L.: Speed Bump on the Road to Global Zero. US Nuclear Reductions and Extended Deterrence in East Asia, S. 307F, in: The Nonproliferation Review, Vol. 20., No. 2, 2013.
- 59 Scher, Robert (Assistant Secretary of Defense USA): “STATEMENT OF ROBERT SCHER ASSISTANT SECRETARY OF DEFENSE FOR STRATEGY, PLANS, AND CAPABILITIES BEFORE THE SENATE ARMED SERVICES SUBCOMMITTEE ON STRATEGIC FORCES”, February 9, 2016.
- 60 Rühle, Michael: Kontinuität in der amerikanischen Nuklearstrategie, S. 76, in: Politische Studien: Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. Nr. 60, 2009.
- 61 Gourtley, Dennis M.: The Offense/Defense Problem: How Missile Defense and Conventional Precision-Guided Weapons can complicate further Deep Cuts in Nuclear Weapons, S. 3, in: Deep Cuts Working Paper No. 6, May 2016.
- 62 Ebd. S. 5.
- 63 Dvorkin, Vladimir: Threats Posed by the U.S. Missile Shield, in: Russia in Global Affairs, Vol. 5, No. 2, April/June 2007.
- 64 Acton, James M.: Russia and Strategic Conventional Weapons, S. 143 in: Nonproliferation Review 22, June 2015.

- 65 Fallon, Michael (UK Secretary of Defence), Speech: The case for the retention of The UK's independent nuclear deterrent, 23.03.2016, in: <https://www.gov.uk/government/speeches/the-case-for-the-retention-of-the-uks-independent-nuclear-deterrent>, Letzter Stand 25.10.2016.
- 66 Blackwell, James, S. 459, 2015
- 67 Hacke, Christian: Abrüsten – aber mit Verstand: Eine Welt ganz ohne Atomwaffen ist nicht wünschenswert, S. 103, in: Internationale Politik: IP, Vol 65, Nr. 5, 2010.
- 68 Arbatov, Alexei: Common sense and disarmament: the matter and philosophy of nuclear weapons, S. 173, in: Russia in Global Affairs, Vol. 8, Nr. 3, 2010.
- 69 Senghaas, Dieter: Abschreckung nach der Abschreckung, S. 833, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Monatszeitschrift. Vol. 53, Nr. 7, 2007.
- 70 Hacke, Christian: Neun Gründe gegen Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt, S. 20. in: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien, Nr. 92, München, 2010.
- 71 Lewis, Jeffrey: Minimum Deterrence, S. 39, in: Bulletin of the atomic scientists: a magazine of science and public affairs, Vol. 64, Nr. 3, (2008)
- 72 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.21, 2011.
- 73 Chalmers, Malcom: Nuclear Narratives. Reflections on Declaratory Policy, S. 6, in: RUSI Whitehall Report I/2010, 2010.
- 74 Kovich, Andrew S.: 50 years later: though questions facing nuclear arms reduction. S.42, in: Air&space power journal, Vol 23, Nr. 4, 2009.
- 75 Lewis, Jeffrey: Minimum Deterrence, S. 38, in: Bulletin of the atomic scientists: a magazine of science and public affairs, Vol. 64, Nr. 3, (2008)
- 76 Cortright, David; Väyrynen, Raimo: Chapter Eight: Nuclear Zero and Beyond, S. 145F, in: The Adalphi Papers, Vol. 49, No. 410, 2009.
- 77 Ebd. S. 146-150.
- 78 Boyd, Dallas; Scouras, James: Escape from Nuclear Deterrence, S. 352F, in: The Nonproliferation Review, Vol. 20, No. 2, 2013.
- 79 Acton, James M.: Deterrence During Disarmament, S.22f, 2011.
- 80 Blechmann, Barry; Bollfrass, Alexander: Zero Nuclear Weapons, S. 573 ; in: The Nonproliferation Review, Vol. 17, No. 3, 2010.
- 81 Gallagher, Nancy W.: International Security On The Road To Global Zero, S. 437F, in: The Nonproliferation Review, Vol. 18, No. 2, 2011.
- 82 Schilling, Walter: Nukleare Abrüstung zwischen Vision und Praxis, S. 78, in: Europäische Sicherheit: Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik. Nr. 60, 2011.
- 83 Rühle, Michael: Kontinuität in der amerikanischen Nuklearstrategie, S. 76, in: Politische Studien: Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. Nr. 60, 2009.
- 84 Huntley, Wade L.: Speed Bump on the road to Global Zero, S. S. 327ff.; in: The Nonproliferation Review, Vol. 20, No. 2, 2013
- 85 Nunn, Sam: Moving away from Doomsday and Other Dangers: The Need to Thin Anew, National Press Club, 29. März, 2001, in: http://www.nti.org/media/pdfs/speech_samnunn_032901.pdf?_=1316466791, Letzter Stand 05.11.2016.
- 86 zitiert nach: Pfetsch, Frank R.: Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens, S.3.
- 87 Masala, Carlo: Von Mythen und Fakten, S. 58f, in: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision, Berichte & Studien, Nr. 92, München, 2010.
- 88 Senghaas, Dieter: Abschreckung nach der Abschreckung, S. 833, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Monatszeitschrift. Vol. 53, Nr. 7, 2007.
- 89 Butfoy, Andrew: American exceptionalism and President Obama's call for abolition of nuclear weapons, S. 480, in: Contemporary security policy, Vol. 33, No. 3, 2012.
- 90 Cimbala, Stephen J.: Deterrence in a multipolar world: prompt attacks, regional challenges, and US-Russian deterrence, S. 52, in: Air&space power journal, Vol 29, No. 4, 2015.
- 91 Hacke, Christian: Abrüsten – aber mit Verstand: Eine Welt ganz ohne Atomwaffen ist nicht wünschenswert, S. 106, in: Internationale Politik: IP, Vol 65, Nr. 5, 2010.
- 92 Kroening, Matthew: Think again: american nuclear disarmament: a smaller atomic arsenal isn't just wishful thinking – it's bad strategy, S. 44, in: Foreign Policy, No. 202, 2013.
- 93 Pfetsch, Frank R.: Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens, S.3.
- 94 Quinlan, Michael (UK Secretary of Defence), Speech: The case for the retention of the UK's independent nuclear deterrent, 23.03.2016, in: <https://www.gov.uk/government/speeches/the-case-for-the-retention-of-the-uks-independent-nuclear-deterrent>, Letzter Stand 25.10.2016.

Kapitel VI

Berichte von den zentralen Veranstaltungen 2017

Wie globale Trends die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen

Bericht über das Berliner Colloquium 2017

Werner Baach
Wolfgang Fett

Wir erleben zurzeit eine grundlegende Veränderung der internationalen Lage. Der radikale Wandel der russischen Außenpolitik, der Staatenzerfall und islamistischer Terror im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika, neue Gestaltungsmächte in Asien und nicht zuletzt die Bedrohung im Cyberraum prägen zunehmend die globalen Entwicklungen. Das vertraute Koordinatensystem der globalen Sicherheitsordnung verändert sich dynamisch. Die westliche Werteordnung wird in Frage gestellt. Wichtige internationale Organisationen verlieren an Zustimmung.



Das Berliner Colloquium 2017 fand im Evangelischen Johannisstift in Berlin statt

Angesichts dieser Entwicklungen befasste sich das von der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 29. bis 31. März 2017 gemeinsam veranstaltete *Berliner Colloquium 2017* mit der Frage, ob unser politisches System und

unsere Gesellschaft hinreichend resilient, also widerstandsfähig sind, die neuen Herausforderungen zu meistern.

Zu der Veranstaltung begrüßten die Präsidenten der beiden Organisationen rund 200 Teilnehmer aus Politik, Militär, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft.

Deutschlands Sicherheit verlangt unser Engagement in der Welt

Im Eröffnungsvortrag „*Einflüsse globaler Entwicklungen und Trends auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik*“ steckte Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, den Rahmen für das Colloquium

ab. Sechs akute Sicherheitsprobleme bestimmen nach seiner Einschätzung 2017 und in den folgenden Jahren die sicherheitspolitische Agenda: Russlands Aggressionskurs; der Zerfall des Nahen und Mittleren Ostens; der islamistische Terror; mögliche Konflikte im asiatischen Raum; die Krise der Europäischen Union; und schließlich die unklare neue Politik der Führungsmacht USA unter Präsident Trump.

Russland definierte sich spätestens seit der Gewaltanwendung auf der Krim und gegen die Ukraine als „anti-westliche Macht“; es denke in Einfluss-Sphären und billige den Ländern in „seinem Vorfeld“ nur eine „geringere Souveränität“ zu. „Die nach dem Kalten Krieg geschaffene Sicherheitsordnung mit Russland als Partner existiert nicht mehr“. Die Umbrüche im *Nahen und Mittleren Osten* sowie in Nordafrika gingen über alles hinaus, was wir von Krisen und Revolutionen kennen. „Die Erosion von Staatlichkeit hat dramatische Auswirkungen, nicht nur für die Region, sondern auch für uns“, so Dr. Kamp weiter. Die Chance, von außen auf die Situation einzuwirken, schwinde zusehends. Auch seien die westlichen Mächte interventionsmüde und nicht mehr bereit, das Leben ihrer Soldaten einzusetzen, wenn die Lage nach der Intervention schlimmer werde als vorher. Auch in Asien und im *Pazifik* entwickelten sich derzeit gefährliche Konflikte. China agiere nicht mehr nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch politisch und militärisch. Das kollidiere mit den Interessen anderer Staaten in der Region. Europa unterschätze, dass ein Konflikt dort vitale europäische Interessen berühren werde. Diese Bedrohungen träfen eine *Europäische Union*, deren Zukunft nicht gesichert sei, denn die Überzeugung, dass ein Zusammenwachsen Europas allen nütze, werde nicht mehr überall geteilt. Zudem müsse man „mit Grausen“ sehen, was sich in den USA abspiele. Das internationale Engagement des Landes lasse nach, und die zu erwartenden Veränderungen in seiner Rolle als westliche Führungsmacht und für die Idee des politischen Westens seien dramatisch.

Die nach dem Kalten Krieg geschaffene Sicherheitsordnung mit Russland als Partner existiert nicht mehr.

Was bedeutet das für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik? fragte Dr. Kamp weiter. Deutschland müsse seinem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend handeln und die eher unangenehmen Dinge nicht länger von anderen erledigen lassen. Das erfordere ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Welt. Vor allem aber koste Sicherheit, innere wie äußere, Geld. Diese Tatsache sei zu lange vernachlässigt worden, ein Ergebnis davon sei, dass die Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung derzeit „nur begrenzt“

fähig sei. Die (eingeleitete) Erhöhung des Verteidigungshaushalts müsse und werde dies ändern. Zudem müsse sich deutsche Politik auch anderen, eher schwierigen sicherheitspolitischen Fragen stellen, unter anderem nach der atomaren Abschreckung und dem Erhalt einer nationalen Rüstungsindustrie. All dies werde „mühsam und ohne Erfolgsgarantie“ sein – aber Deutschland könne sich „die aktuellen Krisen nicht aussuchen“, müsse sich ihnen aber im Interesse der eigenen Sicherheit stellen.

In der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde vor allem gefordert, die derzeit eher „reaktive“ Sicherheitspolitik Deutschlands in eine eher „präventive“ Politik zu überführen.

Unverzichtbare transatlantische Bindungen

In einem ersten, von Generalleutnant a.D. *Dr. Klaus Olshausen* moderierten Panel „*Perspektiven für Europa und Deutschland in der transatlantischen Zusammenarbeit*“ stimmten die Teilnehmer der Lagebeurteilung von Dr. Kamp generell zu.

In einer positiven Einschätzung der jüngsten Beschlüsse und Maßnahmen der NATO setzte der Beigeordnete Generalsekretär, Generalleutnant *Heinrich Brauss*, trotz aller Verunsicherungen in der NATO über das derzeitige Verhalten



Jan Techau, Dr. Daniela Schwarzer,
Dr. Klaus Olshausen, Heinrich Brauss
(von links)

der USA, einen optimistischen Grundton. Von den weitreichenden strategischen Beschlüssen der NATO-Gipfel von Wales und Warschau 2014 und 2016 sei „ein starkes Zeichen der Vitalität“ ausgegangen. Bei der eingeleiteten Umsetzung sei Deutschland zur „europäischen Führungsnation geworden“, die in „vorbildlicher Weise“ in allen Handlungsbereichen substantiell beteiligt sei. Auch habe Deutschland die Trendwende bei den Verteidigungsausgaben geschafft. Allerdings gehe er davon aus, dass der NATO-Beschluss, die Ausgaben für Verteidigung bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttonationalprodukts zu erhöhen, nicht nur Deutschland vor große Herausforderungen stellen werde.

Dieser Feststellung schloss sich *Dr. Daniela Schwarzer*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, an. Das Verhältnis Deutschlands und Europas zu den USA sei seit der Wahl von Präsident Trump durch große Unsicherheit geprägt.

Die von ihm postulierte Bindung der Sicherheit Europas an entsprechende finanzielle Leistungen erzeuge schon jetzt großen Druck. Als Antwort müssten Deutschland und Europa „die strategische Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die sich zu dem Westen zählen, hervorheben“ und „selber konzeptionell weiterdenken, sich insgesamt klar für ihre gemeinsamen Werte positionieren“ – und dies auch der Bevölkerung vermitteln.

Das Engagement der USA in Europa verringere sich nicht erst seit Präsident Trump, stellte *Jan Techau*, Direktor des Holbrooke Centers, fest. Wegen der geostrategischen Bedeutung Europas als Gegenküste bleibe es dennoch weiter ein „Grundinteresse“ der USA, sich in Europa zu engagieren, auch wenn Präsident Trump das zurzeit nicht so klar sehe. Die Fähigkeit, eine „eigene europäischen strategische Befähigung“ aufzubauen, beurteilte er skeptisch: „Es gibt keinen gemeinsamen europäischen Willen“, und die enormen Kosten seien politisch kaum durchsetzbar. Europas Sicherheit werde deshalb auch langfristig von den USA abhängig bleiben. Hinzu komme, dass auf Grund zurückliegender Erfahrungen NATO-Partner Zweifel an der Verlässlichkeit Deutschlands hätten, langfristig eine stärkere Rolle in Europa zu übernehmen – trotz des derzeit durchaus positiven Engagements: „Wer sich nicht zu hundert Prozent verlassen kann auf diese letztendliche Bereitschaft, [...] der wird auch in der Kooperation mit Deutschland zurückhaltend sein“, so Techau abschließend.

Sicherheitsvorsorge als gesamtstaatliche Aufgabe und Verantwortung

In einem zweiten Panel „*Konsequenzen für die Krisenbewältigung in Deutschland*“, geleitet von dem Journalisten *Werner Sonne*, diskutierten die Teilnehmer über die Möglichkeiten und Grenzen eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren.

Bernd Walter, Präsident a.D. eines Grenzschutzkommandos, stellte erhebliche Defizite in der Krisenbewältigung fest. „Wir sind auf unvorhergesehene Situationen nicht eingestellt“, so sein nüchternes Fazit. Neben den 22.000 Beamten der Bundespolizei sei die Bundeswehr die einzige Institution, die über entsprechende personelle und technische Ressourcen verfüge, insbesondere über geeignete Fähigkeiten zur Unterstützung der Polizei. Auf diese Ressourcen könne aber nicht zurückgegriffen werden, auch deshalb, weil die Gewerkschaft der Polizei einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren strikt ablehne.

Dr. Ulf von Krause, Generalleutnant a.D., verwies darauf, dass nach dem Grundgesetz –historisch bedingt – der Einsatz der Bundeswehr im Inneren nur in sehr engen Grenzen zulässig sei. Die unscharfe Abgrenzung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wie sie typisch sei für neue Konfliktformen wie hybride Kriegsführung und Cyberattacken, erschwere derzeit den Schutz der Bürger. Aus seiner Sicht müsse ideologiefrei nach rationalen Lösungsmöglichkeiten gesucht und die verfassungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Ressourcen der Bundeswehr nutzen zu können. Diese seien vielfältig und reichten von Objektschutzaufgaben durch polizeiähnlich ausgebildete Feldjäger bis hin zu Spezialkräften, die die knappen Ressourcen des Bundes (GSG 9) und der Länder (SEK) unterstützen könnten. Einige Fähigkeiten, wie der ABC-Schutz oder die Abwehr von Bedrohungen im Luft- und Seeraum, seien ohnehin nur bei der Bundeswehr vorhanden. Umso mehr sei es geboten, die Voraussetzungen für deren Nutzung zu schaffen.

Generalmajor Josef Blotz, Abteilungsleiter Einsatz im Kommando Streitkräftebasis der Bundeswehr, sprach über seine Erfahrungen aus der ersten gemeinsamen Terrorabwehrübung von Polizei und Bundeswehr (GETEX), die im März 2017 stattfand. Es war die erste Übung dieser Art seit über 60 Jahren. An GETEX waren die Polizeibehörden von sechs Bundesländern und die Bundeswehr beteiligt. Ziel der Übung sei es gewesen, das Zusammenwirken der Akteure des Bundes und der Länder zum Schutz der Bevölkerung und zur Abwehr terroristischer Angriffe zu verbessern. Allein das Zustandekommen der Übung sei positiv zu bewerten, wenn die Beteiligung von lediglich sechs Bundesländern auch zeige, dass noch viele Fragen offen seien.



Kurt Herrmann, Präsident
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Im dritten Panel „Die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und die Resilienz im Inneren“, stellte der Moderator, Professor Dr. Sönke Neitzel, die zuweilen nicht unproblematische Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen in den Mittelpunkt.

Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, ging zunächst auf die wechselvolle Geschichte seiner Behörde ein, die ursprünglich zum Schutz der Bevölkerung vor den Folgen eines nuklearen Krieges aufgebaut worden war. Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen dessen Aufgaben überflüssig geworden zu sein, deshalb sei die Zivilverteidigung zunächst „herunter gefahren“ worden, bevor dann das Amt im Jahr 2000

aufgelöst worden sei. Unter dem Eindruck der Terroranschlägen in den USA 2001 und des Hochwassers 2002 sei dann die Entscheidung zur Errichtung einer Bundesbehörde getroffen worden, die in den föderalen Strukturen von 16 Bundesländern mit 400 Katastrophenschutzbehörden und 24.000 Freiwilligen Feuerwehren in 12.000 Gemeinden die notwendigen koordinierenden, beratenden und unterstützenden Aufgaben übernehmen sollte. Der neue Auftrag: Schutz der Bevölkerung in allen nationalen Schadensereignissen, von einer Naturkatastrophe über die technische Havarie bis hin zur Terrorismusbekämpfung. Dazu gehörten auch die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, die Abwehr von Cyberattacken, der Schutz kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser und die Anpassung der Rettungssysteme. Als Beispiel nannte Unger die Angriffe mit Kriegswaffen in Paris, die wegen der Art der Verletzungen eine neue Herausforderung in der medizinischen Versorgung dargestellt hätten. Die Versorgung während und nach den Anschlägen habe nur deshalb so gut funktionieren können, weil die Berufsfeuerwehr von Paris integrierter Bestandteil der Armee sei und die Kräfte über Einsatzerfahrungen in Afghanistan verfügten.

Brigadegeneral Andreas Henne, General für Standortaufgaben Berlin, sieht die Bundeswehr mit ihren 15 Landeskommandos grundsätzlich zur Katastrophenabwehr gut aufgestellt. Dies habe sich zuletzt bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gezeigt. Die Truppenteile seien in der Lage, aus ihrer Grundgliederung heraus in verschiedenen Lagen zu handeln. „Wir haben in allen Einsätzen auf der Welt gezeigt, dass die Bundeswehr sehr wohl eine Menge kann“, so Henne. Was die Personalstärke betreffe, müssten neue Überlegungen angestellt werden, auch hinsichtlich eines Einsatzes von Reservisten. Optimierungsbedarf gebe es zusätzlich bezüglich der Struktur und der Organisation in den Stäben. Aufgrund langer Meldewege könnten Entscheidungen oft nicht schnell genug getroffen werden, und auch die Ausbildung für den Katastrophenfall müsse neu überdacht werden.

Digitalisierung – Chancen und Risiken

Dr. Timo Hausschild, Fachbereichsleiter im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Bereich Cybersicherheit in Wirtschaft und Gesellschaft, verwies auf die Risiken der Digitalisierung und die Bedeutung der IT-Sicherheit. „Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung, aber sehen wir auch die Risiken, die damit einhergehen“? Nur wenn man Cyber- oder IT-Sicherheit bei der Konzeption und in der Gestaltung von Prozessen und Produkten mitdenke, könne man am Ende erfolgreich sein. Allzu oft müsse

man aber feststellen, dass dies nicht geschehe. Hier müsse das BSI eingreifen, sonst sei keine Resilienz im Innern zu erreichen. Im Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen müsse herausgearbeitet werden, was IT-Sicherheit bedeute und wo die Verantwortungen lägen. Ohne diesen Ansatz käme man nicht weiter, ist Hauschild überzeugt.

Nicht-militärischer Beitrag zu Stabilität und Sicherheit

Das Programm des Colloquiums 2017 wurde durch zwei Beiträge abgerundet. *Thomas Lenk*, Vortragender Legationsrat 1. Klasse und Büroleiter des Sonderbeauftragten für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016, zog zwar eine überwiegend positive „*Bilanz des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016*“, sparte jedoch auch die fortbestehenden Herausforderungen nicht aus. In einer „Clinic Session“ trugen Studierende des „*Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen*“ zum Thema „*Ertüchtigung – Deutschland als Exporteur von Stabilität und Sicherheit?*“ vor. Diese neue Form der Präsentation wurde von den Teilnehmern als erfrischend und bereichernd aufgenommen.

Zukunftsfähige Weiterentwicklung der Bundeswehr

Schon traditionell hielt der Generalinspekteur der Bundeswehr, *General Volker Wierer*, am zweiten Tag des Colloquiums einen Vortrag, dieses Mal zum Thema: „*Stand und Perspektiven der Bundeswehr ein Jahr nach Veröffentlichung des Weißbuches*“. Die Bundeswehr werde konsequent auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet, dabei aber auch für alle anderen Aufträge einschließlich multinationaler Einsätze nutzbar sein. „Der Gesamtorganismus Bundeswehr muss nachhaltig resilient sein!“ Wierer stellte zum Schluss in einem kurzen historischen Rückblick die Leistungen der Streitkräfte heraus. Diese erfolgreiche Geschichte gelte es angemessen zu würdigen und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Kontinuität und Stabilität in unruhigen Zeiten nur mit den USA

51. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft

Werner Baach

Einleitung

Knapp ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt des 45. US-Präsidenten standen die durch Donald Trump in der internationalen Sicherheitspolitik ausgelösten Unsicherheiten im Mittelpunkt einer hochrangig besetzten Tagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführte 51. Sicherheitspolitische Informationstagung behandelte ganz aktuell die Thematik „*Die Rolle der USA in einer Welt im Wandel – hat die bisherige Sicherheitsordnung noch Zukunft?*“. Zu der Veranstaltung am 14. und 15. Juli 2017 in Hamburg begrüßten der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, und der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Konteradmiral Carsten Stawitzki, über 200 Teilnehmer aus Politik, Militär und Gesellschaft.

Mit einer Analyse der geopolitischen Sicherheitslage steckte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft den Rahmen für die Tagung ab. Seit dem Amtsantritt von Präsident Trump seien die Umfragewerte zum Vertrauen in das deutsch-amerikanische Verhältnis dramatisch gesunken. Die vertraute Sicherheitsarchitektur, die Europa über 70 Jahre lang Frieden beschert habe, sei in Frage gestellt. Gleichzeitig habe sich das globale sicherheitspolitische Umfeld deutlich verschlechtert. An erster Stelle stehe Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim, seine Unterstützung des verdeckten Kampfs in der Ost-Ukraine, seine unverhohlene anti-westliche Rhetorik sowie die De-facto-Aufkündigung der Pariser-Friedensordnung und seine gewaltbetonte Rolle im Bürgerkrieg in Syrien. Aber auch die Konflikte im Irak, zunehmend um Katar, im Jemen, in Libyen und anderen Staaten Afrikas, die wuchernde Krake des internationalen Terrorismus sowie der organisierten Kriminalität und nicht zuletzt die ungebremste Dynamik der Entwicklungen im Cyber- und Informationsraum bedrohten die internationale Sicherheit. Hinzu komme in Mitteleuro-

„Als kraftvolle internationale Führungsmacht fallen die USA mittelfristig aus.“ Und so stelle sich die Frage, was vor dem Hintergrund der existierenden Krisen und Konflikte eine mögliche Abkehr der USA von ihrer langjährigen Sicherheitspolitik für Europa, die Nato, die Europäische Union und nicht zuletzt für Deutschland bedeuten würde.

pa die Migration aus den Konfliktgebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika.

Angesichts dieser geostrategischen Probleme müsse man nicht nur mehr europäische Solidarität einfordern, sondern auch weiterhin den engen Schulterschluss mit den USA wünschen. Präsident Trump habe aber Unsicherheit im westlichen Bündnis und im Verhältnis der USA zur Europäischen Union ausgelöst. Der Direktor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Dr. Karl-Heinz Kamp, habe jüngst sogar festgestellt: „Als kraftvolle internationale Führungsmacht fallen die USA mittelfristig aus.“ Und so stelle sich die Frage, was vor dem Hintergrund der existierenden Krisen und Konflikte eine mögliche Abkehr der USA von ihrer langjährigen Sicherheitspolitik für Europa, die Nato, die Europäische Union und nicht zuletzt für Deutschland bedeuten würde.

Gemeinsame europäische Sicherheitspolitik alternativlos

Eindrucksvoll war schon der Einstieg in die Thematik durch Vorträge des Journalisten Thilo Kößler zum Thema *„Die USA – eine gespaltene Nation – Folgerungen für das transatlantische Verhältnis“* und von Professor Dr. Klaus Erich Scharioth, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Deutscher Botschafter in Washington D.C., zum Thema *„Außen- und Sicherheitspolitik der USA unter Präsident Trump“*.

Aus seiner unmittelbaren Beobachtung in Washington zeichnete Thilo Kößler, Korrespondent des Deutschlandradios in den USA und Kanada, das Bild eines Präsidenten und einer Administration, von denen aktuell viel Unsicherheit ausgehe. Donald Trump gelte als „unberechenbar und sprunghaft“; er sei „nicht wertegeleitet, sondern interessenorientiert“. In seiner Sicht bestehe die Welt aus „Freunden und Feinden, aus Siegen und Niederlagen, aus denjenigen, die sich bedienen und denen, die vergessen wurden“. Das Persönlichkeitsbild Trumps sei durch „extremen Hunger nach Anerkennung“ bestimmt. Er wirke dabei „wie getrieben und atemlos“, und sein Credo sei: „Du oder ich“, niemals „Du und ich“. In dieser Weltsicht gelte nicht die Stärke des Rechts, sondern das Recht des Stärkeren.

Im inneren Machtzirkel des Weißen Hauses habe Trump Vertreter „ganz extremer Pole“ um sich versammelt: Pragmatiker und Kenner der Materie auf der einen, ausgewiesene Ideologen und Verfechter einer „white Supremacy“ wie Steve Bannon auf der anderen Seite. Das führe ständig zu einem heftigen

Machtkampf zwischen denen, die Amerika auch weiterhin in der Führungsrolle der westlichen Staatengemeinschaft sehen wollten und den Ideologen und Nationalisten, ja „weißen Rassisten“ um Bannon andererseits, die multilaterale Strukturen wie Nato („obsolet“) und Europäische Union („zu stark“) ablehnten und die Idee der Auflösung der – von den USA aufgebauten – multilateralen Weltordnung und die Vision von der Rückbesinnung auf nationale Größe und eine Renaissance des „American dream“ verfolgten.

Die USA seien heute „ein zerrissenes Land“. Zwei Lebenswelten hätten sich herausgebildet, die sich immer weiter auseinander entwickelten. Trump sei nicht der Grund für die Spaltung, sondern ihr Ausdruck und Symptom. Seine Wahl sei „wie ein letztes Aufbäumen“ einer Gesellschaft, die die alte Lebenswelt des (weißen) Amerika untergehen sehe. „America first“ sei die rückwärtsgewandte, antimodernistische Antwort auf eine Welt im Wandel.

Noch sei es zu früh zu beurteilen, ob Trumps Präsidentschaft zum Nutzen und im Interesse der Vereinigten Staaten sein werde, stellte Thilo Kößler fest. Innenpolitisch müsse sich zeigen, ob das System von „Checks und Balances“ stark genug sei, dem „System Trump“ zu widerstehen und das Prinzip der Gewaltenteilung (unbeschädigt) zu erhalten. Ermutigend sei, dass die Gerichte bislang „erstaunliche Widerstandskraft“ gezeigt hätten, und auch die Medien seien „mutig und stark“. Der Kongress dagegen habe nach Einschätzung vieler versagt.

Außenpolitisch werde klar, dass sich Europa zu lange und zu sehr auf die Führungsrolle der USA und deren Bereitschaft, für die Sicherheit der Verbündeten einzustehen, verlassen habe. Die wichtigste Erkenntnis für Europa könne nur heißen: „Zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik gibt es keine Alternative.“ In der sich abzeichnenden neuen „globalen Gemengelage“ verliefen die Konfliktlinien nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen liberalen und autokratischen Herrschaftsformen; zwischen offenen und geschlossenen Gesellschaften; zwischen Werteorientierung und interessengeleiteter Machtpolitik. Europa müsse sich formieren – „nicht gegen Trump und die USA, sondern für den Erhalt fundamentaler Werte und Prinzipien, die es zu verteidigen gilt“.

Die wichtigste Erkenntnis für Europa könne nur heißen: „Zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik gibt es keine Alternative.“

Werte sind nur gemeinsam zu verteidigen

Außen- und sicherheitspolitisch müsse die Tatsache, dass Präsident Trump auf die Schwächung multilateraler Strukturen setze, beunruhigen, stellte Professor Dr. Scharioth in seinem Vortrag einleitend fest. Es bestehe die Gefahr, dass am Ende eines solchen Prozesses „America only!“ stehen könnte. Trump habe nicht begriffen, dass die großen Weltprobleme nur gemeinsam zu lösen seien. Er sehe auch nicht, dass die USA und Europa seit vielen Jahrzehnten gemeinsame Grundwerte teilten, die gefährdet seien, wenn man sie nicht gemeinsam verteidige. Insbesondere die Nato sei nicht nur für Europa, sondern genauso für Amerika „vital“. Nur wenn die USA auch weiter zu ihrem europäischen Engagement stehe, werde sie auch „Europäische Macht“ bleiben können. Aber ebenso gelte: „Europa und Deutschland müssen mehr in die Sicherheit investieren, in ihrem ureigensten Interesse.“

Besonders besorgt zeigte sich Dr. Scharioth über Äußerungen des neuen Präsidenten zur Nuklearpolitik der USA. Er befürchtet einen radikalen Bruch mit



Thilo Kößler

der geltenden Doktrin der atomaren Nichtverbreitung. Dies könne weiteren Staaten, er nannte als Beispiele Saudi-Arabien und Ägypten, die Tür zu Atommächten öffnen. Auch sei nicht auszuschließen, dass eine Verschärfung des Sanktionsregimes gegen den Iran einen Bruch der bestehenden Abkommen durch die Gegenseite auslösen und das Bestreben des Iran, Nuklearmacht zu werden, wieder verstärken könnte. In der Frage des Nuklear- und Raketenpotentials Nordkoreas dürfe man für den Fall direkter Bedrohung der USA nicht unterschätzen, dass in der amerikanischen Politik breite

Übereinstimmung darüber bestehe, erforderlichenfalls entschlossen zu handeln – hoffentlich ohne den Einsatz von Atomwaffen.

Für den Umgang mit der neuen US-Administration hält Dr. Scharioth eine Doppelstrategie für erforderlich: Zum einen müsse man versuchen, die (pragmatischen) Berater Trumps davon zu überzeugen, dass positive Beziehungen zu Europa, dass die Verteidigung gemeinsamer Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auch in Zukunft im Kerninteresse der USA lägen. Europa müsse versuchen, die USA in diesen gemeinsamen Wertekanon weiterhin einzubinden. Zugleich warnte Dr. Scharioth davor, eine Stärkung europäischer Aktivitäten ohne oder gar gegen die USA zu suchen.

Deutschland muss „mehr auf den Tisch legen“

Die Feststellungen und Bewertungen der beiden Vortragenden zogen sich wie ein roter Faden durch die nachfolgenden drei Panel-Diskussionen. Immer wieder wurde die gemeinsame Verteidigung westlicher Werte beschworen und die Hoffnung ausgesprochen, Präsident Trump werde doch noch zu der Einsicht gelangen, dass Sicherheitspolitik nur gemeinsam gestaltet werden könne. Es bestand aber auch Einigkeit darüber, dass Europa und dabei besonders Deutschland mehr in die Sicherheit investieren müssten („Starke Schultern müssen mehr tragen“).

Im ersten Themen-Panel „NATO – Quo vadis mit den USA?“ analysierten und bewerteten MdB Dr. Johann Wadepful (CDU), Professor James D. Bindenagel, „Henry-Kissinger-Professor for International Security and Governance“ an der Universität Bonn, und Dr. David Sirakov, Direktor der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz, unter der Leitung von Dr. Martina Timmermann, Vice President International Affairs, einen umfangreichen Themenkomplex. Dabei wurde erneut betont, dass in Zukunft nur ein klares Handeln der Europäer im Sinne ihrer Nato-Verpflichtungen die unverzichtbare Voraussetzung für jedes amerikanische Engagement unter einem Präsidenten Donald Trump sein werde. In den USA werde sehr aufmerksam registriert, „wie wir Europäer uns gegenüber den Nato-Verpflichtungen positionieren“, stellte MdB Dr. Wadepful fest. Auch Deutschland habe die Herausforderungen der Sicherheitspolitik „vernachlässigt“. Dazu habe auch eine „defizitäre öffentliche sicherheitspolitische Diskussion“ beigetragen; sie müsse verstärkt und „offensiv und selbstbewusst“ geführt werden, dabei müsse „die Bevölkerung mitgenommen“ werden. Mit Blick auf die geostrategischen Veränderungen stellte Professor Bindenagel fest, dass die neue US-Administration in diesem Kontext eine „Neujustierung“ der Zusammenarbeit mit den Europäern in der Nato suche. General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann unterstützte in der späteren Plenumsdiskussion diese Ansicht: Man stehe am Anfang einer „großen geostrategischen Auseinandersetzung“ zwischen den konkurrierenden Systemen des Westens, Russlands und Chinas. In dieser Auseinandersetzung seien „alle Mittel der Politik“ gefordert. Auch die Nato-Strategie müsse weiterentwickelt werden. Das gehe „nur mit den USA“, auch wenn es derzeit schwierig sei, die US-Position unter Donald Trump zu erkennen.



Prof. Dr. Klaus Erich Scharioth

In einem zweiten Panel zum Thema „*Die Rolle der Europäer in NATO und EU und ihre künftigen Beziehungen zu den USA*“ diskutierten Elmar Brok, Mitglied der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Botschafterin Edita Hrdá, „Managing Director for the Americas“ im Europäischen Auswärtigen Dienst, Dr. Andrew Blair Denison, Direktor Transatlantic Networks, und Professor Dr. Stefan Fröhlich, Lehrstuhlinhaber Internationale Politik am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg, erfrischend engagiert unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen. Die Herausforderungen der Globalisierung seien nur gemeinsam aufzufangen, stellte Elmar Brok fest, der sehr engagiert für eine Vertiefung der EU auf sicherheitspolitischem Gebiet plädierte. Kein Nationalstaat habe die Mittel, seine Interessen allein zu vertreten. Er forderte „mehr Synergieeffekte“ mit dem Ziel, den Beitrag der Europäer, komplementär zur Nato, zu verbessern. Er kritisierte aber auch (zu hohe) Forderungen der USA allein nach höheren Beiträgen für die militärische Verteidigung: Auch die „nichtmilitärischen Sicherheitsaufwendungen“ müssten in die Gesamtleistungen eingerechnet werden („Sicherheit drückt sich nicht nur in den Kosten für Panzer aus!“). Professor Dr. Fröhlich stimmte dem im Grundsatz zu, ebenso Botschafterin Hrdá, wies aber auf nicht weg zu diskutierende

Das „German Problem“ schade allen. Kompromisse zu schließen und Entgegenkommen zu zeigen seien aus amerikanischer Sicht zwingend nötig.

„Ungleichgewichte in den Belastungen“ zu Ungunsten der USA hin, die beseitigt werden müssten. Schärfere, vor allem bezüglich der nach seiner Auffassung unzureichenden deutschen Leistungen, äußerte sich Dr.

Denison: Das Verhalten der Europäer gegenüber den USA und untereinander sei egoistisch. Vor allem Deutschland sei „eher protektionistisch“; es habe in der Vergangenheit „mehr profitiert als zur gemeinsamen Verteidigung beigetragen“. Besonders kritisierte er den großen Handelsüberschuss Deutschlands: Das „German Problem“ schade allen. Kompromisse zu schließen und Entgegenkommen zu zeigen seien aus amerikanischer Sicht zwingend nötig.

Den Schlusspunkt der Tagung setzte ein drittes Panel zum Thema „*Konsequenzen der aktuellen US-Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland und die Bundeswehr*“. PD Dr. habil. Markus Kaim, Senior Fellow der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Wolf-Christian Paes, MA, „Bonn International Center for Conversion (BICC)“, Flottillenadmiral Jürgen Alfred Georg zur Mühlen, Unterabteilungsleiter Sicherheitspolitische Angelegenheiten im Bundesministerium der Verteidigung, und Brigadegeneral Dirk Heinrich Backen, ehemaliger Verteidigungs-attaché

an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington D.C., beleuchteten unter der Moderation von Generalleutnant a.D. Friedrich-Wilhelm Ploeger, dem ehemaligen Stellvertretenden Befehlshaber Allied Air Command Ramstein, das komplexe Geflecht der Argumente nun vornehmlich mit Blick auf die erweiterte deutsche Verantwortung und daraus erwachsende (größere) Verpflichtungen. Fazit: Wenn es gelinge, ein „faires Miteinander“, auch in den Handelsbeziehungen, zu erzielen, aber nur dann, werde das Fundament der amerikanisch-europäischen und deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit weiter Bestand haben.

Ein Spezial-Panel des Clausewitz-Netzwerks für Strategische Studien (CNSS) zum Thema „*Rolle und Bedeutung der USA in der kollektiven Cyberverteidigung*“ vervollständigten die Informationstagung ebenso wie der Vortrag des Kommandeurs der FüAkBw, Konteradmiral Carsten Stawitzki, über die aktuelle Lage, herausfordernde Aufträge und die geplanten weiteren Entwicklungen der höchsten Bildungseinrichtung der Bundeswehr wieder auf. Ein Gastvortrag von Professor Dr. Sönke Neitzel, Universität Potsdam, zum Thema „*Anmerkungen zum Traditionsverständnis der Bundeswehr*“ rundete die Informationstagung ab.



Panel zum Thema: „*Konsequenzen der aktuellen US-Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland und die Bundeswehr*“

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2018

Auch das Jahr 2018 wird wiederum mit erheblichen sicherheitspolitischen Herausforderungen aufwarten, mit denen es sich auseinanderzusetzen gilt. Es stellt sich u.a. die Frage, wie die neue Bundesregierung die Erwartungen an Deutschlands gewachsene Verantwortung in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik umsetzen und konkret mit der Bereitstellung von Ressourcen realisieren wird. Die eingeleitete Neuorientierung der NATO und die angestrebte Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (EU) sind vor allem zu berücksichtigen. Bei den anstehenden Verhandlungen dürften insbesondere deutliche, glaubwürdige Signale von Deutschland in Richtung der bekannten Ziele erwartet werden.

Damit und mit weiteren Themen planen wir uns ebenfalls bei den zentralen und regionalen Veranstaltungen im Jahr 2018 zu befassen, wiederum in bewährter Kooperation unserer Gesellschaft mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DtAtlGes) e.V., der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin sowie mit weiteren Dienststellen der Bundeswehr, mit Bundes-/Landesbehörden und kooperationsbereiten sonstigen Organisationen oder Vereinen. Auch künftig wollen wir das breite Interessenspektrum unserer Mitglieder berücksichtigen, eine stabile Brücke zwischen den Generationen bilden und das zeitlose Erbe unseres Namensgebers mit Blick in die Zukunft bewahren.

Unter den anstehenden Themen werden neben globalen und regionalen sicherheitspolitischen Entwicklungen und Prozessen vor allem auch die neuen Risiken und potentiellen Bedrohungen wieder eine bedeutsame Rolle einnehmen, wie z.B. die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel, Gefährdungen des Cyber- und Informationsraums, miniaturisierte sowie mit künstlicher Intelligenz versehene unbemannte oder auch autonome Waffensysteme und komplexe oder hybride Konfliktszenarien. Mit den aus ihnen erwachsenden politischen und materiellen Forderungen an die NATO- und EU-Mitgliedsstaaten im Allgemeinen und an Deutschland im Besonderen wollen wir uns intensiv bei den zentralen und regionalen Veranstaltungen befassen.

Das Berliner Colloquium 2018 wird im März wieder gemeinsam mit der BAKS veranstaltet zum Thema „Sicherheitspolitische Optionen der koreanischen Halbinsel im Kräftefeld regionaler und globaler Machtinteressen – Welche Konsequenzen sind für die globale Sicherheitsordnung zu erwarten?“ Vor dem Hintergrund der Nuklearwaffen- und Raketentests in Nordkorea, des brisanten Verhältnisses zwischen den USA und Nordkorea, den außen- und sicherheitspolitischen Ambitionen der Volksrepublik China, der eher anti-westlichen und wenig konstruktiven Haltung Russlands und der im Wandel befindlichen Politik Japans dürften lebhaftere Diskussionen zu erwarten sein.

Das 12. Clausewitz-Strategiegespräch wird im April ebenfalls wieder als Kooperationsvorhaben mit der DtAtlGes e.V. und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin stattfinden unter dem Thema „Sicherheitspolitische und strategische Bedeutung autonomer Waffensysteme: Wundermittel oder Damoklesschwert?“.

Die 52. Sicherheitspolitische Informationstagung mit der FüAkBw in Hamburg soll sich dann im August einem verwandten Thema widmen, nämlich „Strategie im 21. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung moderner technologischer Entwicklungen: Welche Herausforderungen stellen künstliche Intelligenz und autonome Systeme an Politik, Gesellschaft und Streitkräfte?“

Das 13. Clausewitz-Strategiegespräch in Berlin ist für September geplant zum vorläufigen Thema „Gemeinsame europäische Sicherheit und Verteidigung: Fiktion oder realistisches Ziel?“.

Die Absicht besteht, auch 2018 wieder ein „Clausewitz-Forum light“, durchzuführen, dann zum Thema „Die Rolle und Bedeutung der nicht-militärischen Akteure im vernetzten Sicherheitsansatz“. Dabei sollen Auftrag und Aufgaben von Organisationen im Bereich der „Inneren Sicherheit“ sowie zivile Kräfte, die Beiträge zur „Äußerer Sicherheit“ leisten, im Mittelpunkt stehen.

Die Sektion Schweiz und die deutschen Regionalkreise unserer Gesellschaft werden sich bei ihren Veranstaltungen im Jahr 2018 ebenfalls mit einem breiten Spektrum aktueller sicherheits- und verteidigungspolitischer Themen sowie mit spezifischen Fragen der Militärstrategie im Rahmen des vernetzten Sicherheitsansatzes auseinandersetzen. Darüber hinaus ist geplant, ebenfalls historische Daten und Themen mit Relevanz zur heutigen Sicherheitspolitik und Strategie für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu wählen. Dabei

dürften die dramatischen Vorgänge des Jahres 1918 und die daraus resultierenden Entwicklungen besonders im Fokus stehen.

Der Beirat, die ehrenamtlichen Leiter der Regionalkreise, der Präsident der Sektion Schweiz, aber auch zahlreiche Mitglieder sowie externe Freunde und Förderer unserer Clausewitz-Gesellschaft haben sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder mit kreativen Initiativen, hohem persönlichen Engagement und organisatorischem Geschick eingebracht und damit ansprechende sowie inhaltlich wertvolle Veranstaltungen ermöglicht. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die erwünschte Breitenwirkung des Diskurses zu den von uns behandelten Themen erzielt werden konnte. Dafür gelten ihnen mein besonderer Dank und meine Anerkennung. Ich bin zugleich sehr zuversichtlich, dass es uns auch weiterhin gelingen wird, eine nachhaltige Fortsetzung unserer Arbeit auf qualitativ hohem Niveau zu gewährleisten. Das gilt ebenfalls für die notwendige innovative Weiterentwicklung unserer Clausewitz-Gesellschaft. Diese muss auch künftig derart unterstützt werden, dass die Identität bzw. der Wesenskern unserer Gesellschaft durch zeitgemäße Auslegung sowie zukunftsorientierte Umsetzung Clausewitzscher Erkenntnisse gestärkt werden und damit ihr Kompetenzkern auch künftig wirksam zur Geltung gelangen kann. Die erforderliche Kontinuität unserer erfolgreichen Arbeit als Verein verlangt nicht zuletzt eine aktive, diskussionsfreudige Teilnahme von Mitgliedern in hinreichender Zahl an unseren zentralen und regionalen Veranstaltungen. Das engagierte Eintreten aller Mitglieder für die gemeinsamen Ziele im Sinne unserer Satzung und ihre bereitwillige Mitwirkung bei den anstehenden Vorhaben und Aufgaben sind schließlich entscheidende Grundvoraussetzungen für ein lebendiges, attraktiv geformtes und förderliches Vereinsleben.

Allen Mitgliedern, Mitwirkenden, Freunden und Unterstützern unserer Clausewitz-Gesellschaft wünsche ich für Ihre Arbeit im Jahre 2018 und auch in der weiteren Zukunft den erhofften und verdienten Erfolg, eine breite positive Resonanz und immer wieder ein hohes Maß an motivierender Ermutigung bei ihren jeweiligen Projekten, Vorhaben und Unternehmungen.

Ihr
Kurt Herrmann

Bildnachweis

Seite Quelle/Urheber

- 14 Wikipedia/gemeinfrei; Marievonclauschwitz.jpg; Marie von Clausewitz (1779–1836) nach einer zeitgenössischen Lithographie
- 17 Wikipedia/gemeinfrei; Johann-Adolf-Lasinsky-Koblenz-Ehrenbreitstein-1828-crop3.JPG; Johann-Adolf-Lasinsky-Koblenz-Ehrenbreitstein-1828.JPG by User:HOWI
- 18 Wehrtechnische Studiensammlung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
- 42 Wikipedia/gemeinfrei; File:Carl von Clausewitz.PNG; Carl von Clausewitz (1780–1831) nach einem Gemälde von Karl Wilhelm Wach
- 44 Wikipedia/gemeinfrei; VOA-Crimea-Simferopol-airport.jpg; Elizabeth Arrott
- 46 US-Navy, Public domain
- 56 pixabay.com/creativ commons/gemeinfrei
- 61 Wikipedia/gemeinfrei
- 64 Peter Wälchli, Stiche Schweiz
- 65 Wikipedia/gemeinfrei; Madame de Staël.jpg; François Gérard - Duyckinck, Evert A. Portrait Gallery of Eminent Men and Women in Europe and America
- 66 Wikipedia/gemeinfrei; File:François Pascal Simon Gérard 003.jpg; François Gérard - The Yorck Project: 10.000 Meisterwerke der Malerei
- 76 Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
- 84 Wikipedia/gemeinfrei; Walter Benjamin vers 1928.jpg; Photo d'identité sans auteur, 1928 - Akademie der Künste
- 121 Creative Commons CC-BY-SA
- 128 Wikipedia/gemeinfrei; Valmy Battle painting.jpg; Die Schlacht von Valmy Gemälde von Horace Vernet aus dem Jahr 1826
- 130 Wikipedia/gemeinfrei; 2010. Stamp of Belarus; post of Belarus - <http://belpost.by/stamps/catalog-by-date/2010/>
- 133 Creative Commons Attribution Share Alike 3.0
- 149 Wikipedia/gemeinfrei; Anonym - <http://www.millennivm.org/millennivm/?p=1207>
- 151 Bundeswehr/Andrea Bienert
- 152 Wikimedia Commons/gemeinfrei; Copyright von davric (Eigenes Werk)

Seite Quelle/Urheber

- 187 Wikipedia/gemeinfrei; Prater - Soldiers of the Japanese army.jpg;
Ernest Prater - "Official history of the Russian-Japanese war" by J M
Miller (1904)
- 188 Wikipedia/gemeinfrei; JS Hyūga, Ise Bay 01.jpg; Ceremonial deck
assembly aboard the JDS Hyūga (DDH-181). 2010 Ise Bay "Marine
Festa"
- 192 Wikipedia/gemeinfrei; Japanese Type 90 Tank - 2.jpg
- 193 Wikipedia/gemeinfrei; F-35A flight (cropped).jpg; U.S. Air Force pho-
to by Master Sgt. Donald R. Allen
- 209 Copyright: mr-kartographie Gotha
- 212 Autor/The Economist 2016
- 252 Wikipedia/gemeinfrei; President Barack Obama, 2012 portrait crop.
jpg; Official White House Photo by Pete Souza - P120612PS-0463
- 286 Clausewitz-Gesellschaft e.V./ Wolfgang Fett
- 288 Clausewitz-Gesellschaft e.V./ Wolfgang Fett
- 290 Clausewitz-Gesellschaft e.V./ Wolfgang Fett
- 296 Copyright: Führungsakademie der Bundeswehr/Katharina Junge
- 297 Copyright: Führungsakademie der Bundeswehr/Katharina Junge
- 299 Copyright: Führungsakademie der Bundeswehr/Katharina Junge